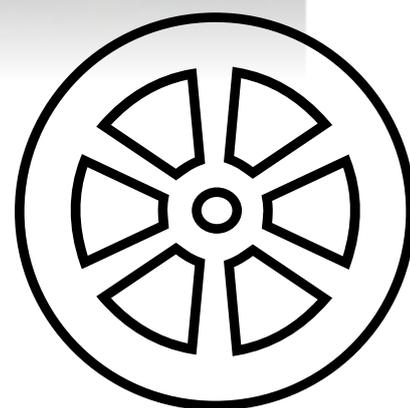




Kultur·Wein·Lebensqualität



Rheingau-
Taunus-Kreis



Beteiligungsbericht 2018

Inhaltsverzeichnis

1. Vorwort.....	4
2. Vorbericht.....	5
3. Beteiligungsbericht	6
4. Zusammengefasste Unternehmensdaten	8
4.1. Gegenüberstellung der Segmente	11
5. Unmittelbare Beteiligungen.....	13
5.1. RTK Holding GmbH	14
5.2. Rheingau-Taunus-Verkehrsgesellschaft mbH	24
5.3. Erneuerbare Energien Rheingau-Taunus GmbH.....	31
5.4. Exina GmbH	37
5.5. ZVN Finanz GmbH.....	43
5.6. ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain)	47
5.7. FrankfurtRheinMain GmbH	51
5.8. Hessische Landgesellschaft mbh.....	55
5.9. Regionalpark Ballungsraum RheinMain GmbH	58
6. Mittelbare Beteiligungen	61
6.1. Energie-Dienstleistungs-Zentrum Rheingau-Taunus GmbH.....	62
6.2. PROJOB Rheingau-Taunus GmbH.....	69
6.3. Rheingau-Taunus Kultur und Tourismus GmbH.....	83
6.4. kwb Kommunale Wohnungsbau GmbH Rheingau-Taunus	91
6.5. CityBahn GmbH.....	98
6.6. RMV-Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH	101
6.7. Rüdeshheimer Seilbahngesellschaft mbH Bayer, Opitz & Co. KG	104
6.8. Süwag Energie AG	106
7. Zweckverbände / Eigenbetriebe	111
7.1. Zweckverband Naturpark Rhein-Taunus	112
7.2. Sparkassenzweckverband Nassau	116
7.3. Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Hessen Süd	117
7.4. Zweckverband Welterbe Oberes Mittelrheintal	120
7.5. Zweckverband Rheingau	121
7.6. Kommunales Gebietsrechenzentrum	124
7.7. Eigenbetrieb Abfallwirtschaft EAW	127

8. Maßgebliche Mitgliedschaften	135
8.1. Volkshochschule Rheingau-Taunus e.V.....	136
9. Unmittelbare Mitgliedschaften	139
10. Weitere Bürgschaften (Hinweis EU-Beihilferecht).....	149
11. Anhang.....	150
11.1. Anlage Begriffserläuterungen.....	150
12. Anlage Kennzahlen	153
12.1. Anlage Abkürzungen.....	154
12.2. Anlage Beteiligungen in alphabetischer Reihenfolge.....	155
12.3. Impressum	156

1. Vorwort

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,
der vorliegende Beteiligungsbericht 2018 ist erstmalig mit einer Beteiligungssoftware erstellt und präsentiert sich in einem neuen Layout und mit einigen neuen Informationen. Jede Softwareeinführung ist zunächst mit Mehraufwand verbunden und dazwischen kamen noch die Auswirkungen der Coronakrise zum Tragen. Trotzdem ist es allen Beteiligten erfreulicherweise gelungen, den Beteiligungsbericht relativ zeitnah fertig zu stellen. Sollten Sie an der ein oder anderen Stelle Gewohntes vermissen, wenden Sie sich bitte mit Ihrem Anliegen vertrauensvoll an das Beteiligungsmanagement.

Neu geregelt hat der Gesetzgeber auch den § 123a HGO, wonach der Beteiligungsbericht nunmehr bis spätestens 30.09. nach Ende des Haushaltsjahres aufzustellen ist. Diese Neuregelung umzusetzen ist aufgrund der teilweise erst im 4. Quartal festgestellten Jahresabschlüsse ein schwieriges Unterfangen.

Um dem Ansinnen nach mehr Aktualität und Zeitnähe in den Beteiligungsberichten nachzukommen, wird zukünftig der Halbjahresbericht zum 30.06. einer jeden Periode erweitert und als vorläufiger Beteiligungsbericht des Haushaltsjahres innerhalb der gesetzlichen Frist erstellt. Der endgültige Beteiligungsbericht wird dann in der gewohnten Form nach Vorliegen aller Jahresabschlüsse vorgelegt.

Redaktionsschluss für diesen Bericht war der 15.05.2020. Bis dahin nicht festgestellte Jahresabschlüsse von Gesellschaften konnten damit nicht mehr berücksichtigt werden. Der entsprechende Berichtsabschnitt beinhaltet damit den letzten festgestellten Jahresabschluss.

§ 123a der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) bestimmt, dass im jährlichen Be-



teiligungsbericht die Unternehmen darzustellen sind, welche in einer Rechtsform des Privatrechts geführt werden und an denen ein Anteil von mindestens 20 % besteht. Um Ihnen einen möglichst umfassenden Überblick zu verschaffen, haben wir auch in diesem Bericht unter 20-prozentige Beteiligungen an Unternehmen des Privatrechts mit ihren wichtigsten Grunddaten in den Beteiligungsbericht aufgenommen. Darüber hinaus fanden auch Körperschaften des öffentlichen Rechts, an denen der RTK beteiligt ist und des Weiteren ein ausführlicher Überblick der Mitgliedschaften Aufnahme in den Bericht.

Insgesamt gewährt der Beteiligungsbericht einen umfassenden, anschaulichen Einblick in die Aufgabenstellungen und soweit vorhanden die wirtschaftlichen Eckdaten der Beteiligungsunternehmen für das Jahr 2018, ergänzt um die Daten für das Vergleichsjahr 2017; alle Inhalte basieren auf seitens der Beteiligungen zur Verfügung gestellten Daten.

Aktuelle Entwicklungen in der Beteiligungslandschaft können dem Vorbericht entnommen werden, so dass wir dem genannten Informationsauftrag der HGO umfangreich nachkommen.

Als Landrat des RTK wünsche ich allen an unseren Beteiligungsgesellschaften interessierten Personen beim Lesen viele neue und aufschlussreiche Erkenntnisse.

Ihr

A handwritten signature in black ink, which appears to read 'Frank Kilian'. The signature is fluid and cursive.

Frank Kilian

Landrat des Rheingau-Taunus-Kreises

2. Vorbericht

Der Vorbericht stellt die im Zeitraum vom 01.01.2018 bis 31.12.2018 vollzogenen Veränderungen in der Beteiligungsstruktur und bei den Mitgliedschaften dar. Des Weiteren beinhaltet er die Darstellung von wesentlichen Veränderungen des Nachjahrs 2019 bis Redaktionsschluss (15.05.2020).

Veränderungen im Jahr 2018:

Beitritt CityBahn GmbH

Mit Beschluss vom 28.08.2018 hat der Kreistag unter TOP III.0 den Beitritt der Rheingau-Taunus-Verkehrs GmbH (RTV) zur CityBahn GmbH (CityBahn) beschlossen. Dieser Beitritt wurde mit notarieller Urkunde zum 07.12.2018 vollzogen.

Beitritt Zweckverband ekom21

Dem Beitritt in den Zweckverband ekom21 hat der Kreistag mit Beschluss vom 30.10.2018 zugestimmt. Die Verbandsversammlung der ekom21 ~ KGRZ Hessen hat am 06.12.2018 den Beitritt des RTK beschlossen. Die Genehmigung durch das Regierungspräsidium Gießen erfolgte mit Datum vom 03.04.2019, so dass die ekom21 im Beteiligungsbericht 2019 Aufnahme finden wird.

Neue Mitgliedschaften (Näheres siehe Kapitel X):

Marketinggesellschaft Gutes aus Hessen e.v.

Beendete Mitgliedschaften:

Der Zusammenschluss „Lernende Netzwerkregion“ wurde aufgelöst.

Aktuelles aus dem Nachjahr 2019:

In seiner Sitzung am 28.10.2019 beschloss der Kreistag folgende Maßnahmen zur Liquiditätsverbesserung und Eigenkapitalerhöhung der Kommunalen Wohnungsbau GmbH (kwb):

1. Gewährung einer zeitlich befristeten Liquiditätshilfe des RTK in Höhe von 2,0 Mio. € bis zum 31. Dezember 2020.
2. Kapitalerhöhung der RTK Holding in Höhe von 2,0 Mio. €.
3. Forderungsübergang Darlehen i.H.v. rd. 1,35 Mio. € vom RTK an die RTK Holding zur Eigenkapitalerhöhung bei der kwb.
4. Gewährung einer zeitlich befristeten Liquiditätshilfe der RTK Holding in Höhe von 2,0 Mio. € bis zum 31. Dezember 2020.
5. Stammkapitalerhöhung des RTK bei der RTK Holding in Höhe von 5,0 Mio. €, in gleicher Summe Erhöhung des Stammkapitalanteils bei der kwb.

Zum 24.05.19 wurde die Süwag Grüne Energien und Wasser GmbH umgewandelt in die Süwag Grüne Energien und Wasser AG & Co.KG.

In seiner Sitzung am 28.10.2019 beschloss der Kreistag den rückwirkenden Beitritt zum 01.07.2019 in den Taunus-Touristik e.V..

3. Beteiligungsbericht

Rechtsgrundlage und Aufbau

Dieser Beteiligungsbericht wurde erstellt gem. § 123 a der Hessischen Gemeindeordnung. Diese gesetzlichen Vorgaben erfassen dabei allerdings nur bestimmte Mindestangaben zu wesentlichen Beteiligungen des Rheingau-Taunus-Kreises.

Dieser Bericht beinhaltet aber auch noch weitere Informationen zu allen Beteiligungen und Mitgliedschaften des Rheingau-Taunus-Kreises.

Allgemeines

Kommunalrechtliche Voraussetzung einer Beteiligung

Artikel 28 Abs. 2 Grundgesetz garantiert Gemeinden und Gemeindeverbänden das Recht, im Rahmen der Gesetze alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft in eigener Verantwortung, also durch Selbstverwaltung, zu regeln (sog. Territorialprinzip). Diese verfassungsmäßig normierte Selbstverwaltungsgarantie räumt den Kommunen neben der Personalhoheit und Finanz- und Vermögenshoheit insbesondere auch die Organisationshoheit ein, d. h. das Recht zu entscheiden, auf welche Art und Weise die Erfüllung der Aufgaben zu geschehen hat.

Nach § 52 Abs. 1 der Hessischen Landkreisordnung (HKO) in Verbindung mit § 121 der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) darf ein Landkreis wirtschaftliche Unternehmen errichten, übernehmen oder wesentlich erweitern, wenn

- der öffentliche Zweck das Unternehmen rechtfertigt und dieser Zweck durch das Unternehmen wirtschaftlich erfüllt werden kann und
- das Unternehmen nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zu der Leistungsfähigkeit des Landkreises und zum voraussichtlichen Bedarf steht und

- der Zweck nicht ebenso gut und wirtschaftlich durch einen privaten Dritten erfüllt wird oder erfüllt werden kann (gilt nicht für Beteiligungen, die vor dem 01.04.2004 bestanden).

Darüber hinaus wird in § 122 HGO festgelegt, welche Voraussetzungen grundsätzlich erfüllt sein müssen, damit der Landkreis eine Gesellschaft gründen oder sich an ihr beteiligen darf. Neben den Voraussetzungen des § 121 Abs.1 HGO muss danach

- die Haftung und die Einzahlungsverpflichtung des Landkreises auf einen seiner Leistungsfähigkeit angemessenen Betrag begrenzt sein,
- der Landkreis einen angemessenen Einfluss, insbesondere im Aufsichtsrat oder in einem entsprechenden Überwachungsorgan, erhalten und gewährleistet sein, dass der Jahresabschluss und der Lagebericht, soweit nicht weitergehende gesetzliche Vorschriften gelten oder andere gesetzliche Vorschriften entgegenstehen, entsprechend den für große Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften des Dritten Buch des Handelsgesetzbuches aufgestellt und geprüft werden.

Alle genannten Beteiligungsvoraussetzungen gelten entsprechend, wenn eine Gesellschaft, an der der Landkreis mit insgesamt mehr als 50 von Hundert beteiligt ist, sich an einer Gesellschaft beteiligen will (vgl. § 122 Abs. 5 HGO).

Nach § 121 Abs. 8 HGO sind wirtschaftliche Unternehmen des Landkreises so zu führen, dass sie einen Überschuss für den Haushalt abwerfen, soweit dies mit der Erfüllung des öffentlichen Zwecks in Einklang zu bringen ist.

Beteiligungsbegriff

Beteiligungen sind nach den für Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften über

die Handelsgesetzbücher definiert als „Anteile an anderen Unternehmen, die bestimmt sind, dem eigenen Geschäftsbetrieb durch Herstellung einer dauerhaften Verbindung zu jedem Unternehmen zu dienen. Dabei ist es unerheblich, ob die Anteile in Wertpapieren verbrieft sind oder nicht. Als Beteiligungen gelten nach § 271 Abs. 1 Handelsgesetzbuch (HGB) im Zweifel Anteile an einer Kapitalgesellschaft, deren Nennbeträge insgesamt den fünften Teil des Nennkapitals dieser Gesellschaft überschreiten. Ob Anteile an einem Unternehmen eine Beteiligung darstellen, ist grundsätzlich unabhängig von der Rechtsform des Unternehmens. Eine Ausnahme stellt lediglich die eingetragene Genossenschaft dar. Die Mitgliedschaft in einer solchen ist nach § 271 Abs. 2 HGB keine Beteiligung im Sinne der Vorschriften der Handelsgesetzbücher.

Ein etwas umfassenderer Beteiligungs-begriff liegt offensichtlich den Vorschriften des Gemeindefinanzrechts zugrunde. So lässt sich aus der Zuordnung der Vorschrift des § 122 Abs. 5 der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) zu den Vorschriften über die „Beteiligung an Gesellschaften“ schließen, dass der Gesetzgeber auch die Mitgliedschaft an einer eingetragenen Genossenschaft als Beteiligung verstanden hat. In § 126 HGO ist zudem geregelt, dass bestimmte Vorschriften über die Beteiligung an Gesellschaften auch für die „Beteiligung an einer anderen privatrechtlichen Vereinigung“ gelten. Dies kann z. B. ein eingetragener Verein sein. Insofern setzt die Verwendung des Begriffs „Beteiligung“ offenbar nicht voraus, dass es sich bei dem Beteiligungsprojekt um ein Unternehmen i. S.

des § 271 Abs. 1 HGB oder des § 121 HGO handelt.

Auch im Rahmen des Beteiligungsberichtes des Rheingau-Taunus-Kreises soll der Beteiligungsbegriff weit gefasst werden. Als Beteiligungen gelten im Folgenden alle Anteile an organisatorisch nicht unmittelbar zur Verwaltung des Rheingau-Taunus-Kreises gehörenden Unternehmen und Einrichtungen sowie Mitgliedschaften in Vereinen. Vorbehaltlich der kommunalrechtlichen Zulässigkeit der Beteiligung im Einzelfall kommen als Beteiligungsobjekte also in Frage:

- Eigenbetriebe
- privatrechtliche Gesellschaften
- öffentlich-rechtliche Körperschaften (Zweckverbände)
- öffentlich-rechtliche Anstalten
- öffentlich-rechtliche Stiftungen
- eingetragene Vereine

Gemeinsames Merkmal dieser Beteiligungsobjekte ist, dass sie über eine eigenständige Buchhaltung verfügen. Dies kann in der Praxis auch als Abgrenzungskriterium für den Beteiligungsbericht herangezogen werden.

Ein Regiebetrieb stellt als rechtlich wie wirtschaftlich unselbstständige Einrichtung kein Beteiligungsobjekt dar. Die Einnahmen und Ausgaben eines Regiebetriebes werden durch die Buchhaltung der ihn tragenden Körperschaft erfasst.

4. Zusammengefasste Unternehmensdaten

Der Rheingau-Taunus-Kreis ist Träger bzw. Gesellschafter zahlreicher Eigen- und Beteiligungsunternehmen in öffentlicher wie privater Rechtsform. Diese erbringen

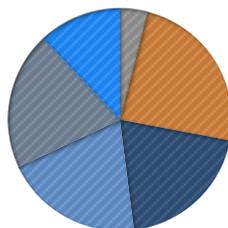
Dienstleistungen in den Bereichen Wohnungsbau und -verwaltung, Ver- und Entsorgung, Verkehr, Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung, Soziales, Jugend, Bildung und Kultur.

Beteiligung	Beteiligungsquote ¹	Eigenkapital (in Tsd. €)	Bilanzsumme (in Tsd. €)	Umsatz (in Tsd. €)
Unmittelbare Beteiligungen				
RTK Holding GmbH	d: 100,00% i: 0% Σ: 100,00%	15.690,6	27.339,2	259,1
Rheingau-Taunus-Verkehrsgesellschaft mbH	d: 100,00% i: 0% Σ: 100,00%	4.941,8	9.644,0	9.006,0
Erneuerbare Energien Rheingau-Taunus GmbH	d: 25,10% i: 0% Σ: 25,10%	601,2	2.517,6	243,9
Exina GmbH	d: 33,33% i: 0% Σ: 33,33%	82,7	183,4	654,1
ZVN Finanz GmbH	d: 20,00% i: 0% Σ: 20,00%	843,0	64.288,8	-
ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain)	d: 3,21% i: 0% Σ: 3,21%	233,5	1.028,5	1.778,8
FrankfurtRheinMain GmbH	d: 1,00% i: 0% Σ: 1,00%	1.021,2	1.612,2	872,4
Hessische Landgesellschaft mbH	d: 0,02% i: 0% Σ: 0,02%	81.159,6	254.105,8	100.494,0
Regionalpark Ballungsraum RheinMain GmbH	d: 6,67% i: 0,00% Σ: 6,67%	1.116,4	1.772,6	1.820,1
		105.690,0	362.491,8	115.128,4
Mittelbare Beteiligungen				
edz Energie-Dienstleistungs-Zentrum Rheingau-Taunus GmbH	d: 0% i: 100,00% Σ: 100,00%	2.369,6	4.199,5	3.137,7
PROJOB Rheingau-Taunus GmbH	d: 0% i: 100,00% Σ: 100,00%	345,3	1.054,7	934,1
Rheingau-Taunus Kultur und Tourismus GmbH	d: 0% i: 69,74% Σ: 69,74%	219,9	366,6	371,2

¹ d = direkt, i = indirekt, Σ = gesamt

kwb Kommunale Wohnungsbau GmbH Rheingau-Taunus	d: 0% i: 29,66% Σ: 29,66%	39.049,6	130.956,6	16.202,7
CityBahn GmbH	d: 0% i: 25,10% Σ: 25,10%	71,5	76,9	-
RMV-Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH	d: 0% i: 3,70% Σ: 3,70%	2.171,6	38.401,7	4.451,9
Rüdesheimer Seilbahngesellschaft mbH Bayer, Opitz & Co. KG	d: 0% i: 14,48% Σ: 14,48%	-	Siehe Berichtsteil-	-
Süwag Energie AG	d: 0% i: 1,485% Σ: 1,485%	649.555,0	1.422.964,0	267.820,0
		693.782,5	1.598.019,9	292.917,6
Zweckverbände / Eigenbetriebe	Stimmanteile			
Zweckverband Naturpark Rhein-Taunus	d: 50,00% i: 0% Σ: 50,00%	98,3	195,3	35,1
Sparkassenzweckverband Nassau	d: 12,50% i: 0% Σ: 12,50%	ohne	-ohne	ohne
Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Hessen Süd	d: 5,26% i: 0% Σ: 5,26%	12,8	13,4	-
Zweckverband Welterbe Oberes Mittelrheintal	d: 1,91% i: 0,00% Σ: 1,91%	-	2018 lag noch nicht vor-	-
Zweckverband Rheingau	d: 12,50% i: 0% Σ: 12,50%	-	-	-
Kommunales Gebietsrechenzentrum	d: 5,22% i: 0% Σ: 5,22%	0,0	2.462,9	0,0
Eigenbetrieb Abfallwirtschaft EAW	d: 100% i: 0% Σ: 100%	5.730,2	11.265,8	11.103,9
		5.841,2	13.937,4	11.139,0
Maßgebliche Mitgliedschaften				
Volkshochschule Rheingau-Taunus e.V.		1.146,8	1.570,6	3.523,7
		1.146,8	1.570,6	3.523,7

Anzahl der Beteiligungen nach Quote (wirtschaftlich)



■ Eigenbetriebe ■ Zweckverbände ■ > 50% ■ 20 - 50% ■ < 20% ■ Ohne wirt. Kapitalanteil

Rheingau-Taunus-Kreis

Unmittelbare Beteiligungen	Mittelbare Beteiligungen	Zweckverbände / Eigenbetriebe
RTK Holding GmbH 100,00%	edz Energie-Dienstleistungs-Zentrum Rheingau-Taunus GmbH 0% (100,00%)	Zweckverband Naturpark Rhein-Taunus Zweckverband 50%
Rheingau-Taunus-Verkehrsgesellschaft mbH 100,00%	PROJOB Rheingau-Taunus GmbH 0% (100,00%)	Sparkassenzweckverband Nassau Zweckverband 12,5%
Erneuerbare Energien Rheingau-Taunus GmbH 25,10%	Rheingau-Taunus Kultur und Tourismus GmbH 0% (69,74%)	Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Hessen Süd 5,25%
Exina GmbH 33,33%	kwb Kommunale Wohnungsbau GmbH Rheingau-Taunus 0% (29,66%)	Zweckverband Welterbe Oberes Mittelrheintal Zweckverband 1,91%
ZVN Finanz GmbH 20,00%	CityBahn GmbH 0% (25,10%)	Zweckverband Rheingau Zweckverband 12,5%
ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt R-M 3,21%	RMV-Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH 0% (3,7%)	Kommunales Gebietsrechenzentrum Zweckverband 5,22%
FrankfurtRheinMain GmbH 1,00%	Rüdesheimer Seilbahngesellschaft mbH Bayer, Opitz & Co. KG 0% (14,48%)	Eigenbetrieb Abfallwirtschaft EAW Eigenbetrieb 100%
Hessische Landgesellschaft mbH 0,02%	Süwag Energie AG 0% (1,485 %)	
Regionalpark Ballungsraum RheinMain GmbH 6,67% (0,00%)		

Maßgebliche Mitgliedschaften

Volkshochschule Rheingau-Taunus e.V.

-

4.1. Gegenüberstellung der Segmente

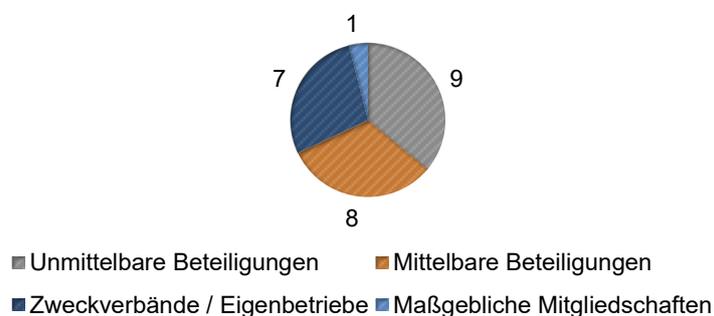
Übersicht der Kennzahlsummen pro Segment

Segment	Anzahl Beteiligungen	Eigenkapital (in Tsd. €)	Bilanzsumme (in Tsd. €)	Umsatz (in Tsd. €)
Unmittelbare Beteiligungen	9	105.690,0	362.491,8	115.128,4
Mittelbare Beteiligungen	8	693.782,5	1.598.019,9	292.917,6
Zweckverbände / Eigenbetriebe	7	5.841,2	13.937,4	11.139,0
Maßgebliche Mitgliedschaften	1	1.146,8	1.570,6	3.523,7

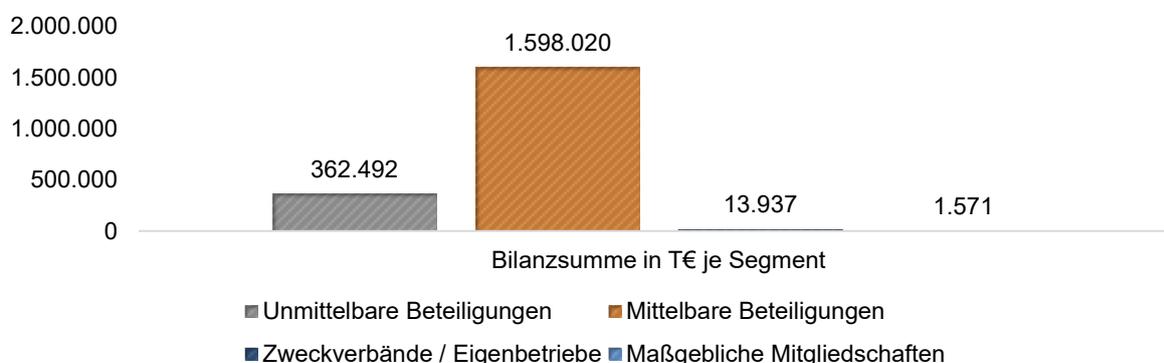
Übersicht der Anzahl der Unternehmen nach Beteiligungshöhen pro Segment

Segment	Eigenbetriebe	Zweckverbände	> 50 %	20 - 50 %	< 20 %	Gesamt ²
Unmittelbare Beteiligungen	-	-	2	3	4	9
Mittelbare Beteiligungen	-	-	3	2	1	8
Zweckverbände / Eigenbetriebe	1	6	-	-	-	7
Maßgebliche Mitgliedschaften	-	-	-	-	-	1

Anzahl der Beteiligungen je Segment

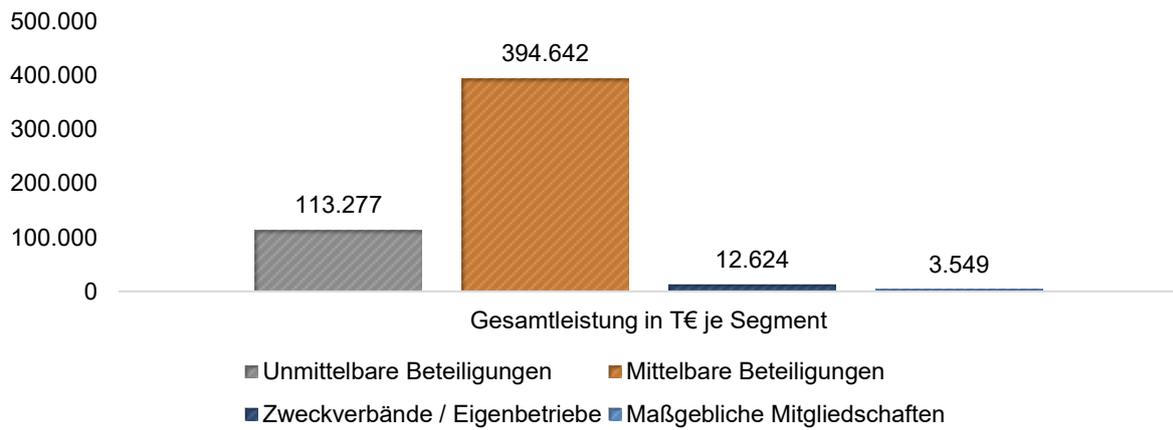


Bilanzsummen in T€ je Segment

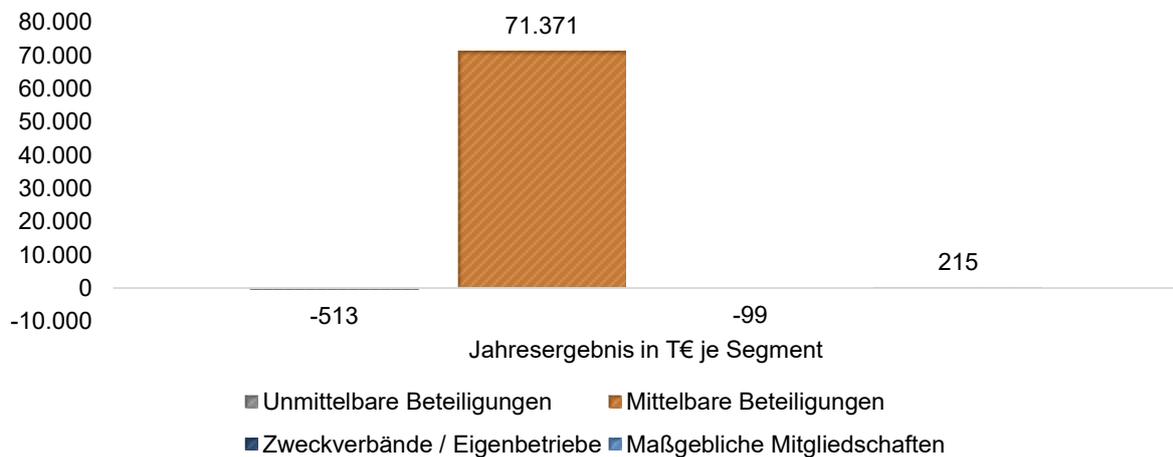


² Achtung: Unternehmen ohne wirtschaftlichen Kapitalanteil, die kein Eigenbetrieb sind, erscheinen in der Gesamtanzahl aber nicht in den Spalten.

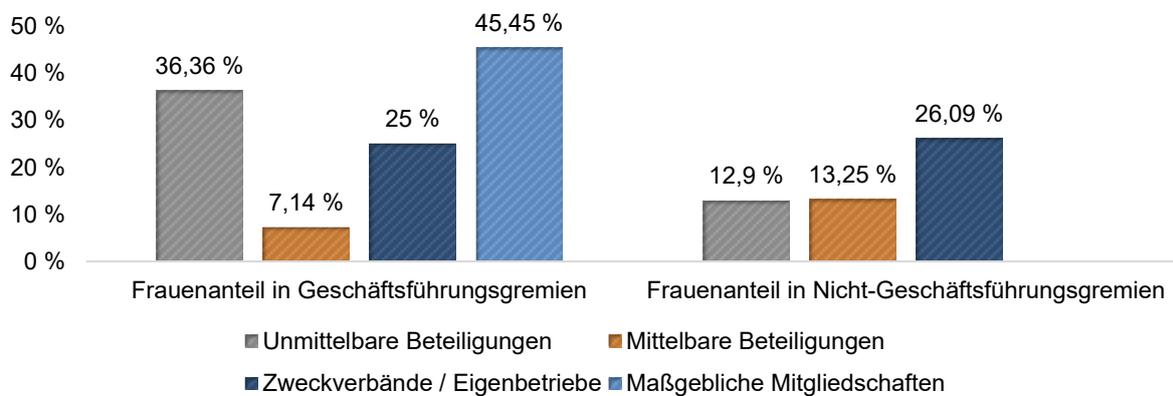
Gesamtleistung in T€ je Segment



Jahresergebnis in T€ je Segment

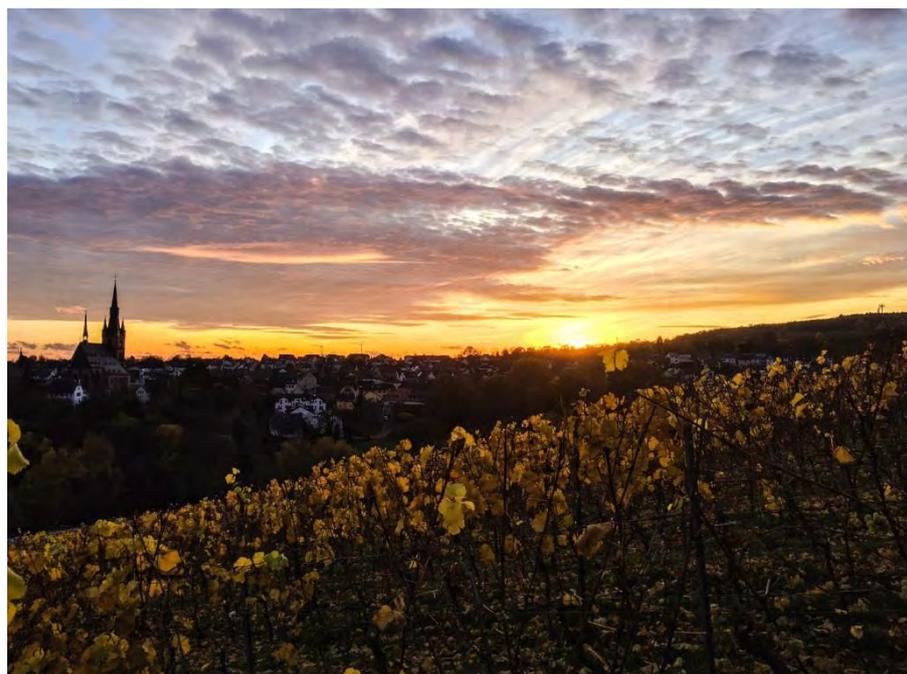
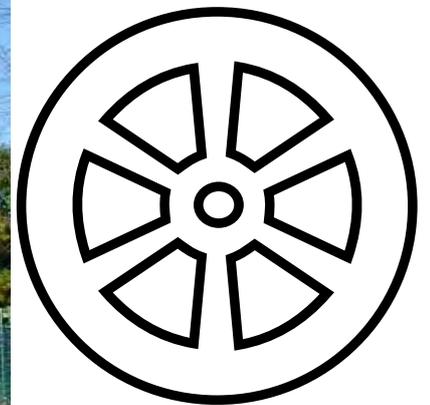


Frauenanteil in den Gremien nach Segment





5. Unmittelbare Beteiligungen



5.1. RTK Holding GmbH



I. RECHTLICHE VERHÄLTNISSE

Firmensitz:

Erich-Kästner-Str. 5
65232 Taunusstein
Tel.: 06128968260
Fax.: 061289682629
E-Mail: info@rtk-holding.de
Webseite: www.rtk-holding.de

Rechtsform: GmbH

Handelsregisternummer: HRB 16475

Gründungsdatum: 04.07.1997

Geschäftsjahresbeginn: Januar

Unternehmenszweck:

Gegenstand des Unternehmens ist die Beteiligung an anderen Unternehmen (Beteiligungsunternehmen), die Verwaltung dieser und anderer Beteiligungen sowie die Übernahme von Management- und Verwaltungsfunktionen für andere Unternehmen im Rahmen der §§ 121 ff. HGO. Die Gesellschaft kann die einheitliche Leitung über Beteiligungsunternehmen sowie alle anderen zur Zusammenfassung von Beteiligungsunternehmen unter einer Management-Holding anfallenden Tätigkeiten übernehmen.

Im Rahmen der Holding Funktion soll die RTK Holding GmbH durch die Vereinheitlichung von Verwaltungsabläufen und des Berichtswesens die Unternehmen, an denen der Rheingau-Taunus-Kreis eine Beteiligung mittelbar oder unmittelbar hält, unterstützen. Hierbei wird auch die Transparenz für die Mitglieder in den Gremien (Geschafterversammlung, Aufsichtsrat) durch ein einheitliches Berichtswesen verbessert. Ferner sollen Steuervorteile durch die gemeinsame Führung der Gesellschaften erreicht werden.

Wesentlicher Geschäftsgegenstand der Gesellschaft ist die Übernahme von administrativen Funktionen für einzelne Beteiligungsunternehmen. Auf diese Weise wird der sonst notwendige, wesentlich kostenträchtigere Aufbau entsprechender Kapazitäten bei den

Beteiligungsgesellschaften vermieden. Insbesondere hat die RTK Holding GmbH den gesamten kaufmännischen Bereich für die Gesellschaften edz Energie-Dienstleistungszentrum GmbH, Projob Rheingau-Taunus GmbH und, RTV Rheingau-Taunus Verkehrsgesellschaft mbH, übernommen. Dies umfasst das gesamte Rechnungswesen und Controlling, den Zahlungsverkehr und die Personalbetreuung. Darüber hinaus steht die Gesellschaft den genannten Beteiligungsgesellschaften erforderlichenfalls mit Liquiditätskrediten zur Verfügung und steuert die Liquiditäts- und Finanzplanung. Für die kwb Kommunale Wohnungsbau GmbH erbringt die RTK Holding GmbH sämtliche Dienstleistungen im Bereich Personalwesen.

Kapital:

Stammkapital	26.000 €
--------------	----------

Beteiligungsquoten: (direkt/indirekt/gesamt)

Nominal	100,00% / 0% / 100,00%
---------	------------------------

II. ORGANE

Die **Organe** sind wie folgt besetzt (Name des Mitglieds/entsendet von):

Geschäftsführung

Geschäftsführung

Herr Thorsten Reineck

Aufsichtsrat

Vorsitz

Herr Landrat Frank Kilian
Rheingau-Taunus-Kreis

Mitglied

Herr Michael Barth

Herr Alexander Bernstorff

Herr Günther F. Döring

Herr Matthias Hannes

Herr Günter Linke
Herr Volker Mosler
Herr Dr. Clemens Mödden
Frau Dorothee Nabrotzky
Frau Dr. Heidrun Orth-Krollmann
Herr Günther Retzmann
Herr Klaus-Peter Willsch (ab 01.02.2018)

Gesellschafterversammlung

Vorsitz

Herr Landrat Frank Kilian Rheingau-Taunus-Kreis
--

Mitglied

Herr Günter Heckel (ab 19.11.2018)
Herr Karl-Wilhelm Höhn
Herr Walter Lieber
Herr Georg Mahr
Herr Karl Mayer
Herr Stefan Müller
Herr Roland Piper (bis 18.11.2018)
Herr Joachim Reimann
Herr Harald Schmelzeisen
Herr Paul Weimann
Herr Marius Weiß

III. BETEILIGUNGEN

Gesellschafter

Rheingau-Taunus-Kreis	26.000 €	100,0%
-----------------------	----------	--------

Beteiligungen

PROJOB Rheingau-Taunus GmbH	526.000 €	100,0%
edz Energie-Dienstleistungs-Zentrum Rheingau-Taunus GmbH	652.000 €	100,0%
Rheingau-Taunus Kultur und Tourismus GmbH	124.780 €	69,7%

kwb Kommunale Wohnungsbau GmbH Rheingau-Taunus	5.162.200 €	29,7%
Rüdesheimer Seilbahngesellschaft mbH Bayer, Opitz & Co. KG	25.600 €	14,5%
RMV-Rhein-Main-Verkehrsbund	25.623 €	3,7%
Süwag Energie AG	712.937 Stückaktien	1,48 %%

IV. AKTUELLE SITUATION DER BETEILIGUNG /AUSZUG AUS DEM LAGEBERICHT (STAND 31.12.2018):

Umsatz-, Erlös- und Aufwandssituation

Die RTK Holding GmbH erzielt Umsatzerlöse aus der Erbringung von Dienstleistungen zu Gunsten einzelner Tochtergesellschaften. Für die edz GmbH, ProJob GmbH, RTKT GmbH und Rheingau-Taunus Verkehrsgesellschaft mbH werden Buchhaltungs- und Personaldienstleistungen erbracht.

Die kommunale Wohnungsbau GmbH nimmt Personaldienstleistungen in Anspruch. Die Zusammenarbeit mit dem Verein Kompetenzzentrum Erneuerbare Energien e. V. endete bereits im Jahr 2017.

Aufgrund von volumenabhängigen Honoraranpassungen sowie teilweise Weitergabe von allgemeinen Kostensteigerungen konnten die Umsätze aus Geschäftsbesorgung gesteigert werden (+38,4 Tsd.-Euro; 18,7%).

Für einzelne Versicherungssparten hat die RTK Holding GmbH Rahmenverträge beziehungsweise Gruppenverträge mit Versicherungsgesellschaften abgeschlossen. Die mitversicherten Unternehmen tragen anteilig die auf sie entfallenden Versicherungsprämien. Da die Versicherungsprämien neu verhandelt werden konnten und niedriger ausfielen als im Vorjahr, gingen diese als Umsatzerlöse dargestellten Einnahmen der RTK Holding GmbH im zurückliegenden Jahr um 3,6 Tsd.-Euro (-19,4%) zurück.

Erneut sind im Geschäftsjahr 2018 die Beteiligungserträge aus dem Besitz von Aktien an der Süwag Energie AG und der Beteiligung an der Rüdeshheimer Seilbahngesellschaft große Einnahmenpositionen.

Die Auszahlung der Nassauischen Sparkasse für die Stille Beteiligung führte letztendlich für das Geschäftsjahr 2017 zu Erträgen bei der RTK Holding GmbH und ist daher im Jahresabschluss 2018 nicht mehr enthalten.

Die Süwag Energie AG zahlt seit vielen Jahren eine regelmäßige Dividende in Höhe von 1,10 Euro je Stückaktie sowie einzelne Sonderzahlungen in bestimmten Geschäftsjahren. Im Jahr 2013 schüttete die Süwag Energie AG über die Dividende hinaus eine Sonderdividende von 0,15 Euro je Stück-Aktie aus. In 2014 und 2015 beschloss die Hauptversammlung wieder die regelmäßige Dividende.

Für Ausschüttung im Jahr 2016 folgte die Hauptversammlung dem Vorschlag des Vorstands eine Dividende in Höhe von 1,10 Euro je Stückaktie sowie einen Bonus von 0,25 Euro je Stückaktie zu zahlen. In 2017 und 2018 erfolgte wieder die Ausschüttung einer Dividende von 1,10 Euro je Stückaktie. Die RTK Holding GmbH erhielt eine Gutschrift über 784.230,70 Euro.

Die Aktienbeteiligung ist weitgehend kreditfinanziert. Durch das nach wie vor niedrige Zinsniveau musste die RTK Holding GmbH für den fremdfinanzierten Aktienbestand lediglich 47,1 Tsd.-Euro aufwenden (2015: 55,4 Tsd.-Euro; 2016: 45,8 Tsd.-Euro; 2017: 48,3 Tsd.-Euro).

Die Rüdeshheimer Seilbahngesellschaft erzielt seit mehreren Jahren sehr gute Geschäftsergebnisse. Auch im Geschäftsjahr 2017 stieg der von der Seilbahngesellschaft erzielte Jahresüberschuss erneut an. Die Gesellschafterversammlung hat erneut eine Rücklagenbildung beschlossen. Die Rücklagen sollen zur Finanzierung der notwendigen Modernisierung der Talstation, insbesondere im Hinblick auf Barrierefreiheit und bessere Fahrgastabfertigung, genutzt werden. Die Gesellschafter erhielten trotz der Rücklagenbildung eine im Vergleich zum Vorjahr höhere Ausschüttung gezahlt. Der RTK Holding GmbH flossen in

2018 anteilig 185,7 Tsd.-Euro (2017: 124,5 Tsd.-Euro; 2016: 73,4 Tsd.-Euro) zu.

Bei Übertragung der Anteile durch den Rheingau-Taunus-Kreis auf die RTK Holding GmbH wurde der Kaufpreis vom Rheingau-Taunus-Kreis gestundet. Der hieraus resultierende Zinsaufwand betrug in den zurückliegenden Jahren rund 31 Tsd.-Euro p. a.

Aufgrund des gesunkenen Zinsniveaus wurden die Zinsen, die an den Rheingau-Taunus-Kreis zu zahlen sind, auf 16,1 Tsd.-Euro reduziert.

Der Personalaufwand inklusive sozialer Abgaben stieg im Berichtsjahr von 436,2 Tsd.-Euro auf 465,6 Tsd.-Euro an. Neben den tariflichen Gehaltssteigerungen wurde mehr Arbeitszeit für Leistungen zu Gunsten der RTV GmbH sowie der ProJob GmbH benötigt. Eine Mitarbeiterin hat hierfür ihre wöchentliche Arbeitszeit erhöht.

Aufgrund der Geschäftsergebnisse der ProJob GmbH in vorangegangenen Jahren wurde im Geschäftsjahr 2017 durch die RTK Holding GmbH eine Barkapitalerhöhung durchgeführt. Die Prognose für das Jahresergebnis im Geschäftsjahr 2018 sowie die Planungen für die kommenden Geschäftsjahre der ProJob GmbH lassen eine positive Entwicklung erkennen, so dass keine Berichtigung des Beteiligungsbuchwertes vorgenommen wurde. Dennoch wird die Beteiligung in Höhe von 160,5 Tsd. Euro über ihrem beizulegenden Zeitwert ausgewiesen.

Abschreibungen auf die weiteren Beteiligungen waren aufgrund der Ergebnissituation bei den einzelnen Gesellschaften nicht notwendig.

Der technische Fortschritt erfordert regelmäßige Aktualisierungen und Erneuerungen der IT-Systeme. Eine für 2018 vorgesehene Erneuerung der Hardwarekomponenten wurde auf das erste Quartal 2019 verschoben. Die regelmäßige Wartung der EDV-Anlage und die Installation notwendiger Updates bei den Softwaremodulen stellten die Betriebsbereitschaft und Funktionsfähigkeit des Systems sicher.

Daher gingen die Abschreibungen im Vergleich zum Vorjahr erneut zurück, werden

aber in 2019 wieder zum Durchschnittsniveau zurückkehren (2018: 9,2 Tsd.-Euro; 2017: 11,6 Tsd.-Euro; 2016: 15,9 Tsd.-Euro; 2015: 15,4 Tsd.-Euro).

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen konnten trotz steigender Nutzungsentgelte für Software durch reduzierte Rechts- und Beratungskosten im Vergleich zum Vorjahr um 5,4% (23,0 Tsd.-Euro) gesenkt werden.

Verbesserungen sind auch bei den Zinsaufwendungen in Summe zu verzeichnen (-12,5 Tsd.-Euro / -15,6%). Nach der Rückführung des zwecks Finanzierung der stillen Beteiligung beanspruchten Kredites sind im Geschäftsjahr 2018 hauptsächlich noch Zinsen für die Finanzierung des Aktienbestandes und der Beteiligung an der Rüdeshheimer Seilbahngesellschaft angefallen.

Um Liquiditätsüberhänge einzelner Gesellschaften zur Zinsoptimierung zu nutzen hat die edz GmbH bereits 2017 kurzfristig Gelder bei der RTK Holding GmbH verzinslich angelegt (Zinsaufwand 0,6 Tsd.-Euro).

Seit Dezember 2018 nutzt auch die RTV GmbH die Möglichkeit kurzfristig verfügbare Gelder an die RTK Holding GmbH auszuleihen (Zinsaufwand 0,2 Tsd.-Euro).

Auch im zurückliegenden Geschäftsjahr hat die RTK Holding GmbH ein positives, über dem Wirtschaftsplan liegendes, Jahresergebnis erzielen können. Durch den Jahresüberschuss und die Entscheidung der Gesellschafterversammlung, den Jahresüberschuss des Jahres 2017 im Unternehmen zu belassen, hat sich die Finanzlage der Gesellschaft erneut verbessert.

Personalsituation

Im Jahresverlauf bestanden Mitarbeiterverträge mit insgesamt acht Personen. Von den Beschäftigten arbeiten drei in Teilzeit, vier in Vollzeit. Zusätzlich ist eine Person im Rahmen einer geringfügigen Beschäftigung mit der Reinigung der Geschäftsräume beauftragt.

Die Anstellungsverträge sind in Anlehnung an die Tarifvereinbarung im öffentlichen Dienst (TVöD) abgeschlossen. Die Mitarbeiterverträge beinhalten eine tariflich vorgesehene

betriebliche Altersversorgung in Zusammenarbeit mit der Zusatzversorgungskasse Wiesbaden.

Als Sicherheit für die Erfüllung der zugesagten Altersversorgung hatte die RTK Holding GmbH festverzinsliche Wertpapiere im Nennwert von 120 Tsd.-Euro zu Gunsten der Zusatzversorgungskasse hinterlegt. Die am freien Markt handelbaren Wertpapiere hatten eine Laufzeit bis März 2018. Mit Ablauf der Wertpapiere hat die ZVK satzungsgemäß eine höhere Sicherheit von insgesamt 500 Tsd.-Euro gefordert. Nach Absprache mit der ZVK wurden inzwischen 250 Tsd.-Euro auf einem Tagesgeldkonto sowie 15.000 Stück-Aktien an der Süwag Energie AG zu Gunsten der ZVK verpfändet um die Erfüllungsansprüche zu erfüllen.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben ein Durchschnittsalter von 51,3 Jahren und sind seit durchschnittlich 9,7 Jahren im Unternehmen beschäftigt.

Auch im Jahr 2018 konnten vorhandene Überstunden und Urlaubsansprüche abgebaut werden. Die entsprechende Rückstellung reduzierte sich im Vergleich zum Vorjahr um rund 3,4 Tsd.-Euro (2018: 22,5 Tsd.-Euro; 2017: 25,9 Tsd.-Euro; 2016: 27,4 Tsd.-Euro; 2015: 19,0 Tsd.-Euro; 2014: 27,8 Tsd.-Euro).

Auch in 2018 kam es bei der RTK Holding zu keinem meldepflichtigen Arbeitsunfall.

Räumliche und technische Ausstattung

Seit dem Umzug von Bad Schwalbach nach Taunusstein im Frühjahr 2016 nutzt die RTK Holding GmbH Räumlichkeiten in der Erich-Kästner-Straße 5 in 65232 Taunusstein.

Sie befindet sich auf dem gleichen Grundstück wie die ProJob GmbH und die vhs Volkshochschule Rheingau-Taunus e.V. und ist Nachbarin der RTV GmbH.

Da am Standort Taunusstein nach wie vor keine geeignete Lagerkapazität zur Verfügung steht, hat die RTK Holding GmbH unverändert Räume in Aarbergen-Michelbach von der Kommunalen Wohnungsbaugesellschaft GmbH angemietet. Dort werden die beleghaften Buchhaltungsdaten der Mandanten archiviert. Um die für die Dauer der gesetzlichen Aufbewahrungsfristen notwendigen

Raumkosten zu berücksichtigen ist wie in den Vorjahren eine langjährige Rückstellung gebildet und auf den 31.12.2018 abgezinst worden.

Ein großer Anteil der Belege wird jedoch digitalisiert aufbewahrt, da ansonsten der vorhandene Raum nicht ausreichend wäre.

Jährlich werden die neu hinzugekommenen Belege soweit möglich ebenfalls digital archivierte. Die Kosten für diese Maßnahme werden den jeweils betroffenen Zeiträumen in Form von Rückstellungen zugeordnet.

Im Rahmen von Prüfungshandlungen durch das Rechnungsprüfungsamt des Rheingau-Taunus-Kreises, das Finanzamt Wiesbaden, das Finanzamt Bad Schwalbach und verschiedener Sozialversicherungsträger wurden die digitalen Buchhaltungsdaten vorgelegt und von den Prüfern nicht beanstandet.

Vermögenslage

Aufgrund des Jahresüberschusses in Höhe von 248,9 Tsd.-Euro stieg das Eigenkapital der RTK Holding GmbH auf 15.690.626,58 Euro an.

Trotz des gleichzeitigen Anstiegs der Bilanzsumme um 252,8 Tsd.-Euro, verbesserte sich die Eigenkapitalquote auf 57,4% (2017: 57,1%; 2016: 56,51%; 2015: 34,17%).

Der Rheingau-Taunus-Kreis hat im Jahr 1997 einen großen Teil der Beteiligungen auf die RTK Holding GmbH übertragen. Dabei hat er einen Teil des Kaufpreises gestundet oder als Einlage in die Kapitalrücklagen gewährt. Die Kapitalrücklage weist unverändert zum Vorjahr einen Betrag von 12,485 Mio.-Euro aus.

Unverändert blieb auch der Besitz der RTK Holding GmbH an der Süwag Energie AG. Im Depot der RTK Holding GmbH waren zum Bilanzstichtag 712.937 Stück-Aktien dokumentiert.

In den vergangenen Jahren stiegen bei der Rüdeshheimer Seilbahngesellschaft die Fahrgastzahlen, die Umsätze sowie die Jahresergebnisse stets an. In den kommenden Jahren plant die Gesellschaft die Modernisierung der

Talstation. Finanzierungskosten und Abschreibungen können dann das Ergebnis belasten.

Eine Veränderung der Beteiligungssituation ist nicht vorgesehen, da Anteile an der Kommanditgesellschaft in den vergangenen Jahren nicht verkauft wurden. Wenn es zu Veränderungen der Anteilseigner kam, dann im Falle von Erbschaftsregelungen der einzelnen Gesellschafter.

Die ProJob Rheingau-Taunus GmbH hat in den zurückliegenden Monaten erhebliche Veränderungen im Bereich Organisation und Leistungserbringung vorgenommen. Viele Projekte wurden verlängert, die Kapazität ausgeweitet und die Verantwortungen standortbezogen zusammengefasst. Künftig werden die Maßnahmen in sogenannten Aktivierungs- und Förderzentren gebündelt.

Erste positive Effekte führen zu im Vergleich zu den Vorjahren deutlich verbesserten Jahresergebnissen. Die Wirtschaftsplanung für 2019 sieht ein leicht positives Jahresergebnis vor.

Da die Entwicklung auf eine voraussichtlich nicht dauernde Wertminderung schließen lässt, wurde keine Berichtigung des Beteiligungsbuchwertes vorgenommen. Die Beteiligung wird dennoch im Jahresabschluss 2018 mit 160,5 Tsd. Euro über ihrem beizulegenden Zeitwert ausgewiesen.

Die Gesellschafterversammlung der edz GmbH hat zur Konsolidierung des Unternehmens im Jahr 2017 beschlossen, den Gesellschaftszweck der edz GmbH stärker auf öffentliche Auftraggeber auszurichten. Eine Ausweitung des Geschäftsgebietes über die Grenzen des Rheingau-Taunus-Kreises ist seither nicht mehr möglich. Dennoch hat sich die wirtschaftliche Situation der Gesellschaft stabilisiert, so dass die von der RTK Holding GmbH in den wirtschaftlich unruhigen Zeiten während der Inanspruchnahme von Fremdwährungskrediten abgegebene Patronatserklärung entbehrlich ist. Die RTK Holding GmbH hat mit Wirkung zum 31.10.2018 die Patronatserklärung von der edz GmbH zurück erhalten.

Der Rheingau-Taunus-Kreis hat im Jahr 1997 ebenfalls die Geschäftsanteile an der

Kommunalen Wohnungsbaugesellschaft GmbH auf die RTK Holding GmbH übertragen. Der ursprüngliche Anteil am Unternehmen von 30,48% bei Übertragung, sank durch Kapitaleinlagen anderer Gesellschafter in den zurückliegenden Jahren auf 29,66%. Eine Anpassung des Bilanzwertes an dem rechnerischen Anteil am bilanziellen Eigenkapital des Unternehmens erfolgte nicht, da davon ausgegangen werden kann, dass in den Immobilienwerten der kommunalen Wohnungsbau GmbH stille Reserven enthalten sind.

Ertragslage und Liquiditätssituation

Unverändert stellen die Einnahmen aus den Beteiligungen sowie die Refinanzierungssituation die größten Einflussfaktoren für das Jahresergebnis der RTK Holding GmbH dar.

Durch die bereits oben beschriebenen konstanten bzw. steigenden Ausschüttungen der Beteiligungen und das anhaltend niedrige Zinsniveau konnte erneut ein positives Geschäftsergebnis erwirtschaftet werden.

Ein Verzicht auf die Ausschüttung des Vorjahresergebnisses verbessert die Liquiditätssituation des Unternehmens in Höhe des Jahresüberschusses.

Die im Zusammenhang mit den Dividendenausschüttungen entstehende Kapitalertragssteuer wird direkt von der Süwag Energie AG an das Finanzamt abgeführt. Die sich aus dem Jahresabschluss ergebenden Forderungen gegenüber den Finanzbehörden müssen bis zum Rückzahlungszeitpunkt (in der Regel bis zu 18 Monate nach Ausschüttung) ebenfalls finanziert werden. In zurückliegenden Jahren musste auch von den Ausschüttungen der Nassauischen Sparkasse Kapitalertragssteuer einbehalten werden. Durch den Entfall der Einnahmeposition reduzieren sich auch die Forderungen gegenüber den Finanzbehörden bezüglich Erstattung zu viel gezahlter Steuern.

Zum 31.12.2018 sind im Jahresabschluss Forderungen aus Steuerüberzahlung durch die Kapitalertragssteuer sowie Solidaritätszuschlag im Wert von 457,5 Tsd.-Euro (Vorjahr 627,2 Tsd.-Euro) enthalten.

Im Geschäftsjahr 2018 war die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft aufgrund der bestehenden Kreditlinien stets sichergestellt. Die auf dem Geschäftskonto von der Nassauischen Sparkasse eingeräumte Kreditlinie in Höhe von 12,592 Mio.-Euro war bis zum 31.12.2018 befristet, wurde aber bereits im Oktober 2018 bis zum 31.12.2020 prolongiert.

Im Berichtsjahr erzielte die RTK Holding GmbH aufgrund der beschriebenen Vorgänge einen Jahresüberschuss von 248.927,96 Euro (2017: 285.770,20; 2016: 539.108,66; 2015: 173.099,03 Euro; 2014: 161.203,26 Euro) der deutlich über der von Aufsichtsrat und Gesellschafterversammlung genehmigten Jahresplanung (Planüberschuss 79,3 Tsd.-Euro) liegt.

V. ANMERKUNGEN ZU BILANZ, JAHRESABSCHLUSS, LAGEBERICHT UND EINHALTUNG DES WIRTSCHAFTSPLANS:

Die Gesellschaft erzielte im Geschäftsjahr 2018 einen Jahresüberschuss in Höhe von 249 T€, (Vorjahr 286 T€) geplant war ein Jahresüberschuss i.H.v. 79 T€. Wie bereits in den vergangenen Jahren waren die Dividende der Süwag Energie AG und die für die Finanzierung der beiden Beteiligungen notwendigen Kreditzinsen die entscheidenden Größen im Jahresabschluss der Gesellschaft. Mit einer Inanspruchnahme der in 2008 gegenüber der damals von der Insolvenz bedrohten edz GmbH seitens der Holding übernommenen Patronatserklärung ist derzeit nicht zu rechnen.

VI. AUSBLICK:

Trotz des anhaltend niedrigen Zinsniveaus wurde im Rahmen der Jahresplanung 2019 ein möglicherweise leicht steigendes Zinsniveau berücksichtigt. Kalkuliert ist ein Anstieg um 25 Basispunkte in allen Finanzierungsbereichen. Bis zur Erstellung des Jahresabschlusses 2018 waren noch keine für die RTK Holding GmbH negative Entwicklungen in 2019 erkennbar.

Aus der Beteiligung an der Süwag Energie AG werden unverändert konstante Erträge (1,10 Euro je Stück-Aktie) erwartet.

Hochrechnungen der Süwag-Energie AG bestätigen den Planansatz.

Die Zinsaufwendungen für die Finanzierung der Beteiligung an der Süwag Energie AG liegen aufgrund niedriger Marktzinsen nach wie vor deutlich unter den Erträgen. Gleichzeitig wird die Kreditlinie durch das Jahresergebnis 2018 nicht so stark wie im Vorjahr in Anspruch genommen, so dass in 2018 erneut mit einem deutlichen Überschuss aus der Beteiligung zu rechnen ist.

Für die erste Jahreshälfte 2019 wird eine konkrete Planung der Baumaßnahme zum Umbau der Talstation der Rüdeshheimer Seilbahngesellschaft erwartet. Bis zum Baubeginn ist noch mit anhaltend hervorragenden Geschäftsergebnisse der Seilbahngesellschaft zu rechnen. Erst in den kommenden Jahren ist mit einer Ergebnisbelastung aus Abschreibungen und Finanzierungskosten zu rechnen.

Die bei der ProJob GmbH eingeleiteten Maßnahmen zur Neustrukturierung und Modernisierung der Gesellschaft zeigen erste positive Wirkungen. Daher sind aktuell keine Risiken für die RTK Holding GmbH aus der Beteiligung zu erkennen. Bei anhaltenden Verlusten bei der ProJob GmbH ist der Beteiligungsansatz in der Bilanz der RTK Holding GmbH anzupassen. Die Wertkorrektur würde das Jahresergebnis der RTK Holding GmbH in entsprechendem Umfang belasten.

Die durchgeführte Kapitalerhöhung bietet jedoch ein gutes Fundament für die Neuausrichtung des Unternehmens und die Anpassung an die Herausforderungen eines sich immer schneller wandelnden Arbeitsmarktes sowie die Unterstützung des Rheingau-Taunus-Kreises bei der Integration von Flüchtlingen in das Erwerbsleben.

Ergänzend zu den kapitalstärkenden Maßnahmen der RTK Holding GmbH hat der Rheingau-Taunus-Kreis die Gewährung einer Liquiditätshilfe zu Gunsten der ProJob GmbH beschlossen. Durch die Anerkennung der ProJob GmbH als gemeinnützige Gesellschaft wäre aber eine Ausschüttung eventueller künftiger Überschüsse an die Gesellschafterin ausgeschlossen.

Nach einem wechselhaften Geschäftsverlauf in den zurückliegenden Wirtschaftsjahren konnte die RTKT GmbH im vierten Jahr in Folge positive Geschäftsergebnisse erzielen.

Erstmals in diesem Jahrtausend ist aufgrund von Jahresüberschüssen bzw. Ergebnisvorträgen das Eigenkapital der Gesellschaft vollständig vorhanden. Nach wie vor wird die Geschäftsführung der RTKT GmbH nicht durch eine Vollzeitstelle wahrgenommen. Die Erfüllung der Vorgaben des tourismuspolitischen Handlungsrahmens des Landes Hessen stellt für die nahe Zukunft die große Herausforderung dar. Insbesondere die geforderte finanzielle Ausstattung eine Destinations-Marketing-Organisation muss geregelt werden. Ein Ansatz, der noch einer großen Willensbildung unterliegt, ist die Einführung einer rheingauweit einheitlichen Tourismusabgabe.

In den zurückliegenden Jahren haben die Unternehmen edz Energie-Dienstleistungszentrum Rheingau-Taunus GmbH, kwb Kommunale Wohnungsbaugesellschaft Rheingau-Taunus GmbH und RMV Rhein-Main-Verkehrsverbund keine Ausschüttungen der Jahresergebnisse vorgenommen. Für die Geschäftsentwicklung der RTK Holding GmbH wird mit der Beibehaltung der Geschäftsstrategie gerechnet.

Durch Ausleihungen von Liquidität verbundener bzw. befreundeter Unternehmen werden Zinsvorteile innerhalb der Beteiligungen des Rheingau-Taunus-Kreises genutzt. Diese Vorgehensweise führt bei der RTK Holding GmbH zu einer Senkung der Zinsaufwendungen, solange die Unternehmen die Liquidität innerhalb der Holding belassen. Die Beträge können mit kurzer Frist wieder an die Gesellschaften zurückgezahlt werden. Die Dispo-Linie auf dem Geschäftskonto ist hierfür ausreichend hoch ausgelegt.

Die hessische Gemeindeordnung lässt eine Ausweitung des Dienstleistungsumfangs der RTK Holding GmbH allerdings nur eingeschränkt zu.

Daher kann eine Anpassung des Geschäftsvolumens nur über erweiterte Aufgaben zu Gunsten der bisherigen Vertragspartner erfolgen.

Mit Hilfe von regelmäßig erstellten betriebswirtschaftlichen Auswertungen sowie Liquiditätsübersichten für die RTK Holding GmbH werden mögliche Risiken überprüft. Eventuell notwendige Maßnahmen zur Steuerung der Unternehmung leitet die Geschäftsführung dann umgehend ein. Eine regelmäßige Berichterstattung erfolgt an den Vorsitzenden des Aufsichtsrates. Erhebliche Abweichungen und besondere Vorgänge werden im Aufsichtsrat erörtert.

Zusätzlich hat der Rheingau-Taunus-Kreis eine Beteiligungsrichtlinie verabschiedet. Diese sieht die Berichterstattung jeder einzelnen Unternehmung in halbjährlichen Abständen vor, um die Gremien des Kreises regelmäßig über die Entwicklung aller Unternehmen, die direkt oder indirekt im Besitz des Landkreises sind, zu informieren.

Bei der Erstellung des Wirtschaftsplanes 2019 wurde ein mögliches Zinsänderungsrisiko auf die Geschäftssituation der RTK Holding GmbH betrachtet. Wenngleich ein kurzfristiger Anstieg der Kreditmarktzinsen nicht erwartet wird, wurde aus Gründen der Vorsicht in der Planung ein Anstieg der aktuellen Refinanzierungskosten um 0,25%-Punkte berücksichtigt. Eine Zinssicherung auf mittlere Laufzeiten wurde diskutiert und aufgrund der damit verbundenen Kosten im Vergleich zu den erwarteten Chancen zunächst nicht vorgenommen.

Im November 2018 hat die Gesellschafterversammlung der RTK Holding GmbH die von der Geschäftsführung für das Geschäftsjahr 2019 aufgestellte und vom Aufsichtsrat beratene Planung einschließlich einer mittelfristigen Vorscheurechnung genehmigt. Der Plan sieht aufgrund der enthaltenen Sicherheitspositionen einen Jahresüberschuss von 106,3 Tsd.-Euro vor.

VII. BESONDERHEITEN AUS SICHT DES RHEINGAU-TAUNUS-KREISES:

Keine.

VIII. AUSWIRKUNGEN AUF DIE HAUSHALTSWIRTSCHAFT DES RHEINGAU-TAUNUS-KREISES:

Aufgrund der positiven Jahresergebnisse sind derzeit keine negativen Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des RTK zu erwarten.

IX. VERGÜTUNG DER GESCHÄFTSFÜHRUNG

Die Angaben der Gesamtbezüge der Geschäftsführung nach § 285 Nr. 9a HGB unterbleiben unter Hinweis auf § 286 Abs. 4 HGB.

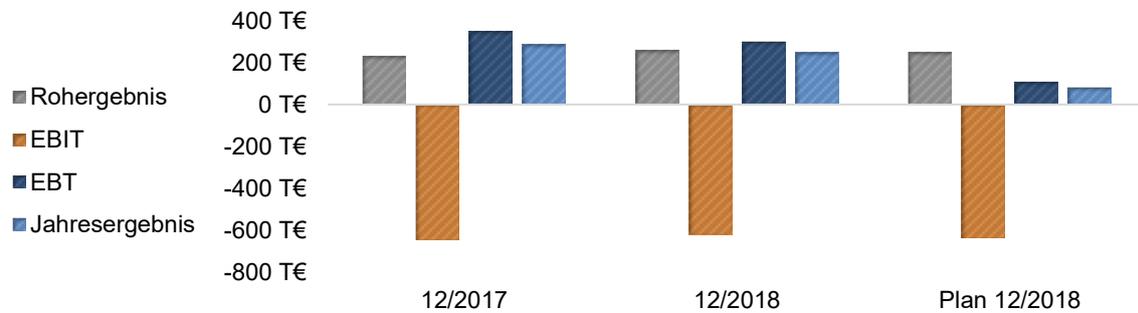
X. ANMERKUNGEN/ERLÄUTERUNGEN ZU WESENTLICHEN KENNZAHLEN:

Die Eigenkapitalquote stieg von 57 % im Vorjahr auf 57,4 %.

Die hohe Personalaufwandsquote (Gesamtleistung / Personalaufwand x 100) der RTK Holding ist bedingt durch die relativ geringen Umsatzerlöse der Holding, deren Hauptertragsquelle in Form von Beteiligungserträgen sich im Ergebnis vor Steuern (EBT) wiederfindet. Gleiches gilt für das Rohergebnis.

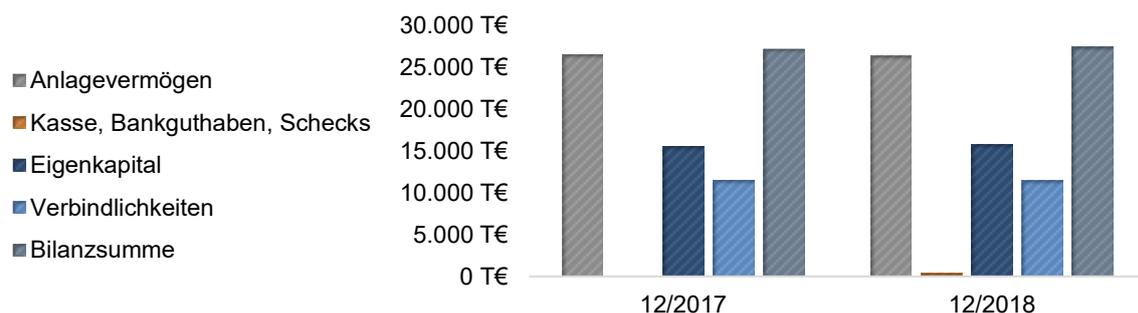
X. KENNZAHLEN

Gewinn und Verlust



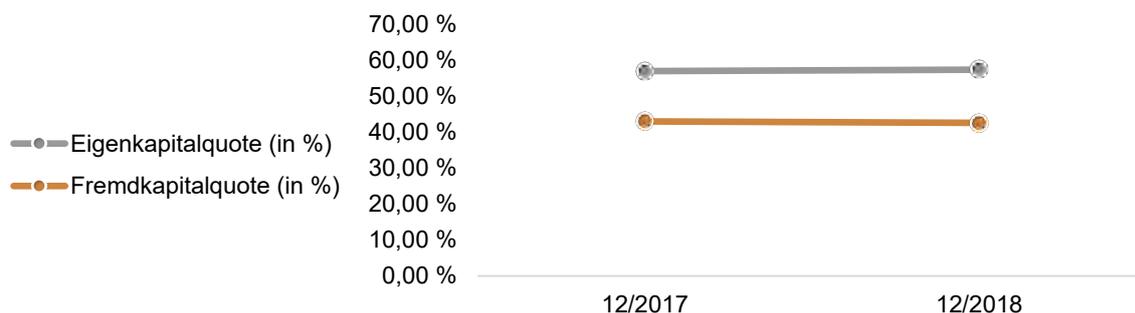
	12/2017 T€	12/2018 T€	Plan 12/2018 T€
Umsatzerlöse	224	259	250
Sonstige betriebliche Erträge	5	0	-
Materialaufwand	-	-	-
Rohergebnis	230	259	250
Personalaufwand	436	466	456
Abschreibungen	12	9	15
Sonstige betriebliche Aufwendungen	426	403	415
EBIT	-644	-619	-636
Erträge aus Beteiligungen	124	186	834
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanz-AV	945	787	In Erträgen aus Beteiligungen enthalten
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	4	12	2
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	80	67	93
EBT	349	298	107
Steuern vom Einkommen und Ertrag	64	49	28
Sonstige Steuern	-	-	0
Jahresergebnis	286	249	79

Bilanz



	12/2017 T€	12/2018 T€	Plan 12/2018 T€
Anlagevermögen	26.440	26.314	-
Immaterielle Vermögensgegenstände	1	0	-
Sachanlagen	21	14	-
Finanzanlagen	26.418	26.300	-
Umlaufvermögen	646	1.026	-
Vorräte	-	-	-
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	646	655	-
Kasse, Bankguthaben, Schecks	0	370	-
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	-
Bilanzsumme	27.086	27.339	-
Eigenkapital	15.442	15.691	-
Sonderposten	-	-	-
Rückstellungen	206	179	-
Verbindlichkeiten	11.439	11.469	-
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	-
Bilanzsumme	27.086	27.339	-

Finanzkennzahlen



	12/2017 T€	12/2018 T€	Plan 12/2018 T€
Personalaufwandsquote (in %)	189,9	179,7	182,3
Finanzergebnis	994	917	743
Fremdkapital	11.645	11.649	-
Eigenkapitalquote (in %)	57,0	57,4	-
Fremdkapitalquote (in %)	43,0	42,6	-

Stand der Firmendaten: 31.12.2018

Basis der Finanzdaten: Jahresabschluss 12/2018

5.2. Rheingau-Taunus-Verkehrsgesellschaft mbH



I. RECHTLICHE VERHÄLTNISSE

Firmensitz:

Erich-Kästner-Straße 3
65232 Taunusstein
Tel.: 0612851 08 85
Fax.: 0612851 03 79
E-Mail: service@r-t-v.de
Webseite: www.r-t-vvv.de

Rechtsform: GmbH

Handelsregisternummer: HRB 16394

Gründungsdatum: 19.12.1994

Geschäftsjahresbeginn: Januar

Unternehmenszweck:

Gegenstand des Unternehmens ist die Wahrnehmung der Interessen und Aufgaben der Gesellschafter im Rheingau-Taunus-Kreis im öffentlichen Personennahverkehr – ÖPNV – und sonstiger Linienerkehren, soweit öffentlich-rechtliche Vorschriften dies nicht zwingend ausschließen.

Im Einzelnen ist Gegenstand des Unternehmens:

- Im Rahmen der Angebots- und Finanzverwaltung:

- die Festlegung des Flächendeckungsgrades,
- die Festlegung der Bedienungshäufigkeit,
- die Festlegung der Tarifstruktur,
- der Minderertragsausgleich aus einzelvertraglichen Regelungen mit kooperierenden Nahverkehrsunternehmen,
- die Vereinnahmung von Drittmitteln und Zuschüssen

- Im Rahmen der Organisation:

- Verkehrsplanung, Liniennetz, Fahrpläne, Wagenumläufe und ggf. Dienstpläne,
- Absatz Marktforschung, Verkauf, Öffentlichkeitsarbeit, Fahrgastinformation, Marketing,
- Einrichtung und Führung einer Geschäftsstelle,

- Abstimmung mit kooperierenden Nahverkehrsunternehmen zur Erbringung der Beförderungsleistungen

Das Unternehmen unterhält keinen eigenen Fuhrpark zur Durchführung öffentlicher Nahverkehrsaufgaben. Es kann sich dazu Dritter bedienen, mit denen dann Verträge zur Übernahme von Konzessionsrechten abgeschlossen werden.

Kapital:

Stammkapital	25.570	€
--------------	--------	---

Beteiligungsquoten: (direkt/indirekt/gesamt)

Nominal	100,00%	/	0%	/	100,00%
---------	---------	---	----	---	---------

II. ORGANE

Die **Organe** sind wie folgt besetzt (Name des Mitglieds/entsendet von):

Geschäftsführung

Geschäftsführung

Herr Thomas Brunke

Herr Roland Buitkamp

Gesellschafterversammlung

Vorsitz

Herr Landrat Frank Kilian
Rheingau-Taunus-Kreis

Mitglied

Frau Annette Reineke-Westphal

Herr Harald Schmelzeisen

Herr Thomas Schnell

Herr Rainer Scholl

Herr Winfried Steinmacher

Herr Paul Weimann

Herr Sandro Zehner

III. BETEILIGUNGEN

Gesellschafter

Rheingau-Taunus-Kreis	25.570 €	100,0%
-----------------------	----------	--------

Beteiligungen

CityBahn GmbH	19.337 €	25,1%
---------------	----------	-------

IV. AKTUELLE SITUATION DER BETEILIGUNG /AUSZUG AUS DEM LAGEBERICHT (STAND 31.12.2018):

Gesamtwirtschaftliche und branchenspezifische Rahmenbedingungen

Die RTV ist eine, nach § 6 Abs. 1 S. 1 Hess-ÖPNVG, zuständige Aufgabenträgerorganisation für den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) im RTK sowie seinen Kommunen. Seit 01.01.2011 ist der Rheingau-Taunus-Kreis alleiniger Gesellschafter der "RTV" Rheingau-Taunus Verkehrsgesellschaft mit beschränkter Haftung.

Finanziert wird die RTV grundsätzlich über Mittel, die der Kreis über den Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH zur Finanzierung des lokalen ÖPNV (ehemals IK-Hilfe) und zur Erfüllung gemeinwirtschaftlicher Verpflichtungen (ehemals Ausbildungsverkehr nach § 45a PBefG) vom Land Hessen bekommt, sowie die zugeschickten Fahrgeldeinnahmen. Darüber hinaus wird die Gesellschaft gemäß dem derzeitigen Gesellschaftsvertrag mit einer jährlich neu festzusetzenden pauschalen Gesellschafterumlage von in 2018 6,00 Mio. € ausgestattet, um sie nach der im Gesellschaftsvertrag durchgeführten Beleihung allgemein in die Lage zu versetzen, ihren originären Aufgaben nachkommen zu können. Diese Umlage wird als sonstiger betrieblicher Ertrag gebucht.

In 2018 wurde für die Personalkosten erstmals der vom Land Hessen initiierte Hessenindex zur Fortschreibung der Verkehrsverträge verwendet. Für 2018 betragen die Faktoren +3,5 % für Personal und +8,01 % für Dieselkraftstoffe.

Wesentliche Entwicklungen im abgelaufenen Geschäftsjahr

1. Die Gesellschafterversammlung beschloss die Einführung des IntraCon Systems der Firma timIT GmbH als RBL-light (ITCS) in den lokalen Bussen der RTV, um die Datendreh-scheibe des RMV für die Beauskunftung von DFI-Anzeigen und Smartphones mit Echtzeitdaten beliefern zu können sowie zur Ortung und Überwachung der Busse zum Nachweis, ob Fahrten durchgeführt bzw. die Fahrzeiten des Fahrplans eingehalten werden und damit Beschwerden von Kunden zuverlässig bearbeiten zu können.

Die Kosten für die Einführung betragen einmalig 120.875,00 € und jährlich 55.848,00 € für eine Vertragslaufzeit von 4 Jahren.

Das ITCS organisiert die gesamte Information und Kommunikation zwischen Bussen und der Leitstelle, es erzeugt so Fahrgastinformationen in Zügen und Bussen, die dann an Haltestellen oder auf Smartphones über die RMV-App abgerufen werden können.

Diese Informationen werden über Datendreh-scheibe mittels VDV-Schnittstelle bereitgestellt.

Somit wäre auch die Versorgung von DFI-Anzeigen grundsätzlich möglich, weil auch diese Daten über die Datendreh-scheibe des RMV generiert werden.

2. Unter dem Motto „Natur erleben, natürlich leben“ fand vom 28. April bis 7. Oktober 2018 in Bad Schwalbach die 6. Hessische Landesgartenschau statt. Erwartet wurden 500.000 Besuche von Einzelbesuchern, Dauerkarteneinhabern, Gruppenreisen etc.

An 163 Öffnungstagen entspricht dies pro Tag durchschnittlich ca. 2.981 Besuchern mit einer erwarteten Bandbreite zwischen täglich ca. 1.700 - 4.700 Besuchern.

Da innerstädtisch nicht genügend Parkraum zur Verfügung steht und um den Besuchern eine angenehme Anreise zu ermöglichen, hat die RTV während der 163 Tage Gartenschau einen Shuttlebus – Betrieb vom Parkplatz zum Eingang der Landesgartenschau Bad Schwalbach 2018 eingerichtet, der im Paket mit weiteren Linienbündeln europaweit ausgeschrieben wurde.

3. Der Kreistag des Rheingau-Taunus-Kreises und die Gesellschafterversammlung der RTV beschließen den Eintritt der Rheingau-Taunus-Verkehrsgesellschaft mbH (RTV) mit mindestens 25,1 Prozent der Gesamtanteile in die CityBahn GmbH.

In den Beitrittsverhandlungen ist vertraglich sichergestellt, dass die RTV eine komplette Erstattung der bis dahin geleisteten Beitritts- und Zuzahlungsaufwendungen von der Gesellschaft bzw. den übrigen Gesellschaftern für den Fall eines Austritts aus der Gesellschaft bis zur endgültigen Förderantragstellung zum GVFG erhält, wenn durch Planungsänderungen auf dem Gebiet der Landeshauptstadt Wiesbaden oder der Landeshauptstadt Mainz eine Verschlechterung des Nutzen-Kosten-Quotienten auf einen Gesamtwert von weniger als 1,0 bis zur Anbindung von Bad Schwalbach verursacht wird.

Zur Wahrung der Interessen des Rheingau-Taunus-Kreises während der Beitrittsverhandlungen und der nachfolgenden Planungsphase bis zum Jahr 2019, hat die RTV ein geeignetes externes Ingenieur-Büro zur fachlichen sowie eine Rechtsanwaltskanzlei zur juristischen Begleitung beauftragt und die gesellschaftsrechtlichen Rahmenbedingungen für eine zweckdienlich ausgestaltete Eigentümergemeinschaft (oder andere Rechtsform) zum Ankauf der Aartalstrecke durch den Rheingau-Taunus-Kreis und die interessierten Anliegerkommunen zu prüfen.

B. Darstellung und Analyse der Lage

I. Ertragslage

Die größte Einnahmenposition stellt die Einnahmenezuschussung des RMV dar. Diese sagt aus, welche Fahrgeldeinnahmen von allen verkauften Fahrausweisen im RMV der RTV für ihre lokalen Linien zustehen. Der Anteil wird durch periodische (etwa alle 7 Jahre) Verkehrserhebungen festgestellt. Gegenüber 2017 sind die Einnahmenpositionen leicht gestiegen. Die Anwendung der Verbunderhebung 2015, deren Auswirkungen die RTV in 2018 erstmals vollständig treffen führt zu einer um 200 T€ geringeren Einnahmenezuschussung gegenüber der Erhebung 2010. Das Land Hessen zahlt für die Kompensation der Einnahmenausfälle durch die Einführung

des Hessenweiten Schülertickets 740 T€ an die RTV. Diese Summe konnte nach langwierigen Verhandlungen um jährlich 200 T€ von ursprünglich 540 T€ erhöht werden durch einen Wechsel des zu Grunde liegenden Basis-schuljahrs von 2015/2016 auf 2016/2017. Auch der RTK profitiert dabei mit einer jährlich um 45 T€ niedrigeren Ausgleichszahlung an den RMV. Die Stadt Idstein für ihren Stadtverkehr, die Stadt Bad Schwalbach für den Rufbusverkehr, die Gemeinde Niedernhausen für die Linie 22 und die Stadt Taunusstein für Zusatzleistungen im Bereich Taunussteins haben jeweils eine Finanzierungsvereinbarung unterzeichnet und die Verpflichtungen daraus erfüllt. Das AST Geisenheim und die Zuschüsse der Stadt wurden eingestellt. Die Gemeinde Niedernhausen zahlt seit 2018 keinen Zuschuss zum ehemaligen Ortsverkehr (OVN) mehr.

Die Steigerung der Kosten für Personal auf 732,90 T€ entspricht überwiegend den Tarifierhöhungen im öffentlichen Dienst zzgl. der Geringverdiener für verstärkte Fahrausweis- und Qualitätskontrollen. Die weiteren sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind mit 303,14 T€ gegenüber 234,84 T€ in 2017 aufgrund höherer Buchhaltungs- (RTK-Holding) und Rechtsberatungskosten (EBE, FahrPlan) gestiegen. Die Abschreibungen (2018: 152,53 T€ 2017: 212,31 T€) sind dagegen um 60 T€ gefallen.

Der Zuschuss wurde vom Gesellschafter in 2018 erneut um 250 T€ gekürzt. Der Zuschuss und auch die korrelierende Aufwandsposition der Stadt Geisenheim für den AST Geisenheim haben sich durch dessen Einstellung in 2017 auf 0 € verringert. Die Aufwandsposition Einnahmengarantie OVN und die Erlösposition Gemeindezuschuss Niedernhausen sind durch den Wegfall der Finanzierungsvereinbarung auf 0 € gefallen.

Die Verkehrsverträge (Engelhardt und Martin Becker) werden entsprechend der Entwicklung der Indizes Jahresvergleich 2017 zu 2016 fortgeschrieben. In 2018 wurde für die Personalkosten erstmals der vom Land Hessen initiierte Hessenindex zur Fortschreibung verwendet. Für 2018 betragen die Faktoren +3,5 % für Personal und +8,01 % für Dieselmotorkraftstoffe. Die NVG und DB RegioBus Mitte

(ORN) schrieben für 2018 mit Jahresvergleich 2018 zu 2017 entsprechend +3,7 % für Personal und +11,5 % für Diesel fort.

Die RTV hatte zur Vermeidung von Strafzinsen (0,4 %) auf Girokonten 3.000 T€ bis Ende Oktober 2018 in einem täglich kündbaren konservativen Investmentfonds angelegt. Derzeit erfolgt eine Ausleihe überschüssiger liquider Mittel verzinslich an die RTK-Holding GmbH. Dazu wurde Liquidität bis 31.10.2019 in jährlich kündbare Festzinskonten und ein 35-Tage kündbares Festgeld jeweils bei der Rheingauer Volksbank angelegt.

Bei den erhaltenen Anzahlungen auf Bestellungen handelt es sich um den Zuschuss des RMV von insgesamt 900 T€ für Zusatzverkehre im Rahmen der LGS 2018 und Umsetzung eines ITCS Systems im lokalen Verkehr.

V. ANMERKUNGEN ZU BILANZ, JAHRESABSCHLUSS, LAGEBERICHT UND INHALTUNG DES WIRTSCHAFTSPANS:

Die Gesellschaft erzielte im Geschäftsjahr 2018 einen Verlust in Höhe von -565 T€, (Vorjahr +157 T€)) geplant war ein Verlust i.H.v. -641 T€.

VI. AUSBLICK:

Der ÖPNV steht in Zukunft vor großen Herausforderungen. Der aktuelle Fachkräftemangel ist auch weiterhin eine der größten Herausforderungen, vor der der öffentliche Nahverkehr derzeit steht. Zusammenfassend muss festgestellt werden, dass es erhebliche Veränderungen bei den Arbeitsbedingungen als Folge der Restrukturierung gegeben hat. Die Arbeitsbedingungen im Fahrdienst haben sich deutlich verschärft. Insbesondere bedeutet die längere Lenkzeit pro Dienst eine höhere Belastung für die Fahrer. Sie ist bedingt durch den Wegfall bzw. die Verkürzung anderer Zeiten wie z. B. Wegezeiten, Vor- und Abschlusszeiten, bezahlter Pausen, Wendezeiten. Was auf der Unternehmensseite als Produktivitätssteigerung zu registrieren ist, bedeutet auf der anderen Seite eine erhöhte intensive Arbeitsleistung und Belastung für die Fahrer. Die nach wie vor geringe Anzahl an freien Wochenenden wird ebenso beklagt wie

die nur einzelfreien Tage, die nur geringe Erholung bieten. Insgesamt gesehen herrscht ein tiefer Unmut über die derzeitige Lage. Aus Sicht der Fahrer ist die Schmerzgrenze für negative Veränderungen erreicht.

Bei einem Großteil der befragten Fahrerinnen und Fahrer herrscht eine unübersehbare Unzufriedenheit und eine massive Kritik an den veränderten Arbeitsbedingungen, insbesondere an der Verlängerung und Intensivierung der Lenkzeit.

Die aktuelle Diskussion um Dieselfahrverbote lässt die Erwartungen und Anforderungen an den ÖPNV kontinuierlich steigen. Außerdem erhöhen die vereinbarten Klimaziele den Druck auf den öffentlichen Nahverkehr.

Die Akteure im ÖPNV sind an dieser Stelle gefordert, für all diese Anforderungen kurz- bzw. mittelfristig Lösungsmöglichkeiten anzubieten. Es bietet sich jetzt die Chance, die notwendige massive Ausweitung eines qualitativ hochwertigen Nahverkehrsangebotes umzusetzen.

Durch regelmäßige Beteiligungsberichte wird dem Rheingau-Taunus-Kreis eine Kontrolle über Chancen und Risiken der RTV GmbH jederzeit gewährleistet.

Zu jeder Gesellschafterversammlung berichtet die Geschäftsführung über die aktuellen Entwicklungen sowie die zukünftig geplanten Geschäftstätigkeiten. Das Gremium tagte turnusmäßig.

Für 2019 ergibt sich derzeit eine Verlustsituation nach Gesellschafterumlage von ca. 1,5 Mio. €. Aufgrund der Preisentwicklung im Personal- und Treibstoffkostenbereich, der weiteren Absenkung der Gesellschafterumlage und der zu beschließenden Bestellungen im Busverkehr (OnDemand, Autonomes Fahren etc.), wird sich der Verlust nach Gesellschafterumlage in 2020 auf ca. 1.700 T€ erhöhen. Der Rheingau-Taunus-Kreis hat seinen Zuschuss als Gesellschafter in 2017 auf 6.250 T€ festgesetzt (2016 noch 6.750 T€). In 2018 wurde der Zuschuss nochmals auf nunmehr 6.000 T€ vermindert, in 2019 und 2020 werden lediglich 5.750 T€ gezahlt. Dies würde ceteris paribus dazu führen, dass das Eigenkapital in 2021 aufgebraucht wird.

VII. BESONDERHEITEN AUS SICHT DES RHEINGAU-TAUNUS-KREISES:

Keine.

VIII. AUSWIRKUNGEN AUF DIE HAUSHALTSWIRTSCHAFT DES RHEINGAU-TAUNUS-KREISES:

Wie schon im Ausblick beschrieben, wird die derzeitige Gesellschafterumlage (ab 2019: 5750 T€) zukünftig nicht ausreichend sein um die Jahresergebnisse auszugleichen. In absehbarer Zeit ist damit eine Erhöhung der Gesellschafterumlage unumgänglich. Für 2021 ist eine deutliche Erhöhung der Gesellschafterumlage auf 7,9 Mio. € (Stand 1. Haushaltsentwurf) vorgesehen.

IX. VERGÜTUNG DER GESCHÄFTSFÜHRUNG

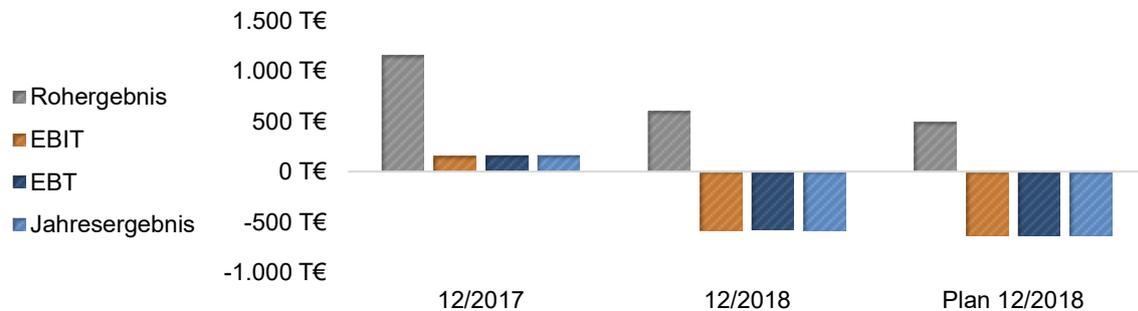
Die Angaben der Gesamtbezüge der Geschäftsführung nach § 285 Nr. 9a HGB unterbleiben unter Hinweis auf § 286 Abs. 4 HGB.

X. ANMERKUNGEN/ERLÄUTERUNGEN ZU WESENTLICHEN KENNZAHLEN:

Die Eigenkapitalquote verringerte sich um 8,5% auf 51,2 %, während die Fremdkapitalquote um 9,2 % auf 47,0% anstieg. Die Sonderposten sind mit 1,2 % nicht direkt dem Eigenkapital zuzuordnen.

XI. KENNZAHLEN

Gewinn und Verlust



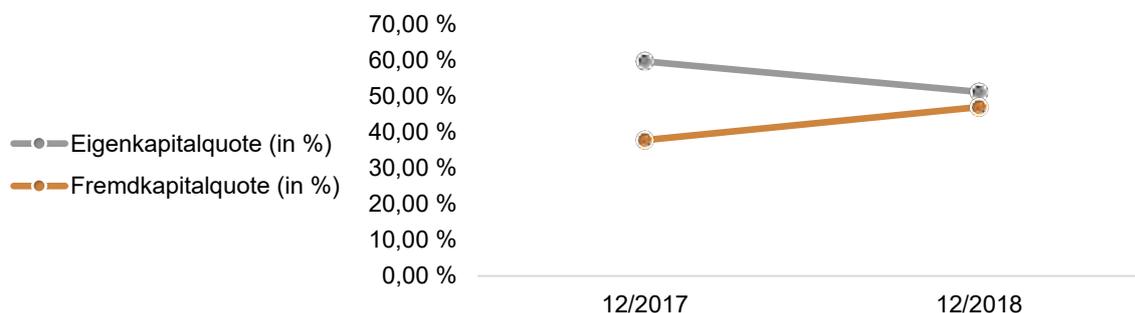
	12/2017 T€	12/2018 T€	Plan 12/2018 T€
Umsatzerlöse	8.824	9.006	5.879
Sonstige betriebliche Erträge	6.584	6.074	5.874
Materialaufwand	14.254	14.478	14.338
Rohergebnis	1.154	602	488
Personalaufwand	553	733	730
Abschreibungen	212	153	180
Sonstige betriebliche Aufwendungen	235	302	218
EBIT	154	-585	-640
Erträge aus Beteiligungen	-	-	-
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanz-AV	-	-	-
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	8	3	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	-	1
EBT	158	-582	-641
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-	-	-
Sonstige Steuern	1	1	-
Jahresergebnis	157	-583	-641

Bilanz



	12/2017 T€	12/2018 T€	Plan 12/2018 T€
Anlagevermögen	487	401	-
Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0	-
Sachanlagen	487	382	-
Finanzanlagen	0	19	-
Umlaufvermögen	8.759	9.243	-
Vorräte	0	-	-
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.228	3.205	-
Kasse, Bankguthaben, Schecks	4.531	6.037	-
Rechnungsabgrenzungsposten	0	-	-
Bilanzsumme	9.247	9.644	-
Eigenkapital	5.524	4.942	-
Sonderposten	227	173	-
Rückstellungen	542	350	-
Verbindlichkeiten	2.953	4.179	-
Rechnungsabgrenzungsposten	-	-	-
Bilanzsumme	9.247	9.644	-

Finanzkennzahlen



	12/2017 T€	12/2018 T€	Plan 12/2018 T€
Personalaufwandsquote (in %)	3,6	4,9	4,9
Finanzergebnis	3	3	-1
Fremdkapital	3.495	4.529	-
Eigenkapitalquote (in %)	59,7	51,2	-
Fremdkapitalquote (in %)	37,8	47,0	-

Stand der Firmendaten: 31.12.2018

Basis der Finanzdaten: Jahresabschluss 12/2018

5.3. Erneuerbare Energien Rheingau-Taunus GmbH



I. RECHTLICHE VERHÄLTNISSE

Firmensitz:

Heimbacher Str. 7
65307 Bad Schwalbach
Tel.: 061269302 203
E-Mail: bernd.vergin@syna.de

Rechtsform: GmbH

Handelsregisternummer: HRB 24008

Gründungsdatum: 17.02.2009

Geschäftsjahresbeginn: Januar

Unternehmenszweck:

Mit Gesellschafterbeschluss vom 21. Juni 2017 wurde der Gesellschaftsvertrag neu gefasst und insbesondere die Firma von Solar-Projekt Rheingau-Taunus GmbH in Erneuerbare Energien Rheingau-Taunus GmbH (e²) geändert. Die Eintragung im Handelsregister erfolgte am 11. Juli 2017. Gegenstand des Unternehmens ist die Planung, der Bau und Betrieb von Anlagen zur Erzeugung von Strom und/oder Wärme aus erneuerbaren Energien oder Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen (KWK). Zudem werden Maßnahmen zur Energieeffizienz durchgeführt. Tätigkeitsraum der Gesellschaft ist das Kreisgebiet des Rheingau-Taunus-Kreises und das regionale Umfeld

Kapital:

Stammkapital	25.000 €
--------------	----------

Beteiligungsquoten: (direkt/indirekt/gesamt)

Nominal	25,10% / 0% / 25,10%
---------	----------------------

II. ORGANE

Die **Organe** sind wie folgt besetzt (Name des Mitglieds/entsendet von):

Geschäftsführung

Vorsitz

Herr Bernd Vergin

Herr Manfred Vogel

Gesellschafterversammlung

Vorsitz

Herr Landrat Frank Kilian

Mitglied

Herr Volker Diefenbach
Anstalt für Erneuerbare Energien
Rheingau-Taunus

Herr Dirk Gerber
Süwag Grüne Energien und Wasser
AG & Co. KG

Herr Manfred Kohl
Anstalt für Erneuerbare Energien
Rheingau-Taunus

Herr Axel Menze
Süwag Grüne Energien und Wasser
AG & Co. KG

Herr Joachim Reimann
Anstalt für Erneuerbare Energien
Rheingau-Taunus

Herr Lutz Sand
pro regionale energie eG

Herr Stefan Scholz
pro regionale energie eG

III. BETEILIGUNGEN

Gesellschafter

Anstalt für Erneuerbare Energien Rheingau- Taunus	6.275 €	25,1%
Rheingau-Taunus- Kreis	6.275 €	25,1%
Süwag Grüne Energien und	6.275 €	25,1%

Wasser AG & Co. KG		
pro regionale energie eG	6.175 €	24,7%

Das Unternehmen selbst hält keine Beteiligungen.

IV. AKTUELLE SITUATION DER BETEILIGUNG /AUSZUG AUS DEM LAGEBERICHT (STAND 31.12.2018):

Geschäftsverlauf der Gesellschaft

Das Geschäftsjahr 2018 war vor allem durch die Umsetzung der nachstehenden Projekte geprägt.

Für die beiden Solarparks in Laufenselden und Wallrabenstein wurden die Bauleitverfahren eingeleitet. Dabei sollen in einem zweistufigen Verfahren sowohl die Träger öffentlicher Belange als auch die Bürgerinnen und Bürger eingebunden werden. Da diese Verfahren erfahrungsgemäß mehrere Monate andauern, wird mit den Bebauungsplänen nicht vor dem Frühjahr bzw. Sommer 2019 gerechnet.

Das Quartierkraftwerk Laufenselden wurde im Jahr 2018 abschließend geplant und mit den Bauträgern abgestimmt. Der Baubeginn der Gebäude erfolgte im 1. Quartal 2019. Die Anlagentechnik der e² wird anschließend im Sommer 2019 eingebaut.

Im Laufe des Geschäftsjahres 2018 wurde zudem mit der Planung bzw. Realisierung von folgenden Projekten begonnen:

Solarpark Rabenwald in Niedernhausen, Quartierkraftwerk Fuchshöhl in Oestrich-Winkel, Quartierkraftwerk Schlossterrassen in Geisenheim.

Im Geschäftsjahr 2018 konnten die bestehenden Anlagen nicht störungsfrei betrieben werden. In der Fledermausschule Heidenrod und im Gymnasium Eltville haben Defekte für eine Ertragsminderung von ca. 35.000 kWh bzw. ca. 11 T€ gesorgt. Um künftig noch schneller und effizienter Ertragsminderungen erkennen zu können, wurde in Zusammenarbeit mit

dem technischen Betriebsführer eine Anlagenüberwachung eingeführt. Diese ermöglicht eine zielgerichtete Abweichungsanalyse der jeweiligen Monatswerte bereits mit Beginn des Folgemonats.

Die Globalstrahlung in Deutschland betrug im Jahresdurchschnitt ca. 1.207 kWh/m² und war somit um 15 % höher als das langjährige Mittel. Im RTK betrug die Abweichung zum langjährigen Mittel rund 11 bis 14 %. Durch die Defekte an den Anlagen Gymnasium Eltville und Fledermausschule Heidenrod wurde die insgesamt höhere Einspeisung teilweise kompensiert. Über alle Anlagen betrachtet stiegen die Einspeisemengen gegenüber den Planwerten um 5,2 %.

Vermögens- und Finanzlage

Die Bilanzsumme beträgt zum 31. Dezember 2018 2.518 T€ (Vj. 2.567 T€). Das Vermögen der Gesellschaft wird mit 1.577 T€ (Vj. 1.701 T€) hauptsächlich von den Sachanlagen geprägt. Als weitere wesentliche Positionen werden auf der Aktivseite Forderungen gegen Gesellschafter, Sonstige Vermögensgegenstände sowie Guthaben bei Kreditinstituten ausgewiesen.

Das Eigenkapital erhöhte sich durch den Jahresüberschuss des Geschäftsjahres in Höhe von 75 T€ auf 601 T€. Die Eigenkapitalquote der Gesellschaft beläuft sich zum 31. Dezember 2018 auf 23,9 % (Vj. 20,5 %).

Maßgeblichen Anteil an der Kapitalstruktur der Gesellschaft hat der Sonderposten für Investitionszuschüsse. Dieser beläuft sich auf 1.089 T€ (Vj. 1.172 T€) und beinhaltet Fördergelder aus dem Hessischen Sonderinvestitionsprogramm und dem Zukunftsinvestitionsprogramm des Bundes für den Bau von Photovoltaik-Anlagen auf Schuldächern des Rheingau-Taunus-Kreises. Des Weiteren bestehen neben Rückstellungen in Höhe von 64 T€ (Vj. 67 T€) auch Verbindlichkeiten gegenüber dem Gesellschafter Rheingau-Taunus-Kreis aus Darlehen und Zinsabgrenzungen in Höhe von 713 T€ (Vj. 756 T€).

Dem Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit in Höhe von +181 T€ stehen Cashflows aus der Investitionstätigkeit in Höhe von -8 T€ und aus der Finanzierungstätigkeit in Höhe von -61 T€ gegenüber, so dass sich der Finanzmittelbestand zum 31. Dezember 2018 um 112 T€ auf 736 T€ (Vj. 624 T€) erhöht hat. Die ausgewiesenen Bankguthaben sind in Höhe der gebildeten Gewinnrücklagen für Reinvestitionsprogramme zweckgebunden.

Ertragslage

Die Umsatzerlöse erhöhten sich infolge der witterungsbedingt höheren Einspeisung auf 244 T€ (Vj. 234 T€). Die Sonstigen betrieblichen Erträge beinhalten im Wesentlichen die im Vergleich zum Vorjahr unveränderten Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse in Höhe von 83 T€. Der Materialaufwand reduzierte sich um 23 T€ auf 26 T€, da die im Vorjahr noch erfassten Nachholeffekte aus den Rückbaupflichtungen entfallen sind. Weitere wesentliche Aufwendungen betreffen die Abschreibungen auf die Photovoltaik-Anlagen in Höhe von 131 T€ (Vj. 131 T€) sowie die Sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von 36 T€ (Vj. 34 T€). Die Zinsen und ähnliche Aufwendungen betreffen im Wesentlichen Zinsen aus Gesellschafterdarlehen.

Unter Berücksichtigung der Steuern vom Einkommen und vom Ertrag in Höhe von 33 T€ (Vj. 29 T€) weist die Gesellschaft für das Geschäftsjahr 2018 einen Jahresüberschuss (Steuerungsgröße) in Höhe von 75 T€ (Vj. 57 T€) aus, der über den Erwartungen liegt. Diese Entwicklung resultiert insbesondere aus geringeren zeitanteiligen Umsatzerlösen, Abschreibungen und Finanzierungsaufwendungen im Zusammenhang mit den ursprünglich für Oktober 2018 geplanten Inbetriebnahmen zweier neuer Freiflächen-Photovoltaik-Anlagen, die nunmehr in das Geschäftsjahr 2019 zeitlich verlagert wurden.

V. ANMERKUNGEN ZU BILANZ, JAHRESABSCHLUSS, LAGEBERICHT UND EINHALTUNG DES WIRTSCHAFTSPLANS:

Die Gesellschaft erzielte im Geschäftsjahr 2018 einen Jahresüberschuss in Höhe von 75T€, (Vorjahr 57T€) geplant war ein Jahresüberschuss i.H.v. 44T€.

VI. AUSBLICK:

Chancen und Risiken

Jedes unternehmerische Handeln birgt neben Chancen auch Risiken. Unser Ziel ist es, Chancen erfolgsorientiert zu nutzen und möglichst frühzeitig Informationen über Risiken und die daraus resultierenden Auswirkungen zu gewinnen, um mit geeigneten Maßnahmen gegensteuern zu können. Die Gesellschaft unternimmt stetig Maßnahmen zur Identifikation, Bewertung und Steuerung von Chancen und Risiken. Folgende Instrumente sind zur Risikofrüherkennung im Einsatz:

- Wirtschaftsführung nur im Rahmen des genehmigten Wirtschaftsplans,
- Regelmäßiger Informationsaustausch zwischen den Gesellschaftern und der Geschäftsführung,
- Untersuchung von Schadens- und Störfällen der Photovoltaik-Anlagen und Einleitung von geeigneten Maßnahmen zur Behebung und Sicherstellung des Betriebs,
- Soll-Ist-Vergleiche, insbesondere im Rahmen der jährlichen Erstellung des Wirtschaftsplanes und der Ergebnishochrechnung,
- Fortlaufende Prüfung von Eingangrechnungen mit Fokus auf Sicherstellung der sachlichen und rechnerischen Richtigkeit,
- Stetige Überwachung der Einhaltung von gesetzlichen und vertraglichen Anforderungen.

Risiken, die auf bautechnischen Notwendigkeiten basieren (Statik, Sicherheitseinrichtungen, etc.), wurden bereits bei der Planung berücksichtigt. Wesentliche Betriebsgefährdungen bestehen hauptsächlich durch Beschädigungen und Zerstörung der Anlagen durch Steinschlag, Vandalismus oder Hagelschlag. Die vorhandene Elektronikversicherung deckt diese Risiken ab.

Weitere Risiken betreffen die witterungsbedingten Stromertragsmöglichkeiten der Anlagen. Starker Schneefall im Winter und verreg-

nete Sommer können die Ertragslage gegenüber dem prognostizierten 10-jährigen Mittel negativ beeinflussen. Durch die Aufnahme von zwei neuen Gesellschaftern und die Erweiterung des Gesellschaftszwecks ergeben sich künftig neue Chancen im Zusammenhang mit der Erschließung weiterer Geschäftsfelder.

Günstige Witterungsbedingungen hingegen, wie ein sonnenreicher Winter oder ein Sommer mit vielen Sonnenscheinstunden, ermöglichen überproportionale Stromerträge.

Entwicklungsbeeinträchtigende bzw. bestandsgefährdende Risiken sind aus Sicht der Geschäftsführung derzeit nicht erkennbar.

Prognose

Es ist geplant im Laufe des Jahres 2019 die Solarparks Heidenrod und Wallrabenstein sowie das QuartierKraftwerk Laufenselden in Betrieb zu nehmen. Für den Solarpark Rabenwald in Niedernhausen wurde im 1. Quartal 2019 das Bauleitverfahren eingeleitet. Für die beiden QuartierKraftwerke Fuchshöhl und Schlossterrassen sind in Zusammenarbeit mit den jeweiligen Bauträgern die finalen Verträge zu verhandeln und abzuschließen. Der Baubeginn für beide Projekte ist für das Geschäftsjahr 2020 geplant.

Gemäß der vorliegenden Wirtschaftsplanung wird für das Geschäftsjahr 2019 ein Jahresüberschuss in Höhe von ca. 79 T€ erwartet.

VII. BESONDERHEITEN AUS SICHT DES RHEINGAU-TAUNUS-KREISES:

Keine.

VIII. AUSWIRKUNGEN AUF DIE HAUSHALTSWIRTSCHAFT DES RHEINGAU-TAUNUS-KREISES:

Unmittelbare Auswirkungen für den RTK sind weiterhin nicht zu erwarten.

Ab 2019 schüttet die Gesellschaft jährlich 9 T€ aus, der Anteil des RTK beläuft sich auf 1901,51 €.

IX. VERGÜTUNG DER GESCHÄFTSFÜHRUNG

Es erfolgt keine Vergütung der Geschäftsführung.

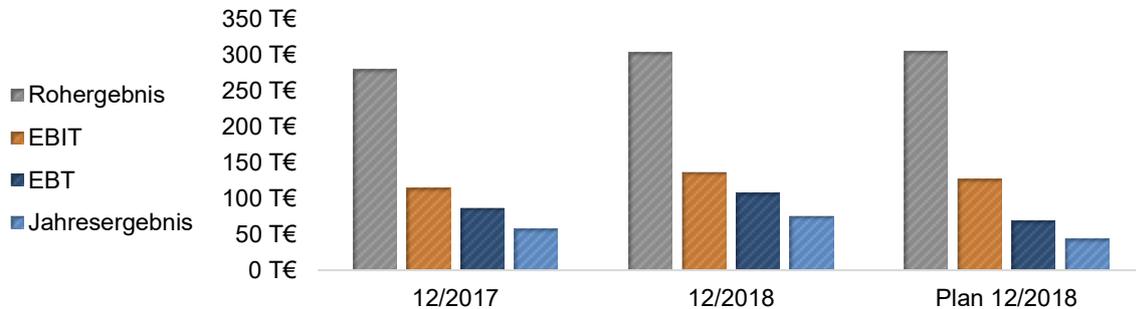
X. ANMERKUNGEN/ERLÄUTERUNGEN ZU WESENTLICHEN KENNZAHLEN:

Aufgrund des positiven Jahresergebnisses steigt die Eigenkapitalquote von 20,5 % um 3,4 % auf 23,9 %. Die Fremdkapitalquote sinkt um 0,9 % von 33,8 % auf 32,9 %.

Da die Gesellschaft über kein eigenes Personal verfügt, entstehen keine Personalkosten, so dass auch keine Personalaufwandsquote errechnet werden kann.

XI. KENNZAHLEN

Gewinn und Verlust



	12/2017 T€	12/2018 T€	Plan 12/2018 T€
Umsatzerlöse	234	244	254
Sonstige betriebliche Erträge	94	85	83
Materialaufwand	48	26	33
Rohergebnis	279	303	304
Personalaufwand	-	-	-
Abschreibungen	131	131	147
Sonstige betriebliche Aufwendungen	34	36	30
EBIT	114	136	127
Erträge aus Beteiligungen	-	-	-
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanz-AV	-	-	-
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	-
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	28	29	58
EBT	86	107	69
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-	-	-
Sonstige Steuern	29	33	25
Jahresergebnis	57	75	44

Bilanz



	12/2017 T€	12/2018 T€	Plan 12/2018 T€
Anlagevermögen	1.701	1.577	-
Immaterielle Vermögensgegenstände	-	-	-
Sachanlagen	1.701	1.577	-
Finanzanlagen	-	-	-
Umlaufvermögen	866	940	-
Vorräte	-	-	-
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	243	204	-
Kasse, Bankguthaben, Schecks	624	736	-
Rechnungsabgrenzungsposten	-	-	-
Bilanzsumme	2.567	2.518	-
Eigenkapital	526	601	-
Sonderposten	1.172	1.089	-
Rückstellungen	67	64	-
Verbindlichkeiten	801	763	-
Rechnungsabgrenzungsposten	-	-	-
Bilanzsumme	2.567	2.518	-

Finanzkennzahlen



	12/2017 T€	12/2018 T€	Plan 12/2018 T€
Personalaufwandsquote (in %)	-	-	-
Finanzergebnis	-28	-29	-58
Fremdkapital	869	827	-
Eigenkapitalquote (in %)	20,5	23,9	-
Fremdkapitalquote (in %)	33,8	32,9	-

Stand der Firmendaten: 31.12.2018

Basis der Finanzdaten: Jahresabschluss 12/2018

5.4. Exina GmbH



I. RECHTLICHE VERHÄLTNISSE

Firmensitz:

Klingholzstraße 16
65189 Wiesbaden
Tel.: 061133 38 08 0
Fax.: 061133 38 09 9
E-Mail: info@exina.de
Webseite: www.exina.de

Rechtsform: GmbH

Handelsregisternummer: HRB 23310

Gründungsdatum: 04.12.2007

Geschäftsjahresbeginn: Januar

Unternehmenszweck:

Die Exina GmbH hilft Gründungswilligen, insbesondere aus der Arbeitslosigkeit, sich auf die Selbstständigkeit vorzubereiten, erfolgreich zu starten und sich nachhaltig auf dem Markt zu etablieren. In diesem intensiven Gründungsprozess steht Exina mit einem vielfältigen Qualifizierungsprogramm und Gesprächen zur Seite. Das Unternehmen übernimmt die Bewertung von Gründungsvorhaben sowie Businessplänen und erstellt fachkundige Stellungnahmen, z.B. bei der Vergabe von öffentlichen Fördergeldern.

Kapital:

Stammkapital	27.000 €
--------------	----------

Beteiligungsquoten: (direkt/indirekt/gesamt)

Nominal	33,33% / 0% / 33,33%
---------	----------------------

II. ORGANE

Die **Organe** sind wie folgt besetzt (Name des Mitglieds/entsendet von):

Geschäftsführung

Vorsitz

Frau Viktoria Gheczy

Frau Christine Littek-Pohl

Aufsichtsrat

Vorsitz

Herr Detlev Bendel
(bis 30.09.2018)

Herr Dr. Oliver Franz
(ab 01.10.2018)

1. Stellvertretung Vorsitz

Herr Landrat Frank Kilian
Rheingau-Taunus-Kreis

Mitglied

Herr Yven Eisenmann
(bis 30.12.2018)

Herr Arno Goßmann

Herr Axel Hagemüller

Herr Dr. Herbert Koch
Rheingau-Taunus-Kreis

Frau Simone Koch

Frau Monika Merkert
Rheingau-Taunus-Kreis

Frau Dorothee Nabrotzky
Rheingau-Taunus-Kreis

Frau Corina Sube

Frau Sandra Temmen

Gesellschafterversammlung

Vorsitz

Herr Sven Gerich

1. Stellvertretung Vorsitz

Herr Landrat Frank Kilian
Rheingau-Taunus-Kreis

III. BETEILIGUNGEN

Gesellschafter

LH Wiesbaden	18.000 €	66,7%
Rheingau-Taunus-Kreis	9.000 €	33,3%

Das Unternehmen selbst hält keine Beteiligungen.

IV. AKTUELLE SITUATION DER BETEILIGUNG /AUSZUG AUS DEM LAGEBERICHT (STAND 31.12.2018):

I. Grundlagen und Rahmenbedingungen des Unternehmens

1. Geschäftsmodell des Unternehmens

Die EXINA GmbH ist ihrer vertraglich festgelegten Aufgabenstellung entsprechend, nach wie vor auf dem Gebiet der Erwachsenenbildung tätig. Neben dem traditionellen „Kerngeschäft“, der Förderung von Existenzgründungen durch Qualifizierung von Existenzgründungswilligen, insbesondere bei benachteiligten Gruppen des Arbeitsmarktes, betreut EXINA in zunehmendem Maß solche selbstständig Tätigen, die trotz ihrer gewerblichen oder freiberuflichen Tätigkeit auf öffentliche Hilfe angewiesen sind.

Es sollen zum einen die sozialen und ökonomischen Lernprozesse für die Ausübung selbstständiger, unternehmerischer Tätigkeit gefördert, sowie das Verständnis betriebswirtschaftlicher und unternehmerischer Zusammenhänge vertieft werden. Zum anderen prüft EXINA inwieweit bei einer bereits begonnenen, selbstständigen Tätigkeit noch Defizite vorhanden sind, bzw. auf welche Weise diese Defizite beseitigt werden können. Darüber hinaus gehört zu den Aufgaben von EXINA die allgemeine Nachbetreuung von Gründerinnen und Gründern, insbesondere durch Coaching-Maßnahmen.

Die Aufgabenerfüllung erfolgt durch ein bewährtes Qualifizierungsprogramm, bestehend aus Seminaren und Workshops, bilateralen Beratungsgesprächen sowie der Überprüfung der unternehmerischen Eignung. EXINA kooperiert sowohl mit den Kammern als auch mit Fachhochschulen. EXINA wirbt durch Veranstaltungen und Öffentlichkeitsarbeit für die Verbesserung des Gründungsklimas, insbesondere im Bereich der Klein- und Kleinstgründungen.

EXINA hat ein erweitertes Geschäftsfeld etabliert. Dabei handelt es sich um die Kompetenz- und Potenzialfeststellung bei Migranten und Flüchtlingen.

Zur Sicherung des hohen Qualitätsstandards der EXINA werden regelmäßig interne Personalentwicklungsmaßnahmen durchgeführt sowie externe Spezialisten eingebunden.

EXINA wurde am 13.12.2007 auf dem Registerblatt HRG 23310 bei dem Amtsgericht Wiesbaden- Registergericht- eingetragen.

Mit Bescheid vom 18.01.2008 des Finanzamtes Wiesbaden I wurde EXINA nach der eingereichten Satzung die Gemeinnützigkeit im Sinne der §§ 51ff. AO, Abs.1 Nr. 9 KStG vorläufig bescheinigt. Der Bescheid nach § 60 a Abs. 1 AO über die gesonderte Feststellung der Einhaltung der satzungsmäßigen Voraussetzungen nach §§ 51, 59, 60 zur Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer datiert vom 08.06.2016 für das Jahr 2014.

Die EXINA hat mit der Stadt Wiesbaden und dem Rheingau-Taunus-Kreis Leistungsverträge abgeschlossen. Darin enthalten ist der Umfang für die Leistungserbringung im Bereich der Existenzgründung. Die Träger dokumentieren damit die Bedeutung von Neugründungen in der Region als wichtigen Bestandteil der Wirtschaftsförderung in der Zukunft.

2. Personalbestand und organisatorische Veränderungen

Zum 31.12.2018 beschäftigte die Gesellschaft sieben Angestellte und zwei leitende Angestellte. Frau Viktoria Gheczy und Frau Christine Littek-Pohl vertreten die Gesellschaft als gemeinsam vertretungsberechtigte Geschäftsführer.

II. Wirtschaftsbericht

1. Geschäftsverlauf, Darstellung der Lage

Das Jahr 2018 war für die EXINA GmbH ein sehr erfolgreiches Geschäftsjahr. Alle Projekte sind plan- bzw. überplanmäßig verlaufen. Die Projekte im Rahmen der Existenzgründung, die Betreuung von Selbstständigen sowie das Projekt für Flüchtlinge zur Kompetenzfeststellung sind nach wie vor von hoher Qualität und erzielten sehr gute Ergebnisse.

Die Teilnehmerzahlen wurden in allen bestehenden Projekten erreicht. Im Rahmen des etablierten Qualitätsmanagements wurden kontinuierlich Optimierungen vorgenommen und somit Arbeitsprozesse verschlankt.

Die Zusammenarbeit mit der kommunalen Arbeitsvermittlung und dem Amt für Wirtschaft und Liegenschaften der Landeshauptstadt Wiesbaden, mit dem Rheingau-Taunus-Kreis und deren Job-Centern sowie mit der Agentur für Arbeit ist sehr positiv und zukunftsorientiert.

Bei der Wirtschaftsplanung für das Jahr 2018 ist die Geschäftsführung von Umsätzen in Höhe von 647.225,00 EUR ausgegangen. Der Jahresumsatz für das Jahr 2018 konnte, aufgrund der beschriebenen, erfolgreichen Durchführung der Projekte überschritten werden und beträgt 654.092,52 EUR (Vorjahr: 537.556,17 EUR). Dabei sind nicht berücksichtigt die Sonstigen betrieblichen Erträge in Höhe von 77.458,45 EUR (Vorjahr: 52.009,41 EUR).

2. Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Das Jahresergebnis 2018 ist mit einem ausgewiesenen Jahresüberschuss in Höhe von 5.067,17 EUR festgestellt. Das Jahresergebnis im Vorjahr wurde mit 446,23 EUR ausgewiesen. Die Eigenkapitalquote hat sich von 44,8 % im Vorjahr auf 45,3 % des Gesamtkapitals verändert.

V. ANMERKUNGEN ZU BILANZ, JAHRESABSCHLUSS, LAGEBERICHT UND EINHALTUNG DES WIRTSCHAFTSPANS:

Die Gesellschaft erzielte im Geschäftsjahr 2018 einen Gewinn in Höhe von +5 T€, (Vorjahr: 0,5 T€) geplant war ein Gewinn i.H.v. 3 T€

VI. AUSBLICK:

Aufgrund der positiven Entwicklung und Verfestigung der Projekte in den letzten Jahren, sieht die Geschäftsführung keine Veranlassung wesentliche Veränderungen in der Geschäftspolitik vorzunehmen.

Aufgrund der positiven Auftragslage und dem neu etablierten Flüchtlingsprojekt, der vorliegenden Verträge und der Planungen kann für das Jahr 2019 mit einem stabilen Geschäftsverlauf gerechnet werden.

Die langjährigen Projekte der EXINA konnten in den vergangenen Jahren ausgeweitet und gefestigt werden. EXINA hat sich dadurch einen Experten-Status erarbeitet. Angedacht ist, bei einer derartigen hohen Auslastung den Personalbestand zu erhöhen aufgrund von durchgeführten Evaluierungen auf Seiten der Kunden zeigen sich kontinuierlich gute Ergebnisse, die einen wichtigen wirtschaftlichen Beitrag leisten. Wir gehen davon aus, dass sich diese Entwicklung auch in den kommenden Jahren fortsetzen lässt.

Es zeigt sich, dass durch die hohe Fachkompetenz des EXINA Teams weiteres Potenzial für ähnlich gelagerte Projekte in der Zukunft gegeben ist.

Aufgrund des positiven Geschäftsverlaufes der letzten Jahre und der kontinuierlichen und überplanmäßigen Ergebniserfüllung und einer konstanten Auftragslage mit bereits abgeschlossenen Verträgen, geht die Geschäftsführung im Jahr 2019 von einem geringen Restrisiko aus.

Viktoria Gheczy und Christine Littek-Pohl gehen von einem positiven Geschäftsverlauf im Jahr 2019 aus.

VII. BESONDERHEITEN AUS SICHT DES RHEINGAU-TAUNUS-KREISES:

Die Gesellschaft wurde mit Kreistagsbeschluss vom 21.05.2017 mit Dienstleistungen im allgemeinen wirtschaftlichen Interesse (DAWI) betraut.

VIII. AUSWIRKUNGEN AUF DIE HAUSHALTSWIRTSCHAFT DES RHEINGAU-TAUNUS-KREISES:

Aufgrund der positiven Jahresergebnisse sind derzeit keine negativen Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des RTK zu erwarten.

IX. VERGÜTUNG DER GESCHÄFTSFÜHRUNG

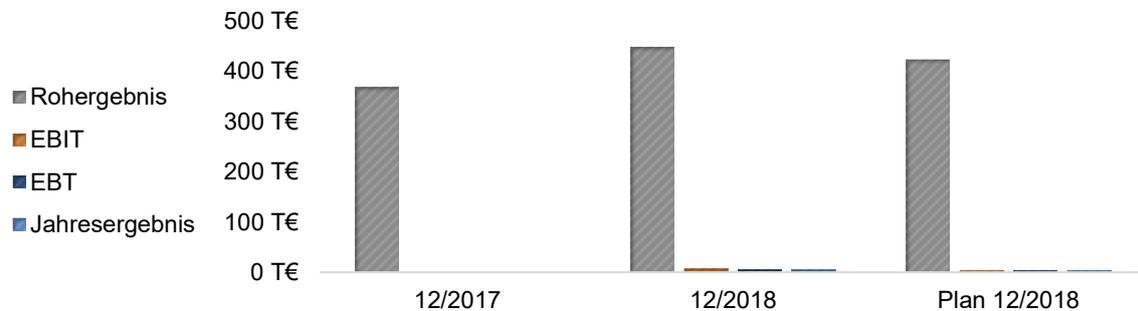
Im Zusammenhang mit § 123 a, Abs. 2 der HGO und § 286, Abs. 4 HGB wurde von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, auf die Angabe der Geschäftsführervergütung zu verzichten.

X. ANMERKUNGEN/ERLÄUTERUNGEN ZU WESENTLICHEN KENNZAHLEN:

Aufgrund des positiven Jahresergebnisses steigt die Eigenkapitalquote von 44,8 % um 0,3 % auf 45,1 %. Die Fremdkapitalquote sinkt um 0,3 % von 55,2 % auf 54,9%.

XI. KENNZAHLEN

Gewinn und Verlust



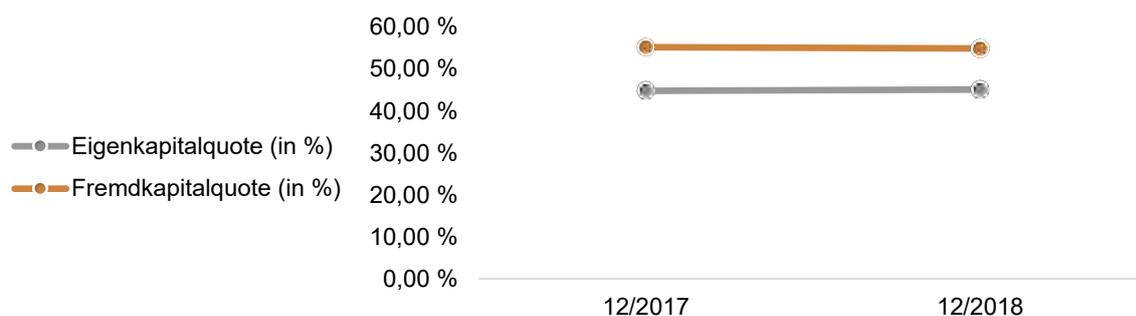
	12/2017 T€	12/2018 T€	Plan 12/2018 T€
Umsatzerlöse	538	654	577
Sonstige betriebliche Erträge	52	77	70
Materialaufwand	221	285	226
Rohergebnis	368	447	422
Personalaufwand	222	292	288
Abschreibungen	5	1	1
Sonstige betriebliche Aufwendungen	141	146	130
EBIT	0	7	3
Erträge aus Beteiligungen	-	-	-
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanz-AV	-	-	-
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	2	0
EBT	0	5	3
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-	-	0
Sonstige Steuern	0	0	-
Jahresergebnis	0	5	3

Bilanz



	12/2017 T€	12/2018 T€	Plan 12/2018 T€
Anlagevermögen	3	7	-
Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0	-
Sachanlagen	3	7	-
Finanzanlagen	-	-	-
Umlaufvermögen	169	176	-
Vorräte	-	-	-
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	81	67	-
Kasse, Bankguthaben, Schecks	88	109	-
Rechnungsabgrenzungsposten	1	1	-
Bilanzsumme	173	183	-
Eigenkapital	78	83	-
Sonderposten	-	-	-
Rückstellungen	21	36	-
Verbindlichkeiten	74	65	-
Rechnungsabgrenzungsposten	-	-	-
Bilanzsumme	173	183	-

Finanzkennzahlen



	12/2017 T€	12/2018 T€	Plan 12/2018 T€
Personalaufwandsquote (in %)	37,6	40,0	44,4
Finanzergebnis	0	-2	0
Fremdkapital	95	101	-
Eigenkapitalquote (in %)	44,8	45,1	-
Fremdkapitalquote (in %)	55,2	54,9	-

Stand der Firmendaten: 31.12.2018

Basis der Finanzdaten: Jahresabschluss 12/2018

5.5. ZVN Finanz GmbH

I. RECHTLICHE VERHÄLTNISSE

Firmensitz:

Carl-Bosch-Straße 10
65203 Wiesbaden
Tel.: 061136 42 7701
Fax.: 0611364 277 999
E-Mail: andreas.diehl@nasp.de
Webseite: www.naspa.de

Rechtsform: GmbH

Handelsregisternummer: HRB 22951

Gründungsdatum: 29.09.2006

Geschäftsjahresbeginn: Januar

Unternehmenszweck:

Die Bereitstellung von Kapital an die Nassauische Sparkasse, welches auf Seiten der Sparkasse als haftendes Eigenkapital im Sinne des Kreditwesengesetzes anerkannt ist, sowie die Vornahme aller diesem Zweck unmittelbar und mittelbar dienenden Geschäfte.

Kapital:

Stammkapital	25.000 €
--------------	----------

Beteiligungsquoten: (direkt/indirekt/gesamt)

Nominal	20,00% / 0% / 20,00%
---------	----------------------

II. ORGANE

Die **Organe** sind wie folgt besetzt (Name des Mitglieds/entsendet von):

Geschäftsführung

Vorsitz

Herr Andreas Diehl

Gesellschafterversammlung

Mitglied

Herr Landrat Frank Kilian Rheingau-Taunus-Kreis
--

III. BETEILIGUNGEN

Gesellschafter

Westerwaldkreis	5.350 €	21,4%
Rheingau-Taunus-Kreis	5.000 €	20,0%
Rhein-Lahn-Kreis	4.100 €	16,4%
Main-Taunus-Kreis	3.700 €	14,8%
Hochtaunuskreis	2.850 €	11,4%
Landkreis Limburg Weilburg	2.850 €	11,4%
LH Wiesbaden	1.150 €	4,6%

Das Unternehmen selbst hält keine Beteiligungen.

IV. AKTUELLE SITUATION DER BETEILIGUNG /AUSZUG AUS DEM LAGEBERICHT (STAND 31.12.2018):

Geschäftszweck der ZVN Finanz GmbH ist die Bereitstellung von Kapital an die Nassauische Sparkasse, das auf Seiten der Sparkasse als aufsichtsrechtliches Eigenkapital anerkannt ist.

Geschäftsentwicklung und Lage

Die ZVN Finanz GmbH hält bei der Nassauischen Sparkasse platzierte stille Einlagen von nom. 62,0 Mio EUR mit einer Laufzeit bis zum 31. Dezember 2032.

Zur Refinanzierung hat die ZVN Finanz GmbH ein kommunalverbürgtes Schuld-scheindarlehen von 62,0 Mio EUR mit einer Laufzeit bis zum 30. Dezember 2025 und fester Verzinsung aufgenommen sowie als Sicherungsinstrument für das Darlehen einen Zinsswap mit einer Laufzeit ebenfalls bis zum 30. Dezember 2025 abgeschlossen (Mikro-Hedge).

Aus den Geschäften ergibt sich für die ZVN Finanz GmbH eine feste Marge.

Im Geschäftsjahr 2018 hat die ZVN Finanz GmbH einen Jahresüberschuss von 53 TEUR erzielt.

Nach dem 31. Dezember 2018 sind keine Vorgänge eingetreten, die wesentliche Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft haben.

V. ANMERKUNGEN ZU BILANZ, JAHRESABSCHLUSS, LAGEBERICHT UND INHALTUNG DES WIRTSCHAFTSPANS:

Keine.

VI. AUSBLICK:

Die Verzinsung der bei der Nassauischen Sparkasse platzierten stillen Einlagen und des aufgenommenen Darlehens ist bis 30. Dezember 2025 fest vereinbart und der als Sicherungsinstrument für das Darlehen abgeschlossene Zinsswap hat eine Laufzeit bis 30. Dezember 2025. Daher bestehen für die ZVN Finanz GmbH bis zum 30. Dezember 2025 keine Zinsänderungsrisiken, sodass das Geschäftsmodell weiterhin tragfähig ist.

Abweichungen können auftreten, wenn die Nassauische Sparkasse in einem Geschäftsjahr nicht in der Lage sein sollte, die Zinsverpflichtungen für die bei ihr platzierten stillen Einlagen aus dem Jahresüberschuss zu bedienen. In diesem Fall besteht ein Anspruch auf Nachholung der Verzinsung sowie ein Anspruch auf Ersatz der für eine Zwischenfinanzierung erforderlichen Aufwendungen.

Besondere Chancen und Risiken werden zurzeit nicht gesehen.

Der RTK als Gesellschafter der ZVN Finanz GmbH hat mit Kreistagsbeschluss vom 18.06.2019 einer Verkürzung der Gesamtlaufzeit der stillen Einlage auf das Ende des aktuellen Zinsfestschreibungszeitraums bis zum 31.12.2025 und damit deren Beendigung zugestimmt.

VII. BESONDERHEITEN AUS SICHT DES RHEINGAU-TAUNUS-KREISES:

Bei der ZVN handelt es sich um ein Unternehmen, das gem. § 121 Abs. 2 HGO nicht auf eine wirtschaftliche Betätigung gerichtet ist. Eine Prüfung des § 121 Abs. 1 HGO entfällt somit.

Es besteht eine Ausfallbürgschaft des RTK gegenüber der ZVN für die Finanzierung der stillen Einlage bei der Nassauischen Sparkasse in Höhe von 16 Mio €. Für die Übernahme dieser Bürgschaft erhält der RTK eine Avalprovision von jährlich 2,3 % (368 T€ p.a.).

VIII. AUSWIRKUNGEN AUF DIE HAUSHALTSWIRTSCHAFT DES RHEINGAU-TAUNUS-KREISES:

Angesichts der bislang erfreulichen Ertrags- und Risikoentwicklung der Nassauischen Sparkasse bestehen keine Bedenken, dass die ZVN die Stille Einlage zukünftig nicht bedienen kann.

Gezahlte Avalprovision: 368 T€ (2,3 %) p.a..

Mit Kreistagsbeschluss vom 18.06.2019 wurde einer Verkürzung der Gesamtlaufzeit der stillen Einlage bis zum 31.12.2025 zugestimmt.

IX. VERGÜTUNG DER GESCHÄFTSFÜHRUNG

1.000,00 € p.a.

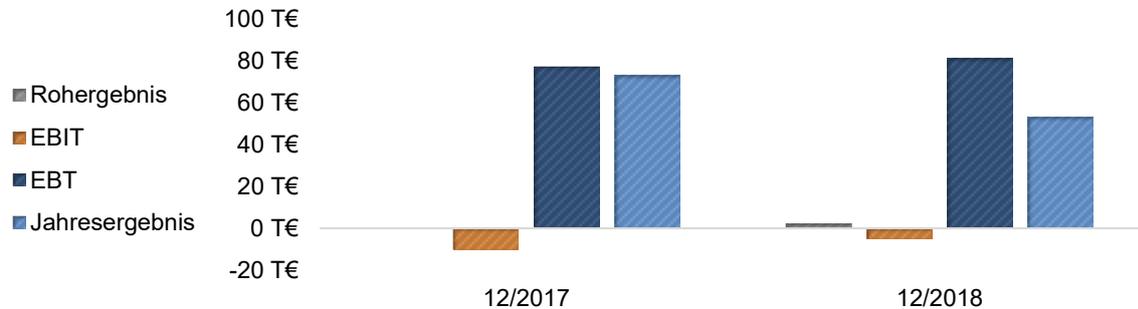
X. ANMERKUNGEN/ERLÄUTERUNGEN ZU WESENTLICHEN KENNZAHLEN:

Die Personalaufwandsquote errechnet sich wie folgt: Umsatzerlöse + sonstige betriebliche Erträge : Personalaufwand. Bei konstanten Personalaufwand i.H.v. 1 T€ und einem sonstigen betrieblichen Ertrag in Höhe von

325,75 (gerundet = 0 T€) ergibt sich in 2017 eine Personalaufwandsquote von 307 %, während in 2018 ein entsprechender Ertrag i.H. von 2.132,73 € und damit eine Personalaufwandsquote von 45,9 % erzielt wurde.

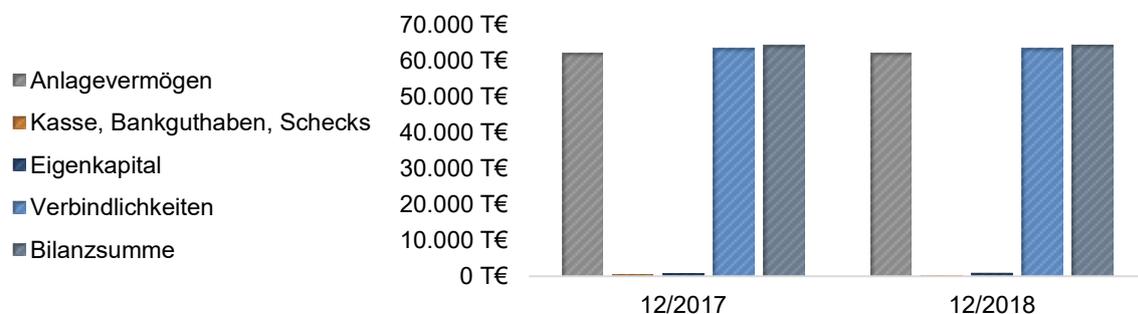
XI. KENNZAHLEN

Gewinn und Verlust



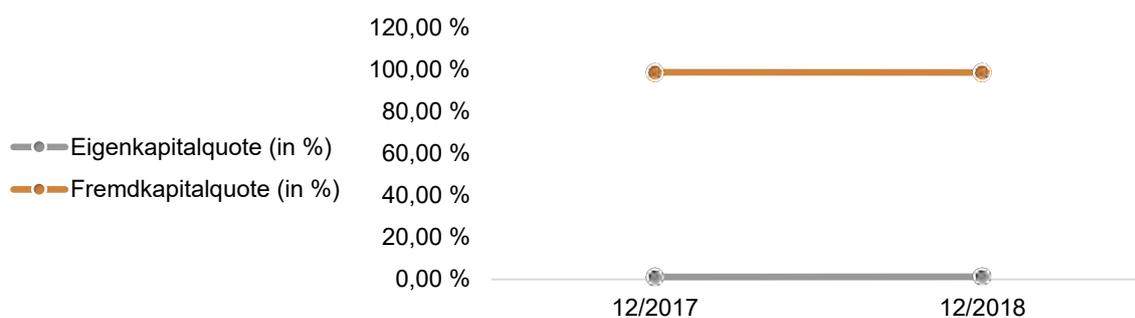
	12/2017 T€	12/2018 T€
Umsatzerlöse	-	-
Sonstige betriebliche Erträge	0	2
Materialaufwand	-	-
Rohergebnis	0	2
Personalaufwand	1	1
Abschreibungen	-	-
Sonstige betriebliche Aufwendungen	9	6
EBIT	-10	-5
Erträge aus Beteiligungen	1.748	1.683
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanz-AV	-	-
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	-	-
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.661	1.596
EBT	77	81
Steuern vom Einkommen und Ertrag	4	28
Sonstige Steuern	-	-
Jahresergebnis	73	53

Bilanz



	12/2017 T€	12/2018 T€
Anlagevermögen	62.000	62.000
Immaterielle Vermögensgegenstände	-	-
Sachanlagen	-	-
Finanzanlagen	62.000	62.000
Umlaufvermögen	2.236	2.289
Vorräte	-	-
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.773	2.215
Kasse, Bankguthaben, Schecks	463	73
Rechnungsabgrenzungsposten	-	-
Bilanzsumme	64.236	64.289
Eigenkapital	790	843
Sonderposten	-	-
Rückstellungen	18	17
Verbindlichkeiten	63.429	63.429
Rechnungsabgrenzungsposten	-	-
Bilanzsumme	64.236	64.289

Finanzkennzahlen



	12/2017 T€	12/2018 T€
Personalaufwandsquote (in %)	307,0	46,9
Finanzergebnis	87	86
Fremdkapital	63.447	63.446
Eigenkapitalquote (in %)	1,2	1,3
Fremdkapitalquote (in %)	98,8	98,7

Stand der Firmendaten: 31.12.2018

Basis der Finanzdaten: Jahresabschluss 12/2018



I. RECHTLICHE VERHÄLTNISSE

Firmensitz:

Bessie-Coleman-Straße 7
60549 Frankfurt am Main
Tel.: 069 – 66 07 59 0
Fax.: 069 – 66 07 59 90
E-Mail: info@ivm-rheinmain.de
Webseite: www.ivm-rheinmain.de

Rechtsform: GmbH

Handelsregisternummer: 75042

Gründungsdatum: 01.07.2005

Geschäftsjahresbeginn: Januar

Unternehmenszweck:

Gegenstand der Gesellschaft ist die Förderung der Zusammenarbeit im Verkehrs- und Mobilitätsmanagement der Länder Hessen und Rheinland-Pfalz und der Landkreise und Städte in der Region Frankfurt RheinMain. Die Aufgaben, die sich aus dem Gesellschaftszweck ableiten, sind in der Aufgabenvereinbarung als Anlage zum Gesellschaftsvertrag festgelegt.

Kapital:

Stammkapital	241.000 €
--------------	-----------

Beteiligungsquoten: (direkt/indirekt/gesamt)

Nominal	3,21% / 0% / 3,21%
---------	--------------------

II. ORGANE

Die **Organe** sind wie folgt besetzt (Name des Mitglieds/entsendet von):

Geschäftsführung

Vorsitz

Frau Dipl.-Ing. Heike Mühlhans

Aufsichtsrat

Mitglied

Herr Landrat Frank Kilian Rheingau-Taunus-Kreis
--

III. BETEILIGUNGEN

Gesellschafter

Stadt Frankfurt am Main	60.500 €	25,1%
Land Hessen	30.500 €	12,7%
RMV-Rhein-Main-Verkehrsverbund	30.000 €	12,4%
14 Anteilseigner der ivm (Landkreise und Städte) mit je	7.500 €	3,1%
Rheingau-Taunus-Kreis	7.500 €	3,1%
ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain)	7.500 €	3,1%

Beteiligungen

ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain)	7.500 €	3,1%
---	---------	------

IV. ANMERKUNGEN ZU BILANZ, JAHRESABSCHLUSS, LAGEBERICHT UND EINHALTUNG DES WIRTSCHAFTSPLANS:

Aufgrund der geringen wirtschaftlichen Bedeutung für den RTK werden lediglich die wesentlichen Grunddaten, Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnungen dargestellt.

V. AUSWIRKUNGEN AUF DIE HAUSHALTSWIRTSCHAFT DES RHEINGAU-TAUNUS-KREISES:

Unmittelbare Auswirkungen für den RTK sind weiterhin nicht zu erwarten.

Gezahlte Umlagen und voraussichtliche Entwicklung:

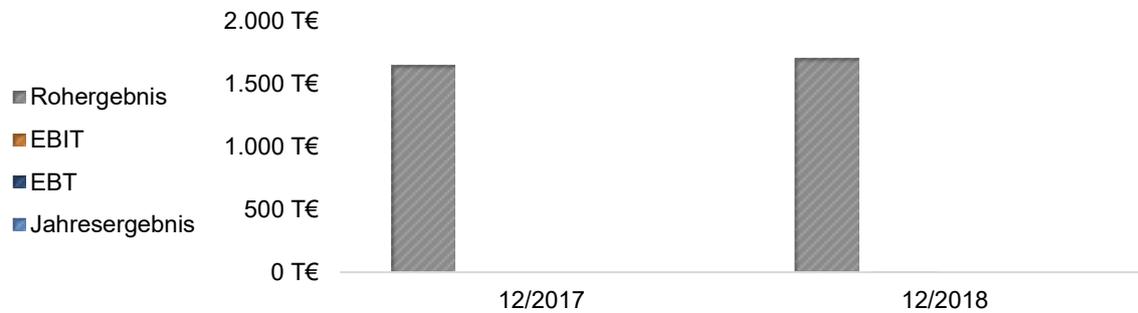
2017: 24.068,07 €. 2018: 24.068,07 €, 2019: 24.068,07 €, Plan 2020: 24.100.00 €.

VI. VERGÜTUNG DER GESCHÄFTSFÜHRUNG

Die Angaben der Bezüge für den Geschäftsführer unterblieb nach § 286 Abs. IV HGB.

VI. KENNZAHLEN

Gewinn und Verlust



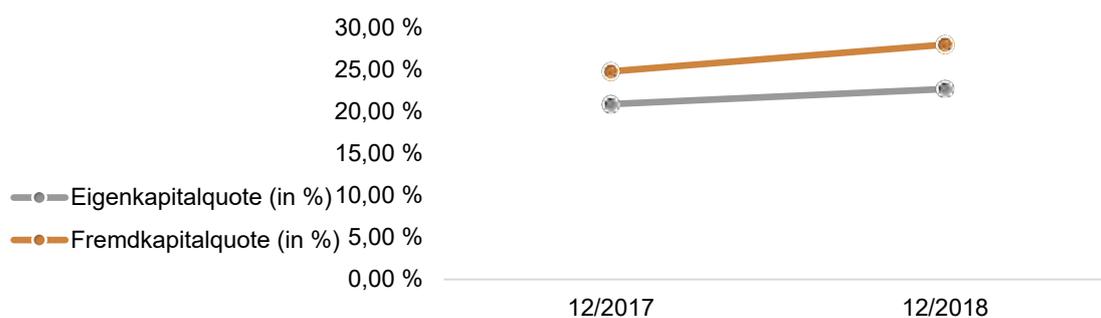
	12/2017 T€	12/2018 T€
Umsatzerlöse	1.786	1.779
Sonstige betriebliche Erträge	10	9
Materialaufwand	303	372
Rohergebnis	1.645	1.698
Personalaufwand	790	856
Abschreibungen	151	282
Sonstige betriebliche Aufwendungen	703	559
EBIT	0	1
Erträge aus Beteiligungen	-	-
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanz-AV	-	-
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0
EBT	0	0
Steuern vom Einkommen und Ertrag	0	0
Sonstige Steuern	-	-
Jahresergebnis	0	0

Bilanz



	12/2017 T€	12/2018 T€
Anlagevermögen	608	507
Immaterielle Vermögensgegenstände	524	419
Sachanlagen	84	88
Finanzanlagen	-	-
Umlaufvermögen	503	507
Vorräte	-	-
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	260	148
Kasse, Bankguthaben, Schecks	243	359
Rechnungsabgrenzungsposten	9	14
Bilanzsumme	1.119	1.028
Eigenkapital	234	234
Sonderposten	608	507
Rückstellungen	23	33
Verbindlichkeiten	255	255
Rechnungsabgrenzungsposten	0	0
Bilanzsumme	1.119	1.028

Finanzkennzahlen



	12/2017 T€	12/2018 T€
Personalaufwandsquote (in %)	40,6	41,4
Finanzergebnis	0	0
Fremdkapital	278	288
Eigenkapitalquote (in %)	20,9	22,7
Fremdkapitalquote (in %)	24,8	28,0

Die Sonderposten sind mit 49,3 % nicht direkt dem Eigenkapital zuzuordnen.

Stand der Firmendaten: 31.12.2018

Basis der Finanzdaten: Jahresabschluss 12/2018

I. RECHTLICHE VERHÄLTNISSE

Firmensitz:

Unterschweinstiege 8
60549 Frankfurt am Main
Tel.: 069 / 68 60 38 - 0
Fax.: 069 / 68 60 38 - 11
E-Mail: info@frm-united.com
Webseite: www.frm-united.com

Rechtsform: GmbH

Handelsregisternummer: HRB 75141

Gründungsdatum: 24.03.2006

Geschäftsjahresbeginn: Januar

Unternehmenszweck:

Gegenstand des Unternehmens ist das internationale Standortmarketing für den Wirtschaftsraum FrankfurtRheinMain. Zum Gegenstand gehört insbesondere, die vorhandenen Stärken des Wirtschaftsraums zu vernetzen und zu bündeln, die Wahrnehmung des Wirtschaftsraums und seiner Standortvorteile und das Interesse an dem Wirtschaftsraum zu fördern sowie zur Förderung der Wettbewerbsfähigkeit und Attraktivität des Wirtschaftsraums ein gemeinsames, profiliertes Erscheinungsbild des Wirtschaftsraumes und den Wirtschaftsraum als Marke zu entwickeln und zu pflegen.

Kapital:

Stammkapital	250.000 €
--------------	-----------

Beteiligungsquoten: (direkt/indirekt/gesamt)

Nominal	1,00% / 0% / 1,00%
---------	--------------------

II. ORGANE

Die **Organe** sind wie folgt besetzt (Name des Mitglieds/entsendet von):

Geschäftsführung

Geschäftsführung

Herr Eric Menges

Aufsichtsrat

Vorsitz

Herr Peter Feldmann

1. Stellvertretung Vorsitz

Herr Michael Cyriax

Mitglied

Herr Landrat Frank Kilian
Rheingau-Taunus-Kreis

Gesellschafterversammlung

Mitglied

Herr Landrat Frank Kilian
Rheingau-Taunus-Kreis

III. BETEILIGUNGEN

Gesellschafter

weitere Anteilseigner FRM	247.500 €	99,0%
Rheingau-Taunus-Kreis	2.500 €	1,0%

Das Unternehmen selbst hält keine Beteiligungen.

IV. ANMERKUNGEN ZU BILANZ, JAHRRESABSCHLUSS, LAGEBERICHT UND EINHALTUNG DES WIRTSCHAFTSPLANS:

Aufgrund der geringen wirtschaftlichen Bedeutung für den RTK werden lediglich die wesentlichen Grunddaten, Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnungen dargestellt.

V. AUSWIRKUNGEN AUF DIE HAUSHALTSWIRTSCHAFT DES RHEINGAU-TAUNUS-KREISES:

Unmittelbare Auswirkungen für den RTK sind weiterhin nicht zu erwarten. Gezahlte Umlagen und voraussichtliche Entwicklung:

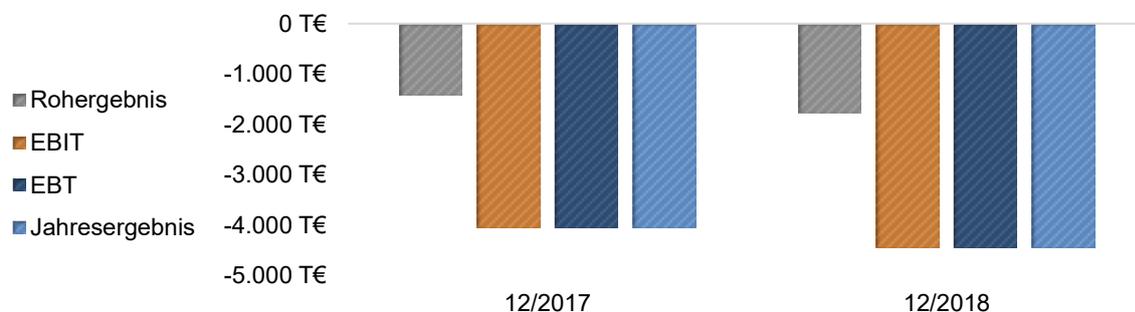
2017: 40.0000,00 €, 2018: 40.000 €, 2019:
40.000,00 €, Plan 2020: 40.000,00 €.

VI. VERGÜTUNG DER GESCHÄFTSFÜHRUNG

Die Angaben der Bezüge für den Geschäftsführer unterblieb nach § 286 Abs. IV HGB.

VI. KENNZAHLEN

Gewinn und Verlust



	12/2017 T€	12/2018 T€
Umsatzerlöse	844	872
Sonstige betriebliche Erträge	71	54
Materialaufwand	2.339	2.696
Rohergebnis	-1.424	-1.769
Personalaufwand	1.754	1.778
Abschreibungen	62	67
Sonstige betriebliche Aufwendungen	820	846
EBIT	-4.060	-4.459
Erträge aus Beteiligungen	-	-
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanz-AV	-	-
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	-
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-	-
EBT	-4.060	-4.459
Steuern vom Einkommen und Ertrag	0	-
Sonstige Steuern	1	0
Jahresergebnis	-4.061	-4.459

Bilanz



	12/2017 T€	12/2018 T€
Anlagevermögen	205	192
Immaterielle Vermögensgegenstände	110	123
Sachanlagen	94	69
Finanzanlagen	0	0
Umlaufvermögen	1.692	1.385
Vorräte	-	-
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	95	142
Kasse, Bankguthaben, Schecks	1.597	1.242
Rechnungsabgrenzungsposten	61	35
Bilanzsumme	1.957	1.612
Eigenkapital	1.546	1.021
Sonderposten	-	-
Rückstellungen	149	349
Verbindlichkeiten	263	242
Rechnungsabgrenzungsposten	0	-
Bilanzsumme	1.957	1.612

Finanzkennzahlen



	12/2017 T€	12/2018 T€
Personalaufwandsquote (in %)	191,7	191,8
Finanzergebnis	0	-
Fremdkapital	411	591
Eigenkapitalquote (in %)	79,0	63,3
Fremdkapitalquote (in %)	21,0	36,7

Stand der Firmendaten: 31.12.2018

Basis der Finanzdaten: Jahresabschluss 12/2018



I. RECHTLICHE VERHÄLTNISSE

Firmensitz:

Wilhelmshöher Allee 157 – 159
34121 Kassel
Tel.: 0561/3085-0
Fax.: 0561/3085-153
E-Mail: info@hlg.org
Webseite: www.hlg.org

Rechtsform: GmbH

Handelsregisternummer: HRB 2632

Gründungsdatum: 01.01.1970

Geschäftsjahresbeginn: Januar

Unternehmenszweck:

Gemeinnützige Siedlungsgesellschaft des Landes Hessen, Staatliche Treuhandstelle für ländliche Bodenordnung, Sanierungs- u. Entwicklungsträger nach dem Baugesetzbuch Domänenverwaltung für das Land Hessen, Flächenmanagement, Straßenbau für das Land Hessen, Ökoagentur

Kapital:

Stammkapital	3.604.617	€
--------------	-----------	---

Beteiligungsquoten: (direkt/indirekt/gesamt)

Nominal	0,02% / 0% / 0,02%
---------	--------------------

II. ORGANE

Die **Organe** sind wie folgt besetzt (Name des Mitglieds/entsendet von):

Geschäftsführung

Vorsitz

Frau Prof. Dr. Martina Klärle

Gesellschafterversammlung

Mitglied

Herr Landrat Frank Kilian
Rheingau-Taunus-Kreis

III. BETEILIGUNGEN

Gesellschafter

Land Hessen	2.231.979 €	61,9%
Landesbank Hessen-Thüringen	1.337.673 €	37,1%
14 Gesellschafter HLG (Kommunen u. Landkreise)	31.360 €	0,9%
Rheingau-Taunus-Kreis	613 €	0,1%

Das Unternehmen selbst hält keine Beteiligungen.

IV. ANMERKUNGEN ZU BILANZ, JAHRESABSCHLUSS, LAGEBERICHT UND EINHALTUNG DES WIRTSCHAFTSPLANS:

Aufgrund der geringen wirtschaftlichen Bedeutung für den RTK werden lediglich die wesentlichen Grunddaten, Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnungen dargestellt.

V. AUSWIRKUNGEN AUF DIE HAUSHALTSWIRTSCHAFT DES RHEINGAU-TAUNUS-KREISES:

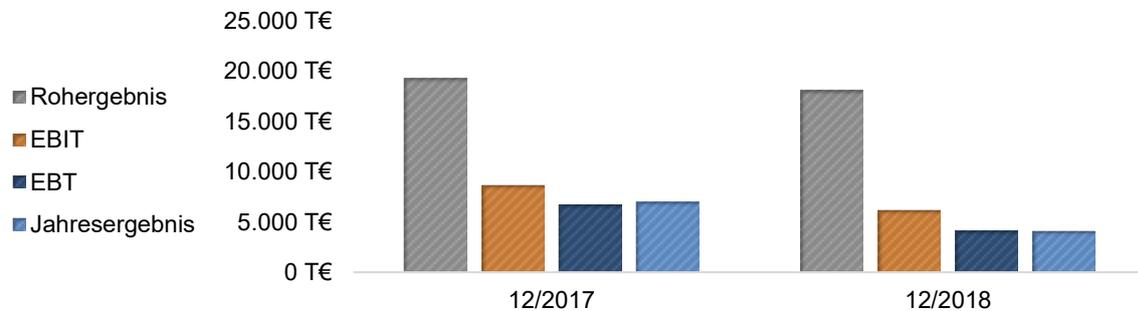
Unmittelbare Auswirkungen für den RTK sind weiterhin nicht zu erwarten.

VI. VERGÜTUNG DER GESCHÄFTSFÜHRUNG

Die Angaben der Bezüge für den Geschäftsführer unterblieb nach § 286 Abs. IV HGB.

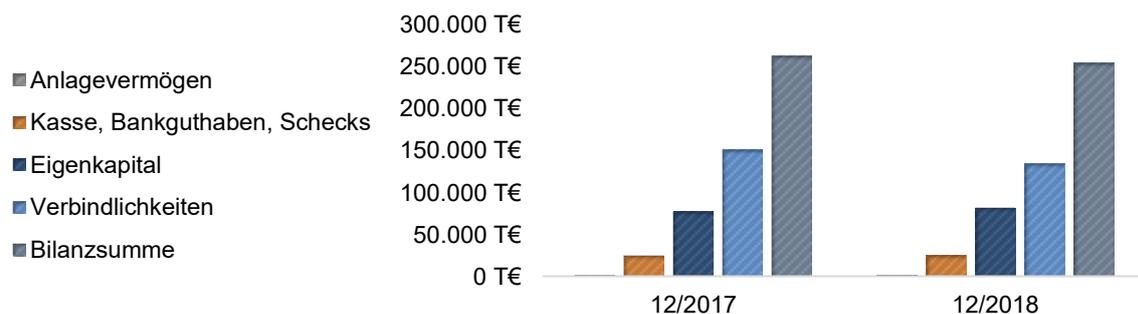
VI. KENNZAHLEN

Gewinn und Verlust



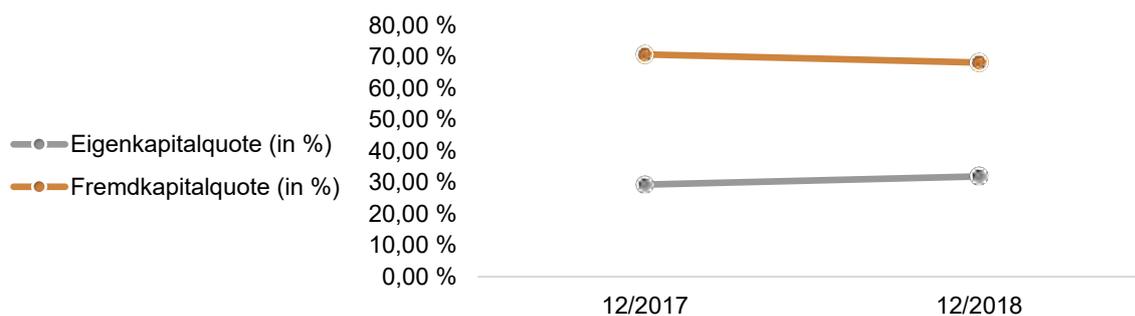
	12/2017 T€	12/2018 T€
Umsatzerlöse	93.912	100.494
Sonstige betriebliche Erträge	1.220	93
Materialaufwand	87.079	73.972
Rohergebnis	19.269	18.078
Personalaufwand	8.019	8.611
Abschreibungen	201	294
Sonstige betriebliche Aufwendungen	2.457	3.043
EBIT	8.592	6.130
Erträge aus Beteiligungen	1	1
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanz-AV	0	0
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	215	46
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	2.129	2.089
EBT	6.678	4.088
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-339	0
Sonstige Steuern	25	26
Jahresergebnis	6.991	4.062

Bilanz



	12/2017 T€	12/2018 T€
Anlagevermögen	1.363	1.496
Immaterielle Vermögensgegenstände	297	277
Sachanlagen	1.015	1.166
Finanzanlagen	51	54
Umlaufvermögen	261.536	252.559
Vorräte	234.448	223.780
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	3.069	4.082
Kasse, Bankguthaben, Schecks	24.019	24.697
Rechnungsabgrenzungsposten	54	51
Bilanzsumme	262.953	254.106
Eigenkapital	77.098	81.160
Sonderposten	-	-
Rückstellungen	34.603	38.784
Verbindlichkeiten	150.903	133.773
Rechnungsabgrenzungsposten	350	390
Bilanzsumme	262.953	254.106

Finanzkennzahlen



	12/2017 T€	12/2018 T€
Personalaufwandsquote (in %)	7,5	9,4
Finanzergebnis	-1.914	-2.042
Fremdkapital	185.855	172.946
Eigenkapitalquote (in %)	29,3	31,9
Fremdkapitalquote (in %)	70,7	68,1

Stand der Firmendaten: 31.12.2018

Basis der Finanzdaten: Jahresabschluss 12/2018

I. RECHTLICHE VERHÄLTNISSE

Firmensitz:

Frankfurter Straße 76
65439 Flörsheim am Main
Tel.: 06145/936 36 20
Fax.: 06145/936 36 44
E-Mail: info@regionalpark-rheinmain.de
Webseite: www.regionalpark-rheinmain.de

Rechtsform: GmbH

Handelsregisternummer: HRB 20927

Gründungsdatum: 01.01.2003

Geschäftsjahresbeginn: Januar

Unternehmenszweck:

Zweck der Gesellschaft ist die übergreifende Planung, die Koordination und die Förderung des Regionalparks. Die Gesellschaft organisiert und verteilt Finanzierungszuschüsse an die Regionalparkträger auf der Durchführungsebene. Zu den Aufgaben der Gesellschaft gehört die Erstellung des kurz-, mittel- und langfristigen Projekt- und Maßnahmenplanes für den gesamten Regionalpark. Außerdem stellt sie Pflegestandards auf, gewährleistet ein einheitliches Beschilderungssystem und betreibt die übergreifende Öffentlichkeitsarbeit. Die Gesellschaft ist gemeinnützig.

Kapital:

Stammkapital	187.500 €
--------------	-----------

Beteiligungsquoten: (direkt/indirekt/gesamt)

Nominal	6,67% / 0,00% / 6,67%
---------	-----------------------

II. ORGANE

Die **Organe** sind wie folgt besetzt (Name des Mitglieds/entsendet von):

Aufsichtsrat

Mitglied

Herr Karl Ottes
Rheingau-Taunus-Kreis

III. BETEILIGUNGEN

Gesellschafter

14 Gesellschafter Regionalpark Ballungsraum Rh.Main á 12.500 €	175.000 €	93,3%
Rheingau-Taunus- Kreis	12.500 €	6,7%

Das Unternehmen selbst hält keine Beteiligungen.

IV. ANMERKUNGEN ZU BILANZ, JAHRESABSCHLUSS, LAGEBERICHT UND EINHALTUNG DES WIRTSCHAFTSPLANS:

Aufgrund der geringen wirtschaftlichen Bedeutung für den RTK werden lediglich die wesentlichen Grunddaten, Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnungen dargestellt.

V. AUSWIRKUNGEN AUF DIE HAUSHALTSWIRTSCHAFT DES RHEINGAU-TAUNUS-KREISES:

Unmittelbare Auswirkungen für den RTK sind weiterhin nicht zu erwarten. Gezahlte Umlagen und voraussichtliche Entwicklung:

2017: 75.000,00 €. 2018: 75.000,00 €, 2019: 100.000,00 €, Plan 2020: 100.000 €

VI. BESONDERHEITEN AUS SICHT DES RHEINGAU-TAUNUS-KREISES:

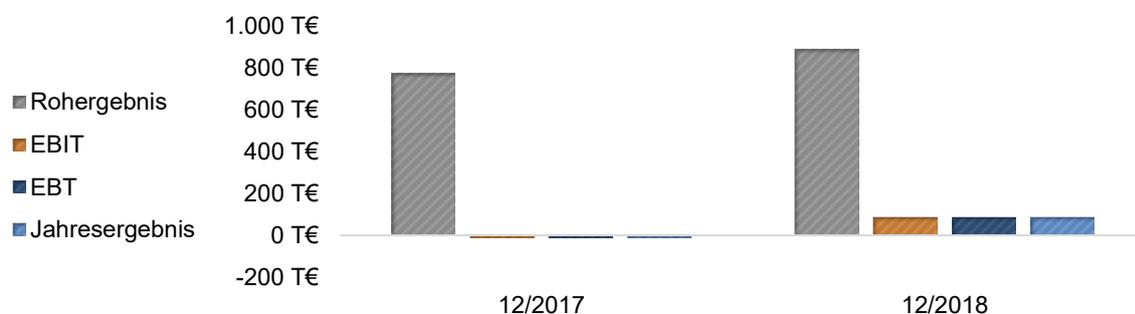
Die Umlage wird zu 100% vom Zweckverband Rheingau an den RTK erstattet.

VII. VERGÜTUNG DER GESCHÄFTSFÜHRUNG

Die Angaben der Bezüge für den Geschäftsführer unterblieb nach § 286 Abs. IV HGB.

VII. KENNZAHLEN

Gewinn und Verlust



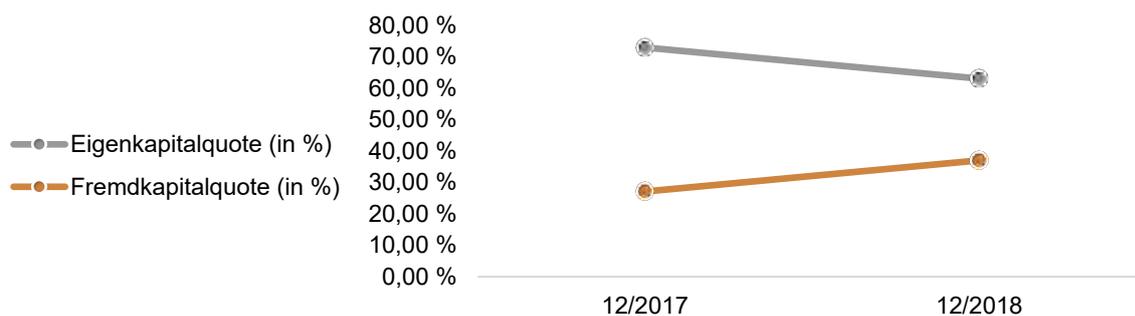
	12/2017 T€	12/2018 T€
Umsatzerlöse	1.877	1.820
Sonstige betriebliche Erträge	18	8
Materialaufwand	1.122	941
Rohergebnis	773	888
Personalaufwand	382	389
Abschreibungen	157	159
Sonstige betriebliche Aufwendungen	245	255
EBIT	-12	85
Erträge aus Beteiligungen	-	-
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanz-AV	-	-
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	3	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	3	-
EBT	-12	85
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-	-
Sonstige Steuern	-	-
Jahresergebnis	-12	85

Bilanz



	12/2017 T€	12/2018 T€
Anlagevermögen	597	460
Immaterielle Vermögensgegenstände	6	3
Sachanlagen	591	457
Finanzanlagen	-	-
Umlaufvermögen	813	1.309
Vorräte	-	-
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	3	50
Kasse, Bankguthaben, Schecks	810	1.259
Rechnungsabgrenzungsposten	4	4
Bilanzsumme	1.413	1.773
Eigenkapital	1.031	1.116
Sonderposten	-	-
Rückstellungen	363	597
Verbindlichkeiten	19	59
Rechnungsabgrenzungsposten	-	-
Bilanzsumme	1.413	1.773

Finanzkennzahlen



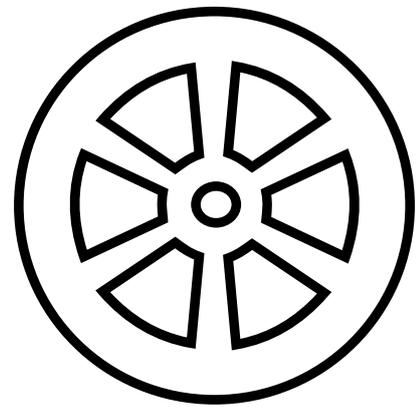
	12/2017 T€	12/2018 T€
Personalaufwandsquote (in %)	20,2	21,2
Finanzergebnis	1	0
Fremdkapital	382	656
Eigenkapitalquote (in %)	72,9	63,0
Fremdkapitalquote (in %)	27,1	37,0

Stand der Firmendaten: 31.12.2018

Basis der Finanzdaten: Jahresabschluss 12/2018



6. Mittelbare Beteiligungen



6.1. Energie-Dienstleistungs-Zentrum Rheingau-Taunus GmbH



I. RECHTLICHE VERHÄLTNISSE

Firmensitz:

Europastr. 10
65385 Rüdesheim

Rechtsform: GmbH

Gründungsdatum: 21.12.1994

Geschäftsjahresbeginn: Januar

Unternehmenszweck:

Gegenstand der Gesellschaft ist das Management der Strom- und Wärmeversorgung sowie die Errichtung und der Betrieb der dazu notwendigen Anlagen in Liegenschaften des Kreises, von kreisangehörigen Städten und Gemeinden sowie Beteiligungsgesellschaften des Kreises und der Kommunen.

Kapital:

Stammkapital	652.000 €
--------------	-----------

Beteiligungsquoten: (direkt/indirekt/gesamt)

Nominal	0% / 100,00% / 100,00%
---------	------------------------

II. ORGANE

Die **Organe** sind wie folgt besetzt (Name des Mitglieds/entsendet von):

Geschäftsführung

Vorsitz

Herr Thorsten Reineck

Herr Manfred Vogel

Gesellschafterversammlung

Vorsitz

Herr Landrat Frank Kilian
Rheingau-Taunus-Kreis

Mitglied

Herr Alexander Bernstorff

Herr Alexander Cornelius

Herr Günther Döring

Herr Dr. Herbert Koch

Frau Monika Merkert

Frau Sabine Muth

Herr Dr. Clemens Mödden

Frau Dorothee Nabrotzky

Frau Dr. Heidrun Orth-Krollmann

Herr Karl Ottes

Herr Hans-Joachim Pirschle

Herr Günther Retzmann

Herr Hans Rodius

Herr Thomas Schnell

Herr Rainer Scholl

III. BETEILIGUNGEN

Gesellschafter

RTK Holding GmbH	652.000 €	100,0%
------------------	-----------	--------

Das Unternehmen selbst hält keine Beteiligungen.

IV. AKTUELLE SITUATION DER BETEILIGUNG /AUSZUG AUS DEM LAGEBERICHT (STAND 31.12.2018):

Allgemeine Situation

Auch im zurückliegenden Geschäftsjahr lag der unternehmerische Schwerpunkt der edz GmbH in der Wärmeversorgung von Gebäuden. Die Bereiche Windkraft und Photovoltaik spielen im Unternehmen nach wie vor keine Rolle. Bei der Beheizung von größeren Objekten mit einer regelmäßigen Wärmeabnahme nutzt die edz GmbH den Einsatz von Block-Heiz-Kraftwerken (BHKW) um nicht nur Wärme, sondern auch Strom zu erzeugen. Im Rahmen eines zu Gunsten des Rheingau-

Taunus-Kreis eingeführten Energiemanagementsystems erbringt die edz GmbH Dienstleistungen im Zusammenhang mit der Erfassung und Auswertung von Verbrauchsdaten für Wärme, Strom und Wasser.

Durch Hinweise auf verbraucherbedingte Einsparmöglichkeiten, Nutzer-Schulungen zwecks Verhaltensänderungen oder technische Optimierungen soll der Gesamtenergiebedarf in den Gebäuden des Rheingau-Taunus-Kreises zusätzlich zu den vom Rheingau-Taunus-Kreis am Gebäudebestand durchgeführten baulichen Veränderungen gesenkt werden und so dazu beitragen, dass der Rheingau-Taunus-Kreis seine selbst gesetzten Klimaschutzziele erreichen kann.

Investitionen

Im Geschäftsjahr 2018 wurden für die Modernisierung und den Neubau von Heizungsanlagen insgesamt 134,4 Tsd.-€ (Vorjahr 399 Tsd.-€) investiert. Die vor der Errichtung der Anlagen notwendigen Planungen sowie der größte Teil der Installationsarbeiten wurden von eigenem Personal durchgeführt. Die für Planung und Installation entstandenen Personalkosten wurden als Eigenleistungen im Wert von 21,9 Tsd.-€ zusammen mit den Anlagen aktiviert und werden über die Laufzeit der Anlage planmäßig abgeschrieben. Durch die Investitionstätigkeit in die Heizungsanlagen (Bilanzbuchwert zum 31.12.18: 2,56 Mio.-€) ist das Unternehmen kapitalintensiv und muss nicht nur den Betrieb, sondern auch die Finanzierung der Anlagen sicherstellen.

Umsatz- und Erlössituation

Während in 2018 die meisten Vertragsverhältnisse unverändert fortgeführt werden konnten, endeten einzelne Wärmelieferverträge nach Ablauf der vertraglichen Laufzeiten. Durch die Übernahme von Dienstleistungen beim Betrieb einzelner Heizungsanlagen wurde dem Umsatzrückgang entgegengewirkt.

Insgesamt erzielte die GmbH Umsatzerlöse im Wert von 3,14 Mio.-€ (Vorjahr: 3,1 Mio.-€).

Unter Berücksichtigung der witterungsbedingten Absatzsituation wurden im Jahresverlauf insgesamt 2.639 Tsd.-€ (Vorjahr: 2.770,3

Tsd.-€) Umsatz aus Wärmelieferungen erzielt.

Der Einsatz der BHKW's brachte der edz GmbH im abgelaufenen Geschäftsjahr 232,3 Tsd.-€ zusätzlichen Umsatz. Davon wurden 156,2 Tsd.-€ (Vorjahr: 85,6 Tsd.-€) für Strom berechnet, der im gleichen Objekt verbraucht wurde, in dem auch das BHKW betrieben wird. Da nicht stets und zu jeder Zeit der produzierte Strom direkt vor Ort verbraucht werden kann, erfolgt in Spitzenzeiten eine Stromeinspeisung in das öffentliche Stromnetz. Die aus der Einspeisung erwirtschafteten Erlöse betragen 76,1 Tsd.-€ (Vorjahr: 53,6 Tsd.-€).

Aus anderen Leistungen des Unternehmens wurden Erlöse in Höhe von 266,6 Tsd.-€ (Vorjahr: 194,2 Tsd.-€) sowie sonstige betriebliche Erträge in Höhe von 6,3 Tsd.-€ (Vorjahr: 7,7 Tsd.-€) erzielt. Zusammen mit den aktivierten Eigenleistungen (21,9 Tsd.-€) wird im Jahresabschluss eine Gesamtleistung des Unternehmens von 3,17 Mio.-€ (Vorjahr: 3,16 Mio.-€) dokumentiert.

Aufwendungen

Um Planungssicherheit zu erhalten und sich vor steigenden Bezugspreisen zu schützen hat die edz GmbH für die Jahre 2017 bis 2019 einen Gasliefervertrag mit einem Lieferanten zu festgelegten Konditionen abgeschlossen. Aufgrund verbesserter Auslastung der holzbetriebenen Heizungen mussten Spitzenlasten nicht so stark mit gasbetriebenen Heizungen ergänzt werden. Daher konnte der Gasverbrauch um 26,6 Tsd.-€ im Vergleich zum Vorjahr reduziert werden.

Die Aufwendungen für Holzbrennstoffe stiegen entsprechend leicht an. Während der Aufwand für Pellets nahezu konstant blieb, wurden bei den Hackschnitzel Mehraufwendungen von rund 12,4 Tsd.-€ verzeichnet.

Bei den Aufwendungen für Heizöl wurden wie auch im Vorjahr rückläufige Kosten im Wert von 20,7 Tsd.-€ verzeichnet (Vorjahr 73,6 Tsd.-€, Berichtsjahr 52,9 Tsd.-€). Aufgrund des am Bilanzstichtag gültigen Marktpreises für Heizöl musste eine aufwandswirksame Wertkorrektur in Höhe von 2,7 Tsd.-€ vorgenommen werden. Bei den Holzbeständen wurde keine Wertkorrektur notwendig.

Wie in den vergangenen Jahren konnten bei der Zollzahlstelle Steuererstattungsansprüche für den Brennstoffeinsatz geltend gemacht werden. Im Jahresabschluss 2018 sind 17,4 Tsd.-€ aufwandsmindernd ausgewiesen (Vorjahr 17,6 Tsd.-€).

Unverändert besteht das Risiko, dass die EEG-Umlage für in den BHKW's erzeugten Strom aus vorangegangenen Jahren mit dem Netzbetreiber abzurechnen ist. Dieser Situation wurde durch die Bildung einer Rückstellung erstmals in 2011 Rechnung getragen. In den weiteren Jahren wurde diese Rückstellung auf den jeweils aktuellen Jahreswert angepasst (2018: 57,3 Tsd.-€).

Um einen störungsfreien Betrieb der Heizungsanlagen sicherzustellen werden regelmäßig Wartungsarbeiten an den Anlagen durchgeführt. Soweit möglich werden die Wartungen ebenso wie notwendige Reparaturen an den Anlagen von den hauseigenen Technikern durchgeführt. Das für Reparaturen notwendige Material sowie der zusätzliche Aufwand für Reparaturen konnte auch im abgelaufenen Geschäftsjahr reduziert werden und betrug im Jahr 2018 75,1 Tsd.-€ (2017: 86,8 Tsd.-€; 2016: 91,1 Tsd.-€; 2015: 115,2 Tsd.-€; 2014: 174,3 Tsd.-€).

Für die mit Holzhackschnitzel bzw. -pellets als Energieträger betriebenen Heizungsanlagen sowie an den BHKW's werden zusätzliche Wartungen von externen Dienstleistern erledigt. Hierfür wurden in 2018 Aufträge im Wert von 34,2 Tsd.-€ vergeben (2017: 33,0 Tsd.-€). Zusätzlich fielen Schornsteinfegergebühren in Höhe von 6,5 Tsd.-€ (2017: 9,2 Tsd.-€) an.

Der für die Investitionen notwendige Finanzierungsbedarf konnte auch im zurückliegenden Geschäftsjahr aus eigenen Mitteln gedeckt werden. Die noch bestehenden Kreditverpflichtungen werden planmäßig getilgt.

Im Jahr 2015 wurde der von der edz GmbH ursprünglich in Schweizer Franken aufgenommene Kredit in einen Euro-Kredit umgeschuldet. Dieser Kredit besitzt keinen festen Tilgungsplan und wird vierteljährlich prolongiert. In Abhängigkeit von der Liquiditätssitu-

ation der GmbH werden jeweils zum Verlängerungstag mindestens 50 Tsd.-€ zurückgezahlt.

Obwohl die Euro-Finanzierung eine höhere Verzinsung besitzt als die Finanzierung in Schweizer-Franken, reduziert die Tilgung den jährlich zu erbringenden Zinsaufwand auf aktuell 9,9 Tsd.-€ (2017: 15,2 Tsd.-€; 2016: 23,5 Tsd.-€).

Aufgrund des niedrigen Zinsniveaus und keiner Ausweitung der Fremdfinanzierung konnte der gesamte Finanzierungsaufwand von 30,6 Tsd.-€ im Vorjahr auf 24,6 Tsd.-€ im Jahr 2018 gesenkt werden.

Finanzierung und Liquidität

Wie bereits beschrieben wurde der im Jahr 1998 bei der Deutschen Bank aufgenommene Schweizer-Franken-Kredit im Verlauf des Jahres 2015 in einen Euro-Kredit umgewandelt. Seitdem erfolgt eine regelmäßige Tilgung des Kredites in Höhe von mindestens 50 Tsd.-€ pro Quartal. Im Jahr 2018 konnten insgesamt 600 Tsd.-€ an die Deutsche Bank zurückgeführt werden, sodass von der ursprünglichen Kreditsumme (1,62 Mio.-€) nur noch ein Restbetrag von 500 Tsd.-€ zum Bilanzstichtag offen ist.

Für einen im Jahr 2015 neu aufgenommene Investitionskredit (610 Tsd.-€) besteht zum Stichtag eine Rückzahlungsverpflichtung in Höhe von 500,8 Tsd.-€.

Seit Errichtung der Holzheizung in St. Goarshausen steht aus dem CO₂-Minderungsprogramm ein zinsverbilligtes Darlehen zur Verfügung, das planmäßig getilgt wird. Die Restkreditsumme zum 31.12.2018 beträgt 31,2 Tsd.-€.

Die Finanzierung des Umlaufvermögens und des laufenden Geschäftsbetriebes erfolgt auf Kontokorrentbasis bei der Hausbank. Für das Geschäftskonto ist eine Kreditlinie (200 Tsd.-€) eingeräumt, die im zurückliegenden Geschäftsjahr nicht in Anspruch genommen werden musste. Eventuell zusätzlich notwendiger Liquiditätsbedarf könnte das Unternehmen auch durch die Aufnahme eines weiteren kurzfristigen Kredites bei der Muttergesellschaft, überbrücken. Auch dies war in 2018 nicht einschlägig.

Durch die Anforderung von monatlichen Abschlagsbeträgen auf die Wärmelieferungsrechnungen sowie die übrigen Dienstleistungen wird die regelmäßig benötigte Liquidität der Gesellschaft sichergestellt.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr war die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft jederzeit gegeben.

Aufgrund des anhaltend niedrigen Zinsniveaus werden bestehende Liquiditätsüberhänge auf dem Geschäftskonto oder auf Tagesgeldkonten nicht mehr von den Geschäftsbanken verzinst, so dass keine nennenswerten Zinserträge zu erwirtschaften sind. Aufgrund des stets wieder kurzfristigen Liquiditätsbedarfes ist eine mittel- oder langfristige Kapitalanlage nicht vorgesehen. Alternativ wird jedoch regelmäßig die Möglichkeit von Sondertilgungen auf der Kreditseite geprüft und genutzt. Um die Zahlung von „Negativ-Zinsen“ zu vermeiden, leiht die edz GmbH der Muttergesellschaft RTK Holding GmbH für einen kurzen Zeitraum nicht benötigte Liquidität aus. Im Jahr 2018 wurden 500 Tsd.-€ der RTK Holding GmbH verzinslich zur Verfügung gestellt, die bei Bedarf von der edz GmbH jederzeit wieder angefordert werden können.

Vermögenslage

Im zurückliegenden Geschäftsjahr konnte die Gesellschaft erneut einen Jahresüberschuss erzielen.

In den zurückliegenden Jahren hat die Gesellschaft keine Gewinnausschüttungen an die Gesellschafterin vorgenommen. Die im Zusammenhang mit den Turbulenzen der Schweizer-Franken-Finanzierung vorgenommene Kapitalerhöhung stärkte zusätzlich die Eigenkapitalbasis des Unternehmens.

Die edz GmbH weist zum 31.12.2018 insgesamt ein Eigenkapital in Höhe von 2,369 Mio.-€ (Vorjahr: 1,953 Mio.-€) aus.

Während das Jahresergebnis die Bilanzsumme erhöht, führt die Tilgung von Fremdkapital zu einer im Vergleich zum Vorjahr insgesamt niedrigeren Bilanzsumme (2018: 4,200 Mio.-€; 2017: 4,462 Mio.-€; 2016: 4,583 Mio.-€).

Die Eigenkapitalquote hat sich in den vergangenen Jahren aufgrund der erzielten Jahresüberschüsse und der reduzierten Bilanzsumme kontinuierlich erhöht. Nachdem die Eigenkapitalsituation seit Gründung des Unternehmens im Banken-Ranking lange Zeit als niedrig eingestuft war, kann inzwischen eine gute Bilanzrelation aufgezeigt werden.

(2010: 2,7%; 2011: 6,6%; 2012: 12,1%; 2013: 14,5%; 2014: 14,9%; 2015: 30,83%; 2016: 34,2%; 2017: 43,77%; 2018: 56,43%).

Die Geschäftsführung schlägt vor, 5% bezogen auf das gezeichnete Kapital (5% von 652 Tsd.-€ = 32,6 Tsd.-€) als Ausschüttung vorzunehmen. Zur Beibehaltung der Kapitalausstattung wird der verbleibende Jahresüberschuss des Jahres 2018 (383.716,03 €) auf neue Rechnung vorgetragen.

V. ANMERKUNGEN ZU BILANZ, JAHRESABSCHLUSS, LAGEBERICHT UND EINHALTUNG DES WIRTSCHAFTSPLANS:

Die Gesellschaft erzielte im Geschäftsjahr 2018 einen Jahresüberschuss in Höhe von 416 T€, (Vorjahr 386 T€) geplant war ein Jahresüberschuss i.H.v. 83 T€.

VI. AUSBLICK:

Während die Kosten für den Brennstoffbezug aufgrund der Marktpreisentwicklungen leicht anstiegen, gingen die Umsatzerlöse aus Wärmelieferungen leicht zurück. Insgesamt konnten aber die gesamten Umsatzerlöse gesteigert werden. Höhere Einnahmen aus der Stromproduktion und aus erbrachten Dienstleistungen konnten die Rückgänge beim Wärmeabsatz ausgleichen. Das eigene Personal im technischen Außendienst wird seit einiger Zeit nicht nur zur Erneuerung und Wartung der eigenen Anlagen eingesetzt, sondern erbringt vermehrt auch Dienstleistungen zu Gunsten des Rheingau-Taunus-Kreises und anderer Kunden. Diese Dienstleistungen bei der Reparatur von Heizungs-, Lüftungs- oder Sanitäreinrichtungen sowie im Brennstoffmanagement für kundeneigene Heizungen stärkt die Umsatzsituation des Unternehmens. Da die Kunden vermehrt bauliche Veränderungen und Wärmedämmmaßnahmen an ihren Gebäuden durchführen lassen, ist ein weiter rückläufiger Bedarf an Wärmemenge zu erwarten.

Insgesamt zeigt der Jahresabschluss der edz GmbH aber eine stabile Entwicklung des Unternehmens. Mit 416.316,03 € liegt das Ergebnis über dem Wert des Vorjahres und deutlich über dem Planansatz für das Jahr 2018 (Planüberschuss: 83,25 Tsd.-€)

Nach wie vor hängt der Erfolg des Unternehmens aber von den Witterungsbedingungen, insbesondere in den Wintermonaten, ab. Die Temperaturen sowie das Nutzerverhalten in den beheizten Gebäuden bestimmen hauptsächlich die abzusetzende Wärmemenge. Die Veränderungen der an die Kunden zu berechnenden Wärmepreise erfolgt gemäß der vereinbarten Preisgleitklausel in Abhängigkeit der Entwicklung der Rohstoffpreise. Diese Markteinflüsse erschweren eine Prognose im Bereich der Umsatzerlöse, sodass die Planung auf Erfahrungs- und Erwartungswerten beruht und mit entsprechenden Unsicherheiten versehen ist. Auf Basis der vorliegenden Erkenntnisse und einer vorsichtigen Schätzung der Entwicklungen hat die Geschäftsführung einen Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2019 erstellt, der einen Jahresüberschuss in Höhe von 36,08 Tsd.-€ vorsieht.

Neben dem Erfolgsplan hat die Gesellschafterversammlung am 19. November 2018 den Investitionsplan für das Jahr 2018 mit einem erwarteten Investitionsvolumen von rund 485,6 Tsd.-€ genehmigt. Erneut ist keine Kreditaufnahme für die Finanzierung der Investitionen vorgesehen.

Die kontinuierliche Modernisierung des Anlagenbestandes dient einerseits dazu, den Rohstoffeinsatz zu reduzieren und andererseits neben einer Verbesserung des Deckungsbeitrages im Unternehmen auch zum Klimaschutz beizutragen.

Die Ertüchtigung von Mess- und Regeltechnik, Kommunikationstechnik und digitaler Bestandteile in und an den Anlagen ist weiterhin notwendig um die Effizienz der Heizanlagen zu erhalten bzw. zu steigern. Aber auch die konsequente Wartung der Anlagen und Anlagenteile muss für einen sicheren und möglichst störungsfreien Betrieb der Heizungen weiterhin gewährleistet werden.

Als Auswirkung auf die Änderung des Geschäftszweckes im Jahr 2017 ist zu erwarten, dass Aufträge mit Kommunen außerhalb des Kreisgebietes aber auch mit einzelnen Kunden innerhalb des Rheingau-Taunus-Kreises nicht über die derzeit bestehende Laufzeit hinaus fortgesetzt werden. Eine Ausweitung der Geschäftstätigkeit ist aufgrund der regionalen Struktur und den kommunalen Gegebenheiten mit dem neuen Geschäftszweck nur sehr begrenzt möglich. Durch die Stärkung des Dienstleistungsangebotes im technischen Segment und im Bereich des Brennstoff-Managements wird jedoch versucht, den befürchteten Konsequenzen im Bereich der Wärmelieferung entgegenzuwirken.

VII. BESONDERHEITEN AUS SICHT DES RHEINGAU-TAUNUS-KREISES:

Es bestehen gegenüber der EDZ GmbH folgende Bürgschaften (Inanspruchnahme bis zu):

Ausfallbürgschaft Deutsche Bank:
1.789.521,58 €

Ausfallbürgschaft Nassauische Sparkasse:
488.000,00 €

VIII. AUSWIRKUNGEN AUF DIE HAUSHALTSWIRTSCHAFT DES RHEINGAU-TAUNUS-KREISES:

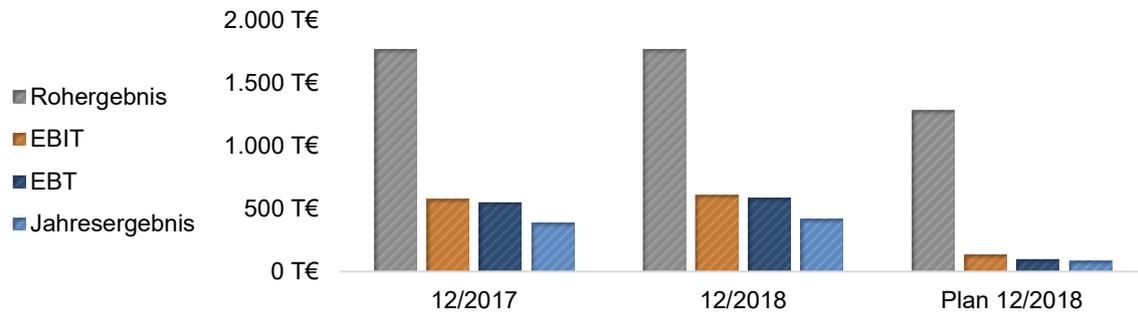
Aufgrund der positiven Jahresergebnisse sind derzeit keine negativen Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des RTK zu erwarten.

IX. ANMERKUNGEN/ERLÄUTERUNGEN ZU WESENTLICHEN KENNZAHLEN:

Aufgrund des positiven Jahresergebnisses steigt die Eigenkapitalquote von 43,8 % um 12,6 % auf 56,4 %. Die Fremdkapitalquote sinkt um 12,6 % von 56,2 % auf 43,6 %.

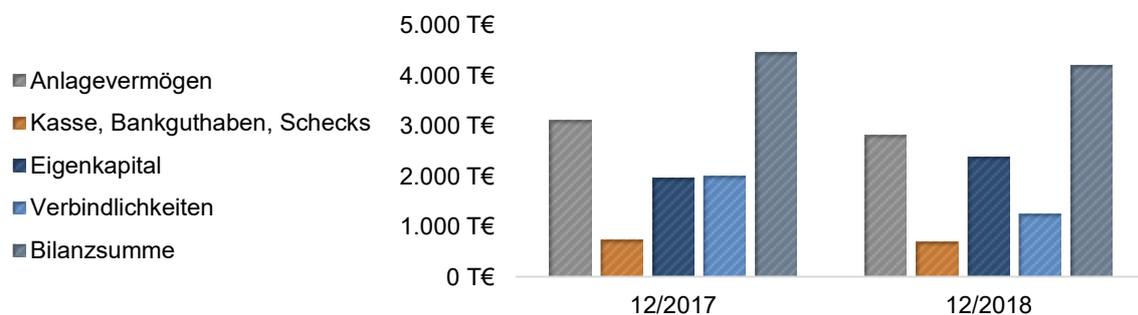
X. KENNZAHLEN

Gewinn und Verlust



	12/2017 T€	12/2018 T€	Plan 12/2018 T€
Umsatzerlöse	3.104	3.138	3.247
Sonstige betriebliche Erträge	8	6	15
Materialaufwand	1.395	1.401	1.982
Rohergebnis	1.767	1.764	1.280
Personalaufwand	567	554	548
Abschreibungen	414	423	421
Sonstige betriebliche Aufwendungen	208	178	176
EBIT	577	609	135
Erträge aus Beteiligungen	-	-	-
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	1	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	31	25	40
EBT	547	585	95
Steuern vom Einkommen und Ertrag	156	168	12
Sonstige Steuern	5	1	-
Jahresergebnis	386	416	83

Bilanz



	12/2017 T€	12/2018 T€	Plan 12/2018 T€
Anlagevermögen	3.104	2.807	-
Kasse, Bankguthaben, Schecks	728	691	-
Eigenkapital	1.953	2.370	-
Verbindlichkeiten	1.999	1.248	-
Bilanzsumme	4.462	4.200	-

Finanzkennzahlen



	12/2017 T€	12/2018 T€	Plan 12/2018 T€
Personalaufwandsquote (in %)	17,9	17,5	16,8
Finanzergebnis	-30	-24	-40
Fremdkapital	2.509	1.830	-
Eigenkapitalquote (in %)	43,8	56,4	-
Fremdkapitalquote (in %)	56,2	43,6	-

Stand der Firmendaten: 31.12.2018

Basis der Finanzdaten: Jahresabschluss 12/2018

6.2. PROJEB Rheingau-Taunus GmbH



I. RECHTLICHE VERHÄLTNISSE

Firmensitz:

Konrad-Adenauer-Str. 15
65232 Taunusstein
Tel.: 0612891470
Fax.: 06128914734
E-Mail: info@projob-rtk.de
Webseite: www.projob-rtk.de

Rechtsform: GmbH

Handelsregisternummer: HRB 16461

Gründungsdatum: 25.10.1996

Geschäftsjahresbeginn: Januar

Unternehmenszweck:

Unterstützung des Rheingau-Taunus-Kreises bei der Erfüllung der gesetzlichen Aufgabe, Leistungsempfängern nach SGB II und SGB III die (Wieder-) Eingliederung in das Arbeitsleben zu ermöglichen oder diese hierbei zu unterstützen. Weiterhin wird das Unternehmen im Bereich der Qualifizierung, Aus- und Fortbildung für alle Erwachsenen und jungen Menschen tätig und arbeitet mit anderen Trägern zusammen.

Kapital:

Stammkapital	526.000	€
--------------	---------	---

Beteiligungsquoten: (direkt/indirekt/gesamt)

Nominal	0%	100,00%	100,00%
---------	----	---------	---------

II. ORGANE

Die **Organe** sind wie folgt besetzt (Name des Mitglieds/entsendet von):

Geschäftsführung

Geschäftsführung

Herr Christoph Burgdorf

Herr Martin Glaub

Aufsichtsrat

Vorsitz

Herr Landrat Frank Kilian

Mitglied

Frau Helga Becker
RTK Holding GmbH

Herr Alexander Cornelius
RTK Holding GmbH

Herr Günther Döring
RTK Holding GmbH

Herr Dr. Herbert Koch
(ab 16.09.2018)
RTK Holding GmbH

Frau Monika Merkert
RTK Holding GmbH

Herr Dr. Clemens Mödden
RTK Holding GmbH

Frau Dorothee Nabrotzky
(bis 15.09.2018)
RTK Holding GmbH

Frau Dr. Heidrun Orth-Krollmann
RTK Holding GmbH

Herr Karl Ottens
RTK Holding GmbH

Herr Thomas Schnell
(ab 16.09.2018)
RTK Holding GmbH

Herr Rainer Scholl
RTK Holding GmbH

Herr Andreas Zoz
(bis 15.09.2018)
RTK Holding GmbH

Gesellschafterversammlung

Vorsitz

Herr Landrat Frank Kilian

Mitglied

Herr Matthias Hannes
RTK Holding GmbH

Frau Dr. Antje Kluge-Pinsker
RTK Holding GmbH
Herr Dr. Herbert Koch
RTK Holding GmbH
Frau Sabine Muth
RTK Holding GmbH
Herr Alexander Müller (FDP)
RTK Holding GmbH
Herr Günther Retzmann
RTK Holding GmbH
Herr Thomas Schnell
RTK Holding GmbH
Herr Paul Weimann
RTK Holding GmbH

Das Geschäftsjahr schließt aus den genannten Gründen mit einem Fehlbetrag von 31.143,79 € ab.

Obwohl das prognostizierte Planergebnis für das Geschäftsjahr 2018 nicht erreicht werden konnte, setzt sich der Konsolidierungstrend aus den Vorjahren fort. Zeigten die Ergebnisse von 2016 ein Minus von 468,4 Tsd.-€ und von 2017 ein Minus von 175,4 Tsd.-€ so ist im Ergebnis für 2018 mit einem Minus von 31,1 Tsd.-€ der Trend der Konsolidierung und damit der positiven Entwicklung erkennbar.

Das Geschäftsjahr 2018 war einerseits geprägt von Veränderungen, Umstrukturierungen und Weiterentwicklungen, andererseits wurden bestehende Aktivitäten, Projekte und Maßnahmen fortgeführt.

Die vergangenen Geschäftsjahre waren überwiegend beeinflusst von einem Rückgang an Maßnahmen und Projekten, insbesondere im Bereich der Bildungsmaßnahmen und der gewerblichen Tätigkeit, der Betreuung von Mensen und Kantinen. Außerdem belastete in den Vorjahren eine schwierige finanzielle und teilweise nicht auskömmliche finanzielle Ausstattung von Maßnahmen und Projekten die Bemühungen einer erfolgreichen Konsolidierung. Dieser Trend konnte aufgrund erfolgreicher Konsolidierungsbemühungen im Geschäftsjahr 2018 weitestgehend gestoppt werden.

So wurden wieder mehr Maßnahmen und Projekte im Bereich der Qualifizierung, Aus- und Weiterbildung gefördert, insbesondere aus den Rechtskreisen des SGB II und auch wieder seit 2015 aus dem Rechtskreis des SGB III (Agentur für Arbeit). Des Weiteren wurde die Qualifizierung von Flüchtlingen fortgeführt, was sich auch in einer Ertragssteigerung gegenüber dem Wirtschaftsplan widerspiegelte (s. u. Ertragslage). Außerdem wurden im Bereich der sozialen Dienstleistungen und gewerblichen Projekte weitere Konsolidierungsmaßnahmen eingeleitet, um strukturellen Defiziten entgegenzuwirken. Neben notwendigen räumlichen Veränderungen, erfolgten parallel dazu Umstellungen, zum einen in der Organisation der ProJob GmbH, wie auch weitreichende inhaltliche Umstrukturierungsprozesse bei der Planung,

III. BETEILIGUNGEN

Gesellschafter

RTK Holding GmbH	526.000 €	100,0%
------------------	-----------	--------

Das Unternehmen selbst hält keine Beteiligungen.

IV. AKTUELLE SITUATION DER BETEILIGUNG /AUSZUG AUS DEM LAGEBERICHT (STAND 31.12.2018):

Wirtschaftsbericht

Allgemeine Situation und Projekte

Das im Dezember 2017 aufgestellte Wirtschaftsplanergebnis 2018 für die ProJob GmbH belief sich auf 4.595,23 €. Die Geschäftsführung führte im Geschäftsjahr 2018, die in den Vorjahren vorgenommene Konsolidierung der ProJob GmbH fort. Dieser Prozess konnte in 2018 in weiten Teilen umgesetzt werden. Trotzdem blieben wirtschaftliche und finanzielle Belastungen, sowohl aus der Vergangenheit (z. B Vorsteuerproblematik), als auch aus gegenwärtigen Entwicklungen (z. B. Personalanpassungsmaßnahmen, erforderliche Renovierungen/Umbauten, steigende Urlaubsrückstellungen durch steigende Beschäftigtenzahlen), die sich negativ auf das Gesamtergebnis für 2018 auswirkten.

Organisation und Realisierung von Maßnahmen. Die Erweiterung des Auftragsportfolios führte auch zu einer personellen Erweiterung der Beschäftigtenzahlen in der ProJob GmbH im Geschäftsjahr 2018.

Die ProJob GmbH ist eine mittelbare 100%ige Beteiligungsgesellschaft des Rheingau-Taunus-Kreis. Die rechtliche Konstruktion der ProJob ermöglicht die Inhousevergabe von Maßnahmen und Projekten durch das Kommunale JobCenter an die ProJob GmbH. Auf Grundlage des geltenden Wettbewerbsrechts muss dazu gewährleistet sein, dass mindestens 80% des Gesamtumsatzes durch Aufträge des Kommunalen JobCenters und anderer Ämter des Rheingau-Taunus-Kreises erfolgt. Nach transparent dargelegten Berechnungen der ProJob GmbH belief sich der Anteil der durch den RTK an die ProJob vergebenden Aufträge im Geschäftsjahr 2018 auf 82,22% (6.293.350,42 €) (Vorjahr 81,3%; 4.704.145,93 €). Die vom RTK an die ProJob GmbH erteilten Aufträge im Rahmen der Inhousevergabe waren überwiegend finanziert aus Fördermitteln anderer Institutionen und Einrichtungen (Eingliederungstitel des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, EU-Förderungen (ESF), Fördermittel von Bundesministerien sowie des Landes Hessens etc.). Die weiteren erzielten Umsätze und Erträge in Höhe von 1.144.536,66 € (17,78%) resultieren aus der erfolgreichen Akquise von weiteren Aufträgen bei unterschiedlichen Auftraggebern im Bereich arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen und den Erträgen aus gewerblicher Tätigkeit.

Im Geschäftsbereich der arbeitsmarktpolitischen Fördermaßnahmen unterstützte und qualifizierte die ProJob GmbH langzeitarbeitslose Personen in Form von Trainings- und Qualifizierungsmaßnahmen, um diese näher an den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt heranzuführen bzw. zu integrieren.

Die durchgeführten Trainings- und Qualifizierungsmaßnahmen zeichneten sich insbesondere durch eine kontinuierliche und individuelle Betreuung und Unterstützung der Teilnehmenden, bspw. im gesamten Bewerbungsprozess sowie durch eine praxisnahe Kombination aus fachpraktischer und fachtheoretischer Kenntnisvermittlung, aus. Dadurch konnten die Teilnehmenden wieder

an das Geschehen auf dem Arbeitsmarkt herangeführt oder in den ersten Arbeitsmarkt integriert werden.

Parallel dazu wurde ebenso analysiert und ermittelt, inwieweit eine Aussteuerung aus dem SGB II-Bezug in andere Rechtskreise in Betracht käme, so z. B. in die Rechtskreise der Rentenversicherung (SGB VI) oder der Sozialhilfe (SGB XII). Ziel dabei ist die Entlastung des Rheingau-Taunus-Kreises bei den Kosten für die SGB II-Beziehenden sowie bei der Reduzierung der Kosten für die Unterkunft (KdU).

Für den RTK als Optionskommune ist die ProJob GmbH somit ein wichtiger Partner bei der Bekämpfung von Langzeitarbeitslosigkeit. Dies betrifft nicht nur die Umsetzung der Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II), sondern auch den Bereich der Arbeitsförderung (SGB III) und der Jugendberufshilfe im Rahmen der Kinder- und Jugendhilfe (SGB VIII).

Der RTK profitiert durch seine Lage im Peripheriegürtel des Rhein-Main-Gebietes von der guten Beschäftigungssituation in der Region. Deutlich wird dies an der im Vergleich zum Bundesdurchschnitt geringen Arbeitslosenquote. Zum Stichtag 31.12.2018 waren bundesweit 4,9 % der Erwerbsfähigen ohne Arbeit, ein Rückgang von 0,7%-Punkten gegenüber Januar 2018. 1,7% der Erwerbsfähigen bezogen Arbeitslosengeld I und 3,2% Arbeitslosengeld II. Im Bundesland Hessen betrug die Quote der Erwerbsfähigen ohne Arbeit im Dezember 2018 insgesamt 4,3%. 1,5% der Erwerbsfähigen bezogen Arbeitslosengeld I und 2,8% Arbeitslosengeld II. Im Rheingau-Taunus-Kreis betrug die Arbeitslosenquote im Dezember insgesamt 3,9%, ein Rückgang von 0,8%-Punkten im Vergleich zu Januar 2018. 1,4% der Erwerbsfähigen erhielten Arbeitslosengeld I und 2,5% Arbeitslosengeld II. Die Anzahl der Bedarfsgemeinschaften im SGB II belief sich im Dezember auf 4.530. Die Zahl der Personen in Bedarfsgemeinschaften lag im Dezember 2018 bei 9.303 Personen (das entspricht ca. 5% der Gesamtbevölkerung des RTK). Von den im Dezember gemeldeten 9.303 Personen in Bedarfsgemeinschaften waren 6.332 erwerbsfähig, davon wiederum waren 2.424

Personen arbeitslos; 3.908 Personen wurden als nicht arbeitslos geführt.

Die Erfahrung der letzten Jahre hat gezeigt, dass langzeitarbeitslose Menschen nur dann eine echte Chance auf Integration in den Arbeitsmarkt haben, wenn sie durch geeignete, passgenaue und sinnvolle Fördermaßnahmen fachpraktisch und fachtheoretisch qualifiziert werden und kontinuierlich und individuell sozialpädagogisch betreut werden.

Parallel zur Betreuung und Integration von Langzeitarbeitslosen stellt die Qualifizierung von anerkannten Asylbewerber/innen eine weitere besondere Herausforderung dar. In den Jahren 2015 und 2016 nahm der RTK annähernd 3.000 Flüchtlinge auf. Mit der Anerkennung im Asylverfahren haben die geflüchteten Menschen einen Anspruch auf Leistungen im Rahmen des SGB II. Dies führte bereits in Geschäftsjahr 2016 zu einer signifikanten Zunahme an SGB II-Beziehenden im RTK. Waren im Februar 2016 insgesamt 127 Bedarfsgemeinschaften mit 271 anerkannten Flüchtlingen im SGB II-Bezug, so setzte sich diese Entwicklung in den Jahren 2017 und 2018 fort und steigerte sich bis Dezember 2018 auf 812 Bedarfsgemeinschaften mit 1.798 Leistungsbeziehenden. Davon waren 1.217 erwerbsfähige Leistungsberechtigte. Zwischen Januar 2018 und Dezember 2018 ging jedoch die Zahl anerkannter Flüchtlinge um 16 zurück.

Die Förderung von Qualifizierungsmaßnahmen für Flüchtlinge wurde im Geschäftsjahr 2018 auf gleichem quantitativen Niveau fortgeführt. Ausschlaggebend dafür waren zum einen die, wie im Vorjahr, gestiegene Anzahl der anerkannten Flüchtlinge im SGB II-Bezug und zum anderen die auch in 2018 zusätzlich bereitgestellten Fördermittel seitens des Landes und des Bundes. Dabei erfolgte nicht nur eine enge Kooperation mit dem Kommunalen JobCenter, sondern auch mit der Jugendhilfe und dem Amt für Migration und Flüchtlinge des RTK.

Im Geschäftsjahr 2018 konnte der Bestand an Qualifizierungsmaßnahmen für die Personen unter 25 Jahren (U 25) sowie für Erwachsene (Ü 25) auf dem gleichen Niveau wie in 2017 gehalten sowie vertraglich befristete

Maßnahmen und Projekte verlängert und weiter gefördert werden. Des Weiteren wurde die ProJob GmbH vom Kommunalen JobCenter und anderen Auftraggebern (z. B. der Agentur für Arbeit) mit Bildungs-, Qualifizierungs- und Beschäftigungsmaßnahmen beauftragt.

Wie in den Geschäftsberichten der zurückliegenden Jahre 2016 und 2017 berichtet, führte das Kommunale JobCenter im September 2017 das von der Beratungsfirma gfa-public entwickelte Fallsteuerungsmodell (fa:z-Modell) ein. Es unterscheidet nach vier verschiedenen Förderzielen:

Direktvermittlung, Herstellung der Wettbewerbsfähigkeit, Herstellung der Prozessfähigkeit, Stabilisierung der Erwerbsfähigkeit und neun Ressourcenbereichen:

RB 1 Bewerbungs- und Stellensucherverhalten, RB 2 Qualifikation, RB 3 Arbeitsverhalten, RB 4 Sozialverhalten, RB 5 Motivation / Arbeitsmotivation, RB 6 Mitwirkung in der Fallsteuerung, RB 7 Rahmenbedingungen, RB 8 Lebenspraktische Kompetenzen, RB 9 Leistungsfähigkeit

Sie werden von dem zuständigen Fallmanager/innen im Kommunalen JobCenter (KJC) in einem Profiling (Potentialanalyse) der SGB II- Beziehenden ermittelt.

Die Einführung des fa:z-Modells im Geschäftsjahr 2017 wurde in enger Zusammenarbeit und Kooperation mit den Mitarbeitenden des Kommunalen JobCenters im Geschäftsjahr 2018 im Detail umgesetzt. Dazu wurde im ersten Halbjahr 2018 eine gemeinsame Arbeitsgruppe (AG) eingerichtet, die sich mit der konkreten Umsetzung des fa:z-Modells in der alltäglichen Zusammenarbeit auseinandersetzte. Die Ergebnisse der AG hatte konkrete Auswirkungen auf die Veränderungen für die konzeptionelle Erarbeitung der Leistungsbeschreibungen, die Zuweisungspraxis und das Berichtswesen für die vom KJC RTK beauftragten Maßnahmen. Diese Auswirkungen sind mittlerweile Standard in der Zusammenarbeit mit dem KJC RTK.

Die erstmalig im November 2017 begonnene Zusammenarbeit mit der Leitung und den Führungsmitarbeitenden des JobCenters so-

wie der Geschäftsführung und den Führungskräften der ProJob GmbH in Form von Workshops wurde im Juni 2018 mit einem weiteren Workshop fortgeführt. Dabei konnten die angestrebten Ziele der beiden bisherigen Klausurtagung weitestgehend realisiert werden:

Stärkung einer verlässlichen und vertrauensvollen Zusammenarbeit, Eruiierung und Festlegung einer inhaltlichen Neuausrichtung der künftigen Zusammenarbeit, Absprachen über Prozesse in der Maßnahmenplanung, Entwicklung und deren Umsetzung, neue Formate für regelmäßige Sitzungen und Besprechungen, Umsetzungsprozesse bezogen auf das fa:z-Modell

Ein weiterer Workshop fand im Juni 2018 statt. Für das Jahr 2019 ist bereits eine weitere Klausurtagung im Mai geplant.

Im Geschäftsjahr 2018 konnte die ProJob GmbH erfolgreich neue Maßnahmen und Projekte akquirieren. So begann im November 2018 die neue Maßnahme „Jugend Aktiv“ mit 32 Teilnehmenden (TN) in Taunusstein und in Geisenheim mit 18 TN. Erfreulich war auch, dass alle im Geschäftsfeld Berufsvorbereitung im laufenden Jahr vertraglich auslaufenden Maßnahmen fortgeführt werden konnten. Dazu zählten die Maßnahmen Clearingstelle und Ausbildungslotse.

Darüber hinaus wird auch im Jahr 2019 die Maßnahme „Qualifizierung und Beschäftigung junger Menschen“ nunmehr im zwölften Jahr vom Hessischen Ministerium für Soziales und Integration und dem Kommunalen Job-Center des Rheingau-Taunus-Kreises weiter gefördert. Das zum Ende des Jahres auslaufende Projekt „Berufsstarter“ kann dank der Förderung durch den Europäischen Sozialfonds (ESF), dem Bundesministerium für Familie, Frauen, Senioren und Jugend sowie der Jugendhilfe des RTK ebenfalls um weitere dreieinhalb Jahre bis zum 30.06.2022 fortgeführt werden.

Der in den letzten Jahren fortschreitende Trend des Rückgangs an Ausbildungsmaßnahmen für Jugendliche und junge Erwachsene setzte sich im Geschäftsjahr 2018 nicht fort. So wurden seitens des KJC RTK wie in 2017 weitere kooperative Ausbildungsmaßnahmen gefördert. In der ProJob GmbH gab

es mit Stand Dezember 2018 insgesamt 35 Ausbildungsverträge. Die Auszubildenden werden in Kooperation mit regionalen Betrieben ausgebildet. Die in früheren Jahren und Jahrzehnten geförderte Ausbildung bei der ProJob selbst (sog. Integrative Ausbildung), endete im Geschäftsjahr 2017. Aufgrund der aktuellen Entwicklung ist für die nächsten Jahre nicht davon auszugehen, dass es zu einer Neuaufnahme der Förderung von Auszubildenden in der ProJob GmbH kommen wird. Die Geschäftsführung hat sich deshalb entschlossen, die vorhandenen materiellen Ausbildungsressourcen, insbesondere im Berufsfeld Metall, entsprechend zu reduzieren.

Auch die Auftragslage bei den Maßnahmen und Projekten in der Qualifizierung und Beschäftigung von Erwachsenen über 25 Jahren zeigte eine positive Auftragsentwicklung. Erstmals seit 2015 schrieb die Agentur für Arbeit in einer beschränkten Ausschreibung eine Maßnahme zur Integration in den ersten Arbeitsmarkt für ALG I-Empfänger aus. Die ProJob GmbH erhielt im März 2018 den Zuschlag. Die Maßnahme „AKTIV II“ findet seit April in Idstein und Geisenheim statt. Aufgrund der positiven Vermittlungsergebnisse von bis zu 70% der Teilnehmenden nahm die Agentur für Arbeit ihre Optionsmöglichkeit wahr und verlängerte die Maßnahme bis April 2020 bei einer gleichzeitigen Verdoppelung der TN-Zahlen von 128 TN auf 256 TN pro Jahr.

Im August 2018 begann die neue Maßnahme „Arbeitsgelegenheit mit Qualifizierung“ (AGH-Q) an den drei Standorten bzw. Regionen Taunusstein (Untertaunus), Idstein (Idsteiner Land) und Geisenheim (Rheingau). AGH-Q wird mittlerweile von allen Job-Centern im RTK gut angenommen und ist aktuell voll belegt. Den Teilnehmenden werden entsprechend ihrer Fähigkeiten unterschiedliche Aufgaben übertragen, verbunden mit adäquaten Qualifizierungsangeboten und einer sozialpädagogischen Begleitung.

Des Weiteren recherchierte die ProJob GmbH Ausschreibungen und Förderprogramme unterschiedlicher Auftraggeber auf EU-, Bundes- und Landesebene. Es wurden Förderanträge gestellt, wie z. B. zwei Förder-

anträge beim Hessischen Ministerium für Soziales und Integration (HMSI). Ein Förderantrag für die Maßnahme „Qualifizierung und Beschäftigung junger Menschen“ wurde positiv beschieden (s. o.). Bei einem weiteren Antrag für die Förderrichtlinie „Sozialwirtschaft integriert“ des HMSI zur Qualifizierung und Integration von Flüchtlingen erhielt die ProJob GmbH keinen Zuschlag, erreichte aber von über 40 landesweit eingegangenen Förderanträgen im Ranking Platz acht. Insgesamt wurden vom HMSI sieben Projekte im Rahmen der Förderrichtlinie „Sozialwirtschaft integriert“ gefördert.

In der Ganztagsbetreuung von Schüler/innen an den Allgemeinbildenden Schulen im RTK, steht die ProJob GmbH einigen Schulen des RTK bereits seit mehreren Jahren als Partner in der Verwaltung der vom Land Hessen den Schulen RTK bereitgestellten Budgets für die Ganztagsbetreuung zur Verfügung. Diese Zusammenarbeit wurde im Geschäftsjahr vertraglich in einem Treuhandvertrag zwischen dem RTK, den beteiligten Schulen, der RTK Holding GmbH und der ProJob GmbH geregelt. An der Zusammenarbeit beteiligen sich zurzeit die IGS Obere Aar in Taunusstein, die Hildegardisschule in Rüdesheim, die Gutenbergrealschule in Eltville und die Nikolaus-August-Otto-Schule in Bad Schwalbach.

Einen zentralen Arbeitsschwerpunkt in der Neugestaltung und Umstrukturierung innerhalb der ProJob war die Erarbeitung und konzeptionelle Entwicklung der in 2019 geplanten Aktivierungs- und Förderzentren (AFZ) an den Standorten in Geisenheim (für die Region Rheingau) und in Taunusstein (für die Region Untertaunus).

Ziele des AFZ sind:

Die bisher einzeln geförderten Maßnahmen werden in einer Maßnahme zusammengefasst, die Kleinteiligkeit von Maßnahmen nach unterschiedlichen Förderzielgruppen wird aufgehoben, es müssen keine passenden TN für die Maßnahme gesucht und zugesteuert werden, der Bedarf an Qualifizierung und Betreuung der zugewiesenen TN wird individuell ermittelt, Qualifizierung und Betreuung des TN erfolgt nach seinen individuellen

Bedarfen, „Maßnahmekarrieren“ sollen vermieden bzw. ausgeschlossen werden,

Durch den Umzug von Oestrich Winkel nach Geisenheim (s. u.) und der damit verbundenen Zentralisierung auf ein Gebäude, wurde im Einvernehmen mit dem KJC RTK der Standort im Rheingau als Pilot für das AFZ gewählt. Die Mitarbeitenden in Geisenheim haben sich mit sehr viel Engagement und Arbeitseinsatz in die konzeptionelle Entwicklung und den Fragen zu deren Realisierung eingebracht.

Die Konzeptionierung, Erarbeitung der inhaltlichen Umsetzung, Planung und Vorbereitung des AFZ erfolgte im Geschäftsjahr 2018 in enger Zusammenarbeit und Kooperation mit dem KJC RTK. Dazu fanden mehrere gemeinsame Workshops mit dem Maßnahmenmanagement des KJC RTK und den Fallmanager/innen des Job-Centers in Rüdesheim statt. Das seit September 2017 im KJC RTK eingeführte fa:z-Modell (s. o.) wurde bei der Konzeptionierung des AFZ als integraler Bestandteil in die Erarbeitung der Konzeption bzw. Leistungsbeschreibung mit einbezogen.

Die für den 01.03.2019 im Rheingau geplante Umsetzung des ersten Aktivierungs- und Förderzentrums (AFZ) stellt einen konzeptionellen Paradigmenwechsel in der Ausgestaltung von Maßnahmen der Arbeitsförderung dar. Da es bisher keine bekannten vergleichbaren Ansätze gibt, betritt die ProJob GmbH mit der vorgesehenen Arbeitsweise sprichwörtlich „Neuland“.

Das AFZ wird von März 2019 bis Ende 2020 durch die Hochschule Rhein-Main in Wiesbaden wissenschaftlich begleitet. Die Kosten für die wissenschaftliche Begleitung im Rahmen der Prozessoptimierung übernimmt das HMSI.

Die Qualifizierungsmaßnahmen für Flüchtlinge wurden im gleichen Umfang wie im Geschäftsjahr 2017 fortgeführt. Einige der Maßnahmen endeten zum 31.12.2018, da der Bedarf dafür weitestgehend erfüllt war. Dies betraf die Maßnahmen „Welcome-Center“ und „Erstcheck und Kompetenzfeststellung“. Die Qualifizierungsmaßnahme von anerkannten Flüchtlingen im SGB II-Bezug zur Integration

in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt wird auch in 2019 fortgeführt.

Die Verträge für die Betreuung der beiden Gemeinschaftsunterkünfte für Flüchtlinge in Niedernhausen wurden in 2018 für zwei weitere Jahre bis zum 31.12.2020 verlängert. Mit der Fachbereichsleitung Leistungsverwaltung und dem Amt für Migration und Flüchtlingsdienst des RTK wurde vereinbart, dass zukünftig die Sozialpädagog/innen, die in der Flüchtlingsbetreuung des RTK tätig sind und die Mitarbeitenden der ProJob GmbH in den Gemeinschaftsunterkünften enger in Kooperation zusammenarbeiten.

Des Weiteren wird die ProJob GmbH im Auftrag und in Zusammenarbeit mit dem Fachdienst Migration des Rheingau-Taunus-Kreises ab Februar 2019 die Aufgaben im Bereich des Facility-Managements einiger Gemeinschaftsunterkünfte für Flüchtlinge im RTK übernehmen.

Auch bei den Tätigkeitsfeldern in den sozialen Dienstleistungen und gewerblicher Tätigkeiten ergaben sich im Geschäftsjahr 2018 mehrere Veränderungen.

Im Bereich der Betreuung von Mensen und Kantinen wurden einerseits Verträge gekündigt, andererseits kamen neue Verträge hinzu. Die Gemeinde Niedernhausen kündigte den bestehenden Vertrag zur Essensversorgung der städtischen Kindertagesstätten zum 30.09.2018 ordentlich und schrieb die Leistung neu aus. Aufgrund geltenden Wettbewerbsrechts ist die Kündigung als normaler Vorgang zu betrachten und ist nicht aufgrund von Schlechtleistung/Unzufriedenheit der Gemeinde mit der Leistung der ProJob zu werten. Die ProJob hatte auf Grundlage der Verdingungsunterlagen ein Angebot erstellt und sich um den Auftrag beworben. Sie erhielt allerdings keinen Zuschlag.

Auf Wunsch des Schulamtes des RTK übernahm die ProJob GmbH die Mittagessensverpflegung an der Aartalschule in Michelbach zum 01.11.2018. Die Mittagessen werden vom Küchenteam der ProJob GmbH an der Limesschule in Idstein zubereitet.

Die geplante Zusammenführung der Produktionsstandorte „Görsroth“ mit „Idstein“ am

Standort der Limesschule in Idstein, kann aufgrund bautechnischer Erfordernisse erst nach den Sommerferien 2019 realisiert werden.

Ebenso erfreulich war, dass neben der Vielzahl an hauswirtschaftlichen Tätigkeitsbereichen das Team der Hauswirtschaft erfolgreich die Re-Zertifizierung der Umschulungsmaßnahme Hauswirtschaft bei der Firma bagCert erreicht hat.

Ein wesentlicher Teil der bereits oben beschriebenen Konsolidierungsmaßnahmen wurde im gewerblichen Bereich vorgenommen. Das Second-Hand-Kaufhaus war in seiner bestehenden Form wirtschaftlich nicht mehr tragfähig. Die Gründe hierfür lagen vor allem in den hohen Strukturkosten im Zusammenhang mit dem Bereich „Möbel“ (Personal, LKW, Lagerflächen). Die Geschäftsführung entschloss sich deshalb, das Second-Hand-Kaufhaus ab Juli 2018 in ein „Teilnehmer-Projekt“ umzuwandeln, das dem eigentlichen Unternehmenszweck der ProJob entspricht. Das Second-Hand-Kaufhaus wurde integraler Bestandteil des im August 2018 begonnenen Projekts „Arbeitsgelegenheit mit Qualifizierung (AGH-Q) (s. o.) mit dem Ziel arbeitslose Menschen zu qualifizieren und an den Arbeitsmarkt heranzuführen.

Ebenso kam es zu vertraglichen Änderungen im gewerblichen Bereich der Hausmeisterdienste. Die Stadt Taunusstein kündigte den bestehenden Vertrag zur Kontrolle und Reinigung der ca. 50 Bushaltestellen zum 30.09.2018 und schrieb die Leistung neu aus. Aufgrund geltenden Wettbewerbsrechts ist auch diese Kündigung als normaler Vorgang zu betrachten und ist nicht aufgrund von Schlechtleistung/Unzufriedenheit der Gemeinde mit der Leistung der ProJob zu werten. Die Stadt Taunusstein hat sich explizit über die gute Leistung der ProJob lobend geäußert. Die ProJob bewarb sich auf Grundlage der Verdingungsunterlagen und erstellte ein Angebot, um sich auf den Auftrag neu zu bewerben, erhielt aber auch hier leider keinen Zuschlag von der Gemeinde Taunusstein.

Bei den Angeboten in den sozialen Dienstleistungen wurde für Zeiten ab dem Jahr 2019 ein neuer Dienstleistungsvertrag für die

Schuldnerberatung mit dem RTK ausgehandelt, der die Zukunft zuwendungsrechtlich, inhaltlich und personell auskömmlich absichert.

Auf Basis der bisher bekannten Entwicklungen werden im Jahr 2019 weitere Maßnahmen, neue Projekte und die Fortführung weiterer Veränderungsprozesse erfolgen.

So hat das KJC RTK darüber informiert, dass es beabsichtigt, die ProJob GmbH ab April 2019 mit einer Maßnahme zur Integration für Frauen zu beauftragen. Des Weiteren ist geplant, die bis 2016 in der ProJob GmbH durchgeführten Maßnahmen zur Qualifizierung, Ausbildung und Umschulung im Pflegebereich wiederaufzunehmen. Außerdem soll die in 2018 erfolgreich gestartete Maßnahme für Arbeitsgelegenheiten (AGH-Q, s. o.) erweitert werden. Darüber hinaus ist die Umsetzung des Aktivierungs- und Förderzentrums (AFZ) auch für den Untertaunus am Standort in Taunusstein ab dem 01.07.2019 geplant.

Die im Mai endenden Maßnahmen Integrations- und Bedarfsgemeinschaftscoaching sollen ab Juni 2019 mit einem überarbeiteten und veränderten Konzept als „Perspektivcoaching“ fortgeführt werden. Inhaltliche und finanzielle Kostenzusagen seitens des HMSI und des KJC RTK als Co-Finanzierer liegen mündlich vor.

Ab dem 14.01.2019 wird auch die Mittagsversorgung für die Schülerinnen und Schüler an der Nikolaus-August-Otto Schule in Bad Schwalbach durch die ProJob sichergestellt. Das Essen wird ebenfalls vom Küchenteam in Idstein zubereitet.

Die von der ProJob Rheingau-Taunus GmbH durchgeführten arbeitsmarktqualifizierenden Bildungs-, Beschäftigungs- und Beratungsprojekte und -maßnahmen werden im Auftrag des kommunalen JobCenter des Rheingau-Taunus-Kreises, der Agentur für Arbeit, dem Hessischen Ministerium für Soziales und Integration (HMSI) in Zusammenarbeit mit der Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen, dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) sowie dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) durchgeführt. Die Maßnahmen und Projekte auf der Ebene der Bundes- und

Landesmittel enthalten in der Regel auch Fördermittel aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF). Des Weiteren engagiert sich der Rheingau-Taunus-Kreis im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel bei der Co-Finanzierung von Maßnahmen und Projekten, insbesondere bei Projekten, die aus Mitteln des ESF, des BMAS und BMFSFJ sowie des HMSI gefördert werden.

Fast alle in 2018 auslaufenden Maßnahmen konnten in 2018 verlängert bzw. fortgeführt werden, mit Ausnahme der Qualifizierung und Kompetenzfeststellung von Maßnahmen für Flüchtlinge (s. o.).

Einen wesentlichen Beitrag zum Erfolg der Arbeit in den Maßnahmen und Projekten haben auch die ca. 500 regionalen Betriebe als Kooperationspartner der ProJob GmbH.

Parallel zu den Veränderungen bei den Maßnahmen und Projekten erfolgten auch auf organisatorischer und administrativer Ebene eine Vielzahl von Veränderungen.

Die Organisationsstruktur der ProJob GmbH wurde grundlegend verändert. Sie beinhaltete im Wesentlichen die Abkehr vom Abteilungsleiterprinzip nach thematischen Schwerpunkten hin zu einer Regionalstruktur mit Verantwortlichkeiten für die drei Regionen Untertaunus, Idsteiner Land (inkl. Niedernhausen) und Rheingau. Für die drei Regionen wurden ab dem 01.08.2018 drei Regionalleiter von der Geschäftsführung benannt. Die Regionalleitungen sind zukünftig für alle Mitarbeitenden in ihrer Region verantwortliche Führungskraft und Ansprechpartner/in für organisatorische und inhaltliche Themen, die die Maßnahmen und Projekte vor Ort betreffen.

Ebenso ergaben sich an den verschiedenen Standorten Veränderungen in den Mietverhältnissen. Auf Grund der Zuschlagserteilung der Agentur für Arbeit für die ausgeschriebene Maßnahme AKTIV II mussten, wegen der nicht vorhandenen Raumkapazität in der Black- und Decker-Straße in Idstein, weitere Räumlichkeiten an dem Standort am Löher Platz in der Idsteiner Innenstadt angemietet werden. Wegen der beengten Verhältnisse, einer nicht optimalen Raumgestaltung und der Lage des Mietobjektes in der Black- und Decker-Straße in Idstein, wurde im November

2018 eine weitere Etage im Mietobjekt Löher Platz angemietet. Parallel dazu wurden aufgrund der o. g. räumlichen und verkehrsbedingten ungünstigen Lage, die Räumlichkeiten in der Black- und Decker-Straße in Idstein fristgerecht zum 31.12.2019 gekündigt. Perspektivisch soll die zurzeit bis maximal bis 31.12.2019 dort laufende Maßnahme enden und in das ab 01.07.2019 in Taunusstein beginnende AFZ sukzessive integriert werden.

Parallel dazu mussten im Rheingau neue Räumlichkeiten angemietet werden. Da die Stadt Oestrich-Winkel in Zusammenarbeit mit dem Rheingau-Taunus-Kreis das Objekt der ehemaligen Rabanus-Maurus-Schule an einen Investor veräußerte, musste die ProJob Rheingau-Taunus GmbH das seit September 2015 genutzte Objekt zum 30.04.2018 aufgeben. Nach intensiver Suche geeigneter Folgeobjekte wurde das ehemalige Verwaltungsgebäude von MAN Roland in der Chauvignystraße 21 in Geisenheim, das sich nun im Besitz des Reichwein Bauzentrums befindet, zum 01.05. 2018 mit einer Mietlaufzeit von fünf Jahren zzgl. weiterer Mietoptionen angemietet. Der Umzug von Oestrich-Winkel nach Geisenheim war mit erheblichen Mehrkosten verbunden, einerseits bilanziell auf Grund der bereits 2017 erfolgten Sonderabschreibungen der in der Rabanus-Maurus-Schule vorgenommenen baulichen Investitionen, andererseits der Mehraufwand für die Herrichtung der Räumlichkeiten in Geisenheim und den parallel dazu anfallenden Umzugskosten. In das Mietobjekt in Geisenheim zog auch die vhs Rheingau-Taunus mit ein und nutzt einen Teil des Objektes. Auf Grund der in 2018 sich gut entwickelten Auftragslage sind nach den Erkenntnissen Ende des Jahres 2018 die Räumlichkeiten voll ausgelastet, so dass die räumliche Unterbringung weiterer Maßnahmen mittlerweile an ihre Grenzen stößt.

Des Weiteren wurde der auslaufende Mietvertrag der Geschäftsstelle in der Konrad-Adenauer-Straße 15 in Taunusstein um weitere fünf Jahre bis zum 31.12.2023 verlängert, da nach Aussage der Verantwortlichen im Rheingau-Taunus-Kreis ein möglicher Be-

zug von Gebäuden in den beruflichen Schulen Untertaunus (BSU) frühestens im Jahr 2023 realistisch sei.

Neben den Veränderungen bei den angemieteten Mietobjekten ergaben sich auch in anderen Bereichen Veränderungen:

Die erforderliche Erneuerung des EDV-Systems der ProJob wurde zum Jahresende 2018 abgeschlossen. Die Finanzierung erfolgt mit Ausnahme der Microsoft-Office-Lizenzen über ein Leasing-Modell mit einer Laufzeit von 5 Jahren. Mit der Erneuerung des EDV-Systems erfolgte auch der Wechsel in der Betreuung des EDV-Systems.

Die ebenfalls erforderliche Erneuerung der im Bereich der Maßnahmen für die Teilnehmenden eingesetzten EDV kann aus wirtschaftlichen Gründen nur schrittweise in den Folgejahren erfolgen.

Im Rahmen der Gesundheitsprävention am Arbeitsplatz wurde mit dem notwendigen Austausch von Bürostühlen begonnen. Auch in diesem Bereich besteht ein erheblicher Investitionsstau, da die vorhandene Büroausstattung größtenteils veraltet ist und nicht mehr den heutigen Anforderungen entspricht.

Mit Wirkung zum 31.12.2018 trennte sich die ProJob GmbH von ihrem bisherigen externen Datenschutzbeauftragten und vereinbarte zum 01.01.2019 einen Vertrag mit einem neuen externen Datenschutzbeauftragten (DSB).

Im Mittelpunkt der Zusammenarbeit mit dem neuen DSB steht unter anderem die Umsetzung der seit Mai 2018 neuen gesetzlichen Grundlage der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO).

Ebenso wurde die Betreuung in den Themen Arbeitssicherheit und Arbeitsmedizin vertraglich neu geregelt. Seit Oktober 2018 betreut die Firma PIM A&B die ProJob in der Arbeitssicherheit mit einer entsprechenden Sicherheitsfachkraft sowie die Firma HD Medical in allen Belangen zu arbeitsmedizinischen Themen.

Im Geschäftsjahr 2018 wurde die ProJob GmbH von mehreren Prüfeinrichtungen überprüft. Im März 2018 prüfte die Hessische Lan-

desbank (Helaba) im Auftrag der EU die Ausgabenerklärungen des Förderzeitraums des Jahres 2016 der Qualifizierungsmaßnahme „Qualifizierung und Beschäftigung junger Menschen“, die aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF), des HMSI und des KJC RTK gefördert wird. Die Überprüfung ergab keine Beanstandungen und schloss mit einem „sehr guten“ Ergebnis ab. Bereits im Februar 2018 fand eine Lohnsteuerprüfung des Finanzamtes für die Jahre 2014 - 2017 im Ergebnis ohne Beanstandung statt.

Auf Eigeninitiative der Geschäftsführung überprüfte die Rentenversicherung Hessen / Rheinland-Pfalz die in den vergangenen Jahren bestehenden Verträge und Honorarzah-lungen der freiberuflichen Honorarmitarbei-tenden der ProJob GmbH. Ziel der erbetenen Überprüfung war die Klärung von bestehen-den Unsicherheiten bei der sozialversiche-rungs-rechtlichen Bewertung der Zusammen-arbeit mit den Honorarmitarbeitenden. Nach Aussage des Prüfers der Rentenversicherung ergab die Überprüfung der in der Vergangen-heit praktizierten Zusammenarbeit mit den Honorarmitarbeitenden keine Beanstandun-gen.

Um eine Mindestqualität bei den Anbietern von Arbeitsmarktmaßnahmen zu gewährleis-ten, hat die Agentur für Arbeit seit mehreren Jahren vorgeschrieben, nur noch Maßnah-men an Träger zu vergeben, die eine Zertifizierung nach der Akkreditierungs- und Zulas-sungsverordnung Arbeitsförderung (AZAV) vorweisen können.

Im Oktober 2017 erfolgte die Re-Zertifizie-rung der ProJob GmbH nach der Akkreditie-rungs- und Zulassungsverordnung Arbeitsför-derung (AZAV, S. § 178 SGB III). Die Re-Zer-tifizierung erfolgte durch die anerkannte Fachstelle der Agentur für Arbeit bagCert.

Im Überprüfungsaudit im Dezember 2018 wurde der ProJob GmbH attestiert, es „seien fachliche und finanzielle Leistungsfähigkeit gewährleistet [...] (und) durch zielgerichtete, systematische Verfahren und Maßnahmen die Qualität der Leistungen kontinuierlich ver-bessert und gewährleistet.“

Ertragslage

Im Wirtschaftsplan aus Dezember 2017 wa-ren für das Geschäftsjahr 2018 Erträge in Höhe von 5.858.730,51 € prognostiziert. Re-alisiert werden konnten insgesamt 6.437.887,08 €. Das ist eine Ertragssteige-rung von 579.156,57 €. Die Steigerung ist vor allem auf in 2018 zusätzlich erfolgreich akqui-rierte Maßnahmen und Aufträge sowie auf weitere eingeleitete Konsolidierungsmaßnah-men zurückzuführen.

Die Gesellschaft erhielt im Laufe des Ge-schäftsjahres Zuschüsse und Kostenerstat-tungen in Höhe von insgesamt 5.470.064,51 € (Vorjahr: 4.599.697,31 €).

Entgegen der Erwartungen zum Zeitpunkt der Erstellung des Wirtschaftsplanes 2018 im Oktober / November 2017, schließt das Wirt-schaftsjahr mit einem Fehlbetrag in Höhe von 31.143,79 €.

Im Bereich Hauswirtschaft betrogen die Um-sätze durch den Betrieb der Mensen und Kan-tinen im RTK und in Wiesbaden 712,15 Tsd.-€ (Vorjahr 722,9 Tsd.-€). Die geringeren Um-sätze in Höhe von 48,25 Tsd. sind vor allem auf die Kündigung der Mittagsversorgung der städtischen Kindertagesstätten der Ge-meinde Niedernhausen zurückzuführen. Ein noch höherer Umsatzrückgang konnte ver-mieden werden, da die ProJob GmbH auf Nachfrage und im Auftrag des RTK, die Be-treibung der Mensen an der Nikolaus-August-Otto-Schule in Bad Schwalbach und der Aar-talschule in Michelbach (wieder) übernahm. Die Erlöse bilden eine Zusatzfinanzierung der einzelnen Projekte im Bereich Hauswirtschaft z. B. bei der Mitfinanzierung der in den Kanti-nen ausgebildeten Umschülerinnen zu Haus-wirtschaftlerinnen.

Der Bereich Hauswirtschaft hat allerdings auch den größten Wareneinsatz aufgrund der zu verarbeitenden Lebensmittel. Der Wareneinsatz im Bereich Hauswirtschaft betrug in-sgesamt 317,9 Tsd.-€ (Vorjahr 355,9 Tsd.-€)

Aufgrund des Geschäftszweckes ist die Pro-Job GmbH ein sehr personalintensives Unter-nehmen. Im Geschäftsjahr 2018 wuchs die Anzahl der Beschäftigten wegen der Steige-rung von Maßnahmen und Projekten von Ja-nuar bis Dezember um 13 Mitarbeitende bzw. von 61,07 Vollzeitäquivalenten (VzÄ) auf

72,69 VzÄ. Der Personalaufwand inklusive Sozialabgaben lag mit 4.186,4 Tsd.-€ auf Grund der erhöhten Anzahl der Beschäftigten über dem Vorjahreswert (3.826,0 Tsd.-€). Gleichzeitig ging der Aufwand für den Einsatz von Honorarkräften von 460,3 Tsd.-€ auf 384,3 Tsd.-€ zurück.

Die übrigen Unternehmenskosten konnten im Vergleich zum Vorjahr aufgrund der gestiegenen Auftragslage nicht reduziert werden. Insbesondere die Mietaufwendungen sind von 169 Tsd.-€ auf 320 Tsd.-€ angestiegen.

Finanzlage

Die finanzielle Situation verbesserte sich im Geschäftsjahr 2018. Durch die Beteiligungen an Ausschreibungen, der Antragstellung von Maßnahmen im Rahmen von Förderrichtlinien und der kooperativen Zusammenarbeit mit dem KJC RTK, konnten weitere Maßnahmen und Projekte erfolgreich akquiriert werden. Die dabei erzielten Mehreinnahmen, insbesondere bei den Verwaltungspauschalen, wirkten sich positiv auf die Finanzlage aus.

Durch die Einleitung von weiteren Sanierungs- und Konsolidierungsmaßnahmen wurden defizitäre Projekte eingestellt. Sie belasteten zwar noch das Geschäftsergebnis 2018, sind aber als strukturelles Defizit für die Zukunft nicht mehr vorhanden. Die in dem Gesamtzusammenhang notwendigen Kostenreduzierungen wurden entweder eingeleitet (z. B. Abbau des Fuhrparks, wg. Aufgabe des Möbelkaufhauses) oder entsprechend umgewidmet (z. B. andere Nutzung der Räumlichkeiten des Möbelkaufhauses im Rahmen von Maßnahmen).

Die Liquidität war im Jahresverlauf durch Projektvergütungen des Rheingau-Taunus-Kreises sowie der anderen Zuschussgeber jederzeit gewährleistet. Für das Geschäftskonto bei der Naspa besteht eine Kreditlinie von 200 Tsd.-€. Diese seit vielen Jahren bestehende Kreditlinie war im Jahr 2016 befristet bis August 2017 auf 300 Tsd.-€ angehoben und im Geschäftsjahr 2018 um ein weiteres Jahr verlängert worden. Seitdem gilt sie wieder im bisherigen Volumen weiter.

Parallel dazu bestand die Kreditlinie/Liquiditätshilfe bei der RTK Holding GmbH in Höhe von 300 Tsd.-€. Sie musste seit Mitte 2018

vorübergehend in voller Höhe in Anspruch genommen werden, da einige Auftraggeber ihren Zahlungsverpflichtungen nicht zeitnah nachkamen. Zum 31.12.2018 waren Außenstände in Höhen von 250.000 € zu verzeichnen. Die kurzfristige Kreditaufnahme bei der RTK Holding GmbH wurde zum 31.12.2018 auf 150.000 € zurückgeführt. Zur Vermeidung von kurz- und mittelfristiger Liquiditätsengpässe beantragte die Geschäftsführung der ProJob GmbH die Bereitstellung einer Liquiditätshilfe beim RTK in Höhe von bis zu 250 Tsd.-€. Der Aufsichtsrat genehmigte die Beantragung beim RTK, der Kreisausschuss des RTK bewilligte die Bereitstellung in seiner Sitzung am 10.12.2018. Trotz aller Liquiditätsengpässe in 2018 musste die Liquiditätshilfe des RTK nicht und die Dispolinie der NASPA nur an einem Tag (18,8 Tsd.-€) in Anspruch genommen werden.

Zusätzlich wird die Liquiditätssituation jedoch kontinuierlich weiter beobachtet. Bei einzelnen Projektfinanzierungen muss die ProJob GmbH mehrere Monate in Vorleistung treten, bevor die zugesagten Mittel ausgezahlt werden können. Im zurückliegenden Geschäftsjahr wurden nach Vorliegen der Auszahlungsvoraussetzungen Beträge zwischen 100 und 200 Tsd.-Euro nicht selten erst mit einer Verspätung von bis zu 12 Wochen dem Firmenkonto gutgeschrieben. In Zukunft müssen die Regelungen für die Projektfinanzierung kürzere Intervalle für den Ausgleich von Teilzahlungen vorsehen, um den Liquiditätsbedarf des Unternehmens möglichst klein zu halten.

Personalsituation

Zum 31.12.2018 beschäftigte die ProJob insgesamt 95 Personen, 48 männliche und 47 weibliche Mitarbeitende. Davon waren 61 (64,2%) Mitarbeitende im pädagogischen und beratenden Bereich, 20 (21%) im gewerblich-technischen Bereich und weitere 14 (14,73%) in den verwaltenden und administrativen Bereichen (inklusive Geschäftsführung und Regionalleitungen) tätig. Da von den 95 Mitarbeitenden 51 Beschäftigte in Teilzeit tätig sind, inklusive der geringfügig Beschäftigten, entspricht dies einer Anzahl von 72,69 Vollzeitäquivalenten (VzÄ). Zum 31.12.2018 betrug das Durchschnittsalter aller Mitarbeitenden 51,1 Jahre. Die Altersspanne reichte von

23 bis 71 Jahre. Die durchschnittliche Beschäftigungsdauer betrug 7,57 Jahre (Beschäftigungsspanne von einem Monat bis 35 Jahren Beschäftigungsdauer).

Der Geschäftsführer Herr Winfried Kühn schied freiwillig aus altersbedingten Gründen zum 31.10.2017 als Geschäftsführer aus der ProJob GmbH aus. Gemäß des Beschlusses des Aufsichtsrates vom 14.09.2017 wurde Herr Martin Glaub zum neuen Geschäftsführer ab 01.11.2017 eingesetzt. Am 28.11.2017 beschloss der Aufsichtsrat Herrn Christoph Burgdorf als weiteren Geschäftsführer zum 01.01.2018 zu berufen.

V. ANMERKUNGEN ZU BILANZ, JAHRESABSCHLUSS, LAGEBERICHT UND INHALTUNG DES WIRTSCHAFTSPANS:

Die Gesellschaft erzielte im Geschäftsjahr 2018 einen Verlust in Höhe von -31 T€, (Vorjahr -175 T€) geplant war ein Jahresüberschuss i.H.v. 5 T€.

VI. AUSBLICK:

Die Geschäftsführung hat dem Aufsichtsrat und der Gesellschafterversammlung im November und Dezember 2018 den Wirtschaftsplan 2019 zur Beschlussfassung vorgelegt. Der Aufsichtsrat hat den Wirtschaftsplan mit einem geplanten Jahresüberschuss von 11.744,65 Euro genehmigt und die dem Plan zu Grunde gelegten Annahmen zur Kenntnis genommen.

Voraussetzung für das Erreichen eines nach mehreren Verlustjahren positiven Jahresergebnisses ist der tatsächliche Eintritt der getroffenen Annahmen. Hierzu zählen die Verlängerung von Maßnahmen und Projekten sowie die weitere Akquise von neuen Projekten, Maßnahmen und wirtschaftlicher Aktivitäten im gewerblichen Bereich. Darüber hinaus sind die in der Vergangenheit vorhandenen strukturellen Defizite in den letzten Jahren sukzessive angegangen und beseitigt worden. Ungeachtet dessen bestehen auf Grund der schwierigen Finanzlage der vergangenen Jahre in einigen Bereichen Investitionsstaus, die die Geschäftsführung im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel schrittweise abbauen wird.

VII. BESONDERHEITEN AUS SICHT DES RHEINGAU-TAUNUS-KREISES:

Keine.

VIII. AUSWIRKUNGEN AUF DIE HAUSHALTSWIRTSCHAFT DES RHEINGAU-TAUNUS-KREISES:

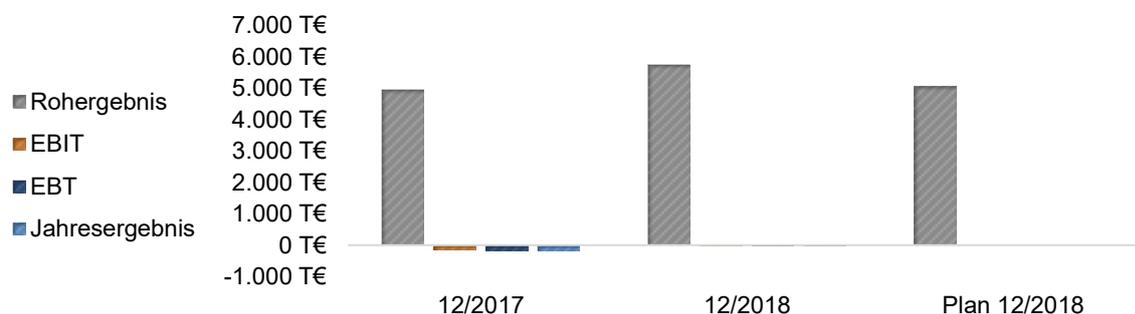
Die Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft des RTK sind weiterhin nicht absehbar und werden sich bei den an die Gesellschaft durch den Gesellschafter RTK Holding zu zahlenden Verlustabdeckungen etc. widerspiegeln. Um entsprechende finanzielle Maßnahmen zu ergreifen und diese in einem EU-Beihilfekonformen Rahmen abwickeln zu können, erfolgte im 1. Hj. 2017 eine Betrauung der ProJob mit Dienstleistungen im allgemeinen wirtschaftlichen Interesse durch den RTK. Der Jahresabschluss 2019 schließt erstmals seit 2014 wieder mit einem positiven Jahresergebnis von +3.196,85 €.

IX. ANMERKUNGEN/ERLÄUTERUNGEN ZU WESENTLICHEN KENNZAHLEN:

Aufgrund des negativen Jahresergebnisses sank die Eigenkapitalquote von 52,3 % um 19,6 % auf 32,7 %. Die Fremdkapitalquote stieg um 19,6 % von 47,7 % auf 67,3 %.

X. KENNZAHLEN

Gewinn und Verlust



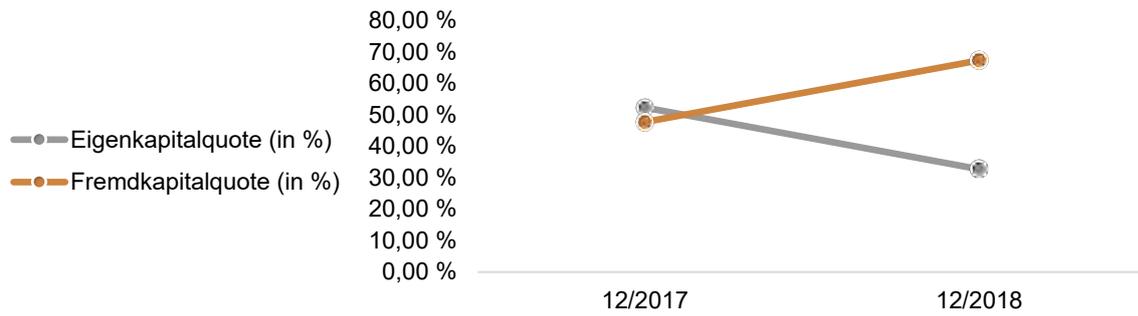
	12/2017 T€	12/2018 T€	Plan 12/2018 T€
Umsatzerlöse	1.162	934	1.058
Sonstige betriebliche Erträge	4.621	5.504	4.801
Materialaufwand	845	710	819
Rohergebnis	4.938	5.728	5.040
Personalaufwand	3.826	4.186	3.898
Abschreibungen	130	50	80
Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.144	1.521	1.057
EBIT	-162	-29	5
Erträge aus Beteiligungen	-	-	-
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	2	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	5	2	1
EBT	-167	-29	5
Steuern vom Einkommen und Ertrag	8	2	0
Sonstige Steuern	-	-	-
Jahresergebnis	-175	-31	5

Bilanz



	12/2017 T€	12/2018 T€	Plan 12/2018 T€
Anlagevermögen	96	128	-
Kasse, Bankguthaben, Schecks	395	339	-
Eigenkapital	376	345	-
Verbindlichkeiten	167	385	-
Bilanzsumme	719	1.055	-

Finanzkennzahlen



	12/2017 T€	12/2018 T€	Plan 12/2018 T€
Personalaufwandsquote (in %)	66,2	65,0	66,5
Finanzergebnis	-5	0	-1
Fremdkapital	343	709	-
Eigenkapitalquote (in %)	52,3	32,7	-
Fremdkapitalquote (in %)	47,7	67,3	-

Stand der Firmendaten: 31.12.2018

Basis der Finanzdaten: Jahresabschluss 12/2018

6.3. Rheingau-Taunus Kultur und Tourismus GmbH



I. RECHTLICHE VERHÄLTNISSE

Firmensitz:

Rheinweg 30
65375 Oestrich-Winkel

Rechtsform: GmbH

Handelsregisternummer: HRB 20108

Gründungsdatum: 01.02.1996

Geschäftsjahresbeginn: Januar

Unternehmenszweck:

Gegenstand des Unternehmens ist die werbewirksame Darstellung, Vermarktung und Öffentlichkeitsarbeit des Rheingau-Taunus-Kreises auf den Gebieten der Wirtschaftsförderung (Fremdenverkehr, Kurz- und Langzeittourismus, Kuren), des Weinbaus und der Weinwerbung, der kulturellen Angebote (Theater, Musik, Museen) und sportlichen Angebote.

Kapital:

Stammkapital	178.920	€
--------------	---------	---

Beteiligungsquoten:

 (direkt/indirekt/gesamt)

Nominal	0% / 69,74% / 69,74%
---------	----------------------

II. ORGANE

Die **Organe** sind wie folgt besetzt (Name des Mitglieds/entsendet von):

Geschäftsführung

Vorsitz

Herr Thorsten Reineck

Aufsichtsrat

Vorsitz

Herr Landrat Frank Kilian
RTK Holding GmbH

Mitglied

Herr Jochen Becker-Köhn

Frau Andrea Engelmann

Herr Michael Hermann

Herr Patrick Kunkel

Herr Mathias Marschollek

Herr Karl Ottos

RTK Holding GmbH

Herr Frank Schönleber

Herr Friedhelm Seekatz

Herr Peter Seyffardt

Herr Winfried Steinmacher

Herr Klaus-Peter Willsch

III. BETEILIGUNGEN

Gesellschafter

RTK Holding GmbH	124.780 €	69,7%
21 Gesellschafter RTKT GmbH	21.420 €	12,0%
Rheingauer Weinwerbung GmbH	20.450 €	11,4%
Rheingau-Taunus Marketing e.V.	12.270 €	6,9%

Das Unternehmen selbst hält keine Beteiligungen.

IV. AKTUELLE SITUATION DER BETEILIGUNG /AUSZUG AUS DEM LAGEBERICHT (STAND 31.12.2018):

Aufgrund der strategischen Ausrichtung des Unternehmens und der Aufgabe entsprechend des Unternehmenszweckes lag der Fokus der Aktivitäten im zurückliegenden Geschäftsjahr in den Bereichen Presse- und Öff-

fentlichkeitsarbeit, Produktentwicklung, Qualitätssicherung und Einführung der social-media-Aktivitäten.

Die Organisation und Durchführung von Presereisen führte zu guter Präsenz in Print- aber auch in Online-Medien. Durch ergänzende Anzeigenschaltung und Gewinnspielaktionen konnten mit überschaubarem Budgeteinsatz große Reichweiten in zielgruppenspezifischen Druckerzeugnissen aber auch im klassischen Hörfunk erzielt werden.

Die Organisation von Veranstaltungen, Workshops und Arbeitsgruppen war im zurückliegenden Jahr ein weiterer Tätigkeitsbereich des Unternehmens. Beibehalten wurde die Planung und Durchführung von langjährig eingeführten Events, so zum Beispiel der in Zusammenarbeit von RTKT GmbH und Rheingauer Weinwerbung GmbH veranstalteten „Rheingauer Schlemmerwochen“ sowie die Ideenfindung und Umsetzung von Weiterbildungs- und Informationsworkshops für Mitglieder des Rheingau-Taunus Marketingverein e.V., des Rheingauer Weinbauverbandes e.V. und des Vereins für Wirtschaftsförderung und Tourismus Rüdesheim e.V. Erstmals wurde zu Beginn des Jahres die „Rheingau Konferenz“ durchgeführt, bei der sich im Rahmen von Impuls-Vorträgen, Best-Practice-Beispielen und Workshops die Teilnehmenden verschiedenster touristisch aktiven Unternehmen und Institutionen informieren aber auch untereinander austauschen konnten. Aufgrund der positiven Rückmeldungen und den vielen guten Ideen für die Arbeit im Jahresverlauf 2018 wurde im Sommer mit der Planung der „Rheingau Konferenz 2019“ begonnen.

Ein Element der Außendarstellung der Region wird das Ergebnis des unter der Leitung des Zweckverbandes Rheingau durchgeführten Markenprozesses sein. Die Entwicklung der Marke, die leichte Modifizierung des Logos und die Identifikation der Gastronomie, Hotellerie, Gewerbetreibenden und Winzer sowie der Kommunen und der Bevölkerung sollen dazu führen ein qualitativ hochwertiges, vielfältiges Angebot für Gäste und Einwohner zu schaffen.

Aufgrund der Mitgliedschaft im Verein zur Förderung der Regionalentwicklung (REK)

Rheingau sowie im Verein Regionalentwicklung (REK) Untertaunus ist die RTKT GmbH in die Entwicklungsschritte der Region ebenso eingebunden wie durch die Mitarbeit im Beirat des Naturpark Rheingau-Taunus Wiesbaden.

Überregional erfolgt die Mitwirkung der RTKT GmbH in weiteren Arbeitskreisen auf lokaler und auf Landesebene, zum Beispiel mit Wiesbaden Marketing, der Hessen Agentur, der Region Frankfurt Rhein-Main, dem Taunus Touristik Service e. V. (TTS e. V.), dem Hessischen Tourismus Verband, usw., sowie der Kooperation mit Wirtschaftsverbänden, zum Beispiel im Tourismusausschuss und im Kulturausschuss der Industrie und Handelskammer Wiesbaden (IHK), dem Hotel und Gaststättenverband und vielen anderen Organisationen sowie den Kommunen im Gebiet des gesamten Rheingau-Taunus-Kreises und den benachbarten Landkreisen, insbesondere im Main-Taunus-Kreis.

Auch projektbezogen erfolgt die Einbindung der RTKT GmbH insbesondere bei der Entwicklung, Umsetzung und Vermarktung von Wanderkonzepten, wie z.B. dem Rheinsteig, dem Wispersteig und dem Klostersteig, Angeboten für Radfahrer, z.B. Quer-Rhein-Radweg, und Veranstaltungen, z.B. der Landesgartenschau 2018 in Bad Schwalbach.

Wirtschaftsbericht

Das zur Durchführung der Projekte und Maßnahmen benötigte Geld wird im Unternehmen soweit möglich durch finanzielle Einbindung von Partnerbetrieben und Anzeigenverkäufen in verschiedensten eigenen Medien eingeworben. Die Grundlage der Finanzierung des Unternehmens für Personal- und Sachkosten sowie für den überwiegenden Teil der für die Durchführung von Projekten benötigten Mittel erfolgt durch jährliche Zahlungen der Gesellschafter.

So stellen Marketingzahlungen der Gesellschafter mit rund 298,5 Tsd.-Euro (Vorjahr 304,3 Tsd.-Euro) die größte Einnahmenposition dar.

Zusätzlich konnten im Berichtsjahr Umsatzerlöse in Höhe von 72,6 Tsd.-Euro (Vorjahr 57,0 Tsd.-Euro) erzielt werden.

Der Sponsoring-Vertrag mit der Mineralwasser-marke SELTERS wurde erfolgreich zu un-veränderten Konditionen fortgesetzt.

Die bereits im Jahresverlauf 2016 vorgese-hene Nachbesetzung der Geschäftsführungs-
position konnte noch nicht umgesetzt werden. Seit Oktober 2016 wird die Geschäftsführung durch den Geschäftsführer der Mehrheitsge-
sellschafterin RTK Holding GmbH wahrge-
nommen. Die in der Personalplanung berück-
sichtigten Vergütungsbestandteile für eine
neue operative Geschäftsführung wurden
nicht in Anspruch genommen. Gleichzeitig er-
hielt die RTKT GmbH zur Erfüllung einzelner
Aufgaben Unterstützung durch die Rüd-
heim Tourist AG (RÜD AG). Diese Leistungen
wurden von der RÜD AG in Rechnung ge-
stellt.

Auch im zurückliegenden Geschäftsjahr wa-
ren die Personalaufwendungen die größte
Kostenposition der Ergebnisrechnung. Ob-
wohl die Personalaufwendungen einschließ-
lich sozialer Abgaben durch die noch nicht er-
folgte Besetzung der Geschäftsführerposi-
tion deutlich unter dem vom Aufsichtsrat ge-
nehmigten Planansatz lagen, stiegen die Auf-
wendungen im Vergleich zum Vorjahr an.

Eine Mitarbeiterin übernahm nach dem Ende
der Elternzeit im Sommer 2018 wieder ihre
Aufgaben in der RTKT GmbH und zwei Mit-
arbeiterinnen haben ihre wöchentliche Arbeits-
zeit zur Bewältigung der vielfältigen Aufgaben
erhöht. Dennoch waren im Jahresverlauf
2018 alle Mitarbeitende der Gesellschaft in
Teilzeit beschäftigt. Im Jahr 2019 wird erst-
mals seit mehr als fünf Jahren eine Mitarbei-
terin wieder in Vollzeit für die RTKT GmbH tä-
tig sein.

Durch die Zahlungen der Gesellschafter war
die Zahlungsfähigkeit des Unternehmens im
Berichtsjahr zu jeder Zeit sichergestellt. Die
Gesellschaft beanspruchte keine Kredite bei
Kreditinstituten und konnte stets auf Liquidi-
tätsreserven zurückgreifen.

Der Finanzplan für das Geschäftsjahr 2019
des Unternehmens sieht ebenfalls keine Kre-
ditaufnahme vor.

Während aufgrund der Geschäftsstruktur und
den Aufgabenfeldern in den Anfangsjahren
der Gesellschaft negative Geschäftsergeb-
nisse zu verzeichnen waren, wurden in den
zurückliegenden Jahren von der GmbH meist
niedrige aber immerhin positive Jahresergeb-
nisse erzielt. Nachdem das Geschäftsjahr
2014 mit einem Jahresfehlbetrag beendet
wurde gelang es der neuen Geschäftsführung
für die Jahre 2015 bis 2017 wieder positive
Jahresabschlüsse zu erreichen.

Aufgrund der Fehlbeträge, die bereits kurz
nach der Gründung der RTKT GmbH entstan-
den, war bis zum Jahresabschluss 2017 das
gezeichnete Kapital der Gesellschaft nicht in
vollem Umfang vorhanden. Durch das posi-
tive Ergebnis 2018 wird nach über 20 Jahren
erstmals wieder ein über das gezeichnete Ka-
pital hinausgehendes Eigenkapital ausgewie-
sen.

Im Jahr 1996 hat die Nassauische Sparkasse
eine stille Beteiligung an der RTKT GmbH
übernommen, die eine Verzinsung erst vor-
sieht, wenn keine bilanziellen Verlustvorträge
bei der GmbH mehr bestehen. Somit wird der
Nassauischen Sparkasse für das Geschäfts-
jahr 2018 erstmals eine Erfolgsbeteiligung zu-
gerechnet.

Zur Stärkung der Kapitalbasis und Beibehal-
tung der Liquiditätsstruktur schlägt die Ge-
schäftsführung vor, den Jahresüberschuss
auf neue Rechnung vorzutragen.

Im Zusammenwirken mit der gestiegenen Bi-
lanzsumme liegt die Eigenkapitalquote zum
31.12.2018 durch den erzielten Jahresüber-
schuss bei 59,97 % (Vorjahr 56,98 %).

V. ANMERKUNGEN ZU BILANZ, JAHRES- ABSCHLUSS, LAGEBERICHT UND EIN- HALTUNG DES WIRTSCHAFTSPLANS:

Die Gesellschaft erzielte im Geschäftsjahr
2018 einen Jahresüberschuss in Höhe von 43
T€, (Vorjahr 42 T€), geplant war ein Jahres-
ergebnis von 0 T€.

VI. AUSBLICK:

Chancen der künftigen Entwicklung

Die Chancen des Unternehmens sind eng verbunden mit der künftigen Entwicklung der Region und der nachhaltigen Finanzierung des Tourismusmarketings.

Unter Berücksichtigung der vom Land Hessen vorgegebenen Kenngrößen für erfolgreiche Destinations- und Marketingorganisationen (DMO) müssen für eine zielführende Marktbearbeitung auch im Rheingau bestimmte Voraussetzungen geschaffen werden. So sieht der tourismuspolitische Handlungsrahmen des Landes Hessen (TPH) vor, eine DMO mit mindestens sieben Mitarbeiterstellen (Vollzeitäquivalente) auszustatten, die überwiegend mit im Tourismus ausgebildeten Fachkräften besetzt sein sollen. Gleichzeitig soll die DMO über ein Budget von mindestens 800 Tsd.-Euro für die Umsetzung von Marketingaktivitäten verfügen. Die Erfüllung dieser Kriterien stärkt die Leistungsfähigkeit der RTKT GmbH und erweitert die Möglichkeiten der Vermarktung im Sinne der gesamten Region und den einzelnen Kommunen, im Sinne der touristischen Leistungsträger und allem voran den Gästen aus nah und fern.

Erste Schritte zur Erreichung des strategischen Ziels „Kooperation und Zusammenarbeit“ zwischen den beteiligten Organisationen Zweckverband Rheingau, Rheingauer Weinbauverband, Rheingauer Weinwerbung GmbH, Rüdeshcim Tourist AG, Wirtschafts- und Tourismusförderung Rüdeshcim und RTKT GmbH wurden im Rahmen des „Letter of Intent“ bereits 2017 vereinbart.

Im Jahresverlauf 2018 konnte mit Unterstützung des Hessischen Tourismusverbandes, der vom Land Hessen mit dem Umsetzungsmanagement des TPH beauftragt wurde, ein Konzept zur Destinationsentwicklung begonnen werden.

Ziel ist die Beibehaltung des Status „Destination Rheingau“ um weiterhin auf Landes- und auch auf Bundesebene in der Kommunikation, Präsentation und werbewirksamen Darstellung bei Messen, Veranstaltungen und weiteren Themenfeldern vertreten zu sein. Zusätzlich hat das Land Hessen den künftigen Destinationen eine Fördersumme von 125.000,- Euro jährlich in Aussicht gestellt.

Im Rahmen der Konzepterstellung zeigte sich, dass die Finanzierung der DMO im Rheingau nicht ausreichend gegeben ist, so dass über eine Verbesserung der Finanzausstattung nachgedacht werden muss. Neben der Erhöhung von Marketingumlagen der Gesellschafter, höheren Zahlungen der Rheingau-Kommunen oder Einwerbung von Sponsorengeldern ermöglicht das kommunale Abgabengesetz (KAG) inzwischen die Erhebung eines Tourismusbeitrages in zertifizierten Tourismusorten. Die sieben im Gebiet des Rheingau-Taunus-Kreises gelegenen Rheingau-Kommunen erfüllen alle die Kriterien für eine Anerkennung als Tourismusort. Rüdeshcim am Rhein war, nach Frankfurt am Main, die zweite Kommune in Hessen, die diese Anerkennung bereits erhalten hat. Derzeit sind insgesamt drei Kommunen in Hessen zertifiziert und inzwischen haben sich auch Geisenheim und Lorch dem Zertifizierungsverfahren unterzogen. Die Anerkennung wird im ersten Quartal 2019 erwartet.

Die Einführung einer rheingauweit einheitlichen, vom privatreisenden Gast zu tragende, Tourismusabgabe könnte ein Weg sein, die finanziellen Voraussetzungen für das weitere Marketing und die Aufgaben im Hinblick auf sich verändernde Gästebedürfnisse (Barrierefreiheit, Verkehrswege, Nutzung von Online-Medien, usw.) und Unterstützung der Tourismusbetriebe (Qualitätssicherung, Weiterbildung, Zertifizierung, usw.) zu schaffen. Voraussetzung ist allerdings eine einheitliche politische Willensbildung und ein abgestimmtes Vorgehen in den Kommunen sowie die notwendige Weiterentwicklung des Konzeptes insbesondere mit dem Fokus auf die kommenden Gästebedürfnisse und Aufgabenverteilungen zwischen den oben genannten, am Letter of Intend beteiligten, Organisationen.

Auch der Ausbau und Weiterentwicklung der bereits seit vielen Jahren gepflegten Zusammenarbeit mit der Stadt Frankfurt am Main und die Kooperation mit der Region Frankfurt Rhein-Main, mit der Landeshauptstadt Wiesbaden sowie der Region Rheinhessen bieten Chancen auf eine zu Gunsten des Gastes verbesserte und möglicherweise einheitlichere Angebotsstruktur. Die Verzahnung von Städte- und Tagungstourismus aus dem nahegelegenen Ballungsraum Rhein-Main mit

den Erholungsangeboten sowie Wander- und Genußmöglichkeiten im Rheingau schaffen Raum für neue Angebote nicht nur für bisher etablierte Zielgruppen, sondern auch für die Erschließung weiterer Gästegruppen.

Gleichzeitig zur Erstellung des Tourismuskonzeptes für den Rheingau wurde unter Federführung des Rheingau-Taunus-Kreises auch ein Konzept für die Region Untertaunus erstellt. Unter Einbindung der Kommunen und Organisationen im zur Destination Taunus gehörenden Kreisteil konnten Besonderheiten, Alleinstellungsmerkmale und Chancen der Region erarbeitet werden. Durch den geplanten Einsatz eines „Tourismuskordinators“ in der Region und mit Hilfe der Unterstützung der für den Taunus zuständigen Destinations- und Marketingorganisation „Taunus Touristik Service e.V.“ werden in naher Zukunft touristische Angebote entstehen, die auch von Besuchern im Rheingau ergänzend genutzt werden können.

Aufgrund der geografischen Lage und den begrenzten räumlichen Gegebenheiten im Rheingau ist eine Ausweitung der Übernachtungskapazitäten nur in Maßen möglich. Nach wie vor werden die vorhandenen Übernachtungsmöglichkeiten von den Gästen hauptsächlich am Wochenende genutzt, so dass durch die Entwicklung von Programmbausteinen, Veranstaltungen und Erlebnissen unter der Woche die Chance ausgeht, in der Zeit von Sonntag bis Donnerstag die Übernachtungszahlen zu steigern und weitere Wirtschaftskraft in die Region zu holen. Erste Angebote hierzu sind in 2018 erfolgreich gestartet und werden in naher Zukunft weiterentwickelt und ausgebaut.

Risiken der künftigen Entwicklung

Die aktuell noch geringe finanzielle Ausstattung der RTKT GmbH als DMO lässt nicht die notwendigen Entwicklungsschritte und Aktivitäten für die Region in dem Maße zu, wie es der TPH vorsieht. Die bisher erfolgreich eingeleiteten Schritte zur Verbesserung der Zusammenarbeit der tourismusaktiven Organi-

sationen auf operativer Ebene sind alleine allerdings noch nicht ausreichend um die Region als Destination im Markt zu behaupten.

Sollte es nicht gelingen die vom Land Hessen geforderten Kriterien für eine Destination zu erfüllen wird die Vermarktung der Region künftig als „touristische Arbeitsgemeinschaft“ (TAG) erfolgen. Die unter 4. beschriebenen Chancen der Destination sind dann nicht oder nur unter erschwerten Bedingungen zu realisieren.

Die Tourismusorganisation der Landeshauptstadt Wiesbaden „Wiesbaden Marketing GmbH“ hat den Zuschlag für die Ausrichtung der von der Deutschen Zentrale für Tourismus (DZT) veranstalteten Verkaufsmesse „GTM 2019“ (Germany Travel Mart) erhalten.

Der GTM ist ein hochkarätig besetztes Forum, auf dem deutsche Anbieter mit den entscheidenden Einkäufern der internationalen Reisebranche zusammentreffen. Es ist der größte Incoming-Workshop für das Reiseland Deutschland. Die Branchenveranstaltung wird von der DZT jährlich in Zusammenarbeit mit wechselnden Partnerregionen und -städten ausgerichtet. 2019 wird der 45. GTM in Wiesbaden stattfinden.

Für die Präsentation der Region Rheingau wird im Rahmen des GTM am 13. Mai 2019 eine Abendveranstaltung für die Teilnehmenden in Kloster Eberbach durchgeführt. Zur Realisation der Veranstaltung für insgesamt rund 1.200 Gäste sind erhebliche personelle aber auch finanzielle Mittel notwendig. Die RTKT GmbH ist in die Planungen und operativen Phasen bereits seit mehreren Monaten eingebunden. Finanzieller Einsatz und die Stellung von Personalkapazitäten belasten das Projektbudget 2019 und werden Einfluss auf das Geschäftsergebnis 2019 haben.

Unabhängig von den zu bewältigenden Aufgaben und den eingesetzten Mitteln gilt es jedoch, die Veranstaltung zwingend zu einem Erfolg zu führen, um einen Imageschaden für die Region zu vermeiden.

VII. BESONDERHEITEN AUS SICHT DES RHEINGAU-TAUNUS-KREISES:

Keine.

VIII. AUSWIRKUNGEN AUF DIE HAUSHALTSWIRTSCHAFT DES RHEINGAU-TAUNUS-KREISES:

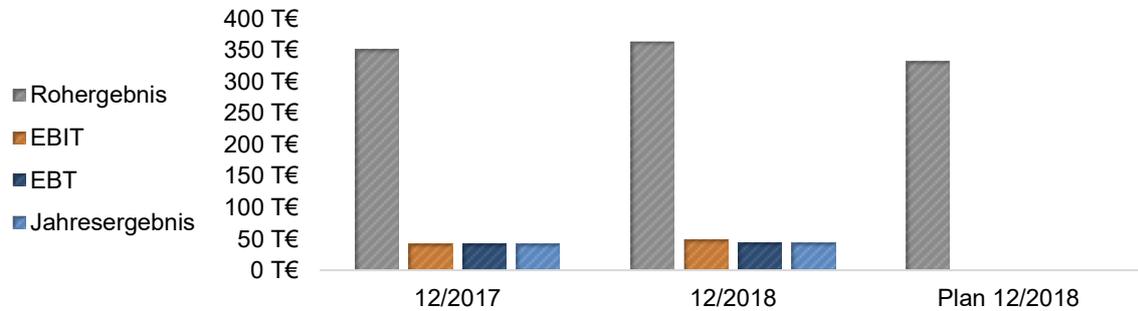
Aufgrund der erneut positiven Entwicklung des Jahresergebnisses und des Eigenkapitals im Berichtszeitraum ist derzeit mit keinen Auswirkungen auf den Kreishaushalt zu rechnen.

IX. ANMERKUNGEN/ERLÄUTERUNGEN ZU WESENTLICHEN KENNZAHLEN:

Aufgrund des positiven Jahresergebnisses steigt die Eigenkapitalquote von 57,0 % um 3,0 % auf 60,0 %. Die Fremdkapitalquote sinkt um 3 % von 43,0 % auf 40,0 %.

X. KENNZAHLEN

Gewinn und Verlust



	12/2017 T€	12/2018 T€	Plan 12/2018 T€
Umsatzerlöse	361	371	349
Sonstige betriebliche Erträge	8	7	31
Materialaufwand	18	15	48
Rohergebnis	351	363	332
Personalaufwand	127	154	170
Abschreibungen	5	5	5
Sonstige betriebliche Aufwendungen	177	156	158
EBIT	42	48	0
Erträge aus Beteiligungen	-	-	-
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	5	0
EBT	42	43	0
Steuern vom Einkommen und Ertrag	0	0	-
Sonstige Steuern	-	-	0
Jahresergebnis	42	43	0

Bilanz



	12/2017 T€	12/2018 T€	Plan 12/2018 T€
Anlagevermögen	22	23	-
Kasse, Bankguthaben, Schecks	258	336	-
Eigenkapital	177	220	-
Verbindlichkeiten	119	120	-
Bilanzsumme	310	367	-

Finanzkennzahlen



	12/2017 T€	12/2018 T€	Plan 12/2018 T€
Personalaufwandsquote (in %)	34,5	40,8	44,8
Finanzergebnis	0	-5	0
Fremdkapital	133	147	-
Eigenkapitalquote (in %)	57,0	60,0	-
Fremdkapitalquote (in %)	43,0	40,0	-

Stand der Firmendaten: 31.12.2018

Basis der Finanzdaten: Jahresabschluss 12/2018

6.4. kwb Kommunale Wohnungsbau GmbH Rheingau-Taunus



I. RECHTLICHE VERHÄLTNISSE

Firmensitz:

Martin-Luther-Str. 13
65307 Bad Schwalbach
Tel.: 0612470840

Rechtsform: GmbH

Handelsregisternummer: HRB 16043

Gründungsdatum: 28.01.1949

Geschäftsjahresbeginn: Januar

Unternehmenszweck:

Zweck der Gesellschaft ist vorrangig eine sichere und sozial verantwortbare Wohnungsverorgung der breiten Schichten der Bevölkerung (gemeinnütziger Zweck)

Die Gesellschaft errichtet, betreut, bewirtschaftet und verwaltet Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen, darunter Eigenheim und Eigentumswohnungen. Sie kann außerdem alle im Bereich der Wohnungswirtschaft, des Städtebaus und der Infrastruktur anfallenden Aufgaben übernehmen, Grundstücke erwerben, belasten und veräußern sowie Erbbaurechte ausgeben. Sie kann Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden und Gewerbebauten, soziale wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen und Dienstleistungen bereitstellen. Die Gesellschaft ist berechtigt, Zweigniederlassungen zu errichten, andere Unternehmen zu erwerben oder sich an solchen zu beteiligen.

Kapital:

Stammkapital	17.406.567 €
--------------	--------------

Beteiligungsquoten: (direkt/indirekt/gesamt)

Nominal	0% / 29,66% / 29,66%
---------	----------------------

II. ORGANE

Die **Organe** sind wie folgt besetzt (Name des Mitglieds/entsendet von):

Geschäftsführung

Vorsitz

Herr Joest Ditmar

Aufsichtsrat

Vorsitz

Herr Christian Herfurth

Mitglied

Herr Michael Heil

Herr Landrat Frank Kilian

Herr Manfred Kohl

Herr Patrick Kunkel

Herr Udo Scheliga

Herr Sandro Zehner

Gesellschafterversammlung

Mitglied

Herr Christian Aßmann

Herr Daniel Bauer

Herr Volker Diefenbach

Herr Michael Heil

Herr Jürgen Helbing

Herr Christian Herfurth

Herr Markus Hies

Herr Martin Hußmann

Herr Landrat Frank Kilian
RTK Holding GmbH

Herr Manfred Kohl

Herr Jan Kraus

Herr Patrick Kunkel

Herr Volker Mosler

Herr Joachim Reimann
 Herr Udo Scheliga
 Herr Michael Schlepper
 Herr Winfried Steinmacher
 Herr Sandro Zehner

III. BETEILIGUNGEN

Gesellschafter

Stadt Idstein	5.259.000 €	30,2%
RTK Holding GmbH	5.162.200 €	29,7%
Stadt Taunusstein	2.760.067 €	15,9%
Stadt Eltville	900.500 €	5,2%
Gemeinde Hünstetten	658.300 €	3,8%
Stadt Oestrich-Winkel	602.900 €	3,5%
Gemeinde Niedernhausen	398.900 €	2,3%
Stadt Bad Schwalbach	348.900 €	2,0%
Stadt Rüdesheim	286.000 €	1,6%
Stadt Lorch	209.000 €	1,2%
Gemeinde Schlangenbad	162.400 €	0,9%
Stadt Kiedrich	114.000 €	0,7%
Gemeinde Aarbergen	113.700 €	0,7%
Gemeinde Hohenstein	110.600 €	0,6%
Gemeinde Walluf	107.000 €	0,6%
Gemeinde Heidenrod	94.800 €	0,5%
Gemeinde Waldems	70.700 €	0,4%
Stadt Geisenheim	47.600 €	0,3%

Das Unternehmen selbst hält keine Beteiligungen.

IV. AKTUELLE SITUATION DER BETEILIGUNG / AUSZUG AUS DEM LAGEBERICHT (STAND 31.12.2018):

Lage des Unternehmens

Das Geschäftsjahr 2018 war wesentlich geprägt durch ein sehr intensives Transaktionsgeschäft, mit attraktiven Ergebnis- und Liquiditätsbeiträgen. Die entstandenen Liquiditätszuflüsse sind notwendig, um die durch die neuen Bauprojekte herausfordernde Liquiditätssituation der kwb nachhaltig zu sichern und über die notwendigen eigenen Mittel für die Neubaumaßnahmen zu verfügen.

Vermögenslage

Die Bilanzsumme ist im Vergleich zum Vorjahr um 5.296,2 TEUR auf 130.956,5 TEUR angestiegen. Dabei hat sich das Anlagevermögen um 4.052,2 TEUR auf 119.393,1 TEUR (VJ: 115.340,9 TEUR) erhöht und stellt damit nach wie vor den größten Aktivposten dar. Korrespondierend sind die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten um 2.757,9 TEUR auf der Passivseite angestiegen.

Maßgeblich für die Veränderungen des Sachanlagevermögens sind die laufenden Neubaumaßnahmen, die sich insbesondere im Anstieg der Anlagen im Bau um 5.022,8 auf 6.207,6 TEUR (VJ: 1.184,8 TEUR), zum Bilanzstichtag niederschlagen.

Das Umlaufvermögen (incl. Rechnungsabgrenzungsposten) hat sich um 1.244,6 TEUR erhöht. Das liegt vor allen an dem Bank- und Bausparkassenguthaben zum Bilanzstichtag.

Das Eigenkapital ist infolge des positiven Jahresergebnisses auf 39.049,6 TEUR (VJ: 35.956,5 TEUR) angestiegen. Demzufolge ist die Eigenkapitalquote zum Stichtag auf 29,82 % (VJ: 28,61 %) angewachsen.

Finanzlage

Der Finanzmittelfonds hat sich im Geschäftsjahr um 1.269,0 TEUR erhöht. Die laufende Geschäftstätigkeit führte im Berichtsjahr zu einem Mittelzufluss von 6.265,9 TEUR. Damit war es möglich die planmäßigen Zins- und Tilgungsleistungen - 4.321,4 TEUR zu bestreiten.

Die Investitionstätigkeit führte insgesamt zu einem Mittelabfluss von - 5.466,4 TEUR. Den Auszahlungen für Bau- und Modernisierungsleistungen in Höhe von - 6.455,2 TEUR und für Grundstücksankäufe in Höhe von - 2.674,2 TEUR standen Einzahlungen aus Immobilienverkäufen in Höhe von 3.653,0 TEUR gegenüber.

Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit weist in diesem Jahr einen Überhang der Mittelzuflüsse von 469,4 TEUR aus. Den Darlehensaufnahmen von 7.075,9 TEUR standen Zins- und Tilgungsleistungen für Darlehen und Bausparverträge in Höhe von - 4.321,4 TEUR sowie Darlehensrückzahlungen von - 2.280,6 TEUR gegenüber.

Die jährliche Annuität ist gegenüber dem Vorjahr um 255 TEUR auf 4.344 TEUR gestiegen. Der Tilgungsanteil entspricht mit rd. 2,9 Mio. EUR (VJ: 2,8 Mio. EUR) bezogen auf den Nominalbetrag insgesamt 2,6 % (VJ 2,8 %).

Der überwiegende Teil mit rund 80 % (VJ: 78 %) unserer Finanzschulden ist langfristig. Die durchschnittliche Laufzeit unserer Finanzschulden beträgt zum Stichtag 22 1/4 Jahre.

Der Verschuldungsgrad (Finanzverbindlichkeiten abzgl. Bankguthaben / Sachanlagevermögen) betrug zum Stichtag 68,1 % (VJ: 69,0 %).

Ertragslage

Die Gesellschaft hat im Geschäftsjahr 2018 einen Jahresüberschuss in Höhe von 3.092,4 TEUR erzielt (VJ: 731,7 TEUR) und liegt damit deutlich über den Planwert von 1.753 TEUR. Die Ursachen dafür sind vielfältig.

Unser Immobilienmanagement hat sich im abgelaufenen Geschäftsjahr erfolgreich auf den weiteren Abbau von Leerständen konzentriert. Unsere um baubedingten Leerstand bereinigte Quote betrug im Berichtsjahr 3,00 % (VJ: 3,30 %) und nahm gegenüber dem Vorjahr um 0,30 % ab. Infolgedessen und durch die Ausschöpfung von Mietererhöhungspotential bei nicht mietpreisgebundenen Wohnungen sind die Bruttomieten gegenüber dem Vorjahr um 951,2 TEUR auf 16.112,9 TEUR und gegenüber dem Plan um TEUR 420 angestiegen.

Ferner sind die erwarteten Kostensteigerungen bei den Betriebs- und Nebenkosten deutlich geringer ausgefallen als geplant.

Trotz des erhöhten Finanzierungsbedarfs liegt der Zinsaufwand mit 1.547,6 TEUR auf dem Niveau des Vorjahres und damit nur leicht über dem Planwert 1.500,9 TEUR. Nach wie vor profitiert die kwb bei Refinanzierungen bzw. Darlehensneuaufnahmen vom anhaltenden Niedrigzinsniveau. Der Durchschnittszins der Finanzverbindlichkeiten hat sich gegenüber dem Vorjahr von 1,87 % auf 1,85 % reduziert. Die durchschnittliche Fremdkapitalverzinsung beträgt 1,68 % (VJ: 1,70 %).

Mitarbeiter

Zum 31.12.2018 waren 36 Mitarbeiter (VJ: 35 Mitarbeiter; ohne Geschäftsführung und Auszubildende) bei der kwb beschäftigt. Die kwb betreute am Ende des Jahres 2018 einen Auszubildenden im Berufsbild Immobilienkauffrau/ -mann. Daneben bietet die kwb die Möglichkeit Schulpraktika im Unternehmen abzuleisten.

Jeder Mitarbeiter (ohne MA Fremdverwaltung, Auszubildende und Geschäftsführung) erwirtschaftete im Berichtsjahr im Durchschnitt eine Sollmiete von 349,3 TEUR (VJ: 330,8 TEUR).

V. ANMERKUNGEN ZU BILANZ, JAHRESABSCHLUSS, LAGEBERICHT UND EINHALTUNG DES WIRTSCHAFTSPLANS:

Die Gesellschaft erzielte im Geschäftsjahr 2018 einen Jahresüberschuss in Höhe von 3.092 T€, (Vorjahr 732 €)) geplant war ein Jahresüberschuss i.H.v. 151T€.

VI. AUSBLICK:

Die Bevölkerungsentwicklung im Rheingau-Taunus-Kreis war im Jahr 2018 leicht positiv. Auch für die kommenden Jahre ist mit einem Bevölkerungszuwachs zu rechnen. Quelle: Statistik Hessen, Die Bevölkerung der hessischen Gemeinden am 30.06.2018.

Im Wesentlichen wird die Bevölkerungsentwicklung unserer Einschätzung nach davon abhängen, wie gut es gelingt den Rheingau-Taunus-Kreis verkehrlich, sowohl in Hinblick auf den Individualverkehr, als auch auf den

öffentlichen Personennahverkehr, an das Rhein-Main-Gebiet anzuschließen. Diese Fragestellung wird sich auf die wirtschaftliche Entwicklung im Allgemeinen und insbesondere auf die Entwicklung auf dem Wohnungsmarkt auswirken.

Die Wohnungsnachfrage im Rhein-Main-Gebiet übersteigt das Angebot. Ein Ausweichen auf die gut erschlossenen Ränder ist die Folge.

Die bereits bekannten Risiken und Schwierigkeiten werden auch weiterhin das Handeln des Unternehmens bestimmen:

Steigende Zinsen im Bereich Bauen, zu geringe Landesförderung für belegungsgebundenen Neubau, stark steigende Baupreise für Neubau und Modernisierung, steigende Honorare für Architekten und Ingenieure, ausgelastete Anbieter bei Instandhaltung, Modernisierung und Neubau, Verkehrliche Anbindung des Rheingau-Taunus-Kreises

Durch die kontinuierliche Ausweitung der Geschäftstätigkeit der kwb in den vergangenen Jahren ist die Bilanzsumme deutlich gestiegen. Nach der sich abzeichnenden Entwicklung wird das auch weiterhin der Fall sein. Die kwb ist deshalb im Gespräch mit Ihren Gesellschaftern mit dem Ziel die Eigenkapitalquote des Unternehmens zu stärken.
Ausblick auf 2019

Für das laufende Geschäftsjahr erwartet die kwb eine Steigerung der Umsatzerlöse aus der Hausbewirtschaftung auf ca. 16,4 Mio. EUR und einen voraussichtlichen Jahresüberschuss von 0,9 Mio. EUR. Bei der Ergebnisprognose für 2019 wurde berücksichtigt, dass ein Bauprojekt finalisiert und Mitte des Jahres der Vermietung zugeführt werden kann. Diesen Erlösen stehen vor allem die Aufwendungen zur Durchführung des operativen Geschäfts bzw. zur Finanzierung gegenüber.

In unserer Planung für das Geschäftsjahr 2019 gehen wir von unveränderten rechtlichen und steuerlichen Rahmenbedingungen aus. Ferner rechnen wir mit einer positiven Unternehmensfortführung. Mögliche Risiken und Chancen der zukünftigen Entwicklung sind angemessen berücksichtigt, bestandsgefährdende Risiken sehen wir derzeit nicht.

Zum Stand des Vorhabens „Am Eichert 41+43, Hünstetten-Wallbach“ hat sich seit der letzten Berichtserstattung nichts geändert. Nach Mitteilung der zuständigen Staatsanwaltschaft ruht die Bearbeitung auf Grund der hohen Arbeitsbelastung derzeit.

Die kwb investiert sowohl im laufenden als auch in den kommenden Geschäftsjahren umfassend in den Bestand.

So wurde Mitte des ersten Halbjahres 2019 bereits eine Wohnimmobilie mit 9 Wohneinheiten fertiggestellt, für das Jahresende wird die Fertigstellung eines weiteren Objektes mit insgesamt 22 Wohneinheiten erwartet. Ferner wird Baubeginn für zwei Wohnimmobilien mit einem Investitionsvolumen von rund 6,3 Mio. EUR sein, deren Fertigstellung Anfang 2020 erwartet wird.

Im Jahr 2020 ist der Baubeginn für zwei Großprojekte geplant. Ein Wohn- und Gewerbezoo mit einem Investitionsvolumen von 31 Mio. EUR und ein Wohnkomplex mit einer Investitionssumme von 21 Mio. EUR. In Folge dieser umfangreichen Maßnahmen werden in den nächsten drei Jahren 153 Wohnungen und acht Gewerbeeinheiten neu entstehen.

Auch im laufenden Geschäftsjahr wird die kwb in die Instandhaltung und Modernisierung der Bestandsimmobilien investieren. So finalisieren wir zwei bereits im Jahr 2018 begonnene Sanierungsmaßnahmen mit einem Gesamtvolumen von 1,7 Mio. EUR. Ein drittes Objekt wird einer umfassenden Modernisierungsmaßnahme unterzogen, bei der rund 2,3 Mio. EUR investiert werden. Nach Abschluss dieser Maßnahme können 9 Wohnungen barrierefrei und seniorengerecht vermietet werden.

Auch für die Folgejahre sind bei der kwb Instandhaltungs- und Modernisierungsmaßnahmen von jährlich rund 2,5 Mio. EUR geplant. Diese Investitionen werden die Ausstattungsstandards unserer Wohnungen und damit die Vermietbarkeit weiter verbessern.

Die Arbeiten an diesem äußerst umfangreichen Maßnahmenpaket haben die kwb im Berichtsjahr und werden diese auch in den Folgejahren stark beanspruchen.

Ziel ist es, zusammen mit den Städten und Kommunen des Rheingau-Taunus-Kreises, den Anforderungen des Wohnungsmarktes gerecht zu werden und qualitativ gute und bezahlbare Wohnfläche bereitzustellen.

VII. BESONDERHEITEN AUS SICHT DES RHEINGAU-TAUNUS-KREISES:

Es bestehen gegenüber der kwb GmbH folgende Bürgschaften (Inanspruchnahme bis zu):

kwb (Ausfallbürgschaft)	30.524,13 €
kwb (Ausfallbürgschaft)	61.099,38 €
kwb (Ausfallbürgschaft)	61.099,38 €
kwb (Ausfallbürgschaft)	131.197,50 €
kwb (Ausfallbürgschaft)	56.000,00 €
kwb (Ausfallbürgschaft)	69.900,00 €
kwb (Ausfallbürgschaft)	56.500,00 €
kwb (Ausfallbürgschaft)	56.600,00 €
kwb (Ausfallbürgschaft)	59.100,00 €
kwb (Ausfallbürgschaft)	68.400,00 €
kwb (Ausfallbürgschaft)	71.300,00 €
kwb (Ausfallbürgschaft)	96.700,00 €
kwb (Ausfallbürgschaft)	151.200,00 €
<u>kwb (Ausfallbürgschaft)</u>	<u>13.191,71 €</u>
Summe:	984.211,71 €

VIII. AUSWIRKUNGEN AUF DIE HAUSHALTSWIRTSCHAFT DES RHEINGAU-TAUNUS-KREISES:

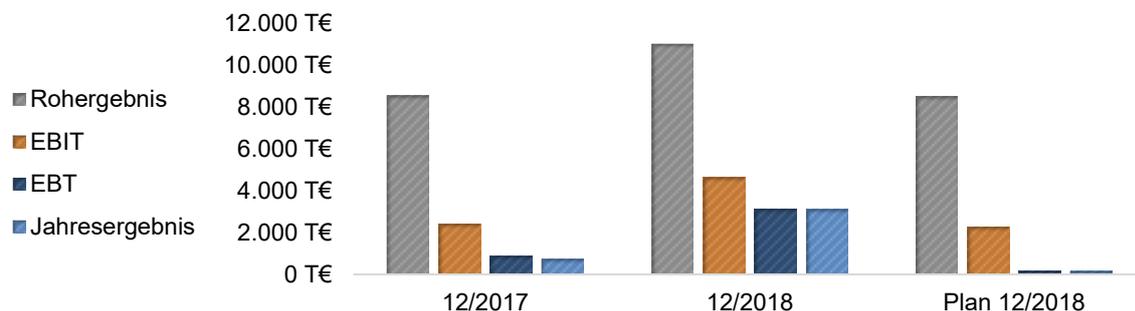
Unmittelbare Auswirkungen sind, mit Ausnahme bei einer weiterhin hohen Investitionstätigkeit seitens der kwb, für den RTK nicht zu erwarten.

IX. ANMERKUNGEN/ERLÄUTERUNGEN ZU WESENTLICHEN KENNZAHLEN:

Aufgrund des positiven Jahresergebnisses steigt die Eigenkapitalquote von 28,6 % um 1,2 % auf 29,8 %. Die Fremdkapitalquote sinkt um 1,2 % von 71,4 % auf 70,2 %.

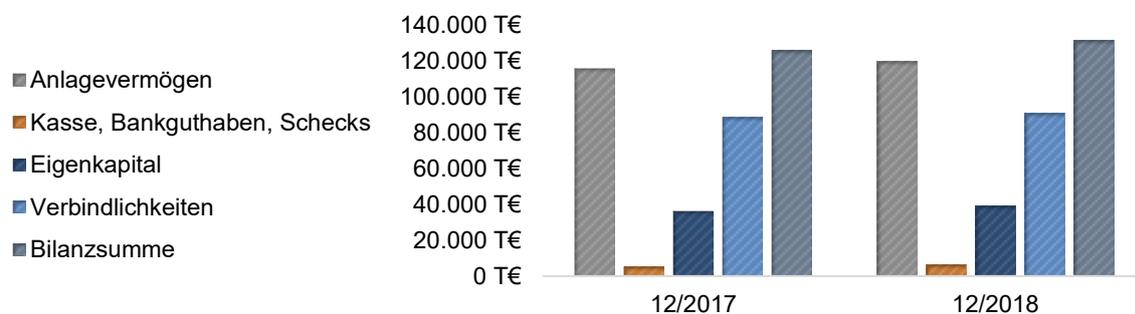
X. KENNZAHLEN

Gewinn und Verlust



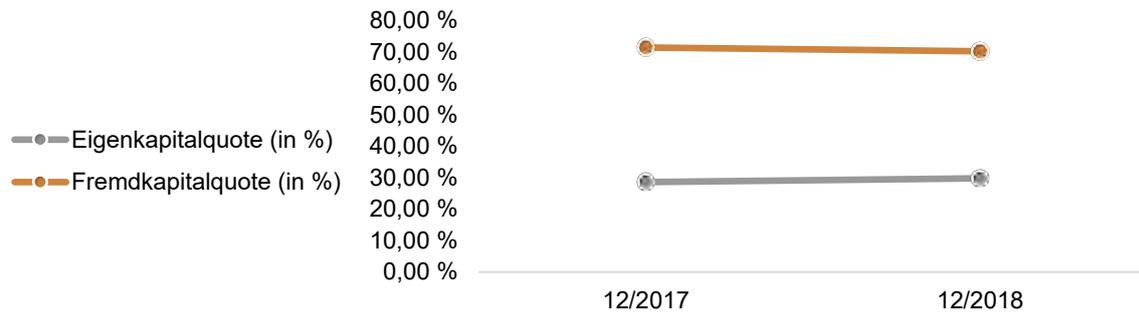
	12/2017 T€	12/2018 T€	Plan 12/2018 T€
Umsatzerlöse	15.243	16.203	15.343
Sonstige betriebliche Erträge	330	1.883	137
Materialaufwand	7.229	6.976	6.887
Rohergebnis	8.532	10.979	8.475
Personalaufwand	2.398	2.474	2.357
Abschreibungen	2.965	2.953	3.040
Sonstige betriebliche Aufwendungen	786	919	815
EBIT	2.383	4.633	2.263
Erträge aus Beteiligungen	0	0	-
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	11	15	-
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.525	1.548	2.100
EBT	869	3.100	163
Steuern vom Einkommen und Ertrag	2	-1	2
Sonstige Steuern	136	9	11
Jahresergebnis	732	3.092	151

Bilanz



	12/2017 T€	12/2018 T€	Plan 12/2018 T€
Anlagevermögen	115.341	119.393	-
Kasse, Bankguthaben, Schecks	5.007	6.276	-
Eigenkapital	35.957	39.050	-
Verbindlichkeiten	88.492	90.591	-
Bilanzsumme	125.660	130.957	-

Finanzkennzahlen



	12/2017 T€	12/2018 T€	Plan 12/2018 T€
Personalaufwandsquote (in %)	15,2	13,8	15,3
Finanzergebnis	-1.514	-1.533	-2.100
Fremdkapital	89.703	91.907	-
Eigenkapitalquote (in %)	28,6	29,8	-
Fremdkapitalquote (in %)	71,4	70,2	-

Stand der Firmendaten: 31.12.2018

Basis der Finanzdaten: Jahresabschluss 12/2018

6.5. CityBahn GmbH



I. RECHTLICHE VERHÄLTNISSE

Firmensitz:

Gartenfeldstraße 18
65189 Wiesbaden
Tel.: (0611) 45022-450
Fax.: (0611) 45022-850
E-Mail: info@citybahn-verbindet.de
Webseite: www.citybahn-verbindet.de

Rechtsform: GmbH

Handelsregisternummer: HRB 29908

Gründungsdatum: 03.08.2017

Geschäftsjahresbeginn: Januar

Unternehmenszweck:

Gegenstand des Unternehmens der Gesellschaft sind die Planung, der Bau (Bauleitung, Steuerung und Überwachung) und der Betrieb für die CityBahn Mainz - Wiesbaden - Bad Schwalbach (in Verbindung mit dem vorhandenen Mainzer Straßenbahnnetz).

Kapital:

Stammkapital	77.041 €
--------------	----------

Beteiligungsquoten: (direkt/indirekt/gesamt)

Nominal	0% / 25,10% / 25,10%
---------	----------------------

II. ORGANE

Die **Organe** sind wie folgt besetzt (Name des Mitglieds/entsendet von):

Geschäftsführung

Mitglied

Herr Günter Döring (ab 07.12.2018) Rheingau-Taunus- Verkehrsgesellschaft mbH

Frau Eva Kreienkamp Mainzer Stadtwerke AG
Herr Prof. Dr.-Ing. Hermann Zemlin ESWE Verkehr

III. BETEILIGUNGEN

Gesellschafter

Mainzer Stadtwerke AG	25.000 €	32,5%
WVV Wiesbaden Holding GmbH	25.000 €	32,5%
Rheingau-Taunus-Verkehrsgesellschaft mbH	19.337 €	25,1%
RMV-Rhein-Main-Verkehrsverbund	7.704 €	10,0%

Das Unternehmen selbst hält keine Beteiligungen.

IV. ANMERKUNGEN ZU BILANZ, JAHRESABSCHLUSS, LAGEBERICHT UND EINHALTUNG DES WIRTSCHAFTSPLANS:

Mit Beschluss vom 28.08.2018 hat der Kreistag unter TOP III.0 den Beitritt der Rheingau-Taunus-Verkehrs GmbH (RTV) zur CityBahn GmbH (CityBahn) beschlossen. Dieser Beitritt wurde mit notarieller Urkunde zum 07.12.2018 vollzogen. Aufgrund des späten Einstiegs in 2018 werden lediglich die wesentlichen Grunddaten, Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnungen dargestellt.

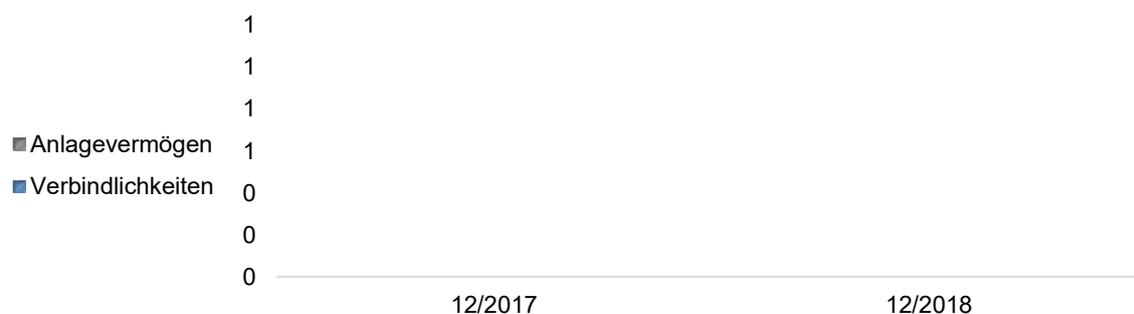
V. KENNZAHLEN

Gewinn und Verlust



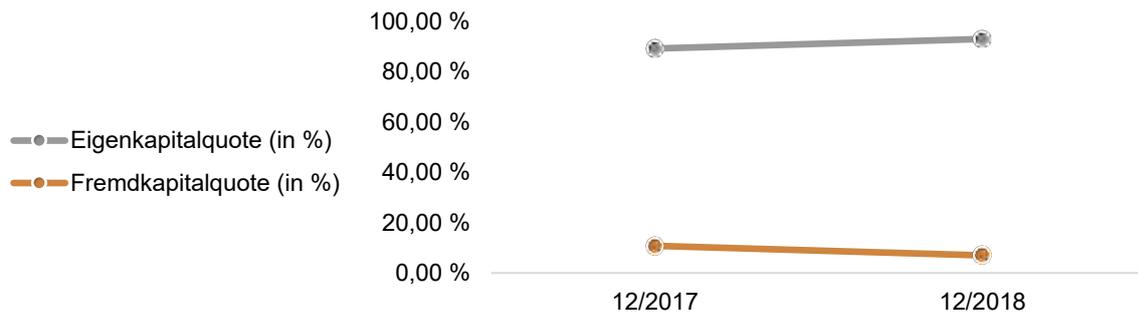
	12/2017 T€	12/2018 T€
Umsatzerlöse	-	-
Sonstige betriebliche Erträge	-	-
Materialaufwand	-	-
Rohergebnis	-	-
Personalaufwand	-	-
Abschreibungen	-	-
Sonstige betriebliche Aufwendungen	5	0
EBIT	-5	0
Erträge aus Beteiligungen	-	-
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	-	-
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-	-
EBT	-5	0
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-	-
Sonstige Steuern	-	-
Jahresergebnis	-5	0

Bilanz



	12/2017 T€	12/2018 T€
Anlagevermögen	-	-
Kasse, Bankguthaben, Schecks	50	77
Eigenkapital	45	72
Verbindlichkeiten	-	-
Bilanzsumme	50	77

Finanzkennzahlen



	12/2017 T€	12/2018 T€
Personalaufwandsquote (in %)	-	-
Finanzergebnis	-	-
Fremdkapital	5	5
Eigenkapitalquote (in %)	89,2	93,0
Fremdkapitalquote (in %)	10,8	7,0

Stand der Firmendaten: 31.12.2018

Basis der Finanzdaten: Jahresabschluss 12/2018

6.6. RMV-Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH



I. RECHTLICHE VERHÄLTNISSE

Firmensitz:

Alte Bleiche 5
65719 Hofheim a. Ts.
Tel.: 06192-29 40
Fax.: 06192-29 49 00
E-Mail: info@rmv.de
Webseite: www.rmv.de

Rechtsform: GmbH

Handelsregisternummer: HRB 34128

Gründungsdatum: 18.05.1995

Geschäftsjahresbeginn: Januar

Unternehmenszweck:

Die Gesellschaft dient dem Zwecke die gemeinsame Aufgabenwahrnehmung des öffentlichen Personennahverkehrs im Verkehrsverbund Rhein-Main sowie die Beratung bei der Koordination der Schnittstellen zum Individualverkehr. Folgende Aufgaben werden wahrgenommen:

- Regionaler Schienen-/Buspersonennahverkehr,
- Verkehrsplanung, -konzeptionen und technische Standards,
- Rahmenplanung für Produkte,
- Verbundtarif und Beförderungsbedingungen,
- Marketing, Werbung und Öffentlichkeitsarbeit, Fahrgastinfo.
- Vertriebssystem,
- Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen, Integriertes Plandatensystem

Kapital:

Stammkapital	690.244 €
--------------	-----------

Beteiligungsquoten: (direkt/indirekt/gesamt)

Nominal	0%/3,70%/3,70% -
---------	------------------

II. ORGANE

Die **Organe** sind wie folgt besetzt (Name des Mitglieds/entsendet von):

Geschäftsführung

Vorsitz

Herr Dr. André Kavai

Herr Knut Ringat

Aufsichtsrat

Mitglied

Herr Landrat Frank Kilian

RTK Holding GmbH

Beirat

Mitglied

Herr Thomas Brunke

Gesellschafterversammlung

Mitglied

Herr Landrat Frank Kilian

RTK Holding GmbH

III. BETEILIGUNGEN

Gesellschafter

26 Mitgesellschafter à 25.623 €	664.462 €	96,3%
RTK Holding GmbH	25.623 €	3,7%

Beteiligungen

ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt Rhein-Main)	30.000 € 12,4%
CityBahn GmbH	7.704 € 10,0%

IV. ANMERKUNGEN ZU BILANZ, JAHRRESABSCHLUSS, LAGEBERICHT UND EINHALTUNG DES WIRTSCHAFTSPLANS:

Aufgrund der geringen wirtschaftlichen Bedeutung für den RTK werden lediglich die wesentlichen Grunddaten, Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnungen dargestellt.

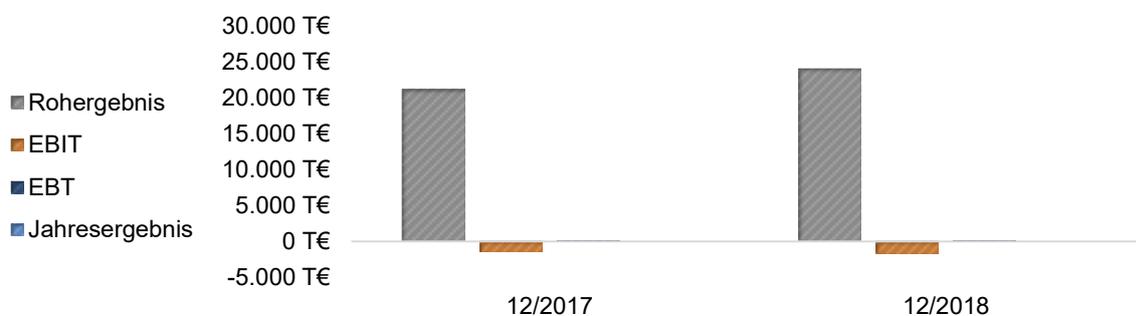
V. AUSWIRKUNGEN AUF DIE HAUSHALTSWIRTSCHAFT DES RHEINGAU-TAUNUS-KREISES:

Unmittelbare Auswirkungen für den RTK sind weiterhin nicht zu erwarten. Gezahlte Umlagen und voraussichtliche Entwicklung:

2017: 137.672,37 €, 2018:186.641,00 €, 2019: 198.334,76 €, Plan 2020: 200.000,00 €.

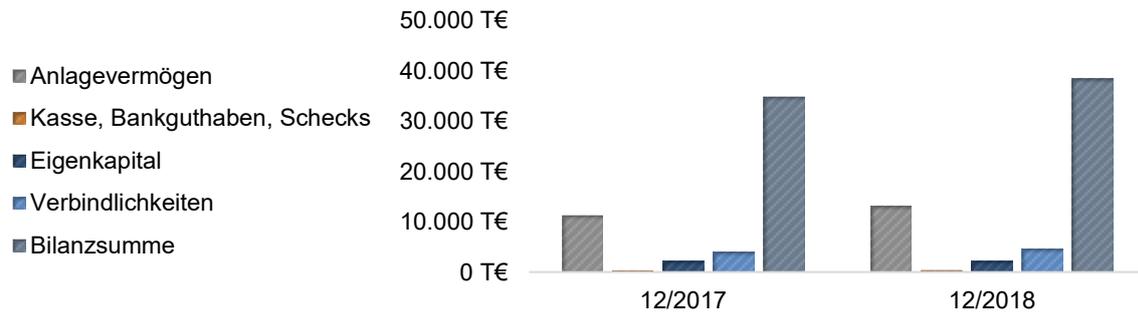
VI. KENNZAHLEN

Gewinn und Verlust



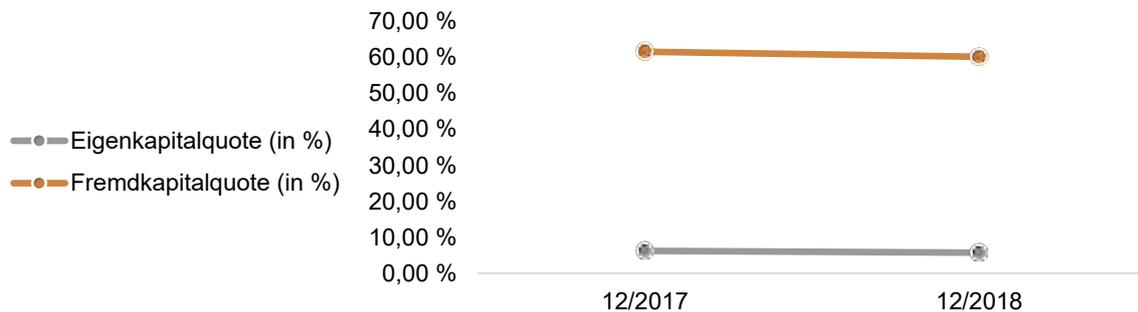
	12/2017 T€	12/2018 T€
Umsatzerlöse	4.147	4.452
Sonstige betriebliche Erträge	1.695	1.393
Materialaufwand	33.809	32.833
Rohergebnis	21.196	24.004
Personalaufwand	12.527	13.108
Abschreibungen	2.824	3.071
Sonstige betriebliche Aufwendungen	7.313	9.526
EBIT	-1.469	-1.702
Erträge aus Beteiligungen	97	117
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	3	1
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	451	445
EBT	2	2
Steuern vom Einkommen und Ertrag	2	2
Sonstige Steuern	-	-
Jahresergebnis	0	0

Bilanz



	12/2017 T€	12/2018 T€
Anlagevermögen	11.183	13.126
Kasse, Bankguthaben, Schecks	251	271
Eigenkapital	2.172	2.172
Verbindlichkeiten	3.927	4.629
Bilanzsumme	34.772	38.402

Finanzkennzahlen



	12/2017 T€	12/2018 T€
Personalaufwandsquote (in %)	22,8	23,1
Finanzergebnis	1.471	1.704
Fremdkapital	21.418	23.104
Eigenkapitalquote (in %)	6,2	5,7
Fremdkapitalquote (in %)	61,6	60,2

Die Sonderposten sind mit 34,1 % nicht direkt dem Eigenkapital zuzuordnen.

Stand der Firmendaten: 31.12.2018

Basis der Finanzdaten: Jahresabschluss 12/2018

6.7. Rüdesheimer Seilbahngesellschaft mbH Bayer, Opitz & Co. KG



I. RECHTLICHE VERHÄLTNISSE

Firmensitz:

Oberstraße 37
65385 Rüdesheim am Rhein
Tel.: 06722 2402
Fax.: 06722 3574
E-Mail: info@seilbahn-ruedesheim.de
Webseite: www.seilbahn-ruedesheim.de

Rechtsform: GmbH & Co. KG

Handelsregisternummer: Wiesbaden A
7323

Gründungsdatum: 03.11.1953

Geschäftsjahresbeginn: Januar

Unternehmenszweck:

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb der Seilbahn zur Personenbeförderung zwischen Rüdesheim am Rhein und dem Niederwald und die Vornahme aller damit zusammenhängenden Geschäfte

Kapital:

Kommanditeinlage	125.650	€
Kommanditeinlage	25.600	€
Kommanditeinlage	25.600	€
Komplementäreinlage	0	€

Beteiligungsquoten: (direkt/indirekt/gesamt)

Nominal 0% / 14,48% / 14,48%

II. ORGANE

Die **Organe** sind wie folgt besetzt (Name des Mitglieds/entsendet von):

Geschäftsführung

Vorsitz

Herr Rainer Orben

Beirat

Vorsitz

Herr Ludwig Rölz

Mitglied

Herr Volker Mosler

Herr Peter Ohlig

Herr Rainer Schlotter

III. BETEILIGUNGEN

Kommanditisten

Hotel-u.Gaststättenbetriebe und Privatpersonen, überwiegend aus Rüdesheim	125.650 €	71,0 %
Fremdenverkehrsgesellschaft der Stadt Rüdesheim am Rhein mbH	25.600 €	14,5 %
RTK Holding GmbH	25.600 €	14,5 %

Komplementär

Rüdesheimer Seilbahngesellschaft mbH

Das Unternehmen selbst hält keine Beteiligungen.

IV. AKTUELLE SITUATION DER BETEILIGUNG /AUSZUG AUS DEM LAGEBERICHT (STAND 31.12.2018):

Da es sich bei der Gesellschaft um eine Personengesellschaft handelt, an der der Rheingau-Taunus-Kreis über nicht mehr als den fünften Teil der Anteile verfügt (§ 123a Abs. 1 HGO) und der übrige Gesellschafterkreis überwiegend aus Privatpersonen besteht, wird zur Wahrung des Finanzgeheimnisses zu Gunsten dieser Privatpersonen auf die Wiedergabe der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung verzichtet.

Im Jahr 2018 erzielte die RTK Holding Erträge i.H. von 185,7 T€ (Vorjahr: 124,5 T€) aus der Beteiligung an der Seilbahn.

Daten und Fakten zur Gesellschaft:

Einseil-Umlaufbahn, 85 halbgeschlossene Kabinen, Höhenunterschied 203 m, Fahrstreckenlänge 1400 m, Antriebsleistung 200 kw, Fahrzeit 10 Minuten, einfacher Ein- und Ausstieg, Beförderung 720 Personen in jeder Richtung je Stunde,

Niederwalddenkmal und Seilbahn - eine Geschichte für sich

In den Jahren zwischen 1877 und 1883 erbaute man das Niederwalddenkmal mit der "Germania". Man wollte mit dem fast 38 m hohen Monument ein Andenken an den deutsch-französischen Krieg von 1870/71 und die Wiedererrichtung des Deutschen Kaiserreiches schaffen. Das Denkmal war der Grundstock für den modernen Tourismus. Um den zahlreichen Besuchern, die das Monument besichtigen wollten, gerecht zu werden, baute man eine Zahnradbahn, die ab 1884, als Vorläufer der heutigen Seilbahn, die Besucher durch die Weinberge zum Denkmal beförderte. 1954 löste die Seilbahn die Zahnradbahn ab. In den 2-Personen-Gondeln schwebten bis zum Jahr 2004 30 Millionen Menschen aus aller Welt über die Reben zum Niederwalddenkmal. Im Jahr 2005 wurde die Bahn durch eine moderne Anlage ersetzt.

V. ANMERKUNGEN ZU BILANZ, JAHRESABSCHLUSS, LAGEBERICHT UND EINHALTUNG DES WIRTSCHAFTSPLANS:

entfällt.

VI. AUSBLICK:

Ab dem Winter 2020 soll die Talstation, in der die Bahn bisher nur über mehrere Stufen auf dem Vorplatz und zwei Stockwerke mit rund 40 Stufen im Inneren des Gebäudes erreicht werden kann, barrierefrei umgestaltet werden.

Stand der Firmendaten: 31.12.2018

Basis der Finanzdaten: Jahresabschluss 12/2018

I. RECHTLICHE VERHÄLTNISSE

Firmensitz:

Schützenbleiche 9-11
65929 Frankfurt am Main
Tel.: 069 3107-0
E-Mail: info@suewag.de
Webseite: www.suewag.com

Rechtsform: AG

Handelsregisternummer: HRB 52467

Gründungsdatum: 01.06.2001

Geschäftsjahresbeginn: Januar

Unternehmenszweck:

Der Gegenstand des Unternehmens ist:

- die Erzeugung und Verteilung von Elektrizität, Gas und Wärme sowie der Bau und der Betrieb der dazu notwendigen Anlagen;
- die Sammlung, Aufbereitung und Verteilung von Wasser, Abwasser und Entsorgungsgut;
- die Planung, Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Breitbandkommunikation.

Beteiligungsquoten: (direkt/indirekt/gesamt)

Stimmen - / 1,49% - / -

II. ORGANE

Die **Organe** sind wie folgt besetzt (Name des Mitglieds/entsendet von):

Vorstand

Mitglied

Herr Dr. Markus Coenen

Herr Dipl.-Kfm. Mike Schuler

Zentralbeirat

Mitglied

Herr Landrat Frank Kilian
Rheingau-Taunus-Kreis

III. BETEILIGUNGEN

Aktionäre

Freie Aktionäre	0,12%
Innogy Beteiligungsholding GmbH	77,58%
RTK Holding GmbH	1,49%
weitere kommunale Anteilseigner	20,81%

Das Unternehmen selbst hält keine Beteiligungen.

IV. AKTUELLE SITUATION DER BETEILIGUNG / AUSZUG AUS DEM LAGEBERICHT (STAND 31.12.2018):

Ertragslage

Die wesentlichen Umsatzerlöse der Süwag Energie AG betreffen die Erlöse aus der Verpachtung der Strom- und Gasnetze sowie von Erzeugungsanlagen, die Erlöse aus dem Straßenbeleuchtungsgeschäft und die Erlöse für die Erbringung von Leistungen für die Unternehmen der Süwag-Gruppe. Die Umsatzerlöse belaufen sich auf 267,8 (Vj. 264,9) Mio. €. Die sonstigen betrieblichen Erträge belaufen sich auf 42,1 (Vj. 19,0) Mio. €.

Hier wirken sich neben der Auflösung von Rückstellungen primär die Erträge aus dem Abgang von Strom- bzw. Gasnetzen in Baden-Württemberg im Zusammenhang mit den auf Basis vergangener Konzessionsentscheidungen erzielten Lösungen aus. Die Erhöhung des Materialaufwands von 54,2 auf 60,9 Mio. € ist insbesondere auf höhere Aufwendungen für Pachtnetze sowie erstmalige Aufwendungen für den Betrieb der Wasserkraftwerkzurückzuführen, die bisher von der Süwag Vertrieb AG & Co. KG auf Basis eines Pachtvertrages betrieben wurden.

Der höhere Personalaufwand (21,3; Vj. 18,1 Mio. €) ist vor allem auf höhere Aufwendungen infolge der Umstellung der biometrischen Rechnungsgrundlagen (Richttafeln der Heubeck AG) zurückzuführen.

Die Abschreibungen sind investitionsbedingt auf 49,9 (Vj. 47,4) Mio. € angestiegen. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen haben sich von 66,9 Mio. € auf 62,5 Mio. € verringert. Hier wirken sich im Wesentlichen geringere Aufwendungen aus Konzessionsabgaben infolge von Energieeffizienzmaßnahmen, Eigenverbrauch sowie Netzabgängen aus.

Insgesamt beläuft sich das Betriebsergebnis auf 115,3 (Vj. 96,7) Mio. €.

Das Ergebnis aus Finanzanlagen in Höhe von 0,5 (Vj. 63,6) Mio. € resultiert im Wesentlichen aus den Ergebnisentwicklungen der Beteiligungen an der Süwag Vertrieb AG & Co. KG, der Syna GmbH und der Süwag Grüne Energien und Wasser GmbH. Diese werden nachfolgend im Einzelnen dargestellt.

Zur Optimierung der Prozesse in der Süwag-Gruppe wurden die zwischen der Süwag Energie AG und ihren Tochtergesellschaften bestehenden Vereinbarungen zur Steuerumlage mit Wirkung zum 1. Januar 2018 aufgehoben, sodass in den Jahresabschlüssen der Tochtergesellschaften keine Ausweise von Ertragsteuern mehr erfolgen

Investitionen

Die Investitionen beliefen sich im Geschäftsjahr 2018 auf 120,5 (Vj. 139,5) Mio. €. Davon entfielen 107,9 (Vj. 124,1) Mio. € auf Sachanlagen und 3,9 (Vj. 4,4) Mio. € auf immaterielle Vermögensgegenstände sowie 8,7 (Vj. 11,0) Mio. € auf Finanzanlagen. Bei den Sachinvestitionen standen der Ausbau, die Erweiterung und die Erneuerung der Strom und Erdgasverteilungsanlagen sowie der Bau von regenerativen Erzeugungsanlagen im Vordergrund. Hierzu gehören beispielsweise die Umspannanlagen in Frankfurt-Sossenheim, Rüsselsheim und am Frankfurter Flughafen sowie die Generalüberholung und die ökologische Aufwertung des Wasserkraftwerkes in Nassau an der Lahn (Rheinland-Pfalz).

Darüber hinaus wurde der Neubau unseres Standortes in Bonefeld (Rheinland-Pfalz) fertiggestellt und die Revitalisierung des B-Gebäudes am Standort Frankfurt fortgesetzt.

Die Investitionen in Finanzanlagen betreffen im Wesentlichen Zugänge bei den Wertpapieren des Anlagevermögens (Spezialfondsanteile) in Höhe von 7,7 (Vj. 7,7) Mio. € sowie die Beteiligung an der Stromnetz Neckargemünd GmbH, Neckargemünd, in Höhe von 0,9 Mio. €.

Vermögens- und Finanzlage

Zum Bilanzstichtag betrug der Deckungsgrad des Anlagevermögens durch da Eigenkapital, einschließlich der dem Eigenkapital zuzurechnenden Mittel, 61,4 (Vj. 63,0) %. Das Verhältnis von Eigenkapital zum übrigen Kapital belief sich auf 1 zu 1,1 (Vj. 1,1).

Finanzinstrumente

Die Finanzinstrumente der Gesellschaft umfassen im Geschäftsjahr 2018 hauptsächlich Wertpapiere in Form von Anteilen an einem Spezialfonds, Forderungen und Verbindlichkeiten aus dem Liefer- und Leistungsverkehr sowie gegenüber verbundenen Unternehmen. Der Finanzbedarf für die Investitionstätigkeit im Berichtsjahr ohne Aufnahme von Fremdmitteln gedeckt werden.

V. ANMERKUNGEN ZU BILANZ, JAHRESABSCHLUSS, LAGEBERICHT UND EINHALTUNG DES WIRTSCHAFTSPLANS:

S.o...

VI. AUSBLICK:

Jedes unternehmerische Handeln birgt neben Chancen auch Risiken. Unser Ziel ist es, Chancen erfolgsorientiert zu nutzen und möglichst frühzeitig Informationen über Risiken und die daraus resultierenden Auswirkungen zu gewinnen, um mit geeigneten Maßnahmen gegensteuern zu können.

Bei der Süwag Energie AG sorgt ein gruppenweites Risikomanagementsystem dafür, dass Risiken frühzeitig erkannt, standardisiert erfasst, bewertet, gesteuert und überwacht werden. Das Risikomanagement ist dabei in

die Strategie-, Planungs- und Controllingprozesse der Süwag Energie AG integriert. Die Führungs- und Aufsichtsgremien der Süwag-Gruppe werden über die aktuelle Risikosituation halbjährlich und zu neuen Sachverhalten bei wesentlichen Risiken durch ein unverzügliches Einzelfall-Reporting im Rahmen einer standardisierten Berichterstattung informiert. Zusätzlich wird der Umgang mit Commodity-, Kredit- und Vertragsrisiken innerhalb der Süwag-Gruppe durch klar definierte Richtlinien geregelt. Diese sehen vor, dass alle als wesentlich anzusehenden Geschäfte mit Süwag-externen Vertragspartnern vor Vertragsabschluss durch das Risikocontrolling zu prüfen bzw. zu genehmigen sind. Nach Vertragsabschluss werden die eingegangenen Risiken durch das Risikocontrolling überwacht und quartalsweise an den Vorstand der Süwag Energie AG berichtet. Die Chancen und Risiken der Süwag Energie AG sind im Wesentlichen durch die Chancen und Risiken der Beteiligungsunternehmen bzw. Tochtergesellschaften geprägt.

Zur Aufrechterhaltung und Ausweitung unserer Position auch im Vertriebsgeschäft der Süwag-Gruppe passen wir unsere Unternehmensstrukturen und Prozesse regelmäßig an den Markt an. Damit sind die Voraussetzungen zur Wahrnehmung künftiger Chancen geschaffen worden. Chancen ergeben sich sowohl im Bereich der Geschäftskunden als auch im Bereich der Privat- und Gewerbekunden aus der Verzahnung von klassischen Energielieferungen mit Dienstleistungspaketen.

Die Chancen für die Syna GmbH liegen insbesondere in Effizienzvorteilen im regulatorischen Umfeld aufgrund der von der Bundesnetzagentur genehmigten Erlösobergrenzen. Die Syna GmbH wird sich auch weiterhin konsequent an den regulatorischen Anforderungen im Hinblick auf Effizienzsteigerung und Kostensenkung ausrichten.

VII. BESONDERHEITEN AUS SICHT DES RHEINGAU-TAUNUS-KREISES:

Keine.

VIII. AUSWIRKUNGEN AUF DIE HAUSHALTSWIRTSCHAFT DES RHEINGAU-TAUNUS-KREISES:

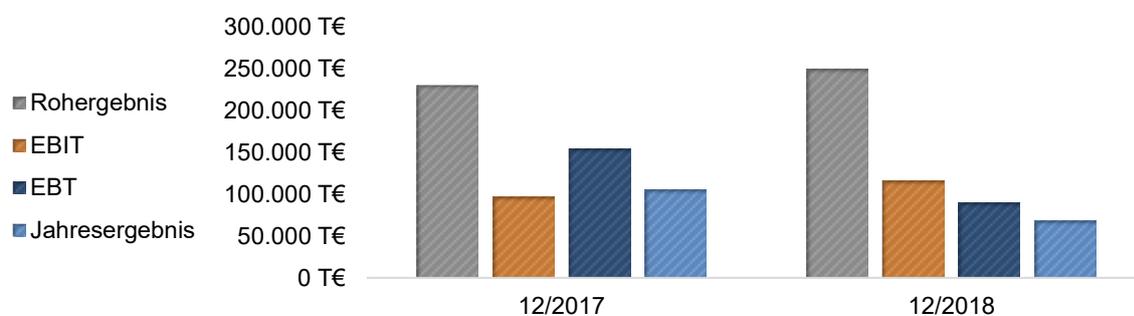
Unmittelbare Auswirkungen für den RTK sind weiterhin nicht zu erwarten. Dadurch, dass die Aktienanteile seitens der RTK Holding gehalten werden, würden sich ggf. eintretende Verringerungen oder der Wegfall der Dividendenausschüttung nur mittelbar über die Jahresergebnisse der RTK Holding auf die Haushaltswirtschaft des Kreises auswirken.

IX. ANMERKUNGEN/ERLÄUTERUNGEN ZU WESENTLICHEN KENNZAHLEN:

Keine.

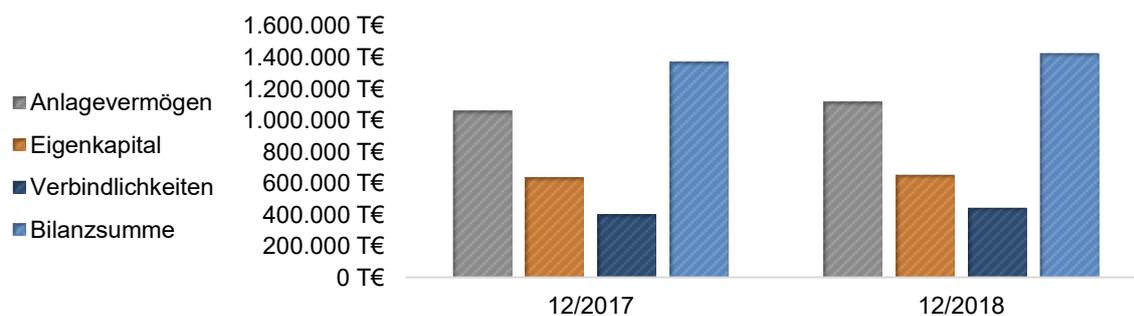
X. KENNZAHLEN

Gewinn und Verlust



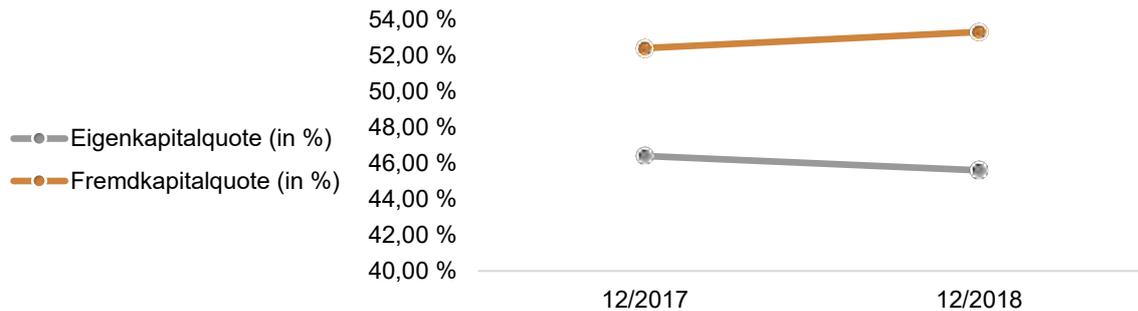
	12/2017 T€	12/2018 T€
Umsatzerlöse	264.934	267.820
Sonstige betriebliche Erträge	19.010	42.052
Materialaufwand	54.247	60.920
Rohergebnis	229.173	248.949
Personalaufwand	18.095	21.277
Abschreibungen	47.438	49.867
Sonstige betriebliche Aufwendungen	66.913	62.494
EBIT	96.727	115.311
Erträge aus Beteiligungen	-	-
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	-6.979	-26.309
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-	-
EBT	153.345	89.492
Steuern vom Einkommen und Ertrag	46.017	19.702
Sonstige Steuern	1.928	1.940
Jahresergebnis	105.400	67.850

Bilanz



	12/2017 T€	12/2018 T€
Anlagevermögen	1.059.218	1.114.105
Kasse, Bankguthaben, Schecks	-	-
Eigenkapital	634.505	649.555
Verbindlichkeiten	398.152	440.514
Bilanzsumme	1.368.848	1.422.964

Finanzkennzahlen



	12/2017 T€	12/2018 T€
Personalaufwandsquote (in %)	6,4	6,9
Finanzergebnis	56.618	-25.819
Fremdkapital	717.952	758.159
Eigenkapitalquote (in %)	46,4	45,6
Fremdkapitalquote (in %)	52,4	53,3

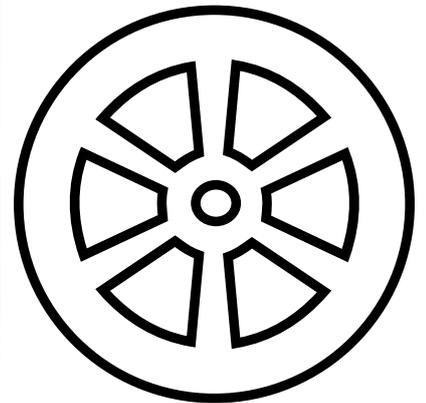
Die Sonderposten sind mit 1,1% nicht direkt dem Eigenkapital zuzuordnen.

Stand der Firmendaten: 31.12.2018

Basis der Finanzdaten: Jahresabschluss 12/2018



7. Zweckverbände / Eigenbetriebe



Zweckverband Naturpark Rhein-Taunus



I. RECHTLICHE VERHÄLTNISSE

Firmensitz:

Veitenmühlweg 5
65510 Idstein
Tel.: 061264379
Fax.: 06126955955
E-Mail: info@naturpark-rhein-taunus.de
Webseite: www.naturpark-rhein-taunus.de

Rechtsform: KdöR

Gründungsdatum: 19.03.1968

Geschäftsjahresbeginn: Januar

Unternehmenszweck:

Der Zweckverband hat die Aufgabe, im Zusammenwirken mit allen interessierten Stellen, insbesondere durch Maßnahmen auf dem Gebiet des Landschaftsschutzes den „Naturpark Rhein-Taunus“ mit dem Ziel zu fördern, in diesem als Erholungsgebiet besonders geeigneten Raum die heimische Pflanzen- und Tierwelt zu schützen, die Landschaft zu erhalten, zu gestalten sowie zu pflegen und dadurch den Menschen eine naturnahe Erholung zu ermöglichen.

Beteiligungsquoten: (direkt/indirekt/gesamt)

Stimmen	50,00% / 0% / 50,00%
---------	----------------------

II. ORGANE

Die **Organe** sind wie folgt besetzt (Name des Mitglieds/entsendet von):

Vorstand

Vorsitz

Herr Andreas Kowol
LH Wiesbaden

1. Stellvertretung Vorsitz

Herr Landrat Frank Kilian
Rheingau-Taunus-Kreis

Mitglied

Frau Dr. Heidrun Orth-Krollmann
Rheingau-Taunus-Kreis

Frau Helga Skolik
LH Wiesbaden

Geschäftsführung

Vorsitz

Herr Andreas Wennemann

Verbandsversammlung

Mitglied

Herr Karl-Heinz Augustin
Rheingau-Taunus-Kreis

Herr Hans-Josef Becker
Rheingau-Taunus-Kreis

Herr Volker Diefenbach
Rheingau-Taunus-Kreis

Herr Calus-Peter Große
LH Wiesbaden

Herr Matthias Hannes (ab 01.06.2018)
Rheingau-Taunus-Kreis

Frau Christel Hoffmann (bis 30.05.2018)
Rheingau-Taunus-Kreis

Herr Alexander Hofmann
LH Wiesbaden

Herr Dr. Klaus-Dieter Lork
LH Wiesbaden

Herr Karl Mayer
Rheingau-Taunus-Kreis

Frau Annette Reineke-Westphal
Rheingau-Taunus-Kreis

Herr Hans Rodius
Rheingau-Taunus-Kreis

Frau Nadine Ruf
LH Wiesbaden

Frau Nicole Röck-Knüttel
LH Wiesbaden

Herr Harald Schmelzeisen
Rheingau-Taunus-Kreis

Frau Regina Schmidt
Rheingau-Taunus-Kreis

Herr Lucas Schwalbach	LH Wiesbaden
Herr Jörg Sobek	LH Wiesbaden
Herr Dr. Gerhard Uebersohn	LH Wiesbaden
Frau Astrid Wallmann	LH Wiesbaden
Herr Paul Weimann	Rheingau-Taunus-Kreis
Frau Sarah Weinerth	LH Wiesbaden

Das Unternehmen selbst hält keine Beteiligungen.

IV. ANMERKUNGEN ZU BILANZ, JAHRRESABSCHLUSS, LAGEBERICHT UND EINHALTUNG DES WIRTSCHAFTSPLANS:

Aufgrund der geringen wirtschaftlichen Bedeutung für den RTK werden lediglich die wesentlichen Grunddaten, Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnungen dargestellt.

V. AUSWIRKUNGEN AUF DIE HAUSHALTSWIRTSCHAFT DES RHEINGAU-TAUNUS-KREISES:

Unmittelbare Auswirkungen für den RTK sind weiterhin nicht zu erwarten.

Gezahlte Umlagen und voraussichtliche Entwicklung:

2017: 67.500 €, 2018: 87.500 €, 2019: 107.500 €, Plan 2020: 110.000 €

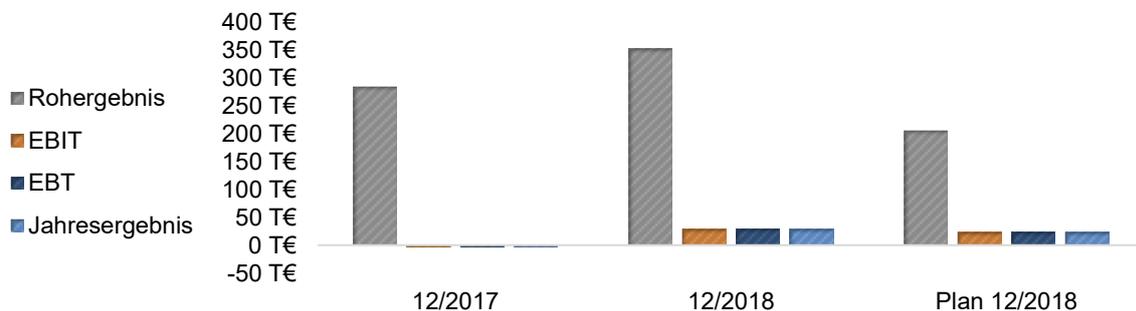
III. BETEILIGUNGEN

Mitglieder/Stimmen

LH Wiesbaden		10
Rheingau-Taunus-Kreis		10

VII. KENNZAHLEN

Gewinn und Verlust



	12/2017 T€	12/2018 T€	Plan 12/2018 T€
Umsatzerlöse	30	35	37
Sonstige betriebliche Erträge	1	1	0
Materialaufwand	261	190	131
Rohergebnis	283	352	204
Personalaufwand	134	147	149
Abschreibungen	23	31	31
Sonstige betriebliche Aufwendungen	129	145	0
EBIT	-3	29	23
Erträge aus Beteiligungen	-	-	-
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	-	-	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	-
EBT	-3	29	23
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-	-	-
Sonstige Steuern	-	-	-
Jahresergebnis	-3	29	23

Bilanz



	12/2017 T€	12/2018 T€	Plan 12/2018 T€
Anlagevermögen	127	128	-
Kasse, Bankguthaben, Schecks	17	65	-
Eigenkapital	69	98	-
Verbindlichkeiten	24	26	-
Bilanzsumme	166	195	-

Finanzkennzahlen



	12/2017 T€	12/2018 T€	Plan 12/2018 T€
Personalaufwandsquote (in %)	24,6	27,2	44,5
Finanzergebnis	0	0	0
Fremdkapital	73	69	-
Eigenkapitalquote (in %)	41,8	50,3	-
Fremdkapitalquote (in %)	44,1	35,3	-

Die Sonderposten sind mit 14,4% nicht direkt dem Eigenkapital zuzuordnen.

Stand der Firmendaten: 31.12.2018

Basis der Finanzdaten: Jahresabschluss 12/2018

7.2. Sparkassenzweckverband Nassau



I. RECHTLICHE VERHÄLTNISSE

Firmensitz:

Rheinstraße 42-46
65185 Wiesbaden
Tel.: 0611-364 029 01
Fax.: 0611-364 00 298
E-Mail: Sparkassenzweckverband-
Nassau@naspa.de

Rechtsform: KdöR

Gründungsdatum: 01.01.1989

Geschäftsjahresbeginn: Januar

Unternehmenszweck:

Die Städte Wiesbaden und Frankfurt am Main sowie der Hochtaunuskreis, der Landkreis Limburg-Weilburg, der Main-Taunus-Kreis und der Rheingau-Taunus-Kreis im Land Hessen und der Rhein-Lahn-Kreis und der Westerwaldkreis im Land Rheinland-Pfalz bilden einen Zweckverband im Sinne des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit vom 16.12.1969 und des Staatsvertrages zwischen dem Land Hessen und dem Land Rheinland-Pfalz über Zweckverbände, öffentlich-rechtliche Vereinbarungen, kommunale Arbeitsgemeinschaften sowie Wasser- und Bodenverbände vom 07.12.1973. Der Verband ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts.

Kapital:

Stimmrechte	0 €
-------------	-----

Beteiligungsquoten: (direkt/indirekt/gesamt)

Stimmen	12,50% / 0% / 12,50%
---------	----------------------

II. ORGANE

Die **Organe** sind wie folgt besetzt (Name des Mitglieds/entsendet von):

Geschäftsführung

Vorsitz

Herr Andreas Diehl

Verbandsversammlung

Vorsitz

Herr André Stolz
Rheingau-Taunus-Kreis

Mitglied

Herr Georg Mahr
Rheingau-Taunus-Kreis

Herr Alexander Müller
Rheingau-Taunus-Kreis

Verbandsvorstand

Mitglied

Frau Ingrid Reichbauer

III. BETEILIGUNGEN

Mitglieder/Stimmen

Hochtaunuskreis			3
LH Wiesbaden			3
Landkreis Limburg Weilburg			3
Main-Taunus- Kreis			3
Rhein-Lahn-Kreis			3
Rheingau- Taunus-Kreis			3
Stadt Frankfurt am Main			3
Westerwaldkreis			3

Das Unternehmen selbst hält keine Beteiligungen.

IV. ANMERKUNGEN ZU BILANZ, JAHRESABSCHLUSS, LAGEBERICHT UND EINHALTUNG DES WIRTSCHAFTS-PLANS:

Der Verband hat keine Einnahmen und Ausgaben, so dass sich keine weiteren Anmerkungen ergeben.

7.3. Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Hessen Süd



I. RECHTLICHE VERHÄLTNISSE

Firmensitz:

Am Brunnengewännchen 5
68623 Lampertheim-Hüttenfeld
Tel.: 06256 - 851164
E-Mail: tva@zakb.de

Rechtsform: KdöR

Gründungsdatum: 01.07.1994

Geschäftsjahresbeginn: Januar

Unternehmenszweck:

Der Verband wurde am 01.07.1994 gegründet. Sitz des Verbandes ist Lampertheim im Kreis Bergstraße. Das Einzugsgebiet erstreckt sich über drei Bundesländer, auf der Grundlage eigens hierfür erlassener Gesetze und abgeschlossener Staatsverträge. Nach der Satzung übernimmt der Verband für die beteiligten Landkreise und kreisfreien Städte Aufgaben der Tierkörperbeseitigung nach den jeweils geltenden Gesetzen und bedient sich hierfür eines privaten Unternehmens. Ab dem 01.01.2019 wurde die Beseitigungspflicht gem. Tierkörperbeseitigungsgesetz auf die Fa. SecAnim Südwest GmbH vom Regierungspräsidium Darmstadt übertragen (weilhalb der Zweckverband Tierkörperbeseitigung Hessen Süd ein ruhender Verband ist). Die Übertragung wurde zunächst auf 10 Jahre befristet.

Kapital:

Stimmrechte	100	€
-------------	-----	---

Beteiligungsquoten: (direkt/indirekt/gesamt)

Stimmen	5,26% / 0% / 5,26%
---------	--------------------

II. ORGANE

Die **Organe** sind wie folgt besetzt (Name des Mitglieds/entsendet von):

Verbandsversammlung

Mitglied

Frau Dr. Heidrun Orth-Krollmann Rheingau-Taunus-Kreis
--

III. BETEILIGUNGEN

Mitglieder/Stimmen

18 weitere Verbands- mitglieder		18
Rheingau- Taunus-Kreis		1

Das Unternehmen selbst hält keine Beteiligungen.

IV. AKTUELLE SITUATION DER BETEILIGUNG /AUSZUG AUS DEM LAGEBERICHT (STAND 31.12.2018):

Ab 01.01.2019 ist die Beseitigungspflicht gemäß § 4 Abs. 2 Tierkörperbeseitigungsgesetz vom Regierungspräsidium Darmstadt auf Antrag des Zweckverbandes auf eine private Firma übertragen worden. Die Übertragung ist zunächst auf die Dauer von 10 Jahren befristet. Gleichzeitig ist der Zweckverband von seiner Verpflichtung entbunden. Der Zweckverband wird als ruhender Verband aufrechterhalten. Hiermit ist gewährleistet, dass bei einer Beendigung der Übertragung die Aufgaben nicht auf die einzelnen Landkreise und kreisfreien Städte zurückfallen. Nach der Satzung übernimmt der Verband für die beteiligten Landkreise und kreisfreien Städte die Aufgaben der Tierkörperbeseitigung nach den jeweils geltenden Gesetzen und bedient sich hierfür eines privaten Unternehmens.

Aufgrund der Befristung wurde in 2018 eine Ausschreibung durch das Regierungspräsidium Darmstadt durchgeführt. Seit dem 01.01.2019 hat die SecAnim Südwest GmbH zunächst die Beseitigungspflicht bis zum 31.12.2028, somit für zehn weitere Jahre, übertragen bekommen.

Im Hinblick auf erneute Übertragungen der Beseitigungspflicht auf ein Drittunternehmen und die damit verbundene voraussichtliche Entwicklung wurde eine Anpassung der Satzung erarbeitet, um zukünftig einen möglichst geringen finanziellen Aufwand zu gewährleisten. Bestandteile der Satzungsänderung sind unter anderem die Erweiterung der Haushaltssatzung und somit auch des Haushaltsplans auf zwei Jahre sowie die Reduzierung der Vertreter in der Verbandsversammlung und im Vorstand. [...] Der Zweckverband

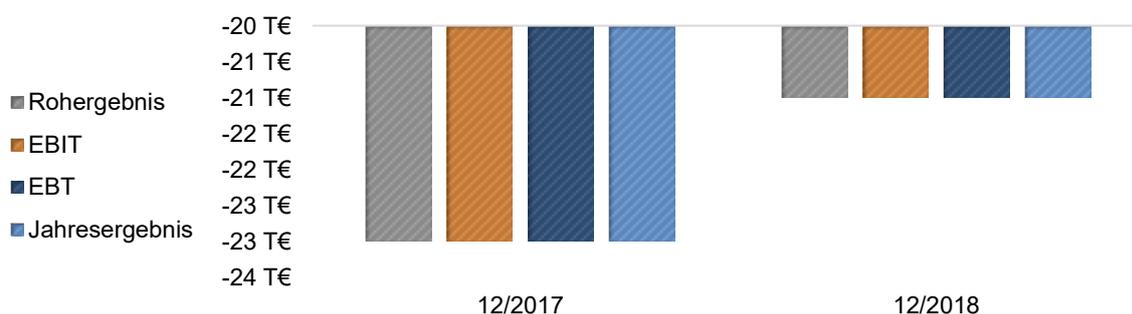
Tierkörperbeseitigung Hessen-Süd führt derzeit keine Investitionen durch. [...] Der Zweckverband erhebt ab 2019 eine Verbandsumlage (RTK:1.014,14 € p.a.).

V. ANMERKUNGEN ZU BILANZ, JAHRESABSCHLUSS, LAGEBERICHT UND EINHALTUNG DES WIRTSCHAFTSPLANS:

Aufgrund der geringen wirtschaftlichen Bedeutung für den RTK werden lediglich die wesentlichen Grunddaten, Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnungen dargestellt.

VI. KENNZAHLEN

Gewinn und Verlust



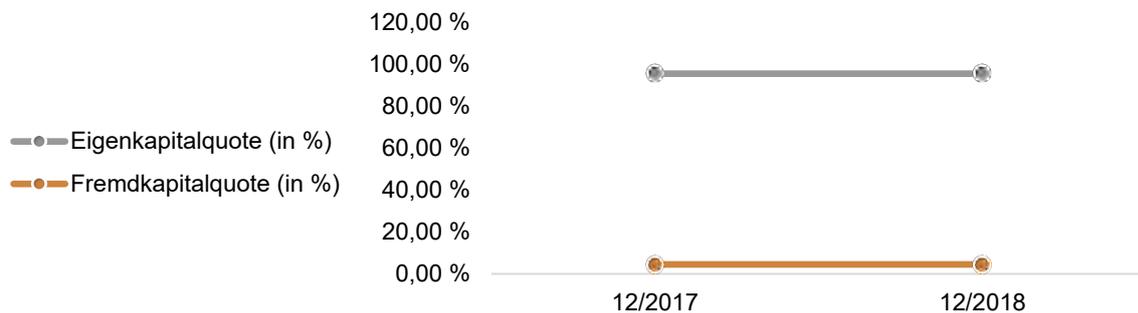
	12/2017 T€	12/2018 T€
Umsatzerlöse	-	-
Sonstige betriebliche Erträge	-	-
Materialaufwand	23	21
Rohergebnis	-23	-21
Personalaufwand	-	-
Abschreibungen	-	-
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-	-
EBIT	-23	-21
Erträge aus Beteiligungen	-	-
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	-	-
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-	-
EBT	-23	-21
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-	-
Sonstige Steuern	-	-
Jahresergebnis	-23	-21

Bilanz



	12/2017 T€	12/2018 T€
Anlagevermögen	-	-
Kasse, Bankguthaben, Schecks	35	13
Eigenkapital	33	13
Verbindlichkeiten	2	1
Bilanzsumme	35	13

Finanzkennzahlen



	12/2017 T€	12/2018 T€
Personalaufwandsquote (in %)	-	-
Finanzergebnis	-	-
Fremdkapital	2	1
Eigenkapitalquote (in %)	95,5	95,5
Fremdkapitalquote (in %)	4,5	4,5

Stand der Firmendaten: 31.12.2018

Basis der Finanzdaten: Jahresabschluss 12/2018

7.4. Zweckverband Welterbe Oberes Mittelrheintal



I. RECHTLICHE VERHÄLTNISSE

Firmensitz:

Wellmicher Straße 25
56346 St. Goarshausen
Tel.: 06771-59 94 45
Fax.: 06771-59 96 07
E-Mail: info@welterbe-oberes-
mittelrheintal.de
Webseite: www.welterbe-oberes-
mittelrheintal.de

Rechtsform: KdöR

Gründungsdatum: 11.05.2005

Geschäftsjahresbeginn: Januar

Unternehmenszweck:

Das Welterbe Oberes Mittelrheintal, die Kulturlandschaft zwischen Bingen/Rüdesheim und Koblenz, ist der südliche, rund 65 Kilometer lange Abschnitt des Mittelrheingebiets im Bereich Stromkilometer 527 bis 592. Das obere Mittelrheintal ist einerseits eine bemerkenswert geschlossene naturräumliche Einheit, andererseits ein besonders malerischer Stromabschnitt mit hochrangigen Baudenkmalern, aufs Engste mit der Europäischen Romantik (Rheinromantik) verbunden. Dies alles gibt der Region ein einzigartiges, unverwechselbares Profil. Diese Einzigartigkeit der Kulturlandschaft zu bewahren und zu gestalten sowie die Schaffung einer einheitlichen Identität ist Ziel des Zweckverbandes. Der für das Tal so bedeutende Wirtschaftsfaktor „Tourismus“ ist zu stärken und auszubauen und die Einzelprojekte sind zu vernetzen. Weiterhin hat der Zweckverband das Ziel, in den Grenzen des Verbandsgebiets die örtliche und regionale Zusammenarbeit im Bereich jener Themenfelder, die in den eigenen Zuständigkeitsbereich seiner Mitglieder fallen, zu fördern, zu unterstützen, zu koordinieren und für die Umsetzung Sorge zu tragen sowie gegebenenfalls gemeinsame Projekte durchzuführen oder deren Trägerschaft zu übernehmen.

Kapital:

Stimmrechte	0 €
-------------	-----

Beteiligungsquoten: (direkt/indirekt/gesamt)

Stimmen	1,91% / 0,00% / 1,91%
---------	-----------------------

II. ORGANE

Die **Organe** sind wie folgt besetzt (Name des Mitglieds/entsendet von):

Verbandsversammlung

Mitglied

Herr Karl Ottens
Rheingau-Taunus-Kreis

Verbandsvorstand

Vorsitz

Herr Frank Puchtler

III. BETEILIGUNGEN

Mitglieder/Stimmen

Rheingau-Taunus-Kreis		4
Weitere kommunale Zweckverbandsmitglieder		205

Das Unternehmen selbst hält keine Beteiligungen.

IV. ANMERKUNGEN ZU BILANZ, JAHRESABSCHLUSS, LAGEBERICHT UND EINHALTUNG DES WIRTSCHAFTSPLANS:

Aufgrund des bei Redaktionsschluss noch nicht vorgelegten Jahresabschlusses 2018 entfallen weitere Anmerkungen. Gezahlte Umlagen und voraussichtliche Entwicklung:

2017: 4875,00 €. 2018: 4857,50 €, 2019: 4.837,00 €, Plan 2020: 5000 €.

7.5. Zweckverband Rheingau



I. RECHTLICHE VERHÄLTNISSE

Firmensitz:

Rheinweg 30
65375 Oestrich-Winkel
Tel.: 06723 - 60 27 231
Fax.: 06723 - 99 22 21
E-Mail: zweckverband@eltille.de
Webseite: www.zweckverband-rheingau.de

Rechtsform: KdöR

Gründungsdatum: 27.02.2007

Geschäftsjahresbeginn: Januar

Unternehmenszweck:

Gegenstand des Unternehmens ist die Entwicklung des Regionalparks im Rheingau, die Vorbereitung und Durchführung des Stadumbaues und die Förderung der Regionalentwicklung.

Kapital:

Stimmrechte	0 €
-------------	-----

Beteiligungsquoten: (direkt/indirekt/gesamt)

Stimmen	12,50% / 0% / 12,50%
---------	----------------------

II. ORGANE

Die **Organe** sind wie folgt besetzt (Name des Mitglieds/entsendet von):

Verbandsversammlung

Mitglied

Frau Ingrid Reichbauer
Rheingau-Taunus-Kreis

Herr Paul Weimann
Rheingau-Taunus-Kreis

Verbandsvorstand

Vorsitz

Herr Christian Aßmann

Mitglied

Herr Landrat Frank Kilian
Rheingau-Taunus-Kreis

III. BETEILIGUNGEN

Mitglieder

Rheingau-Taunus-Kreis	0 €	0,0%	2
7 Rheingau-kommunen	0 €	0,0 €	14

Das Unternehmen selbst hält keine Beteiligungen.

IV. ANMERKUNGEN ZU BILANZ, JAHRESABSCHLUSS, LAGEBERICHT UND EINHALTUNG DES WIRTSCHAFTSPLANS:

Aufgrund der geringen wirtschaftlichen Bedeutung für den RTK werden lediglich die wesentlichen Grunddaten, Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnungen dargestellt.

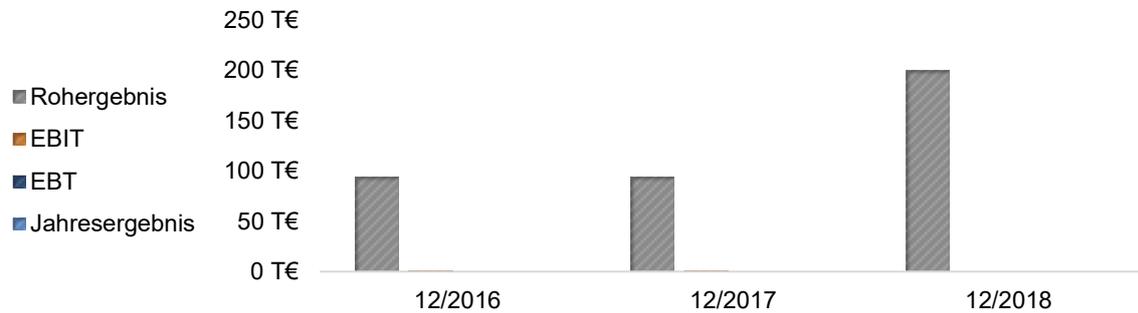
V. AUSWIRKUNGEN AUF DIE HAUSHALTSWIRTSCHAFT DES RHEINGAU-TAUNUS-KREISES:

Unmittelbare Auswirkungen für den RTK sind weiterhin nicht zu erwarten. Gezahlte Umlagen und voraussichtliche Entwicklung:

2017: 50.062,90 €. 2018: 50.062,90 €, 2019: 50.062,90 €, Plan 2020: 51.000,00 €.

VI. KENNZAHLEN

Gewinn und Verlust



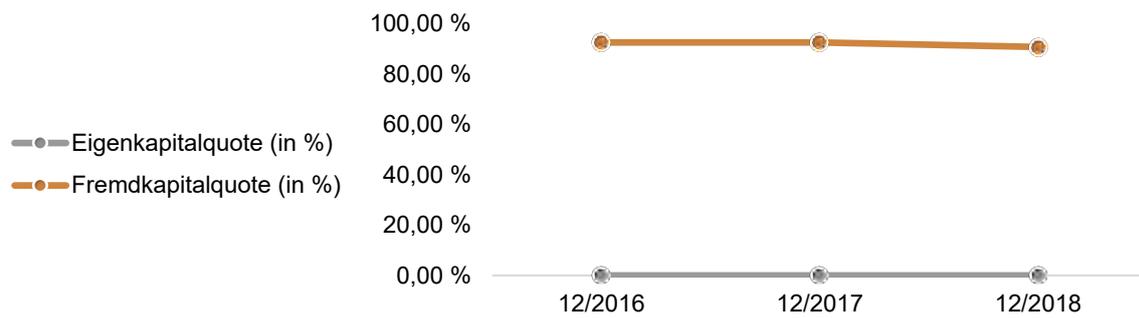
	12/2016 T€	12/2017 T€	12/2018 T€
Umsatzerlöse	423	423	405
Sonstige betriebliche Erträge	-	-	-
Materialaufwand	1.123	1.123	1.128
Rohergebnis	94	94	200
Personalaufwand	77	77	183
Abschreibungen	16	16	15
Sonstige betriebliche Aufwendungen	0	0	2
EBIT	1	1	0
Erträge aus Beteiligungen	-	-	-
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1	1	-
EBT	0	0	0
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-	-	-
Sonstige Steuern	-	-	-
Jahresergebnis	0	0	0

Bilanz



	12/2016 T€	12/2017 T€	12/2018 T€
Anlagevermögen	129	129	117
Kasse, Bankguthaben, Schecks	198	198	454
Eigenkapital	0	0	0
Verbindlichkeiten	119	119	275
Bilanzsumme	954	954	951

Finanzkennzahlen



	12/2016 T€	12/2017 T€	12/2018 T€
Personalaufwandsquote (in %)	6,4	6,4	13,8
Finanzergebnis	-1	-1	0
Fremdkapital	884	884	863
Eigenkapitalquote (in %)	0,0	0,0	0,0
Fremdkapitalquote (in %)	92,6	92,6	90,8

Die Sonderposten sind mit 7,4 % nicht direkt dem Eigenkapital zuzuordnen.

Stand der Firmendaten: 31.12.2018

Basis der Finanzdaten: Jahresabschluss 12/2018

7.6. Kommunales Gebietsrechenzentrum

I. RECHTLICHE VERHÄLTNISSE

Firmensitz:

Konrad-Adenauer-Ring 60
65197 Wiesbaden
Tel.: 0611-174 59 46
E-Mail: kgrz-wiesbaden@t-online.de

Rechtsform: KdöR

Gründungsdatum: 01.02.1970

Geschäftsjahresbeginn: Januar

Unternehmenszweck:

Am 01.02.1970 wurde das KGRZ aufgrund des Gesetzes über die Errichtung der Hessischen Zentrale für Datenverarbeitung (HZD) und Kommunalen Gebietsrechenzentren (KGRZ) vom 16.12.1969 gegründet. Der RTK ist mit einem Anteil von 5,217 % Mitglied des Zweckverbandes KGRZ. Das KGRZ befindet sich weiterhin in der Auflösung, es gilt als Zweckverband nach wie vor als fortbestehend im Sinne von § 22 KGG, da der Zweck der Abwicklung dieses erfordert und dort weiterhin Beamte beschäftigt sind, deren Dienstherr unverändert das KGRZ ist. Ein Geschäftsbetrieb des Rechenzentrums findet nicht mehr statt. Es werden lediglich noch die aktuellen Zahlungsverpflichtungen für die Restabwicklung der Gehälter, Beamten- und Versorgungsbezüge aus dem Sozialplan abgewickelt. Mit Schreiben vom 16.06.2010 hat das Regierungspräsidium Gießen dem KGRZ in Anbetracht der nicht mehr vorhandenen Geschäftstätigkeit bis auf Widerruf Befreiung von der Pflicht zur Aufstellung und Prüfung eines Wirtschaftsplanes erteilt.

Im November 2016 hat die Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden beschlossen, mit dem KGRZ Gespräche zu Übernahme zu führen. Derzeit befindet sich der Übernahmevertrag in Abstimmung mit den Mitgliedern. Ziel ist eine Übernahme der Diensttherreneigenschaft zum nächst-

möglichen Zeitpunkt durch die Landeshauptstadt Wiesbaden gegen Erstattung der Kosten der bestehenden Beamtenverhältnisse.

Kapital:

Stimmrechte	0 €
-------------	-----

Beteiligungsquoten: (direkt/indirekt/gesamt)

Stimmen	5,22% / 0% / 5,22%
---------	--------------------

II. ORGANE

Die **Organe** sind wie folgt besetzt (Name des Mitglieds/entsendet von):

Verbandsversammlung

Mitglied

Herr Dr. Herbert Koch
Rheingau-Taunus-Kreis

III. BETEILIGUNGEN

Mitglieder

Rheingau-Taunus-Kreis	0 €	0,0%	5
-----------------------	-----	------	---

Das Unternehmen selbst hält keine Beteiligungen.

IV. AKTUELLE SITUATION DER BETEILIGUNG / AUSZUG AUS DEM LAGEBERICHT (STAND 31.12.2018):

Aufgrund des ruhenden Geschäftsbetriebes werden lediglich die wesentlichen Grunddaten, Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnungen dargestellt.

V. ANMERKUNGEN ZU BILANZ, JAHRESABSCHLUSS, LAGEBERICHT UND EINHALTUNG DES WIRTSCHAFTSPLANS:

S.o.

VI. AUSBLICK:

S.o.

Wiesbaden zuzüglich von Kostenpauschalen erfolgen, was zu erwartenden jährlichen Aufwendungen i.H. von rd. 20 T€ für den RTK führt.

VII. BESONDERHEITEN AUS SICHT DES RHEINGAU-TAUNUS-KREISES:

S.o.

Gezahlte Altlastenumlage:

2019: 26.085,00 €, 2020: 26.085,00 €.

VIII. AUSWIRKUNGEN AUF DIE HAUSHALTSWIRTSCHAFT DES RHEINGAU-TAUNUS-KREISES:

In der Kreistagssitzung am 27.08.2019 wurde die Übernahme der Diensttherreneigenschaft des KGRZ Wiesbaden i.L. (KGRZ) ab 01.01.2020 auf die Landeshauptstadt Wiesbaden beschlossen, damit stünde einer Auflösung des KGRZ nichts mehr im Weg.

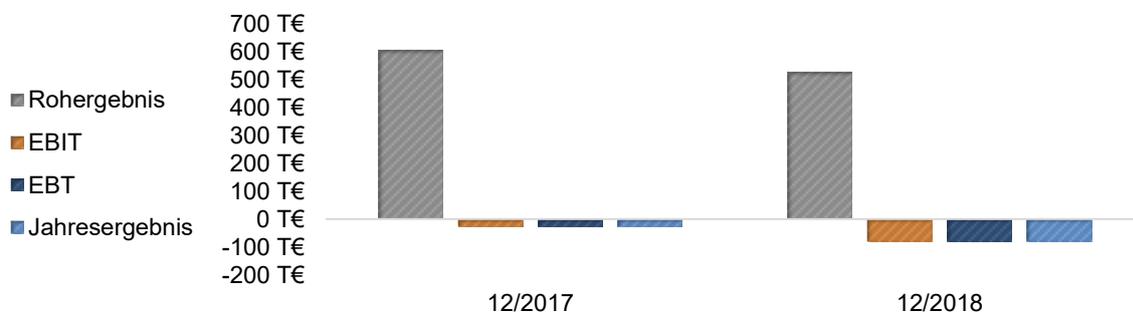
IX. ANMERKUNGEN/ERLÄUTERUNGEN ZU WESENTLICHEN KENNZAHLEN:

S.o.

Künftig wird eine Erstattung der Aufwendungen des verbliebenen Personals (z.B. Besoldung, Versorgung, Beihilfen etc.) zum Mitgliedsanteil des RTK von 5,217% an die LH

X. KENNZAHLEN

Gewinn und Verlust



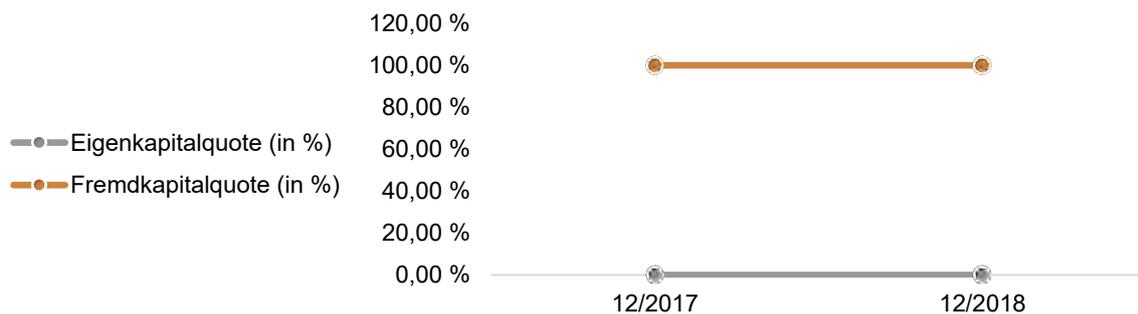
	12/2017 T€	12/2018 T€
Umsatzerlöse	23	0
Sonstige betriebliche Erträge	583	526
Materialaufwand	-	-
Rohergebnis	605	526
Personalaufwand	637	610
Abschreibungen	-	-
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-6	-4
EBIT	-26	-80
Erträge aus Beteiligungen	-	-
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanz-AV	-	-

Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0
EBT	-26	-80
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-	-
Sonstige Steuern	0	0
Jahresergebnis	-26	-80

Bilanz

	12/2017 T€	12/2018 T€
Anlagevermögen	-	-
Immaterielle Vermögensgegenstände	-	-
Sachanlagen	-	-
Finanzanlagen	-	-
Umlaufvermögen	787	216
Vorräte	-	-
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	0	0
Kasse, Bankguthaben, Schecks	787	216
Rechnungsabgrenzungsposten	53	54
Bilanzsumme	2.953	2.463
Eigenkapital	0	0
Sonderposten	-	-
Rückstellungen	2.894	2.393
Verbindlichkeiten	59	70
Rechnungsabgrenzungsposten	-	-
Bilanzsumme	2.953	2.463

Finanzkennzahlen



	12/2017 T€	12/2018 T€
Personalaufwandsquote (in %)	105,2	115,9
Finanzergebnis	0	0
Fremdkapital	2.953	2.463
Eigenkapitalquote (in %)	0,0	0,0
Fremdkapitalquote (in %)	100,0	100,0

Stand der Firmendaten: 31.12.2018

Basis der Finanzdaten: Jahresabschluss 12/2018

7.7. Eigenbetrieb Abfallwirtschaft EAW



I. RECHTLICHE VERHÄLTNISSE

Firmensitz:

Passavant Geiger Str. 1
65326 Aarbergen
Tel.: 06124510 493
Fax.: 06124510 300
Webseite: www.eaw-rheingau-taunus.de

Eigenbetrieb

Gründungsdatum: 01.01.1994

Geschäftsjahresbeginn: Januar

Unternehmenszweck:

Die Abfallwirtschaft des Rheingau-Taunus-Kreises wird nach den Vorschriften des Eigenbetriebsgesetzes, den Bestimmungen der Betriebssatzung und dem Abfallwirtschaftskonzept des Rheingau-Taunus-Kreises als Eigenbetrieb geführt.

II. ORGANE

Die **Organe** sind wie folgt besetzt (Name des Mitglieds/entsendet von):

Geschäftsführung

Vorsitz

Herr Bernhard Hoffmann

Herr Axel Petri

Kommission

Vorsitz

Herr Landrat Frank Kilian
Rheingau-Taunus-Kreis

Mitglied

Herr Ralf Eckel (AN)
Rheingau-Taunus-Kreis

Herr Christian Herfurth
Rheingau-Taunus-Kreis

Herr Christian Keßner
Rheingau-Taunus-Kreis

Frau Christel Kopp (AN)
Rheingau-Taunus-Kreis

Herr Walter Lieber
Rheingau-Taunus-Kreis

Herr Karl Ottes
Rheingau-Taunus-Kreis

Herr Hans Rodius
Rheingau-Taunus-Kreis

Frau Inga Rossow
Rheingau-Taunus-Kreis

Herr Udo Scheliga
Rheingau-Taunus-Kreis

Herr Harald Schmelzeisen
Rheingau-Taunus-Kreis

Herr Paul Weimann
Rheingau-Taunus-Kreis

Herr Marius Weiß
Rheingau-Taunus-Kreis

III. BETEILIGUNGEN

Das Unternehmen selbst hält keine Beteiligungen.

IV. AKTUELLE SITUATION DER BETEILIGUNG / AUSZUG AUS DEM LAGEBERICHT (STAND 31.12.2018):

1. Grundlagen des Unternehmens

Der Eigenbetrieb Abfallwirtschaft hat nach den Vorschriften des § 26 Hessisches Eigenbetriebsgesetz gleichzeitig mit dem Jahresabschluss einen Lagebericht zu erstellen. Die Vorschriften des § 289 Handelsgesetzbuch gelten sinngemäß. Der Eigenbetrieb wurde zum 01. Januar 1994 als Sondervermögen gem. § 115 Abs. 3 der Hessischen Gemeindeordnung in Verbindung mit § 52 der Hessischen Landkreisordnung für die Abfallwirtschaft des Rheingau-Taunus-Kreises errichtet. Die Errichtung wurde mit Bericht vom 14. Dezember 1993 dem Regierungspräsidium in Darmstadt angezeigt.

Der EAW nimmt die Aufgaben der hoheitlichen Abfallentsorgung im Rheingau-Taunus-Kreis wahr. Die Sammlung und Beförderung der Rest-, Bioabfälle und des Sperrmülls werden im Kreisteil Rheingau durch den Abfallverband Rheingau wahrgenommen.

Im übrigen Kreisgebiet erfolgt die Sammlung der Rest-, Bio-, Papier- und Sperrabfälle durch vom EAW beauftragte Abfuhrunternehmer.

Der EAW trägt für acht Deponien, auf denen Erde, Bauschutt und teilweise pflanzliche Abfälle abgelagert wurden, die Rekultivierungs- und Nachsorgeverpflichtung. Die Anlagen sind geschlossen und müssen teilweise noch rekultiviert werden.

In Taunusstein-Orlen betreibt der EAW einen Wertstoffhof mit Grünschnitt-Kompostierungsanlage. An diesem Standort ist auch ein außerschulischer Lernort eingerichtet. An weiteren zehn Standorten im Kreisgebiet sind Wertstoffhöfe eingerichtet. Daneben sind in den Gemeinden rund 130 Sammelstellen für Grünschnitt eingerichtet.

Der nach den §§ 15 ff. Hessisches Eigenbetriebsgesetz vorgeschriebene Wirtschaftsplan 2018 wurde vom Kreistag des Rheingau-Taunus-Kreises in seiner Sitzung vom 06. Dezember 2017 festgestellt. Die nach § 21 Hessisches Eigenbetriebsgesetz vorgeschriebenen Zwischenberichte wurden der Betriebskommission vorgelegt.

2. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Im Jahr 2018 ist die gesamtwirtschaftliche Leistung der deutschen Volkswirtschaft preisbereinigt um 1,5% gewachsen. Die deutsche Wirtschaft ist damit das neunte Jahr in Folge gewachsen, das Wachstum hat aber an Schwung verloren. In den beiden vorangegangenen Jahren war das preisbereinigte BIP jeweils um 2,2 % gestiegen. Eine längerfristige Betrachtung zeigt, dass das deutsche Wirtschaftswachstum im Jahr 2018 über dem Durchschnittswert der letzten zehn Jahre von +1,2 % liegt.

Positive Wachstumsimpulse kamen 2018 vor allem aus dem Inland: Sowohl die privaten Konsumausgaben (+1,0 %) als auch die

staatlichen Konsumausgaben (+1,1 %) waren höher als im Vorjahr. Die Zuwächse fielen jedoch deutlich niedriger aus als in den letzten drei Jahren.

Die preisbereinigten Bruttoinvestitionen legten insgesamt im Vorjahresvergleich um 4,8 % zu. In Ausrüstungen wurde 4,5 % mehr investiert als im Vorjahr. Die Bauinvestitionen stiegen um 3,0 %; vor allem in den öffentlichen Tiefbau wurde deutlich mehr investiert als ein Jahr zuvor. Die sonstigen Anlagen, zu denen unter anderem die Ausgaben für Forschung und Entwicklung gehören, lagen um 0,4 % über dem Vorjahresniveau. Darüber hinaus haben sich im Jahr 2018 die Vorratsbestände in der Wirtschaft erhöht, was ebenfalls zum Wachstum beigetragen hat.

Die Entwicklung der Recycling-, Sekundärrohstoff- und Entsorgungsbranche hat von der positiven gesamtwirtschaftlichen Entwicklung im Jahr 2018 profitieren können. Die Gesamtsituation der Branche stellt sich auch in 2018 insgesamt positiv dar.

3. Geschäftsverlauf des Eigenbetriebes

Ergebnis

Das Ergebnis der Geschäftstätigkeit im laufenden Jahr 2018 beläuft sich auf einen Jahresverlust in Höhe von 27.652,82 €. Der veranschlagte Jahresgewinn nach Rückstellungsentnahme (1.535.082,70 €) von 2.082,70 € wurde unwesentlich verfehlt. Die geplante Auflösung der Rückstellung für den Gebührenausschlag wurde nicht in der veranschlagten Höhe benötigt. Ausschlaggebend für den im Ergebnis geringeren strukturellen Verlust sind insbesondere die positive Entwicklung der Einnahmen der Wertstoffhöfe und die zwar reduzierten aber immer noch erfreulichen Vergütungen im Bereich Altpapier. Ebenfalls wurden höhere Einnahmen bei den Hausmüllgebühren im Untertaunus durch den Anstieg der gebührenpflichtigen Behälter erzielt.

Im Rahmen des Geschäftsverlaufs konnten keine bedeutsamen finanziellen Vorkommnisse verzeichnet werden. Die Prognosen aus dem Wirtschaftsplan konnten weitestgehend eingehalten werden. Der Materialaufwand ist insgesamt betrachtet im gleichen Rahmen wie 2017 geblieben.

Der Wirtschaftsplan 2018 weist im Erfolgsplan Erträge von T€ 11.914 und Aufwendungen von T€ 11.912 sowie einen Jahresgewinn von T€ 2 aus. Im Vermögensplan sind Einnahmen und Ausgaben von T€ 2.138 geplant.

Die Gewinn- und Verlustrechnung weist dagegen Erträge von T€ 11.588 und Aufwendungen von T€ 11.616 sowie einen Jahresgewinn von T€ 28 aus.

Dies resultiert bei den Erträgen im Wesentlichen aus gestiegenen Umsatzerlösen (+T€ 846), infolge höherer Erlöse aus Hausmüllgebühren, den Ergebnissen der Papierverwertung, und der Bauschuttgebühren. Es gibt niedrigere sonstige betriebliche Erträge (-T€ 1.084) aufgrund der Gebührenausrückstellung (Plan: TEU€ 1.535; Ist: T€ 373) und den niedrigeren Beteiligungserträgen (-T€ 62).

Bei den Aufwendungen ergaben sich Planabweichungen vor allem durch geringeren Materialaufwand (-T€ 196), höheren Personalaufwand (+T€ 152), niedrigere betriebliche Aufwendungen (-T€ 250), geringere Zinsaufwendungen (-T€ 27) und höhere Ertragssteuern (+TEUR 24).

Geplant waren Investitionen in Höhe von T€ 2.060 tatsächlich wurden aber nur für T€ 1.452 Investitionen getätigt. Die Planunterschreitungen resultieren aus den tatsächlich angefallenen Aufwendungen für Investitionen in die Wertstoffhöfe.

Wirtschaftliche und technische Entwicklung

Abfallberatung

Es wurden ca. 890 allgemeine telefonische Beratungen mit den Schwerpunkten Sperrmüll, Sonderabfallentsorgung, Abfallvermeidung und allgemeine Entsorgungsinformationen erledigt. Es fanden Termine des Kindergartenprojekts „Die kleinen Abfalldetektive“ mit ca. 850 Kindern statt. An neun Terminen wurde der „Ausserschulische Lernort“ auf dem Wertstoffhof in Orlen präsentiert und der Umgang mit Abfall und Wertstoffen nähergebracht.

Auf der Landesgartenschau in Bad Schwalbach standen dauerhaft die Kompostkommoden der Abfallberatung zur Aufklärung über die Kompostierung.

Der EAW hatte mit Aktionen zum Thema Abfall am „grünen Klassenzimmer“ und der Kompostkommode an der Landesgartenschau in Bad Schwalbach erfolgreich teilgenommen.

Bei der Gewerbeschau TIGA in Taunusstein war der EAW mit dem Thema „Sonderabfälle – richtig sammeln und entsorgen“ vertreten.

Die jährliche Sachbearbeiter-Besprechung mit Vertretern der Untertaunus-Kommunen wurde Anfang Dezember durchgeführt und die Themen Abfallkalender, Sperrmüllabfuhr, Duale Systeme, Grünschnittboxen etc. abgeprochen.

Wertstoffhöfe allgemein

Die neuen Radlader auf den Wertstoffhöfen in Taunusstein-Orlen und Idstein wurden ausgeliefert und in Betrieb genommen, die abgängigen Radlader auf einer Verwertungsplattform verkauft. Ein elektronisches Kassensystem mit sog. Touch-Tasten wurde auf allen stromversorgten Wertstoffhöfen installiert um eine optimierte Abwicklung mit Datenübertrag zu erreichen. Auf dem Wertstoffhof in Eltville wurde eine Altreifenbox aufgestellt und die Verschenkbox auf einen geeigneteren Platz umgestellt.

Es wurden Warnwesten für die Wertstoffhofmitarbeiter mit neuem EAW Logo und Namensschildtasche beschafft um den Erkennbarkeitsfaktor zu verbessern.

Die Entgelte für die Abgabe von Bauschutt, Baurestabfall/Sperrmüll, Altholz und Altreifen wurden aufgrund der Nachkalkulation und Abgleich mit umliegenden Entsorgungsmöglichkeiten nach Zustimmung der Betriebskommission zum 1. März 2018 angepasst.

Abfallanalyse

Die Ergebnisse der in 2017 durchgeführten Sperrmüll-, Bioabfall- und PPK-Analyse wurden vom Büro SHC ausgearbeitet und vorgelegt. Die Ergebnisse liefern wichtige Daten zu

den anstehenden Verhandlungen mit den Dualen Systemen und für die nächste Ausschreibung der Sammelleistungen.

Altglassammlung

Die Leerung der Altglascontainer der dualen Systeme hat zum 1. August 2018 die Firma Remondis in Heidenrod übernommen. Vorher hatte die Firma Schönmackers den Auftrag (seit 1. Januar 2018). Im Kreisteil Rheingau ist die Firma Kopp Umwelt als Subunternehmen für die jeweiligen Auftragnehmer tätig.

Die Umstellung der Altglassammlung auf einen neuen Auftragnehmer der Dualen Systeme wurde begleitet und alle uns angezeigten Leerungsprobleme an die zuständigen Sachbearbeiter der Firmen weitergeleitet. Die unzuverlässigen Leistungen der Unternehmen dauern leider trotzdem noch an da unser externer Einfluss nur geringfügig möglich ist.

Ordnungswidrigkeitsverfahren

Es wurden neunzehn Ordnungswidrigkeitsverfahren mit Anhörung wegen unzulässiger Benutzung der Wertstoffhöfe und Grünschnittsammelstellen eingeleitet.

Ausschreibungen

Die Ausschreibungsverfahren für „Gestellung von Behältern, Abtransport und Verwertung Elektroaltgeräte Sammelgruppe 4“, „Gestellung von Containern, Abtransport und Verwertung von Elektrogeräten Sammelgruppe 1 und 5 nach ElektroG (Eigenvermarktung)“ und „Einsammlung und Transport von Elektrokleingeräten von den Wertstoffhöfen“ wurden durchgeführt.

Darüber hinaus wurden Ausschreibungsverfahren für folgende Leistungen auf den Wertstoffhöfen durchgeführt:

Sammlung und Verwertung von Bauschutt von den Wertstoffhöfen in Idstein und Orlen, Auftragsvergabe an Firma Kopp.

- Sammlung und Verwertung von Elektrogroßgeräten vom Wertstoffhof in Orlen, Auftragsvergabe an Fa. Remondis.

- Sammlung und Verwertung von Elektrokleingeräten vom Wertstoffhof in Orlen, Auftragsvergabe an Fa. Knettenbrech und Gurdulic
- Sammlung und Verwertung von Altreifen von allen Wertstoffhöfen, Auftragsvergabe an Fa. Kopp.
- Sammlung und Transport von Elektrokleingeräten von allen Wertstoffhöfen, Auftragsvergabe an Fa. Kopp
- Sammlung und Transport von Leuchtstoffröhren/Energiesparlampen, Auftragsvergabe an Fa. E &O.

Korruptionsprävention

Eine Schulung des Personals zur „Korruptionsprävention“ wurde von der Personalabteilung des Rheingau-Taunus-Kreises mit 45 Mitarbeitern des EAW durchgeführt.

Deponien für Erdaushub und Bauschutt

Die ehemaligen Bauschutt- und Erdaushubdeponien in Idstein, Waldems-Reinborn und Heidenrod-Egenroth wurden im Rahmen der Überwachung durch das Regierungspräsidium und die jeweiligen Forstrevierleiter begangen.

Die Profilierung und Oberflächenabdeckung der ehemaligen Erdaushub- und Bauschuttdeponie in Heidenrod-Egenroth wurde im Sommer abgeschlossen. Es erfolgen in den nächsten Monaten die Schlussvermessung und die geotechnische Überprüfung der Rekultivierungsschicht. Wenn diese Unterlagen vorliegen, kann beim Regierungspräsidium der Antrag auf Stilllegung der Deponie gestellt werden.

Verpackungsgesetz

Das erste Gespräch mit INTERSEROH als zukünftigem gemeinsamen Vertreter der dualen Systeme hat mit juristischer Begleitung stattgefunden. Die Vorstellungen des Rheingau-Taunus-Kreises wurden dargelegt und die Machbarkeit diskutiert.

Machbarkeitsstudie Erdaushub

Die Datenerhebung von möglichen Standorten und Besichtigungen der ehemaligen Deponiestandorte wurden zur Erarbeitung der Erdaushubstudie in Zusammenarbeit mit dem beauftragten Ingenieurbüro ausgeführt und die Studie erarbeitet.

4.Lage des Eigenbetriebes

Ertragslage

Im Berichtsjahr wurde ein Jahresverlust von T€ 28 erzielt, was im Vergleich zum Vorjahr eine Verschlechterung um T€ 6 bedeutet.

Bei den Umsatzerlösen war eine Reduzierung von T€ 205 auf T€ 11.104 zu verzeichnen. Dieser ist im Wesentlichen auf geringere Erlöse aus der der Papierverwertung infolge gefallener Papierpreise zurückzuführen. Demgegenüber stehen gestiegene Erlöse aus Hausmüllgebühren aufgrund des Anstiegs der Behälterzahl und der Zusatzentleerungen, welche die Reduzierung aber nicht ausgleichen konnten.

Die sonstigen betrieblichen Erträge erhöhten sich um T€ 279 auf T€ 452. Dies resultiert aus der höheren Inanspruchnahme der Gebührenaussgleichsrückstellung (TEUR 373; Vorjahr: TEUR 128).

b) Finanzlage

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit beträgt +T€ 896, aus der Investitionstätigkeit - T€ 1.385 und aus der Finanzierungstätigkeit - T€ 235, so dass sich der Finanzmittelfonds um T€ 724 auf T€ 6.082 vermindert.

c) Vermögenslage

Die Bilanzsumme der Gesellschaft erhöhte sich zum 31. Dezember 2018 von T€ 11.039 auf T€ 11.266 (+ T€ 227). Den größten Anteil an den Vermögenswerten auf der Aktivseite haben dabei, wie im Vorjahr, mit T€ 6.082 die liquiden Mittel mit einem Anteil von 53,9 % (Vorjahr: 61,6 %). Das Anlagevermögen hat mit T€ 4.720 einen Anteil von 41,9 % (Vorjahr: 33,3 %). Den Investitionen von T€ 1.452 stehen Abschreibungen von T€ 391 und Ab-

gänge zu Restbuchwerten von T€ 10 gegenüber, sodass sich das Anlagevermögen gegenüber dem Vorjahr um T€ 1.051 erhöhte.

Auf der Passivseite weist das Eigenkapital mit T€ 5.730 einen Anteil von 50,9 % (Vorjahr: 52,2 %) am Gesamtkapital auf. Die Rückstellungen vermindern sich um T€ 277 von T€ 1.900 auf T€ 1.623. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten verringern sich von T€ 1.403 auf T€ 1.244. Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen erhöhten sich von T€ 522 auf T€ 1.115 sowie die Verbindlichkeiten gegenüber dem Landkreis von T€ 837 auf T€ 988.

V. ANMERKUNGEN ZU BILANZ, JAHRESABSCHLUSS, LAGEBERICHT UND EINHALTUNG DES WIRTSCHAFTSPLANS:

Siehe Lagebericht.

VI. AUSBLICK:

Durch den Landkreis als Aufgabenträger wird eine hohe Qualität bei der Verwertung und Beseitigung der angefallenen und zu überlassenden Abfälle sichergestellt. Der Eigenbetrieb trägt durch die Förderung der Kreislaufwirtschaft zur Schonung der natürlichen Ressourcen bei.

Die Abfallwirtschaft unterliegt einer Vielzahl von gesetzlichen Vorschriften. Der Eigenbetrieb Abfallwirtschaft ist damit grundsätzlich stets Risiken aus der Veränderung dieser rechtlichen Regelungen und der damit einhergehenden Rahmenbedingungen ausgesetzt, kann aber im Einzelfall auch sich daraus ergebende Chancen wahrnehmen.

Zu den im Eigenbetrieb bestehenden Finanzinstrumenten zählen im Wesentlichen Forderungen, Verbindlichkeiten, Guthaben und Darlehen bei Kreditinstituten sowie Rückstellungen. Der Eigenbetrieb setzt im Rahmen der Finanzierung seiner Geschäftstätigkeit keinerlei derivative Finanzinstrumente, z. B. zur Absicherung gegen Zinssatz- und andere Marktschwankungen, ein. Er unterliegt damit nur üblichen Finanzierungsrisiken.

Preisänderungs-, Ausfall- und Liquiditätsrisiken sowie Risiken aus Zahlungstromschwankungen ist der Eigenbetrieb aufgrund der öffentlich-rechtlichen Regelungen nur in geringem Umfang ausgesetzt. Soweit

bei finanziellen Vermögenswerten Ausfall- und Bonitätsrisiken erkennbar sind, werden entsprechende Wertberichtigungen vorgenommen. Zur Minimierung von Ausfallrisiken verfügt das Unternehmen über ein Forderungsmanagement.

Der Wirtschaftsplan 2019 weist im Erfolgsplan Erträge von T€ 10.826 und Aufwendungen von T€ 12.463 sowie einen Jahresverlust von T€ 1.637 € aus. Die Erträge enthalten bereits einen Verbrauch der Gebührenaussgleichrücklage von T€ 154. Ohne diesen ergibt sich ein geplanter Jahresverlust T€ 1.791. Unter Berücksichtigung eines vollständigen Verbrauchs der Gebührenaussgleichrückstellung von T€ 1.354 würde sich ein Jahresverlust von T€ 437 ergeben. Im Vermögensplan sind Einnahmen und Ausgaben von T€ 3.227 geplant. Die geplanten Investitionen von T€ 1.380 betreffen vor allem Erneuerungsmaßnahmen auf diversen Wertstoffhöfen.

Die Betriebsleitung geht davon aus, dass die günstige Geschäftsentwicklung kurzfristig stabil sein wird. Die mittelfristige Betrachtung ist insbesondere von den 2020 anstehenden Ausschreibungen für z.B. den Hauptentsorgungsvertrag abhängig.

In Planung ist die Neueinrichtung/Erweiterung der Wertstoffhöfe Idstein und Orlen in 2019/2020.

Die vorhandenen Rückstellungen für Gebührensenkungen werden es ermöglichen die Gebühren in 2019 konstant zu halten. Für 2020 ist eine Gebührenkalkulation angekündigt.

VII. BESONDERHEITEN AUS SICHT DES RHEINGAU-TAUNUS-KREISES:

Der Eigenbetrieb Abfallwirtschaft des Rheingau-Taunus-Kreises (EAW) hat im Jahr 2010 / 2011 eine europaweite Ausschreibung für ein Kooperationsmodell in Bezug auf die langfristige Sicherung der Grünabfallentsorgung im Kreisgebiet durchgeführt. Erfolgreich aus der Ausschreibung hervorgegangen ist die Kopp Umwelt GmbH aus Heidenrod. Dieses Unternehmen ist über ihren beherrschenden Gesellschafter Harald Gschweg mit der Biomasse Heidenrod GmbH & Co. KG im

Sinne der §§ 15 AktG verbunden, die gegenwärtig in Heidenrod ein Biomasse-Kraftwerk betreibt. Beteiligungsbericht 2017 des Rheingau-Taunus-Kreises

Die Grünabfälle aus dem Rheingau-Taunus-Kreis werden in diesem Biomasse-Kraftwerk verwertet (Vertragspflicht von Kopp). Kopp hat dem Rheingau-Taunus-Kreis, vertreten durch den EAW, in diesem Zusammenhang vertraglich den Erwerb von Kommandit-Anteilen an der Biomasse Heidenrod GmbH & Co. KG angeboten.

Nach umfassenden rechtlichen und wirtschaftlichen Prüfungen des Anteilserwerbs ist mit der Firma Kopp bzw. der Biomasse Heidenrod GmbH ein Vertragswerk, bestehend aus dem Anteilskaufvertrag und dem angepassten Gesellschaftsvertrag der Biomasse Heidenrod GmbH & Co. KG, für den Erwerb eines 25%-igen Kommandit-Anteils, unterzeichnet worden. Der Eigenbetrieb Abfallwirtschaft Rheingau-Taunus-Kreis ist nunmehr Miteigentümer an der Biomasse Heidenrod GmbH & Co. KG.

Den Sicherungsinteressen des Kreises wird wie folgt Rechnung getragen: Neben Garantieerklärungen, die von der Verkäuferseite zugunsten des Kreises abgegeben werden, erhält der Kreis das vertragliche Recht, innerhalb von zwei Jahren ab Fertigstellung des Kraftwerks wieder vom Kauf zurück zu treten.

Das Biomassekraftwerk ging im November 2013 erstmals in den Probetrieb und wurde im März 2014 offiziell eröffnet.

VIII. AUSWIRKUNGEN AUF DIE HAUSHALTSWIRTSCHAFT DES RHEINGAU-TAUNUS-KREISES:

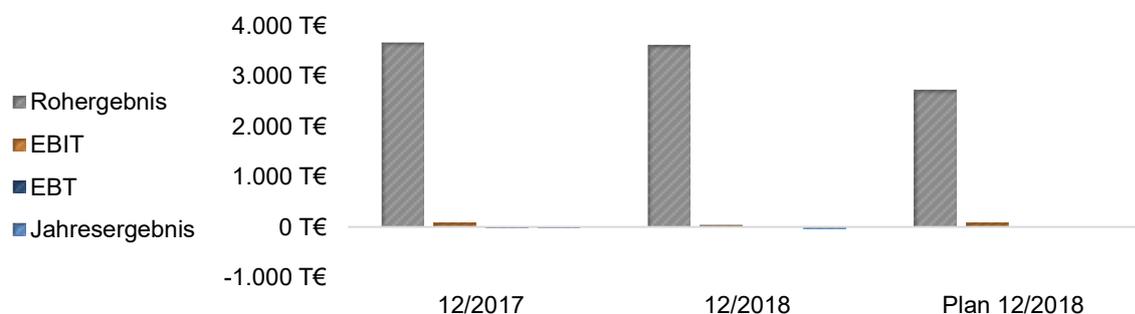
Unmittelbare Auswirkungen für den RTK sind weiterhin nicht zu erwarten.

IX. ANMERKUNGEN/ERLÄUTERUNGEN ZU WESENTLICHEN KENNZAHLEN:

Aufgrund des negativen Jahresergebnisses sank die Eigenkapitalquote von 52,2 % um 1,3 % auf 49,1 %. Die Fremdkapitalquote stieg um 1,3 % von 47,8 % auf 49,1 %.

X. KENNZAHLEN

Gewinn und Verlust



	12/2017 T€	12/2018 T€	Plan 12/2018 T€
Umsatzerlöse	11.309	11.104	8.065
Sonstige betriebliche Erträge	173	452	3.829
Materialaufwand	7.827	7.952	9.173
Rohergebnis	3.655	3.604	2.721
Personalaufwand	1.725	1.851	1.700
Abschreibungen	403	391	390
Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.449	1.331	559
EBIT	78	30	73
Erträge aus Beteiligungen	0	38	-
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	12	-6	20
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	103	64	91
EBT	-13	-2	2
Steuern vom Einkommen und Ertrag	7	25	-
Sonstige Steuern	1	1	-
Jahresergebnis	-21	-28	2

Bilanz



Eigenbetrieb Abfallwirtschaft EAW

	12/2017 T€	12/2018 T€	Plan 12/2018 T€
Anlagevermögen	3.669	4.720	-
Kasse, Bankguthaben, Schecks	6.806	6.082	-
Eigenkapital	5.758	5.730	-
Verbindlichkeiten	2.769	3.372	-
Bilanzsumme	11.039	11.266	-

Finanzkennzahlen



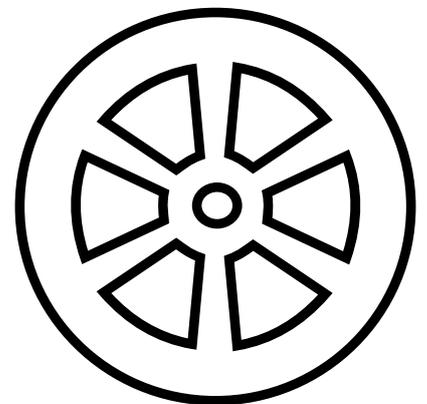
	12/2017 T€	12/2018 T€	Plan 12/2018 T€
Personalaufwandsquote (in %)	15,0	16,0	14,3
Finanzergebnis	-91	-32	-71
Fremdkapital	5.281	5.536	-
Eigenkapitalquote (in %)	52,2	50,9	-
Fremdkapitalquote (in %)	47,8	49,1	-

Stand der Firmendaten: 31.12.2018

Basis der Finanzdaten: Jahresabschluss 12/2018



8. Maßgebliche Mitgliedschaften



8.1. Volkshochschule Rheingau-Taunus e.V.



I. RECHTLICHE VERHÄLTNISSE

Firmensitz:

Taunusstein

Rechtsform: e. V.

Gründungsdatum: 14.11.1977

Geschäftsjahresbeginn: Januar

Unternehmenszweck:

Die Volkshochschule hat die Aufgabe den Teilnehmern/innen ihrer Veranstaltungen die Aneignung von Kenntnissen und Fertigkeiten für Leben, Beruf und gesellschaftliche Tätigkeit zu ermöglichen. Ihr Bildungsangebot wendet sich an alle, die ihr Wissen und ihre Bildung erweitern wollen und durch Weiterlernen eine ständige Auseinandersetzung mit den Veränderungen auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens erstreben.

Der Verein dient ausschließlich und unmittelbar gemeinnützigen Zwecken und hat seinen Sitz in Taunusstein.

II. ORGANE

Die **Organe** sind wie folgt besetzt (Name des Mitglieds/entsendet von):

Vorstand

Vorsitz

Herr Frieder Rothenberger
Rheingau-Taunus-Kreis

1. Stellvertretung Vorsitz

Herr Landrat Frank Kilian
Rheingau-Taunus-Kreis

2. Stellvertretung Vorsitz

Herr Gunnar Dehmel
Rheingau-Taunus-Kreis

Mitglied

Frau Rita Czymai
Rheingau-Taunus-Kreis

Herr Markus Hies
Rheingau-Taunus-Kreis

Frau Dr. Antje Kluge-Pinsker
Rheingau-Taunus-Kreis

Frau Petra Müller-Klepper
Rheingau-Taunus-Kreis

Frau Tanja Pfenning
Rheingau-Taunus-Kreis

Herr Uwe Schneider
Rheingau-Taunus-Kreis

Frau Monika Schwarz
Rheingau-Taunus-Kreis

Geschäftsführung

Vorsitz

Herr Holger Lamm

III. BETEILIGUNGEN

Das Unternehmen selbst hat keine Gesellschafter

IV. ANMERKUNGEN ZU BILANZ, JAHRESABSCHLUSS, LAGEBERICHT UND EINHALTUNG DES WIRTSCHAFTSPLANS:

Keine,

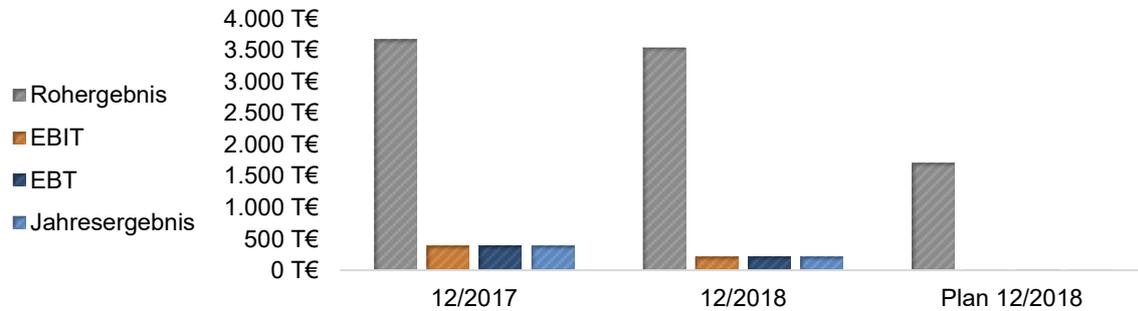
V. BESONDERHEITEN AUS SICHT DES RHEINGAU-TAUNUS-KREISES:

Mitgliedsbeitrag: 28.622,43 €, Zuschuss Erwachsenenbildung: 300.000 €.

Mit Beschluss des Kreisausschusses vom 11.12.2017 wurde für die VHS eine Liquiditätshilfe i.H.v. 200.000 € bereitgestellt. Eine Inanspruchnahme erfolgte zum Redaktionsschluss nicht.

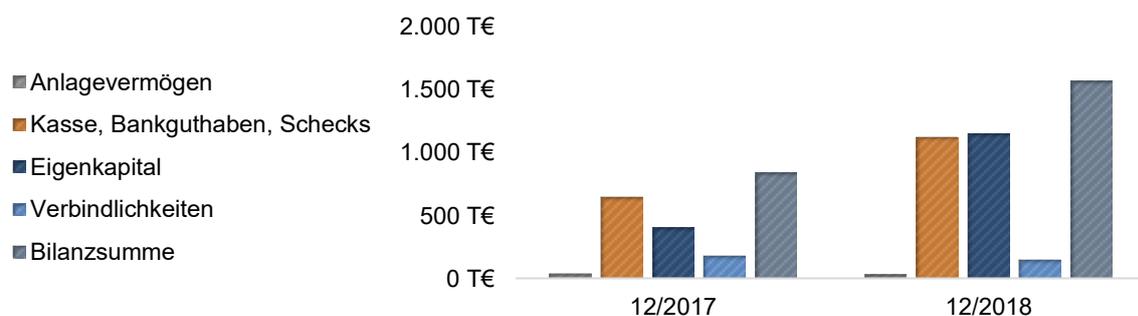
VI. KENNZAHLEN

Gewinn und Verlust



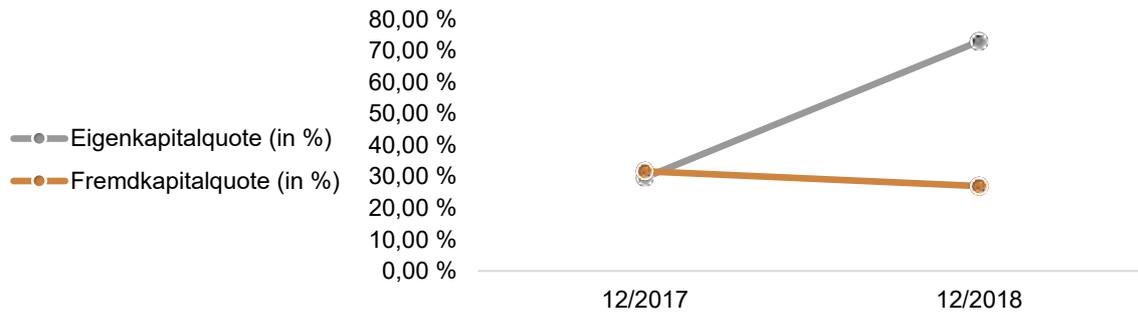
	12/2017 T€	12/2018 T€	Plan 12/2018 T€
Umsatzerlöse	3.667	3.524	3.305
Sonstige betriebliche Erträge	21	25	14
Materialaufwand	24	16	1.617
Rohergebnis	3.664	3.533	1.702
Personalaufwand	1.530	1.694	1.627
Abschreibungen	20	28	27
Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.729	1.596	41
EBIT	386	215	8
Erträge aus Beteiligungen	-	-	-
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	-	0	-
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-	-	-
EBT	386	215	8
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-	-	-
Sonstige Steuern	-	-	-
Jahresergebnis	386	215	8

Bilanz



	12/2017 T€	12/2018 T€	Plan 12/2018 T€
Anlagevermögen	35	29	-
Kasse, Bankguthaben, Schecks	643	1.121	-
Eigenkapital	405	1.147	-
Verbindlichkeiten	176	146	-
Bilanzsumme	837	1.571	-

Finanzkennzahlen



	12/2017 T€	12/2018 T€	Plan 12/2018 T€
Personalaufwandsquote (in %)	41,5	47,7	49,0
Finanzergebnis	-	0	-
Fremdkapital	432	424	-
Eigenkapitalquote (in %)	29,7	73,0	-
Fremdkapitalquote (in %)	31,7	27,0	-

Stand der Firmendaten: 31.12.2018

Basis der Finanzdaten: Jahresabschluss 12/2018

9. Unmittelbare Mitgliedschaften

Auf die Darstellung von mittelbaren Mitgliedschaften, z.B. Mitgliedschaften von Schulen in Vereinen, wurde verzichtet

Verein / Verband	Arbeitsgemeinschaft Nahmobilität Hessen
Beitrittsdatum:	Beschluss KA vom 19.09.2016
Beitrag (jährlich):	Ohne
Zweck:	Die Arbeitsgemeinschaft Nahmobilität Hessen (AGNH) fördert und stärkt den Fuß- und Radverkehr in Hessen. Die AGNH wurde durch das Land Hessen initiiert, um den Austausch von Ideen und Erfahrungen sowie die Vernetzung von Kommunen, Verbänden, Hochschulen, Wirtschaft und Verkehrsverbänden zu fördern.
Sitz:	Wiesbaden

Verein / Verband	Deutscher Kinderschutzbund Regionalverband Rheingau e.V., Regionalverband Untertaunus e.V.
Beitrittsdatum:	Beschluss JSA vom 14.11.1991 KA vom 16.12.2002
Beitrag (jährlich):	jeweils 1.023,00 €
Zweck:	Die Regionalverbände verpflichten sich im Auftrag des RTK im gesamten Kreisgebiet als Kinderbeauftragte tätig zu werden. Sie arbeiten kooperativ mit den zuständigen Institutionen bzw. Einrichtungen im RTK zusammen. Sie sollen in einzelnen, hierfür angezeigten Fällen an entsprechende, zuständige Stellen verweisen; sie können nicht Aufgaben übernehmen oder wahrnehmen, die in die Zuständigkeit bspw. der Gerichte oder der behördlichen Beratungsstellen fallen.
Sitz:	Geisenheim, Taunusstein

Verein / Verband	Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge
Beitrittsdatum:	unbekannt
Beitrag (jährlich):	798,37 €
Zweck:	Der Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V. ist das gemeinsame Forum von Kommunen und Wohlfahrtsorganisationen sowie ihrer Einrichtungen, der Bundesländer und Vertreter der Wissenschaft für alle Bereiche der sozialen Arbeit und der Sozialpolitik. Er begleitet und gestaltet durch seine Expertise und Erfahrung die Entwicklungen u.a. der Kinder-, Jugend- und Familienpolitik, der Sozial- und Altenhilfe, der Grundsicherungssysteme und der Pflege und Rehabilitation.
Sitz:	Berlin

Verein / Verband **DVGW Deutsche Vereinigung des Gas und Wasserfachs e.V.**

Beitrittsdatum: KA- Beschluss vom 31.03.2008

Beitrag (jährlich): 250,00 €

Zweck: Der DVGW ist der technisch-wissenschaftliche Verein im Gas- und Wasserfach, der seit mehr als 150 Jahren die technischen Standards für eine sichere und zuverlässige Gas- und Wasserversorgung setzt, aktiv den Gedanken- und Informationsaustausch in den Bereichen Gas und Wasser anstößt und begleitet sowie durch praxisrelevante Hilfestellungen die Weiterentwicklung im Fach motiviert und fördert.

Sitz: Bonn

Verein / Verband **Deutsches Institut für Jugendhilfe und Familienrecht**

Beitrittsdatum: 1969

Beitrag (jährlich): 3.013,00 €

Zweck: Der Verein hat den Zweck, die Jugendhilfe, insbesondere die Hilfe für nichteheliche Kinder und für Kinder Alleinerziehender, zu fördern.

Sitz: Heidelberg

Verein / Verband **Exina e.V.**

Beitrittsdatum: KT-Beschluss vom 03.07.2017

Beitrag: 100,00 €

Zuschuss: 9.500 € in 2018

Zweck: EXINA begleitet Jungunternehmer in allen Phasen der Gründung und steht mit Rat und Tat nach dem Unternehmensstart zur Verfügung

Sitz: Wiesbaden

Verein / Verband **Fachverband der Kommunalkassenverwalter e.V.**

Beitrittsdatum: 1983

Beitrag (jährlich): 50,00 €

Zweck: Der Verband ist eine frei berufliche Vereinigung der Kommunalkassenverwalter(innen) auf Bundesebene. Zweck und Aufgabe sind insbesondere:

a) die fachliche Beratung und Weiterbildung seiner Mitglieder b) die Ausarbeitung von Änderungsvorschlägen auf den Gebieten des Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesens sowie des Verwaltungsvollstreckungsrechts mit dem Ziel der Verwaltungsvereinfachung und der Rechtsangleichung.

Sitz: Köln

Verein / Verband Fluglärmschutzverein Rhein-Main**Beitrittsdatum:** KT vom 06.11.2012**Beitrag (jährlich):** 2.000,00 €.

Zweck: Zweck des Vereins ist der Schutz der Bevölkerung vor Fluglärm und anderen nachteiligen Auswirkungen des Luftverkehrs. Der Satzungszweck wird insbesondere verwirklicht durch -die Unterstützung der Tätigkeit der Fluglärmkommission Frankfurt und der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Fluglärmkommissionen -die Förderung von Maßnahmen des aktiven und passiven Schallschutzes -die Förderung der Zusammenarbeit aller Interessensgruppen - die Beauftragung und Erstellung von Gutachten und Studien-die Organisation von Veranstaltungen zur Unterstützung der vorgenannten Aktivitäten -alle sonstigen Aktivitäten die geeignet sind, den satzungsmäßigen Zweck zu erfüllen

Sitz: Kelsterbach**Verein / Verband Gesellschaft Bürger und Polizei e.V.****Beitrittsdatum:** KA vom 28.03.1990**Beitrag (jährlich):** 75,00 €

Zweck: Zweck und Ziel der Gesellschaft ist die ständige Pflege der Beziehung zwischen der Bevölkerung und der Polizei zur Gewährleistung und Vertiefung des gegenseitigen Vertrauensverhältnisses

Sitz: Wiesbaden**Verein / Verband Gemeinnütziger Verein für Behindertenhilfe Wiesbaden und
Rheingau-Taunus-Kreis e.V.****Beitrittsdatum:** 1973**Beitrag (jährlich):** Ohne

Zweck: Die Aufgaben des gemeinnützigen Vereins für Behindertenhilfe Wiesbaden und Rheingau-Taunus-Kreis e.V. (Reg.Nr. 1752) bestehen insbesondere in der Eingliederung, beruflichen Bildung und Förderung von Behinderten, der beruflichen und sozialen Integration von beeinträchtigten und/oder benachteiligten gesellschaftlichen Gruppen. Ziel der Gesellschaft ist die ständige Pflege der Beziehung zwischen der Bevölkerung und der Polizei zur Gewährleistung und Vertiefung des gegenseitigen Vertrauensverhältnisses.

Sitz: Wiesbaden

Verein / Verband	Hessische Akademie der Forschung und Planung im ländlichen Raum
Beitrittsdatum:	KA- Beschluss vom 18.12.1991
Beitrag (jährlich):	Mitgliedschaft ruht beitragsfrei
Zweck:	Die Akademie verfolgt die Förderung der Wissenschaft, Forschung und Bildung im ländlichen Raum.
Sitz:	Marburg

Verein / Verband	Hessischer Förderverein MRE NetzwerkRhein-Main e.V.
Beitrittsdatum:	KA- Beschluss vom 06.02.2012
Beitrag (jährlich):	100,00 €
Zweck:	Multiresistente Erreger (MRE) sind Bakterien, gegen die die meisten Antibiotika unwirksam sind. Diese MRE haben sich in den letzten Jahren zu einem enormen Problem entwickelt. Das MRE Netz Rhein-Main ist ein Zusammenschluss von Gesundheitsämtern der Region (bisher Städte Frankfurt am Main, Offenbach, Wiesbaden sowie der Kreise Hochtaunus, Main-Taunus, Offenbach, Wetterau), der Landesärztekammer Hessen, Kassenärztlichen Vereinigung, Krankenkassen, stationären und ambulanten Einrichtungen unter der Schirmherrschaft des Hessischen Sozialministeriums. Der hessische Landkreistag unterstützt die Hygieneoffensive Hessen.
Sitz:	Frankfurt am Main

Verein / Verband	Hessischer Landkreistag
Beitrittsdatum:	unbekannt
Beitrag (jährlich):	98.134,00 €
Zweck:	Der Hessische Landkreistag tritt für den Ausbau der kommunalen Selbstverwaltung im demokratischen Staat ein und hat hierbei insbesondere den Zweck, 1. die Landkreise in ihren Angelegenheiten zu beraten. 2. die gemeinschaftlichen Interessen der Landkreise zu fördern und zu vertreten. 3. einen Meinungs austausch über alle die Landkreise berührenden Fragen zu pflegen und auf eine einheitliche Stellungnahme hierzu hinzuwirken. 4. in Fragen, welche die Interessen der Landkreise berühren, die zuständigen Stellen bei der Vorbereitung und Durchführung von Gesetzen, Verordnungen und Verwaltungsanordnungen zu beraten oder ihnen Anregungen zu geben.
Sitz:	Wiesbaden

Verein / Verband	Hessische Tierseuchenkasse Anstalt des öffentlichen Rechts
Beitrittsdatum:	01.01.2001
Beitrag (jährlich):	nach Aufwand (2018: 17.751,82 €)
Zweck: Durch das Gesetz zur Neureglung der Ausführungsvorschriften zum Tierseuchengesetz und zum Tierkörperbeseitigungsgesetz vom 22.12.2000 tragen die Kosten der Tierkörperbeseitigung zu je 1/3 das Land Hessen, die Landkreise und kreisfreien Städte sowie die Hessische Tierseuchenkasse.	
Sitz:	Wiesbaden

Verein / Verband	Hessischer Arbeitgeberverband der Gemeinden und Kommunalverbände
Beitrittsdatum:	unbekannt, mindestens seit 1978
Beitrag (jährlich):	5.845,11 €
Zweck: Der Verband ist Tarifvertragspartei im Sinne des Tarifvertragsgesetzes. Er hat den Zweck, die gemeinsamen Angelegenheiten der Verbandsmitglieder auf tarif-, arbeits- und sozialrechtlichem Gebiet gegenüber Gewerkschaften, staatlichen Stellen und anderen Organisationen zu vertreten.	
Sitz:	Frankfurt

Verein / Verband	Hessischer Verwaltungsschulverband
Beitrittsdatum:	15.12.1972
Umlage (jährlich):	25.400,66 €
Zweck: Zweck des Verbandes ist die schulmäßige Förderung der beruflichen Vorbildung, Ausbildung und Fortbildung der Beschäftigten der Verbandsmitglieder im Sinne einer demokratischen Staatsauffassung	
Sitz:	Darmstadt

Verein / Verband	Institut der Rechnungsprüfer
Beitrittsdatum:	KA Beschluss vom 29.09.2008
Mitgliedsbeitrag:	50,00 €
Zweck: Mit dem Institut der Rechnungsprüfer und Rechnungsprüferinnen in Deutschland e.V. (IDR) ist eine Plattform geschaffen worden, die die öffentliche Rechnungsprüfung bei der Umsetzung der neuen Anforderungen unterstützt und länderübergreifend weiterentwickelt. Ziele des IDR e.V.: - Förderung der Fachgebiete des Rechnungsprüfers und der Rechnungsprüferin -Unterstützung und Beratung bei Fragen der öffentlichen Rechnungsprüfung -Verbesserung der Qualität der öffentlichen Rechnungsprüfung durch Vernetzung und Austausch - Ermöglichung eines systematischen Erfahrungsaustauschs - Entwicklung moderner Prüfungsmethoden-Interessenvertretung der Rechnungsprüfer und der Rechnungsprüferinnen - Weiterentwicklung der öffentlichen Rechnungslegung	
Sitz:	Köln

Verein/Verband:	Kompetenzzentrum Erneuerbare Energien Rheingau-Taunus e.V.
Rechtsform:	Eingetragener Verein
Gründungsdatum	09.09.2010
Adresse:	Europastraße 10, D-65385 Rüdesheim am Rhein
Zweck:	Zweck des Vereins ist es, die Allgemeinheit, insbesondere private Haushalte, Unternehmen, den Rheingau-Taunus-Kreis, die Städte und Gemeinden im Kreisgebiet auf dem Weg der Energiewende hin zu einer Beschleunigung der effizienteren Nutzung der Energie, der Energieeinsparung sowie dem Ausbau eines gleichwertigen Mix von erneuerbaren Energien zu unterstützen.
Mitgliedsbeitrag:	24,00 € jährlich

Verein / Verband	Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement KGSt
Beitrittsdatum:	KA vom 22.11.1984
Beitrag (jährlich):	4.807,40 €
Zweck:	Die KGSt unterstützt ihre Mitglieder in allen Fragen des kommunalen Managements. Sie entwickelt Grundsätze und Regeln für eine wirtschaftlich und effektiv arbeitende Verwaltung, pflegt Erfahrungsaustausch und unterstützt ihre Mitglieder bei der Aufgabenerfüllung.
Sitz:	Köln

Verein / Verband	Kommission zur Abwehr des Fluglärms
Beitrittsdatum:	unbekannt
Beitrag (jährlich):	ohne
Zweck:	Die Fluglärmkommission ist ein gesetzlich nach § 32b Luftverkehrsgesetz installiertes Beratungsgremium der nachfolgenden Behörden und Institutionen: Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung (HMWEVL); DFS Deutsche Flugsicherung GmbH (DFS); Bundesaufsichtsamt für Flugsicherung (BAF). Die Arbeit der Kommission soll den beratenen Stellen für die von ihnen zu treffenden Entscheidungen das besondere Fachwissen, die Ortskenntnis und den Sachverstand der FLK-Mitglieder zur Verfügung stellen. Die Beratung umfasst dabei Maßnahmen zum Schutz gegen Fluglärm und gegen Luftverunreinigungen durch Luftfahrzeuge.
Sitz:	Kelsterbach

Verein / Verband **Kreisverkehrswacht RT**

Beitrittsdatum: KA vom 28.03.1990

Beitrag (jährlich): 75,00 €

Zweck: Zweck des Vereines ist, in freiwilliger und ehrenamtlicher Mitarbeit das Verkehrsverhalten der Verkehrsteilnehmer durch Verkehrsaufklärung zu beeinflussen, Unfälle im Straßenverkehr mit den damit verbundenen persönlichen, wirtschaftlichen, sozialen und gesellschaftlichen Auswirkungen zu vermeiden helfen und alle die Verkehrssicherheit berührenden Interessen von Verkehrsteilnehmern zu vertreten und interessierte Stellen und die Öffentlichkeit zu beraten.

Sitz: Hünstetten

Verein / Verband **Kulturinitiative Rhein-Main e.V.**

Beitrittsdatum: KA- Beschluss vom 22.12.1999

Beitrag (jährlich): 50,00 €

Zweck: Zweck des Vereins ist die Förderung der Arbeit der Kulturinstitutionen und kulturellen Einrichtungen und Aktivitäten im Rhein-Main-Gebiet

Sitz: Frankfurt am Main

Verein / Verband **Landschaftspflegeverband Rheingau-Taunus e.V.**

Beitrittsdatum: Wiedereintritt zum 01.01.2002 gemäß KT vom 14.08.2001

Beitrag (jährlich): Über Verein für Regionalentwicklung, 10.230 € p.a.

Zweck: Der Verein widmet sich der Durchführung und Förderung von Pflege und Entwicklungsmaßnahmen, die aus Gründen des Naturschutzes und der Landschaftspflege notwendig sind.

Sitz: Bad Schwalbach

Verein / Verband **Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung e.V. –
Kreisvereinigung Untertaunus**

Beitrittsdatum: KT- Beschluss vom 04.06.1969

Beitrag (jährlich): 419,26 €

Zweck: Ausschließlicher und unmittelbarer Zweck des Vereins ist die Bereitstellung und der Betrieb von Einrichtungen, die eine wirksame Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung aller Altersstufen bedeutet, z.B. Errichtung, Betrieb und Unterhaltung von Sonderkindergärten.

Sitz: Aarbergen-Michelbach

Verein / Verband **Lebenshilfe Rheingau-Taunus e.V.**

Beitrittsdatum: 21.11.1989

Beitrag (jährlich): kein Beitrag

Zweck: Die Lebenshilfe e.V. erbringt für den Rheingau-Taunus-Kreis Leistungen nach § 26 SGB IX Abs. 2 Nr.2. Die Frühförder- und Frühberatungsstelle hat die Aufgabe, eine bestehende wesentliche Behinderung eines Kindes, dessen gewöhnlicher Aufenthalt im Rheingau-Taunus-Kreis liegt, zu mildern oder eine drohende wesentliche Behinderung zu erkennen und deren Auswirkung zu vermindern sowie die Eltern oder Sorgeberechtigten zu informieren, zu beraten und zu betreuen sowie weitere geeignete Maßnahmen in die Wege zu leiten.

Sitz: Aarbergen-Michelbach

Verein/Verband: **Marketinggesellschaft – Gutes aus Hessen e.V.**

Beitrittsdatum: KA 22.01.2018

Zweck: Die MGH GUTES AUS HESSEN GmbH wurde im Jahr 2005 gegründet und hat ihren Sitz in Friedberg/Hessen. Das Land Hessen hat dem Unternehmen die Aufgabe übertragen, das Marketing für die hessische Land- und Ernährungswirtschaft durchzuführen.

Mitgliedsbeitrag: 770,00 € jährlich

Verein / Verband **Nassauische Touristikbahn e.V. (NTB)**

Beitrittsdatum: KA vom 21.12.1988

Beitrag (jährlich): 100,00 €

Zweck: Die NTB ist ein Zusammenschluss von Interessierten an Historie und Technik des Eisenbahnwesens unserer Region, vor allem der Eisenbahnstrecke Wiesbaden – Diez („Langenschwalbacher Bahn“)

Sitz: Wiesbaden

Verein / Verband **pro regionale energie e.G.**

Beitrittsdatum: Beschluss HFA 06:12:2012, Beitritt zum 29.01.2014

Beitrag (jährlich): Ohne

Anteil: 100,00 €

Jahresergebnis: gezahlte Dividende: 2,94 €

Zweck: Die pro regionale energie eG ist eine Genossenschaft, die in Anlagen zur Erzeugung von regenerativer Energie wie Solar- / Photovoltaik-, Wind- und Wasserkraftanlagen investiert. Zweck der Unternehmung ist die Planung, Finanzierung und der Betrieb dieser Anlagen mit Beteiligung von Kommunen und Bürgern.

Sitz: Diez

Verein / Verband	Rheingauer Museum – Museum für Geschichte des Weines – Brömserburg
Beitrittsdatum:	KA 19.03.1963
Beitrag (jährlich):	150,00 €
Zweck: Der Verein wurde gegründet, um das bereits seit 1948 in der Brömserburg in Rüdesheim bestehende Museum zu betreiben, aufrechtzuerhalten, zu entwickeln und auszubauen.	
Sitz: Rüdesheim am Rhein	

Verein / Verband	Streuobstroute im Nassauer Land
Beitrittsdatum:	KA vom 20.12.2000
Beitrag (jährlich):	255,00 €
Zweck: Der Verein dient der Schaffung und Erhaltung einer Streuobstroute im Nassauer Land und deren weiteren Ausbau.	
Sitz: Wiesbaden	

Verein / Verband	Verein „Freunde der Bundesgartenschau 2031 im Welterbe Oberes Mittelrheintal e.V.“
Beitrittsdatum:	01.07.2016
Beitrag (jährlich):	150,00 €
Zweck: Der Verein „Freunde der Bundesgartenschau 2031 im Welterbe Oberes Mittelrheintal“ wurde in der Gründungsversammlung am 18. Januar 2016 gegründet. Der Verein ist eine identitätsstiftende Bürgerbewegung und wird sich für die Förderung und Unterstützung der Freiraumgestaltung des Welterbes Oberes Mittelrheintal im Rahmen der Bundesgartenschau „Welterbe Oberes Mittelrheintal 2031“ und darüber hinaus engagieren. Der Verein unterstützt vor, während und nach der Bundesgartenschau 2031 die Umgestaltung und die qualitative Aufwertung öffentlicher Freiräume und Grünflächen in den Gemeinden und Städten im Welterbe Oberes Mittelrheintal. Mit seinem bürgerlichen Engagement unterstützt der Verein die Bewerbung der Region um die Ausrichtung der Bundesgartenschau 2031 und leistet einen wesentlichen Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung des Welterbegebietes. Die Absage der Stadt München, die Bundesgartenschau 2029 durchzuführen, hat nunmehr dazu geführt, dass die Bundesgartenschau im Oberen Mittelrheintal auf das Jahr 2029 vorverlegt wird.	
Sitz: St. Goarshausen	

Verein / Verband	Verein „Opfer- und Zeugenhilfe Wiesbaden“
Beitrittsdatum:	unbekannt
Beitrag (jährlich):	ohne
Zweck: Die Opfer- und Zeugenhilfe Wiesbaden ist eine professionelle Beratungsstelle für Frauen und Männer, Mädchen und Jungen: wenn Sie beleidigt, bedroht oder belästigt wurden, wenn Sie überfallen, beraubt oder verletzt wurden, wenn Sie misshandelt, missbraucht oder vergewaltigt wurden, wenn eine Angehörige oder ein Angehöriger oder eine Vertrauensperson getötet wurde, wenn Sie Zeugin oder Zeuge einer Straftat wurden, berät und unterstützt der Verein kostenlos und vertraulich.	
Sitz:	Wiesbaden

Verein / Verband	Verein zur Regionalentwicklung Taunus e.V.
Beitrittsdatum:	28.06.2007
Beitrag (jährlich):	33.520,00 € (zzgl. 10.230 € zur Weiterleitung an den Landschaftspflegeverband)
Zweck: Vereinsziel ist es, die regionale Identität des Untertaunus hervorzuheben, sowie das vielfältige, ökologische, kulturelle und ökonomische Potential im Dialog mit den regionalen Akteuren zu erhalten und nachhaltig ideell zu fördern sowie die regionalen Ressourcen zur Zukunftssicherung des Untertaunus zu erschließen. Unter diesem Aspekt initiiert und unterstützt der Verein eine eigenständige integrierte Entwicklung der Region Untertaunus. Hierbei soll der Verein mit seinen Organen die Aufgaben einer regionalen Entwicklungsgruppe bzw. eines rechtsfähigen Regionalforums erfüllen. Sitz: Bad Schwalbach	

Verein / Verband	VHW Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e.V.
Beitrittsdatum:	KA Beschluss vom 01.12.2008, Beitritt 01.01.2009
Mitgliedsbeitrag:	300,00 €
Zweck: Der Verband dient ausschließlich wissenschaftlichen Zwecken und Zwecken der Bildungsförderung durch Forschung, Lehre und Öffentlichkeitsarbeit mit dem Ziel, die Beziehungen zwischen den Akteuren auf den Wohnungsmärkten und bei der Entwicklung der Städte und Gemeinden zu verbessern. Hierbei wirkt der Verband darauf hin, die Voraussetzungen zu schaffen, die den Bürgern eine an ihren Vorstellungen und Bedürfnissen orientierte aktive und gestaltende Mitwirkung bei der Entwicklung der Wohnverhältnisse und bei der nachhaltigen Entwicklung der Städte und Gemeinden ermöglichen, mittels der wissenschaftlichen Tätigkeit und der Bildungsförderung ist die am Leitbild der Bürgergesellschaft auszurichtende Weiterentwicklung des Wohnungswesens, des Städtebaus, der Raumordnung und der Umwelt zu betreiben und das Zusammenwirken aller am Bau-, Wohnungs- und Planungsgeschehen Beteiligten und Interessierten zu fördern. Sitz: Berlin	

10. Weitere Bürgschaften (Hinweis EU-Beihilferecht)

Zur Gewährung von Bürgschaften verweisen wir auf die grundsätzlich anzuwendenden Regularien des EU-Beihilferechts; insbesondere der Mitteilung der Europäischen Kommission über die Anwendung der Artikel 87 und 88 des EG-Vertrags auf staatliche Beihilfen in Form von Haftungsverpflichtungen und Bürgschaften.

	<u>Stand der Bürgschaften zum 31.12.2018</u>	Inanspruchnahme bis zu:	Inanspruchnahme bis zu:
		DM	€
1.	Nassauische Touristik-Bahn e.V. (Ausfallbürgschaft)	300.000,00	153.387,56
2.	Bereits bei der jeweiligen Beteiligung genannte Bürgschaften	36.718.230,79	18.773.733,30
	Summe Bürgschaften:	37.018.230,79	18.927.120,86
	Leasingbürgschaften:	139.925.687,23	71.542.867,85
	INSGESAMT:	176.943.918,02	90.469.988,71

Es existiert ein Gewährvertrag vom 19.12.2000 zugunsten der ZVK Wiesbaden für den Fall, dass die Wittgensteiner Kliniken AG als Übernehmer der Betriebsgesellschaft der Krankenhäuser / Kreisaltenzentrums des RTK ihren Zahlungsverpflichtungen gegenüber der ZVK für die übernommenen Bediensteten nicht nachkommen kann.

11. Anhang

11.1. Anlage Begriffserläuterungen

Abschreibungen	Abschreibungen erfassen die Wertminderungen der Anlagegüter, die durch Nutzung, technischen Fortschritt, wirtschaftliche Entwertung oder durch außergewöhnliche Ereignisse verursacht werden. In der Gewinn- und Verlustrechnung stellen Abschreibungen Aufwand dar.
Aktiva	Die Aktivseite der Bilanz gibt Auskunft über die Anlage bzw. über die Verwendung des Kapitals (Anlagevermögen und Umlaufvermögen). Sie zeigt also die Mittelverwendung oder Investierung. Die Summe aller Aktiva, die gleich der Summe aller Passiva ist, ergibt die Bilanzsumme.
Anlagevermögen	Vermögensgegenstände mit einem Anschaffungswert über EUR 410 netto und Gegenstände in Sachgesamtheiten (Zusammenfassung mehrerer selbständig nicht nutzungsfähiger Gegenstände, z.B. Schreibtischkombinationen), die dem Unternehmen auf Dauer dienen und längere Zeit im Vermögen verbleiben oder über längere Zeiträume genutzt werden. Das Anlagevermögen ist neben dem Umlaufvermögen Teil der Bilanz eines Unternehmens; es steht auf der Aktivseite und umfasst Sachanlagen (Immobilien, Maschinen, Fuhrpark etc.), Finanzanlagen (Beteiligungen, Wertpapiere etc.) und immaterielle Vermögensgegenstände (Patente, Lizenzen, gewährte Investitionszuwendungen).
Aufwendungen	Jeden Werteverzehr eines Unternehmens an Gütern, Diensten und Abgaben bezeichnet man als Aufwand. Aufwendungen vermindern, sofern Ihnen keine entsprechenden Erträge gegenüber stehen, über die Gewinn- und Verlustrechnung das Eigenkapital .
Betriebsergebnis	Gegenüberstellung der betrieblichen Aufwendungen (z.B. Materialaufwand, Personalaufwand, Abschreibungen , Mieten) und der betrieblichen Erträge (z.B. Umsatzerlöse, Eigenleistungen u.a.) = Leistungen ergibt das Ergebnis der eigentlichen betrieblichen Tätigkeit = Betriebsergebnis.
Bilanz	Aufstellung der Herkunft und Verwendung des Kapitals zu einem bestimmten Stichtag (Ende des Wirtschaftsjahres) in Kontenform. Sie enthält auf der linken Seite die Vermögensgegenstände (Aktiva), auf der rechten Seite das Fremdkapital und das Eigenkapital (Passiva) als Ausgleich (Saldo). Beide Seiten der Bilanz (ital. Bilancia = Waage) weisen daher die gleichen Summen aus.
Bilanzgewinn/-verlust	Wird das Jahresergebnis um einen Gewinnvortrag aus dem Vorjahr und/oder um Entnahmen aus den Gewinnrücklagen erhöht oder um einen Verlustvortrag aus dem Vorjahr und/oder um Einstellungen in die Gewinnrücklagen vermindert, so erhält man den Bilanzgewinn bzw. -verlust (nur bei Kapitalgesellschaften).
EBIT	Englisch: „earnings before interest and taxes“, Deutsch „ Gewinn vor Zinsen und Steuern“
EBT	Englisch: „earnings before taxes“, Deutsch „ Gewinn vor Steuern“
Eigenkapital	Kapital, welches einem Unternehmen von seinen Eigentümern ohne zeitliche Begrenzung und ohne festen Verzinsungsanspruch zur Verfügung gestellt wird. Das Eigenkapital steht auf der Passivseite, gliedert sich in das Gezeichnetes Kapital , je nach Rechtsform als Grund-, Nenn- oder Stammkapital bezeichnet, und die

	<p>Rücklagen sowie den Gewinnvortrag und den Jahresüberschuss. Soweit die Rücklagen durch Einbehaltung von Gewinnen entstanden sind, werden sie als Gewinnrücklagen bezeichnet. Die Kapitalrücklagen wurden durch Kapitalerhöhungen oder einen Aufschlag auf das eingezahlte Stammkapital gebildet.</p>
Erträge	<p>Alle Wertzuflüsse in ein Unternehmen die, sofern Ihnen keine entsprechenden Aufwendungen gegenüberstehen das Eigenkapital erhöhen.</p>
Fremdkapital	<p>Ein Teil der Bilanz, der auf der Seite der Passiva aufgeführt wird und die fremden Mittel darstellt, mit denen das Unternehmensvermögen finanziert wurde. Es bezeichnet also die Verbindlichkeiten (Schulden) des Unternehmens, insbesondere Kredite und Rückstellungen für zukünftige Verpflichtungen.</p>
Gesamtleistung	<p>Umsatzerlöse zzgl. sonstige ordentliche Erträge, Bestandsveränderungen</p>
Gesellschafterversammlung	<p>Entscheidungsgremium der Gesellschafter einer GmbH. Sie beschließt über Änderungen im Gesellschaftsverhältnis, im Gesellschaftsvertrag und in der Unternehmensstrukturierung. Sie stellt den Jahresabschluss fest und beschließt die Ergebnisverwendung.</p>
Gewinn- und Verlustrechnung	<p>Periodische Erfolgsrechnung durch Gegenüberstellung der Erträge und Aufwendungen eines bestimmten Abrechnungszeitraums. Sie ist Bestandteil des handelsrechtlichen Jahresabschlusses und muss zum Ende des Wirtschaftsjahres erstellt werden.</p>
Gewinnrücklage	<p>Wird aus dem bereits versteuerten Jahresgewinn durch Einbehaltung bzw. Nichtausschüttung von Gewinnanteilen gebildet. Man unterscheidet vor allem zwischen gesetzlichen, satzungsmäßigen und anderen (freien) Gewinnrücklagen.</p>
Gewinnvortrag	<p>Der nach dem Gewinnverwendungsbeschluss in die nächste Rechnungsperiode vorgetragene (übertragene) Gewinn. In der Folgeperiode wird der Restbetrag dann mit dem aktuellen Ergebnis verrechnet, und es erfolgt ein erneuter Verwendungsbeschluss (siehe Verlustvortrag/-rücktrag).</p>
Gezeichnetes Kapital	<p>Ist das im Handelsregister eingetragene Kapital, auf das die Haftung der Gesellschafter beschränkt ist. Es ist Bestandteil des Eigenkapitals. Bei der GmbH stellt das Stammkapital, bei der AG das Grundkapital das „Gezeichnete Kapital“ dar. Es ist stets zum Nennwert auszuweisen. Nach dem Verhältnis der gehaltenen Anteile am „Gezeichneten Kapital“ bestimmt sich die Beteiligungsquote.</p>
Investitionen	<p>In der Regel nur Geldverwendungen für den Erwerb von Anlagevermögen (Grundstücke, Gebäude, Maschinen usw.). Für die betriebswirtschaftliche Planung und Steuerung der Investitionstätigkeit ist jedoch eine weiter gefasste Definition zweckmäßig: Investition ist der zukunftsorientierte Einsatz finanzieller Mittel für Güter, die zur Erfüllung bestimmter Ziele längerfristig genutzt werden sollen. Investition ist die zielgerichtete Bindung von Kapital. Man unterscheidet zw. Sach-, immateriellen und Finanzinvestitionen.</p>
Jahresergebnis	<p>Ergebnis eines Unternehmens unter Berücksichtigung aller Erträge und Aufwendungen, steht am Ende der Gewinnermittlung (auch: Jahresüberschuss/-fehlbetrag).</p>
Kapitalrücklage	<p>Sie kommt in der Bilanz auf der Passivseite vor und gehört zum Eigenkapital. Die Kapitalrücklage eine die von Kapitalgesellschaften zu bildende Rücklagen. Als Kapitalrücklage auszuweisen sind:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Der Betrag, der bei der Ausgabe von Anteilen über den Nennbetrag hinaus erzielt wird.

2. Der Betrag, der bei der Ausgabe von Schuldverschreibungen zum Erwerb von Anteilen erzielt wird.
3. Der Betrag von Zuzahlungen, die Gesellschafter gegen Gewährung eines Vorzugs für ihre Anteile leisten.
4. Der Betrag von anderen Zuzahlungen, die Gesellschafter in das Eigenkapital leisten.

Liquidität	Ist die Zahlungsfähigkeit eines Unternehmens, die sich aus dem Verhältnis der liquiden Mittel zu den fälligen Verbindlichkeiten ermitteln lässt. Es ist zu prüfen, ob die liquiden Mittel ausreichen, das kurzfristig fällige Fremdkapital zu decken. Zahlungsunfähigkeit (Illiquidität) führt meist zum Konkurs.
Passiva	Auf der Passivseite der Bilanz ist die Aufteilung des Vermögens in Eigenkapital und Fremdkapital dargestellt. Sie gibt also Auskunft über die Mittelherkunft des Unternehmens. Die Summe aller Passiva, die gleich der Summe aller Aktiva ist, ergibt die Bilanzsumme.
Rechnungsabgrenzungsposten	Ausgaben (Aktiva) bzw. Einnahmen (Passiva) vor dem 31.12., soweit sie Aufwand bzw. Ertrag für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag darstellen (Aktive bzw. Passive Rechnungsabgrenzung). Rechnungsabgrenzungsposten dienen der zeitraumrichtigen Abgrenzung der Aufwendungen und Erträge , damit das Gesamtergebnis periodengerecht zum Jahresabschluss ermittelt werden kann.
Rohergebnis	Umsatzerlöse zzgl. Sonstige betriebliche Erträge abzgl. Materialaufwand
Rücklagen	Sind variable Eigenkapitalteile auf der Passivseite, die aufgrund von Gesetzen, der Satzung oder auch einfach freiwillig gebildet werden. Rücklagen sind einbehaltene Gewinne oder zusätzliches Eigenkapital aus einem Agio (der Betrag, der bei Ausgabe von Anteilen über den Nennbetrag hinausgeht).
Rückstellungen	Sind Bilanzpositionen auf der Passivseite. Sie haben den Charakter von ungewissen Verbindlichkeiten, da ihre Höhe und Fälligkeit ungewiss ist. Man unterscheidet in Pensions-Rückstellungen, andere Rückstellungen (z.B. für Prozesskosten, Garantieleistungen, Steuern) und Aufwandsrückstellungen (z.B. für Großreparaturen, Werbekampagnen, künftige Preissteigerungen).
Stammkapital	Als Stammkapital bezeichnet man die bei Gründung einer Kapitalgesellschaft von den Gesellschaftern zu erbringende Einlage (Gezeichnetes Kapital). Bei GmbHs in Deutschland muss das Stammkapital nach § 5 Abs. 1 GmbHG mindestens 25.000,00 EUR betragen. Bei mehreren Gesellschaftern muss jeder mindestens ein Viertel seiner Stammeinlage erbringen, wobei die Summe dieser Einlagen mindestens die Hälfte des gesamten Stammkapitals ergeben muss (vgl. § 7 Abs. 2 GmbHG).
Umlaufvermögen	Bezeichnet Werte eines Unternehmens, die einer ständigen Änderung durch Zu- und Abgänge unterliegen. Zum Umlaufvermögen zählen unter anderem Warenbestände, Forderungen, Wertpapiere und liquide Mittel. Es steht in der Bilanz auf der Aktivseite.
Umsatz	Erlöse für Lieferungen und Leistungen, die von Unternehmen bzw. Betrieben an Dritte erbracht und in Rechnung gestellt werden. Zur Ermittlung der Erlöse werden Preise abzüglich unmittelbar gewährter Preisnachlässe (Rabatte, Boni, Skonti) zugrunde gelegt. Die Kosten für Fracht, Verpackung und Porto (auch wenn getrennt in Rechnung gestellt) und ebenso die auf den eigenen Erzeugnissen liegenden Verbrauchsteuern werden einbezogen. Die Umsatzsteuer (Mehrwertsteuer) ist in den Erlösen dagegen nicht enthalten.

Verlustvortrag/-rücktrag

Ist die Möglichkeit des steuerlich wirksamen Verlustausgleiches. Verluste des entsprechenden Abrechnungszeitraumes können mit steuerpflichtigen Gewinnen aus dem vorangegangenen Jahr verrechnet bzw. auf unbegrenzte Zeit vorgetragen werden, damit die Verrechnung mit zukünftig möglichen Gewinnen erfolgen kann. Dies bildet die gesetzlich zulässige Möglichkeit, gezahlte Steuern zurückzuerhalten bzw. die zukünftig mögliche Steuerschuld zu mindern.

12. Anlage Kennzahlen

GuV-Kennzahlen	
Personalaufwandsquote (in %)	Personalaufwand / Gesamtleistung
Finanzergebnis	Erträge aus Beteiligungen, Ergebnisabführung, Wertpapieren, Ausleihungen, Sonstigen Zinsen und ähnliche Erträge - Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des UV - Zinsen und ähnliche Aufwendungen
Bilanzstruktur	
Fremdkapital	Fremdkapital
Eigenkapitalquote (in %)	Eigenkapital / Bilanzsumme
Fremdkapitalquote (in %)	Fremdkapital / Bilanzsumme

12.1. Anlage Abkürzungen

Allgemein

AN-Vertreter	Arbeitnehmervertreter/in
BilMoG	Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz
BilRUG	Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetz
BM	Bürgermeister/Bürgermeisterin
cbm/m ³	Kubikmeter
EAV	Ergebnisabführungsvertrag/Ergebnisabführungsvereinbarung
EEG-Umlage	Erneuerbare Energien Gesetz - Umlage
EK	Eigenkapital
E.M.A	Elektronische Medienanalyse
GO NRW	Gemeindeordnung für das Land Nordrhein Westfalen
GWh	Gigawattstunde
HGB	Handelsgesetzbuch
HKG	Hochtemperatur-Kernkraftwerk GmbH
LANUV	Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen
LMG	Landesmediengesetz
LVP	Leichtverpackung
m ²	Quadratmeter
MdL	Mitglied des Landtages
Mg	Megagramm
MW	Megawatt
OB	Oberbürgermeister/Oberbürgermeisterin
SGB II	Zweites Sozialgesetzbuch
Stv.	Stadtverordnete(r)
T	Tausend
t	Tonnen
TA-Luft	Technische Anweisung Luft
VRR	Verkehrsverbund Rhein-Ruhr
WE/GE	Wohneinheiten / Gewerbeeinheiten

Gesellschaftsformen

AG	Aktiengesellschaft
AöR	Anstalt des öffentlichen Rechts
GbR	Gesellschaft bürgerlichen Rechts
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbH & Co. KG	Gesellschaft mit beschränkter Haftung & Compagnie Kommanditgesellschaft
i. L.	Gesellschaft in Liquidation
KG	Kommanditgesellschaft

12.2. Anlage Beteiligungen in alphabetischer Reihenfolge

CityBahn GmbH	116
edz Energie-Dienstleistungs-Zentrum Rheingau-Taunus GmbH	72
Eigenbetrieb Abfallwirtschaft EAW	148
Erneuerbare Energien Rheingau-Taunus GmbH	37
Exina GmbH	44
FrankfurtRheinMain GmbH	59
Hessische Landgesellschaft mbH	63
ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt R./M.)	55
Kommunales Gebietsrechenzentrum	144
kwb Kommunale Wohnungsbau GmbH Rheingau-Taunus	108
PROJOB Rheingau-Taunus GmbH	80
Regionalpark Ballungsraum RheinMain GmbH	67
Rheingau-Taunus Kultur und Tourismus GmbH	100
Rheingau-Taunus-Verkehrsgesellschaft mbH	29
RMV-Rhein-Main-Verkehrsverbund	119
RTK Holding GmbH	17
Rüdesheimer Seilbahngesellschaft mbH Bayer, Opitz & Co. KG	122
Sparkassenzweckverband Nassau	134
Süwag Energie AG	124
Volkshochschule Rheingau-Taunus e.V.	158
ZVN Finanz GmbH	50
Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Hessen Süd	136
Zweckverband Naturpark Rhein-Taunus	130
Zweckverband Rheingau	142
Zweckverband Welterbe Oberes Mittelrheintal	140

12.3. Impressum

Herausgeber: Kreisausschuss des Rheingau-Taunus-Kreises
Heimbacherstr. 7, 65307 Bad Schwalbach
(Tel.: 06124-5100)

Redaktion: Stabsstelle Controlling/Beteiligungen, Stephan Vay (Tel.:06124/510502)

Mail: Stephan.Vay@Rheingau-Taunus.de

Homepage. www.Rheingau-Taunus.de

www.facebook.com/RheingauTaunusKreis